

Inhaltsverzeichnis

Anträge an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE.....	5
Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm.....	5
Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen der Bundessatzung.....	104
Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen der Schiedsordnung.....	116
Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zur Ordnung für Mitgliederentscheide.....	117
Änderungsanträge zu Anträgen mit überwiegendem Bezug auf Gesellschaft.....	119

Antragsteller/innen, die nicht Delegierte, Delegierte mit beratender Stimme, Teilnehmer/in mit beratender Stimme oder Mitglieder von Arbeitsgremien sind, können sich an der Anmeldung für die Antragsbegründung ihres Antrages eine zeitweilige Zugangsgenehmigung für den Plenarsaal aushändigen lassen.

Impressum

Bundesgeschäftsführung der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
www.die-linke.de
Redaktionsschluss: 6. Oktober 2011

Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Änderungsantrag: PR.158.

**Antragsteller: Kreisparteitag DIE LINKE.
Region Ingolstadt**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Nationale Minderheiten

Änderungsantrag PR.158.1.

AH1, S. 31, Zeile 1938

Die Überschrift zur Gleichberechtigung nationaler Minderheiten wird geändert.

Statt „Gleichberechtigung für Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma“

erfolgt die Aufzählung alphabetisch. Und lautet:

„Gleichberechtigung für Dänen, Friesen, Roma, Sinti und Sorben“

Begründung: Über die Stellung der Volksgruppen der Sinti und Roma wird derzeit diskutiert. In dieser offenen Debatte erscheint im Programm eine alphabetische Reihung die sinnvollste Variante. Auszüge aus einem Diskussionsbeitrag von Roberto Paskowski, angehöriger der Volksgruppe der Sinti aus dem Kreisverband Ingolstadt, sollen eine der Positionen verdeutlichen: „SINTI haben mit ROMA und ROMA haben mit SINTI, genau so wenig gemeinsam, wie die Deutschen mit den Holländern oder den Österreichern! Obwohl Sinti "und" Roma, ursprünglich aus Indien stammen und im allgemeinen als "Eine-Volksgruppe" angesehen wird, wobei dies nicht so ganz Korrekt ist, unterscheiden sich diese beiden, autochthonen Volksgruppen doch grundlegend in ihrem Kulturgut.“

Kirchensteuer

Änderungsantrag PR.158.2.

AH1, S. 34, ab Zeile 2105

wird folgendes eingefügt:

„DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf freie Religionsausübung. Sie tritt ein für den Schutz religiöser Minderheiten. Staat und Kirche sind zu trennen. DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre soziale Tätigkeit und ihre Unabhängigkeit. Sie will, dass die finanzielle und organisatorische Selbstständigkeit aller Kirchen und Religionsgemeinschaften hergestellt wird.

Begründung: Die Trennung von Kirche und Staat muss alle Bereiche umfassen. Dies schließt die Selbstständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Einbringung und Verwaltung ihrer finanziellen Mittel ein.

Rüstungskonversion

Änderungsantrag PR.158.3.

AH1, S. 34, ab Zeile 2531

wird folgendes eingefügt:

„... DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Rüstungsexporten und die sozialverträgliche Umgestaltung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion. Sie will den Umbau der Streitkräfte auf der Basis ...“

Begründung: Bayern ist ein Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie und die Region Ingolstadt beheimatet wichtige Rüstungsbetriebe (EADS u.a.) und Zulieferer. In das Programm sollte eine deutliche Aussage zur Rüstungskonversion aufgenommen werden. Denn:

1. Rüstungsgewinne sind eine Triebfeder für die weltweite Hochrüstung.
2. Ein Verbot von Rüstungsexporten und Abrüstung erfordern die Umstellung auf die Herstellung ziviler Produkte.
3. Mit den Rüstungsmilliarden könnten sinnvolle zivile Investitionen getätigt werden, mit denen weitaus mehr Arbeitsplätze geschaffen würden.
4. Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Rüstungsindustrie für Abrüstung zu gewinnen, müssen machbare Alternativen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts gefunden werden.

Änderungsanträge sind Beschluss des Kreisparteitages vom 02.09.2011.

Änderungsantrag: PR.159.

Antragsteller: Paul Schäfer, MdB und Kreisverband Bonn

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 40, Zeile 2551

Ersetzung des zweiten Halbsatzes, "ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben."

durch:

„Bewaffnete Einsätze der Streitkräfte im Inneren sind strikt zu untersagen; die mit den Notstandsparagraphen im Grundgesetz eröffnete Möglichkeit zu solchen Einsätzen muss rückgängig gemacht werden. Der weiteren Vermischung von Zivilem und Militärischem durch die Ausweitung der Amtshilfe nach Artikel 35 Grundgesetz, ist ein Riegel vorzuschieben. Stattdessen müssen den zivilen Hilfsorganisationen und der Polizei die nötigen Mittel und Instrumente zur Verfügung gestellt werden.“

Begründung: Der erste Halbsatz ist unklar: Sind die derzeit bestehenden Bundeswehr-Einsätze, oder auch alle künftigen, über die eine Regierung zu entscheiden hätte, an der die LINKE beteiligt wäre? Können wir heute absehen, um welche Szenarien es geht? Dürften nach diesem Halbsatz, um ein Beispiel zu nennen, Bundeswehr-Einheiten noch Erdbebenopfern mit Hilfsflügen nach Pakistan helfen oder nicht? Dürfen noch deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger aus lebensbedrohlichen Lagen im Ausland evakuiert werden oder nicht? Das Programm der LINKEN sollte nur Positionen beinhalten, die wir auf längere Sicht auch vertreten können.

Der Satz über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist gleichfalls unscharf formuliert. Geht es um bewaffnete Einsätze oder um unbewaffnete, nach dem Grundgesetz erlaubte Einsätze - zum Beispiel im Rahmen des Katastrophenschutzes? Eine Position, die es verbieten soll, Bundeswehrosoldatinnen und Soldaten im Falle einer Hochwasserkatastrophe zu mobilisieren, werden wir nicht durchstehen; auch weil sie nicht zu unrecht als unsinnig und verquast betrachtet würde. Niemand würde einen solchen, ideologisch begründeten Rigorismus verstehen. Daher ist die Klarstellung erforderlich, dass für uns humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz grundsätzlich zivile Angelegenheiten sind und die zivilen Einrichtungen in die Lage versetzt werden müssen, dieser Verantwortung auch gerecht zu werden.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Bonn am 7. September 2011.

Änderungsantrag: PR.160.

Antragsteller: Jürgen Repschläger und Kreisverband Bonn

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.160.1.1.

AH1, S. 5, Zeile 22

... wo vor allem der Profit regiert: "vor allem" streichen

Änderungsantrag PR.160.1.2.

AH1, S. 5, Zeile 23

... Die ungebändigte Freiheit "ungebändigte" streichen

Änderungsantrag PR.160.1.3.

AH1, S. 5, Zeile 24

statt Finanzkonzerne "Konzerne"

Begründung PR.160.1.1. – PR.160.3.

Hier handelt es sich um Einschränkungen und Relativierungen, die eine notwendige Eindeutigkeit verwässern. Wo (und nicht nur vor allem) der Profit regiert, bleibt wenig Raum. Auch die gebändigte Freiheit der Konzerne (nicht nur der Finanzkonzerne) bedeutet Unfreiheit...

Änderungsantrag PR.160.2.

AH1, S. 5, Zeile 38

... die Konsequenzen für Deutschland: „Deutschland“ streichen

Begründung: Die ursprüngliche Formulierung birgt die Gefahr eines Missverständnisses, nämlich dem, dass die Globalisierung ein Übel sei, während der frühere Kapitalismus noch hinnehmbar gewesen wäre. Durch die Alleinnennung Deutschlands bekommt der Satz eine nationale Note. Andere Länder sind ebenfalls betroffen.

Änderungsantrag PR.160.3.

AH1, S. 5, Zeile 42

... Konzernchefs: „Konzernchefs“ ersetzen durch:

„der Konzerne und insbesondere der Konzernchefs“

Begründung: Hier wird ein systemisches Verhältnis personalisiert. Den alten Patriarchen mit Zylinder und Zigarre gibt es nicht mehr. Wir sollten den Kapitalismus als System angreifen und nicht seine Träger.

Änderungsantrag PR.160.4.

AH1, S. 5, Zeile 45

... „allmächtigen globalen Kapitalismus“: "allmächtigen" streichen

Begründung: Allmächtig ist nichts und niemand (religiöse Menschen können das anders sehen). Der Kapitalismus ist allerdings nicht allmächtig, er ist überwindbar.

Änderungsantrag PR.160.5.

AH1, S. 7, Zeile 181

... „Brüderlichkeit“: ersetzen durch „Geschwisterlichkeit“

Änderungsantrag PR.160.6.

AH1, S. 9, Zeile 292-297

streichen

Begründung: Die Behauptung, dass die Demokratiebewegung im Zuge der Auseinandersetzung mit der RAF auf halber Strecke stehengeblieben ist, ist – mit Verlaub – Unsinn. Die durch Wirtschaftswunder und blühende Konjunktur ermöglichte sozialdemokratische Reformpolitik erlahmte in dem Maße, wie Krise und Rezession (Ölkrise) zunahm. Die Reformen wurden zurückgefahren (Wechsel Brandt/Schmidt). Die Folge waren Auseinandersetzungen im Produktionsbereich (Chemiearbeiter-Streik). All dies hat mit der RAF nichts zu tun. Dass die RAF zur Legitimierung einer immer repressiver werdenden Innenpolitik diene, ist unbestritten. Aber dies hat in unserem Programm nichts zu suchen.

Änderungsantrag PR.160.7.

AH1, S. 14, Zeile 665-667

streichen und ersetzen durch:

„Nach dem Übergang zu kapitalistischen Marktwirtschaften in Mittel- Ost- und Südosteuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion war der Weg für den globalen Kapitalismus in seinem aktuellen Stadium frei.“

Begründung: Der weltweite neoliberale "Siegesszug" war erst durch das Zusammenbrechen der realsozialistischen Staaten möglich. Man mag vom Realsozialismus halten, was man will, alleine seine Existenz hat dem Kapital den Zugriff auf ein Sechstel der Erde erschwert.

Änderungsantrag PR.160.8.

AH1, S. 21, Zeile 1179

... darf nicht nur dem Markt...: "nur" streichen

Begründung: Wirtschaftliche Entwicklung darf überhaupt nicht dem Markt überlassen werden. Diese Aussage steht nicht im Widerspruch zu einer privatwirtschaftlichen Sphäre im Sozialismus.

Änderungsantrag PR.160.9.

AH1, S. 25, Zeile 1491-1494

von "soziale Ungleichheit" bis "notwendig sind" streichen

Begründung: Es gibt keine gerechtfertigte soziale Ungleichheit.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Bonn am 7. September 2011.

Änderungsantrag: PR.161.

Antragsteller: Bezirksverband Hamburg-Mitte

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Soziale Wohnungspolitik

Änderungsantrag PR.161.1

AH1, S. 27, Zeile 1556-1559

mögen durch die folgende Formulierung ersetzt werden:

„... bezahlbar sein. **Erste Schritte dorthin sind für uns ein soziales Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten sowie ein erhöhtes und regelmäßig angepasstes Wohngeld. Wir fordern einen sozialen Wohnungsbau sowie die gleichberechtigte Förderung derjenigen Wohneigentumsformen, die diesen Zielen verpflichtet sind, und eine aktive Städtebauförderung.**“

Begründung: Das bisherige Wohngeld reicht in den Metropolen oft nicht aus, eine menschenwürdige Wohnung zu finden und zu halten. Eine gleichberechtigte Förderung aller Wohneigentumsformen (ohne den Relativsatz) hieße, das auch Stadtvillen im oberen Preissegment staatliche Förderung erhielten. Das kann nicht der Wille unserer Partei sein.

Fragen eines lesenden Arbeiters

Änderungsantrag PR.161.1

AH1,

Bertolt Brechts Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“, verfaßt 1935 im dänischen Exil, erstmals veröffentlicht 1936 in der Zeitschrift „Das Wort“ in Moskau, auf den Umschlag des beschlossenen Parteiprogramms zu drucken:

„FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer
fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem
sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegesschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte,
So viele Fragen.“

Begründung: Wir greifen diesen Vorschlag von Oscar Lafontaine auf, um die Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums als Grundfrage unseres Programms zu verankern.

Beschlossen auf der Bezirksmitgliederversammlung am
2.9.2011

Änderungsantrag:

PR.162.

Antragsteller: Landesvorstand Hamburg

Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

Neuer Text: unterstrichen

Zu streichender Text: ~~Durchgestrichen~~

Änderungsantrag PR.162.1.1.

AH1, S. 7, Zeile 166-167:

Wie folgt ändern:

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt und darf in keine neuen Auslandseinsätze entsendet werden, ...

Änderungsantrag PR.162.1.2.

AH1, S. 39, Zeile 2496-2497:

Wie folgt ändern:

„Wir fordern ein sofortiges Ende aller ~~Kampfeinsätze~~
Auslandseinsätze der Bundeswehr und sind gegen
künftige Auslandseinsätze.“

Änderungsantrag PR.162.1.3.

AH1, S. 40, Zeile 2551-2552:

Wie folgt ändern:

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt und darf in keine neuen Auslandseinsätze entsendet werden, ...

Begründung: Die drei bisherigen Formulierungen zu Auslandseinsätzen im Programmentwurf sind nur nach hinten bzw. auf die aktuelle Situation gerichtet. Über künftige Entscheidungen zu Auslandseinsätzen wird nichts gesagt, nur die bisherigen sollen beendet werden. Um deutlich zu machen, dass diese Position auch für künftige Einsätze gilt, sollten wir das in allen drei Passagen entsprechend ergänzen.

Zudem ist in Zeile 2497 der Begriff „Kampfeinsätze“ durch „Auslandseinsätze“ zu ersetzen, so wie es auch in den anderen zwei Passagen bereits formuliert ist. „Kampfeinsätze“ stellt eine Einschränkung und Verwässerung unserer Position dar, denn „Kampfeinsatz“ ist nicht definiert und kann willkürlich so oder so ausgelegt werden. Um deutlich zu machen, dass wir jeden militärischen Auslandseinsatz ablehnen, sollten wir den klareren Begriff „Auslandseinsatz“ hier verwenden.

Änderungsantrag PR.162.2.

AH1, S. 40, Zeile 2520 – 2522:

Wie folgt ändern:

..., größere Effektivität der UNO-Organisationen und eine ~~bessere Legitimation~~ Demokratisierung des UN-Sicherheitsrates umschließt.

Begründung: Der UN-Sicherheitsrat in der jetzigen Form ist ein sehr undemokratisches Element. Unser Ziel sollte eine Demokratisierung sein – das wird sicherlich nur schrittweise erfolgen können und ein langwieriger Prozess sein, aber Demokratisierung bleibt das Ziel. Der Begriff „bessere Legitimation“ könnte missverstanden werden als reine Kosmetik, ohne an dem Grundproblem des Sicherheitsrates etwas zu verändern. Einfach nur noch ein afrikanisches oder lateinamerikanisches Land mit in den Sicherheitsrat aufzunehmen würde an der Grundstruktur nichts ändern.

Änderungsantrag PR.162.3.

AH1, S. 39, Zeile 2491-2493:

Wie folgt ändern:

Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein ziviles kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat.

Begründung: Wir müssen deutlich machen, dass das „kollektive Sicherheitssystem“ friedlichen Charakter hat, nicht militärisch nach außen gerichtet ist (also eben keine „neue NATO“ unter Einbeziehung Russlands) sondern vor allem der Abrüstung dient.

Änderungsantrag PR.162.4.

AH1, S. 40, Zeile 2565

als Einleitung soll nachfolgenden (unterstrichenen) Text direkt hinter der Überschrift (Zeile 2565) einzufügen:

DIE LINKE weist jeden Ausdruck von Überlegenheitsdenken gegenüber Menschen anderer Länder oder Kulturen entschieden zurück. Der kapitalistischen Globalisierung setzen wir die Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“ entgegen: Grundlage unserer Politik ist die Analyse der Zusammenhänge zwischen weltweiter Verelendung einerseits und maßloser Verschwendung zum Nutzen einer Minderheit andererseits als die wahre Ursache für Konflikte und Zerstörung. Jede imperialistische Einmischung, auch in nichtmilitärischer Form, lehnt DIE LINKE ab. Wir verteidigen die berechtigten Ansprüche der Völker auf eine selbstbestimmte Entwicklung und stehen an der Seite emanzipatorischer Bewegungen, wie sie zur Zeit besonders in den lateinamerikanischen Ländern der ALBA-Gruppe zutage treten. Die Wirtschaftsblockade unter Führung der USA gegen Kuba muss beendet werden.

Danach Fortsetzung des Textes (ab 2566)

Begründung: Ein internationalistisches Bekenntnis zur Menschheit als Ganzem und zur weltweiten Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten fehlen im Programm. Der Internationalismus war immer ein wesentliches Element sozialistischer Programmatik und

bedeutet weit mehr als wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe. Der Mangel an solidarischem „Wirkgefühl“ zwischen den Angehörigen der ausgebeuteten Klassen über Ländergrenzen hinweg erleichtert die Arbeit imperialistischer Ideologen: Zuerst werden Menschen mit anderer Kultur und Geschichte pauschal herabgewürdigt („faule“ Griechen, „terroristische“ und „fanatische“ Araber), um anschließend damit die Kriege gegen ihre Länder oder die wirtschaftliche Vereinnahmung ihrer Rohstoffe und Ressourcen als berechtigt erscheinen zu lassen.

Zu unserer Pflicht als Internationalisten gehört insbesondere auch die Verteidigung der sozialistischen Aufbruchversuche in Lateinamerika. Für diese Entwicklungen und die marginalisierten Menschen weltweit ist Kuba seit über 50 Jahren Vorbild und Inspiration: ein kleines Land, das unter schlechten wirtschaftlichen Bedingungen einen vorbildlichen Sozialstaat aufgebaut hat. Die durch nichts zu begründende Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba wurde bereits im Wahlprogramm zur Bundestagswahl abgelehnt. An der beharrlichen Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Staatengemeinschaft in der Ablehnung dieser Blockade wird DIE LINKE international gemessen werden.

Änderungsantrag PR.162.5.

AH1, S. 43, Zeile 2744:

Wie folgt ändern:

An einer Regierung, die Kriege führt und ~~Kampfeinsätze~~ Auslandseinsätze der Bundeswehr ~~im Ausland~~ zulässt...

Begründung: Der Landesvorstand ist der Meinung, dass die von uns vorgeschlagenen Änderungen im internationalen Teil (Ersetzung von Kampfeinsätze im Ausland durch Auslandseinsätze) logischerweise dann auch in diesem Teil des Programms zum Tragen kommen sollten.

Änderungsantrag PR.162.6.

AH1, S. 43, Zeile 2744-2747:

Formulierung:

“An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgaben des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

soll ergänzt werden:

„An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes besonders durch Stellenabbau – verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

Begründung: Die wiederholten Dioxin-Lebensmittelskandale, die EHEC-Krise haben deutlich bewiesen, dass der Öffentliche Dienst bereits heute seine

Aufgabe u.a. zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung, hervorgerufen durch Stellenstreichungen und zu wenig Personal nicht mehr erfüllen kann. Das gilt auch für weitere Bereiche, in denen der Öffentliche Dienst selbst die Minimalversorgung der Bevölkerung durch erfolgte Stellenstreichungen nicht mehr erfüllen kann. DIE LINKE. darf sich an einem weiteren Stellenabbau nicht beteiligen.

Auch für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ist durch die Stellenstreichungen die Arbeitsbelastung unzumutbar gestiegen. In Sachsen wurde ermittelt, dass heute zwei Beschäftigte die Leistung erbringen, die noch vor wenigen Jahren von drei Beschäftigten erbracht wurden. Nicht nur bei Rettungsdiensten, Feuerwehr oder der Gesundheitsversorgung führt dies wiederum zu einer Leistungsminderung gegenüber der Bevölkerung.

Änderungsantrag PR.162.7.

AH1, S. 22, hinter der Zeile 1294

„Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe.“

wird angefügt:

„Dieser Mindestlohn soll mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohn betragen.“

Begründung: Es ist notwendig unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn auch materiell zu quantifizieren, da die bisherige Formulierung „in existenzsichernder Höhe“ sehr viele Interpretationen zulässt.

Gleichzeitig kann in einem Parteiprogramm, dass nicht nur für die aktuelle Situation gilt, kein Geldbetrag genannt werden, sondern es muss grundsätzlicher formuliert werden. Ferner muss beachtet werden, dass wir hierbei in einem europäischen Kontext handeln.

Hierbei ist es hilfreich, bereits gefasste Beschlüsse sowohl der LINKEN. als auch der „Partei der Europäischen Linken (EL) zu berücksichtigen.

Im Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE., beschlossen auf dem Parteitag am 28.02.2009 in Essen heißt es : „ DIE LINKE unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments, dass die EU eine Zielvorgabe zum Niveau von Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns vereinbart, um Armut trotz Erwerbsarbeit zu verhindern.“ (Seite 16/17).

Die Zielvorgabe des EU-Parlaments sollten wird nicht unterschreiten.

Im Wahlprogramm der EL 2009 wurde formuliert: „Wir wollen einen europäischen Mindestlohn, der mindestens 60% der jeweils nationalen Durchschnittslöhne beträgt und bestehende tarifliche Vereinbarungen nicht in Frage stellt.“

In der politischen Erklärung des Kongresses der EL vom 3.-5. Dezember 2010 in Paris tritt die EL für „einen Mindestlohn per Gesetz oder kollektiver Vereinbarung von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns und immer oberhalb der Armutsgrenze“ ein.

Diese also mehrfach bestätigte materielle Grundlage für den gesetzlichen Mindestlohn muss sich auch in unserem Parteiprogramm wiederfinden.

Es ist auch ein Beleg dafür, dass DIE LINKE. wie auch die EL in den Jahren 2009 und 2010 bewiesen haben, dass wir heute weiter sind als im Jahre 2007 als wir in den Programmatischen Eckpunkten uns nur dürr auf „einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe verständigen konnten.

Änderungsantrag PR.162.8.

AH1, S. 23, Zeile 1330

hinter „verboten“ anfügen:

„der Antistreikparagraph muss abgeschafft, die Tarifflicht muss gesetzlich unterbunden und das Verbandsklagerecht für Gewerkschaften eingeführt“

dann weiter mit „werden“. Wie in der Vorlage.

Begründung: Hier sollten wir nicht hinter dem Bundestagswahlprogramm von 2009 zurückfallen, in dem DIE LINKE. formuliert hat: „Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten verbessern; den Antistreikparagraphen abschaffen, das Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten; Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zum Schutz geltender Tarife einführen;“ (beschlossen auf dem Bundeswahlparteitag DIE LINKE. 20./21. Juni 2009 in Berlin).

Die Punkte Antistreikparagraph und Verbandsklagerecht gehören in ein Parteiprogramm, weil deren Durchsetzung mit Sicherheit mehr als einer Wahlperiode bedarf.

Der Antistreikparagraph (ehem. §116 AFG), der in Antwort auf die erfolgreiche Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche von der Kohl-Regierung durchgesetzt wurde, beschäftigt die Gewerkschaften schon seit Mitte/Ende der achtziger Jahre und stellt eine erhebliche Einschränkung des Streikrechts dar.

Das Verbandsklagerecht der Gewerkschaften zur Durchsetzung von Sozialstandards und tariflichen Standards in den Betrieben ist absolut notwendig, weil viele Menschen im Alltag in der kapitalistischen Betriebswirklichkeit nicht die Möglichkeit und Kraft haben ihre Rechte individuell einzuklagen.

Änderungsantrag PR.162.9.

AH1,

Auf der Seite 2 des Parteiprogramms wird folgender Text abgedruckt:

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Von Bertolt Brecht

Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon,

Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern

Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?

Wohin gingen am Abend, wo die chinesische Mauer fertig

war,

Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem
sagenhaften Atlantis
Brüllten noch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm.
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein Großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte.
So viele Fragen.

Begründung: Wir greifen den mehrfach von Oskar
Lafontaine geäußerten Vorschlag auf und stellen diesen
als Antrag.

Es steht einer linken Partei gut zu Gesicht zu
dokumentieren, dass sie ihr Programm in die Geschichte
der Menschheit stellt, dass sie auf die Rolle der
arbeitenden Menschen, auf die Rolle der Unterdrückten
in der Geschichte hinweist. Es geht nicht besser als mit
diesem Text von Bertolt Brecht.

Beschlossen am 22.9.2011.

Änderungsantrag: PR.163.

**Antragsteller: Olaf Götze (Kreisverband
Münster)**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.163.1.

AH1, S. 31, Zeile 1920

Ergänze nach: "DIE LINKE wendet sich gegen jede
Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, des Alters,
der Religion, der ethnischen.... "

ergänze: "... oder sozialen ..." "... Herkunft..."

Änderungsantrag PR.163.2.

AH1, S. 31, Zeile 1920

ergänze: "... , des Vermögens, ..."

Begründung: Das Parteiprogramm kennt analog zum
Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
Deutschlands sechs Diskriminierungsgründe. Gegenüber
der EU - Menschenrechtscharta sind im AGG sieben
Diskriminierungsgründe nicht genannt. Insbesondere
schichtund klassenspezifische Diskriminierungsgründe
fanden nicht Einzug in die deutsche
Antidiskriminierungspolitik. Über diese Fehlentwicklung,
die als Installierung von Diskriminierungshierarchien
bezeichnet werden kann, findet eine intensive politische
Auseinandersetzung statt.

In dieser Auseinandersetzung sollte DIE LINKE nicht
hinter den Forderungen verschiedener Akteure
zurückfallen.

Die soziale Herkunft und Diskriminierung auf Grund
sozialer Herkunft sind nicht nur im
sozialwissenschaftlichen Diskurs anerkannte und weit
verbreitete Kategorien. Auch in der politischen
Auseinandersetzung erhält sie nach und nach Einzug.
Diskriminierung auf Grund der sozialen Herkunft etwa im
Bildungssystem ist weithin anerkannt und durch
sozialwissenschaftliche Theorien (vgl. Pierre Bourdieu)
und zahlreiche Studien belegt.

Zur Diskriminierung auf Grund der sozialen Herkunft gibt
es entsprechende Ermahnungen von der EU-Kommission,
der UNICEF, der UNESCO und vom
Menschenrechtbeobachter der UN an Deutschland.

Die Hierarchisierung von Diskriminierungsgründen führt
dagegen in Deutschland zu der absurden Situation, dass
etwa Forschungsprojekte der Antidiskriminierungsstelle
des Bundes, wie jenes zur "Diskriminierung an
Hochschulen", nur am Rande die soziale Herkunft
berücksichtigen. Auch in einem Beratungsformular der
Antidiskriminierungsstelle lassen sich keine schicht- bzw.

klassenspezifischen Diskriminierungsgründe angeben. DIE LINKE sollte sich daher dafür einsetzen, das Antidiskriminierungsgesetz um schicht- und klassenspezifische Diskriminierungsgründe zu ergänzen und entsprechend diese in ihr Parteiprogramm aufzunehmen.

Ähnliches gilt für gruppenspezifische Diskriminierung von sozial Benachteiligten bzw. nicht vermögenden Menschen. Laut der Sinus-Studie I geben mit Abstand die meisten Befragten auf die Frage, welche Gruppen in Deutschland benachteiligt sind an: "Arme, Arbeitslose, Kinder armer Eltern, arme Alleinerziehende". Andere Studien verweisen auf die zunehmende gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit, etwa gegenüber Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen bis hin zu körperlicher Gewalt mit Todesfolge gegenüber Obdachlosen.

Diese Formen der Diskriminierung werden im derzeitigen Programmwurf nicht erfasst. Ich möchte daher anregen, den Diskriminierungsgrund "Vermögen" aus der EU - Menschenrechtscharta im Parteiprogramm zu ergänzen.

Sollte es zu einer Abstimmung kommen, bitte ich beide Anträge getrennt voneinander abzustimmen.

Änderungsantrag: PR.164.

Antragsteller/innen: BAG Wissenschaftspolitik sowie Gunhild Böth (MdL, LV Nordrhein-Westfalen), Anja Graf-Gadow (LV Berlin), Dr. Adelaide Grützner (LV Sachsen), Nicole Gohlke (MdB, LV Bayern), Susanne Hennig (MdL, LV Thüringen), Kristin Hofmann (LV Sachsen), Peer Jürgens (MdL, LV Brandenburg), Ulla Lötzer (MdB, LV Nordrhein-Westfalen), Katrin Lompscher (MdA, LV Berlin), Walter Lederer (LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Maiwald (LV Berlin), Mike Niederstraßer (LV Thüringen), Christian Rehmer (LV Brandenburg), Hannelore Reiner (LV Berlin), Tobias Schulze (LV Berlin), Dr. Petra Sitte (MdB, LV Sachsen-Anhalt), Dr. Reinhold Zilch (LV Berlin), Philipp Zimmermann (LV Niedersachsen)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 33, Zeile 2074 - 2084

Frei zugängliches Wissen, unabhängige, demokratisch verfasste Forschung und nachhaltige Technologien für eine gerechte Gesellschaft

Die Zeile 2074-2084 werden durch folgenden Absatz ersetzt:

Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung

Wir wollen die Chancen, die neues Wissen, neue Verfahren und Technologien für eine soziale, ökologische und friedliche Entwicklung der Gesellschaft in sich tragen, nutzen. Knappheiten an Gütern können vermindert, bessere Lebensqualität mit guter Arbeit und Senkung des Ressourcenverbrauchs verbunden und Zugänge zu Informationen und Wissen für eine breite Teilhabe an Gesellschaft und ökonomischen Leben geöffnet werden. Zugleich müssen vor dem Einsatz neuer Verfahren und Technologien ihre Risiken in transparenten und demokratischen Prozessen abgewogen und bewertet werden. Forschung, die militärischen Zwecken dient, widerspricht den genannten Zielen in jeder Hinsicht, weshalb wir ihre öffentliche Finanzierung ablehnen.

Damit Forschung und Wissen zu einer sozial gerechten Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit beitragen können, muss die Wissenschaft selbst in gesellschaftlicher Verantwortung handeln können. Zu den wichtigsten Voraussetzungen gehört, dass wissenschaftliche Einrichtungen von privaten Geldgebern oder staatlicher Auftragsforschung unabhängig und demokratisch verfasst sind. Nur eine institutionell abgesicherte Finanzierung erlaubt es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sich vom Erwartungshorizont der Geldgeber zu lösen und wirklich neue Erkenntnisprozesse zu erproben sowie das dafür notwendige Risiko des Scheiterns einzugehen. Zugleich sind gute Arbeitsbedingungen mit langfristiger Perspektive auf allen Qualifikationsstufen dafür Voraussetzung. Nur die Mitsprache auf Augenhöhe aller am Forschungs- und Wissensprozess Beteiligten sichert ab, dass Lehre und Forschung breit in Debatten über ethische Standards, zivile Zwecke sowie über unterschiedliche Bedarfe und Interessen eingebettet werden. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wissenschaft und Forschung in allen Statusgruppen gehört unabdingbar zu diesem Anspruch dazu.

Wir wollen eine breit gefächerte und plurale Wissenschaftslandschaft, die eine wissenschaftliche Ausbildung, Erkenntnisse und Nutzen auch jenseits des etablierten Wissenskanons ermöglicht. An diesem Anspruch messen wir die grundgesetzlich festgeschriebene Freiheit der Wissenschaft. Insbesondere setzen wir uns für die öffentlich geförderte Grundlagenforschung, kritische Wissenschaftsansätze, interdisziplinäre Fragestellungen und die Zusammenarbeit der eingreifenden, anwendungsorientierten Forschung mit gemeinnützigen Akteuren ein. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sollen ihren Beitrag zur Erarbeitung von Gesellschaftsalternativen leisten können.

Wissen frei zugänglich machen

Damit neue Technologien nicht vorrangig unter dem Blickwinkel der ökonomischen Verwertung, sondern mit gemeinnütziger Perspektive entwickelt und genutzt werden können, braucht es einen innovativen öffentlichen Sektor, der auch moderne Methoden und Technologien nachfragt, fördert und entwickelt.

Wir sehen Wissen als Gemeingut. Wissensmonopole widersprechen demokratischen Prinzipien des freien Zugangs zu den Wissensbeständen der Menschheit. Sie verhindern zudem, dass durch produktive Nutzung neues Wissen entsteht. Damit möglichst viele Menschen Wissen und Innovationen nutzen können, befürworten wir Modelle der offenen Innovation - in Forschung und Entwicklung und bei der Weiterentwicklung durch Nutzerinnen und Nutzer.

Öffentliche Einrichtungen der Wissensvermittlung wie Schulen, Hochschulen, Forschungsinstitute, Archive und Bibliotheken müssen durch eine ausreichende Finanzierung in die Lage versetzt werden, ihrem Auftrag nach unabhängiger und gemeinnütziger Erarbeitung, Erschließung und Vermittlung von Wissen nachzukommen.

Begründung: Neues Wissen und seine Anwendung in Innovationen und Technologien durchziehen alle gesellschaftlichen Bereiche und gestalten unsere Lebens- und Arbeitswelt. Die Debatte um die Förderung, Unterstützung und Regulierung neuen Wissens und neuer Technologien muss aus den geschlossenen Zirkeln von Konzernzentralen und Ministerien heraus in die Sphäre einer demokratischen Öffentlichkeit überführt werden.

War die Forschungs- und Technologiepolitik in Ost und West in den Zeiten des Kalten Krieges stark von staatlichen Interessen geprägt, ordnete sich sie sich in der neoliberalen Ära zunehmend dem globalen Standortwettbewerb um private Investitionen unter. Dabei stehen nicht die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt, sondern die Ansprüche global agierender entwicklungsstarker Unternehmen und Konzerne. Wettbewerbs- und damit Wertschöpfungsvorsprünge sollen durch staatliche Förderpolitik gefördert und unterstützt werden. Soziale und ökologische Belange spielen in diesem Konzept nur dann eine Rolle, wenn sie sich mit mehr Wachstum und Profit verknüpfen lassen.

Das Ziel LINKER Politik ist hingegen, den Aspekt des Gemeinnutzens von Forschung und Technologien gegenüber dem Privatnutzen durch staatliche Interventionen, Fördermaßnahmen und andere Steuerungsmechanismen zu stärken und die Zivilgesellschaft in die Debatte um die Ausrichtung der Forschungspolitik einzubinden. Dabei sind jedoch komplexe Rahmenbedingungen zu beachten:

- Der Staat ist im Innovationsgeschehen ein Akteur unter vielen. Die meisten klassischen Innovationsprozesse finden derzeit ihren Antrieb in privaten, kommerziell motivierten Investitionsentscheidungen. Die öffentliche Hand kann in diesen Bereichen zumeist über die Forschungsförderung oder das Beschaffungswesen steuern oder Rahmenbedingungen wie etwa Besteuerung, Bildungssysteme oder Rechtssetzung beeinflussen. Innovationen entstehen auch im gemeinnützigen Rahmen

durch Selbstorganisation unterschiedlicher Gruppen. Im Zentrum von Innovationsprozessen steht der Staat in den öffentlichen Bereichen, für die er direkt Verantwortung trägt oder nach unserer Auffassung tragen soll. Dazu gehören etwa die öffentliche Verwaltung, die Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung, ÖPNV, Energieversorgung, Telekommunikation und weiteres), aber auch die Raumfahrt oder das Militär.

- Privatwirtschaftlich finanzierte Innovationen folgen einem Wertschöpfungsprimat. Im Vordergrund steht eine Abwägung zwischen dem Risiko, mit hohen FuE-Aufwendungen entwickelte Innovationen in den Markt zu bringen oder weiter auf Altbewährtes zu setzen. Für dieses Risiko werden in aller Regel besonders hohe Renditen erwartet, am extremsten in den Spitzentechnologien (etwa Nano-, Bio- oder IT-Technologien) mit einem besonders hohen FuE-Anteil in der Kostenstruktur. Die Investitionstätigkeit in Spitzentechnologien konkurriert zudem mit anderen Hochrisikoinvestitionen - etwa auf den Kapitalmärkten. Viele Innovationen und Technologien sind daher bereits in ihrem Ursprung und Wesen von Profitinteressen geprägt. Diese Strukturierung läuft häufig ihren eigentlichen Potenzialen für eine gesellschaftlich sinnvolle Entwicklung zuwider - wie etwa das Beispiel des Internets oder der Medikamentenentwicklung zeigt.

- Das Innovationsgeschehen findet zunehmend im internationalen Raum statt. Die einzelnen Nationalstaaten und selbst supranationale Gebilde wie die Europäische Union, treten multinationalen privatwirtschaftlichen AkteurlInnen als Investitionsstandorte gegenüber. Der objektiv verschärfte Wettbewerb um private Investitionen in FuE-intensiven Branchen ist in der vorherrschenden Forschungs- und Technologiepolitik handlungsleitend geworden. Ein alternativer Politikentwurf kann diese Bedingungen des internationalen Technologiewettbewerbs nicht vernachlässigen, wenn er im Hier und Jetzt Wirkung entfalten soll. Zugleich bekommt die Region in diesem Geschehen eine neue Bedeutung - entweder, weil sie sich im Zentrum der Innovationsdynamik befindet oder weil sie eben außerhalb dieser Dynamik existieren muss.

LINKE Forschungs- und Technologiepolitik kann und muss unter diesen Bedingungen Profil entwickeln und die Chancen im Kampf um eine demokratische und soziale Ausgestaltung unserer Lebenswelt nutzen. Wir setzen uns für die Förderung neuen Wissens und neuer Technologien ein, die das Potenzial haben, über die Profitdominanz hinaus zu führen und einen risikofreien oder zumindest risikoarmen Gemeinnutzen zu stiften. Beispiele seien hier der Ausbau erneuerbarer Energien inklusive intelligenter Netze, offene Kommunikationsströme des Internets oder die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten für ärmere Regionen.

Um diese Chancen zu nutzen, müssen wir um eine Neuausrichtung der Forschungs- und Technologieentwicklung ringen.

1. Die Forschungs- und Technologiepolitik muss demokratisiert werden. Staatliche Förderprogramme sollen auf die Belange der Betroffenen und auf eine gesellschaftliche Nachfrage ausgerichtet werden. So wären bei der Förderung von Stammzelltherapien und synthetischer Biologie Patientinnen und Patienten mit am

Tisch, bei der Förderung der Agrarforschung Umweltschutz-, Entwicklungshilfe- und Verbraucherverbände. Um innovative und alternative wissenschaftliche Ansätze zu fördern, müssen Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und gemeinnützige private Forschungseinrichtungen als ProduzentInnen von Wissen einen angemessenen Stellenwert in der staatlichen Förderpolitik bekommen. Das Demokratisierungsgebot gilt natürlich ebenso für Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie Hochschulen. An der Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft und dem daraus folgenden Mangel an Gendersensibilität wird die notwendige Öffnung für mehr Gerechtigkeit und bessere Qualität der Forschung besonders deutlich.

2. Wir brauchen eine Repolitisierung der Forschungspolitik. Die Parlamente und Elemente der direkten Demokratie müssen eine wichtige Rolle bei der Prioritätensetzung der Forschungs- und Technologieförderung bekommen. Diese institutionelle Neuaufstellung soll einen öffentlich geführten Diskurs über Kosten und Nutzen, Risiken und Chancen öffentlich geförderter Forschungs- und Technologieprojekte ermöglichen. Gestärkt werden muss auch eine unabhängige Zukunftsforschung und Technikfolgenabschätzung.

3. Wir wollen Innovationen für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft statt für Profite fördern. Private Wertschöpfung kann dabei Nebenprodukt, aber nur selten das Hauptziel verantwortlicher Innovationspolitik sein. Eine Ausnahme bildet etwa die Förderung strukturschwacher Regionen oder Kleiner und Mittlerer Unternehmen (KMU). Wir wenden uns insbesondere gegen Wehr- und Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie gegen die Verquickung militärischer und ziviler Forschungstätigkeit.

4. Eine linke Innovationspolitik ist mehr als die Förderung des Verkaufs neuer Technologien. Viele der Probleme, vor denen unsere Gesellschaft steht, können nur mit Hilfe eines Mix aus Verhaltensänderungen in sozialen Systemen und neuen Technologien gelöst werden. Als Beispiel sei der Kampf gegen den Klimawandel genannt, der ohne eine dramatische Einsparung unseres Energieverbrauchs und eine Umstellung unserer Lebens- und Arbeitsweise nicht gewonnen werden kann. Zugleich brauchen wir die neuen Energietechnologien, um die alten klima- und umweltschädlichen ersetzen zu können. Eine nachhaltige Innovationspolitik denkt daher von der ganzheitlichen Problemlösung her und ordnet die Forschungs- und Technologieförderung in diese ein. Dabei werden schnell die Grenzen des technologiegetriebenen Verwertungsprozesses erreicht, wie etwa die Notwendigkeit einer Konversion der Automobilindustrie belegt.

5. Wissen muss als Gemeingut gefördert werden. Das marktliberale Modell einer Wissensgesellschaft stößt durch restriktive Handhabung des so genannten »Geistigen Eigentums« notwendig an künstliche Grenzen der Verknappung und der Exklusion. Menschen in armen Regionen bekommen nicht die dringend benötigten Medikamente, Software kann auf Grund von Patenten

nicht weiter entwickelt werden. DIE LINKE setzt hingegen auf Modelle von Open Innovation bei der Erarbeitung und auch bei der Nutzung von Forschungs- und Entwicklungsleistung. Das Urheberrecht soll dabei die Erarbeitung neuen Wissens schützen, aber nicht monopolisierte Exklusivansprüche von Industrien kreieren. Öffentlich geförderte Wissenschaft sollte kostenlos und für alle zugänglich veröffentlichen (Open Access). Nicht zuletzt stehen ein freies Internet und die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung (etwa für öffentliche Bibliotheken) im Fokus einer demokratischen Wissensgesellschaft.

Änderungsantrag: PR.165.

**Antragstellerin: DIE LINKE.
Ortsorganisation Meißen**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.165.1.

AH1, S. 23, Zeile 1303 bis 1306

Neu: Grundsätzlich ist zu garantieren, dass der Arbeitslohn dem Arbeitnehmer eine gesicherte Lebensgrundlage bietet. Wachsender Gewinn des Unternehmens muss zu angemessenen Lohnzuwachs führen. Managergehälter und Abfindungen sind nach messbaren Kriterien des Unternehmens zu begrenzen. Die Vergütung mit Aktienoptionen ist zu verbieten.

Begründung: Soll der Unternehmer (Bäckermeister) seinen 2 Gesellen mehr Lohn zahlen, weil die Preise z.B. für Energie ständig steigen, wovon er selbst betroffen ist? Außerdem ist die unendliche Lohn-Preis-Spirale ein Wesensmerkmal des Kapitalismus nicht aber des demokratischen Sozialismus.

Änderungsantrag PR.165.2.

AH1, S. 23, Zeile 1318 bis 1319

Neu: Es ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mehr Beschäftigungsverhältnissen führt und der Leistungsdruck nicht weiter absteigt.

Begründung: Nicht mehr Beschäftigung, sondern mehr Beschäftigte (wichtiger Schritt zur Vollbeschäftigung)

Änderungsantrag PR.165.3.

AH1, S. 25, Zeile 1502 bis 1506

Neu: Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gestaffelt auf private Millionenvermögen. Damit wird endlich das uferlose Auseinanderdriften zwischen arm und reich eingedämmt. (Folgenden Satz streichen)

Begründung: 5 % ist pauschal und unangemessen für private Milliardenvermögen, woher diese auch her sein mögen.

Die Vorschläge wurden von einer kleinen Arbeitsgruppe in der Versammlung am 19.9.2011 eingereicht, diskutiert und bestätigt.

Änderungsantrag: PR.166.

Antragsteller/innen: BAG Netzpolitik, Basisorganisation „von dannen“ (Berlin), Sebastian Koch (Jugendverband, D), Julia Bonk (Sachsen, MdL, D), Halina Wawzyniak (Berlin, MdB, D), Juliane Witt (Berlin), Katharina König (Thüringen, MdL), Katharina Weise (Berlin), Fabian Blunck (Jugendverband, D), Dennis Jannack (Sachsen-Anhalt), Rüdiger Schumann (Thüringen), Hassan Metwally (Berlin), Petra Sitte (Sachsen-Anhalt, MdB, D), Matthias Gruber (Sachsen, D), Jan Wagner (Sachsen-Anhalt, MdL), Benjamin Winkler (Sachsen), Cornelia Ernst (Sachsen, MdEP), Benjamin Krüger (Berlin), Tobias Schulze (Berlin, D), Philipp Zimmermann (Niedersachsen), Gregor Henker (Sachsen), Christoph Nitz (Berlin, D), Bodo Ramelow (Thüringen, MdL, D), Constanze Lehr (Hessen), Inge Gesiarz (Hessen), Jutta Hülskath (Hessen), Kreszentia Flauger (Niedersachsen, MdL, D), Kathrin Sängerschäfer (Rheinland-Pfalz, MdB), Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen, MdB, D), Johanna Voss (Niedersachsen, MdB, D), Lothar Bisky (Brandenburg, MdEP), Jürgen Scheele (Hessen), Gabriele Zimmer (Thüringen, MdEP), Karin Schüttpelz (Mecklenburg-Vorpommern), Helmut Scholz (Brandenburg, MdEP), Yvonne Ploetz (Saarland, MdB, D), Andrej Hunko

(Nordrhein-Westfalen, MdB), Nora Schüttpelz (KV Brüssel), Bernd Schneider (KV Brüssel), Jule Nagel (Sachsen), Marcel Käming (Nordrhein-Westfalen), Sandra Kaliga (Berlin); Kreisverband Potsdam, Angelika Skrzypczak (Berlin, Delegierte), Emanzipatorische Linke Ko-Kreis, Thomas Händel (MdEP, Sprecher der Delegation DIE LINKE in der GUE/NGL, Bayern), Frank Puskarev (BO Brüssel)

Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 30, nach Zeile 1810

werden folgende Absätze eingefügt:

Gleichheit und Freiheit im Netz

Information ist zu einer entscheidenden Ressource und Produktivkraft geworden. In den Netzwerken der digitalen Informationsproduktion und Kommunikation haben Nutzerinnen und Nutzer weltweit dezentrale Wissensbestände abrufbar gemacht, Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Gedächtnis demokratisiert und neue Formen von Öffentlichkeit geschaffen. Der Zugang zur Wissensproduktion, die Entscheidungsmacht über Auswahl und Einsatz von Informationen bestimmen darüber, von wem und wie die Netzwerke digitaler Kommunikation künftig beherrscht werden. Der Zugang zu Kommunikation und Information und die Möglichkeiten zum Erwerb digitaler Kulturtechniken bilden die Grundlage für Demokratie, Pluralismus und Meinungsbildung im Internet. DIE LINKE fordert, die Infrastruktur für ein schnelles Internet als digitale Grundversorgung für alle bereitzustellen. Wir wollen die Freiheit des Wissens in der digitalen Welt verteidigen und ausbauen. Das System der offenen Informationsbereitstellung stößt zunehmend auf den Widerstand von Kontroll- und Geschäftsinteressen. Es soll weitreichenden Beschränkungen unterworfen werden. Privatwirtschaftliche Oligopole und staatliche Überwachungsinteressen bedrohen die dezentrale Struktur des Internets und damit die Gleichheit und Freiheit im Netz.

Wir treten für die Vielfalt der Netze ein. Wir lehnen Netzsperrern sowie das Durchleuchten und Filtern von Inhalten ab. Informationen müssen grundsätzlich frei sein. Mit der digitalen Technologie wurde der Zugang zu Wissens- und Kulturgütern geöffnet und erweitert. Ihr Verständnis als öffentliche Güter ist inzwischen alltäglich praktizierte Vision. Statt Nutzerinnen und Nutzer zu kriminalisieren, sind politische Lösungen für neue

Vergütungsmodelle der Kreativ- und Kulturschaffenden zu entwickeln.

Das Internet kann als Plattform zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Es erweitert die Möglichkeiten aller, selbst kreativ zu werden und Gegenöffentlichkeiten zu schaffen. DIE LINKE steht an der Seite der Nutzerinnen und Nutzer, denen es um die Freiheit geht, sich zu informieren und zu äußern.

Änderungsantrag: PR.167.

Antragsteller: Marc Albrecht und Kreisvorstand des KV Stade der Partei DIE LINKE

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 27, Zeile 1599 – 1603

folgende Passage streichen (Zeile 1599 – 1603):

„Teile der Linken vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“

durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

„Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. perspektivisch für die Einführung eines bedingungslosen, personenbezogenen und existenzsichernden Grundeinkommens für alle in Deutschland und Europa lebenden Menschen ein.“

Begründung: In der Präambel des Leitantrages zum Grundsatzprogramm unserer Partei, fordert DIE LINKE. u.a. die „individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität...“

Das Konzept des bedingungslosen, personenbezogenen und existenzsichernden Grundeinkommens (BGE) könnte diese Grundidee Wirklichkeit werden lassen. Es böte allen Menschen in einer hochproduktiven und arbeitsteiligen Volkswirtschaft wie der unseren, die Möglichkeit, in Würde und Freiheit selbstbestimmt zu leben. Es gäbe

keinen Zwang für Arbeitslose, unsinniger und schlecht bezahlter Arbeit nachgehen zu müssen. Die Stigmatisierung und Diskriminierung von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen gehörten der Vergangenheit an. Ein Grundeinkommen schafft nicht die Erwerbsarbeit ab; es sorgt aber dafür, dass die Arbeitsbedingungen humanisiert werden. Jeder Mensch erhalte das Vermögen, „Nein“ sagen zu können. Außerdem würde familiäre, gesellschaftliche und ehrenamtliche Arbeit stärker als bisher anerkannt und entsprechend gewürdigt. Das BGE verhindert darüber hinaus Kinder- und Altersarmut, es stärkt die Familien und bietet allen Menschen die Möglichkeit, umfassende Bildungsangebote wahrzunehmen. Die patriarchale Unterdrückung der Frauen wäre endgültig aufgehoben, da sie nun weder wirtschaftlich noch finanziell vom (Ehe-)Mann abhängig sind. Durch eine sozial gerechte Neuordnung des Steuer- und Sozialsystems, würden bisherige staatliche Transferleistungen sukzessive abgeschafft und schließlich komplett durch das BGE ersetzt. Dabei ist allerdings zu beachten, dass nicht alle Sozialleistungen – beispielsweise im Gesundheitswesen – aufgrund ihrer Höhe durch ein Grundeinkommen ersetzt werden können. Aus diesem Grunde setzt sich DIE LINKE. für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung als Kranken- und Pflegeversicherung ein.

Zahlreiche BürgerInnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen, UnternehmerInnen, kirchliche Organisationen, Erwerbsloseninitiativen, Vereine, Netzwerke und Parteien diskutieren über die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. DIE LINKE. sollte sich aktiver an diesem Diskussionsprozess beteiligen und das Thema stärker in die Öffentlichkeit tragen.

Mittlerweile haben auch einige Staaten erste Ansätze zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens umgesetzt. Dazu gehören beispielsweise Brasilien, Namibia oder die Mongolei. Am weitesten ist dieser Prozess in Brasilien vorangeschritten, wo das bedingungslose Grundeinkommen seit 2004 als Staatsziel in der Verfassung verankert ist.

Uns ist bewusst, dass das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens kein Allheilmittel zur Lösung aller sozialen Probleme ist. Es bietet aber die Möglichkeit, einen gesellschaftlichen Transformationsprozess in

Gang zu setzen, in dessen Folge, die Existenz eines Menschen nicht mehr von einem Erwerbsarbeitsplatz oder staatlichen Almosen abhängt und gleichzeitig dem Diktat der Vollbeschäftigung und dem Wachstumsfetischismus ein Ende zu bereiten.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens schadet nur denjenigen, die heute noch über ökonomische und politische Macht verfügen und somit in der Lage sind, Herrschaft über andere Menschen auszuüben. Gerade diese Herrschaftsstrukturen zu durchbrechen und zu überwinden, ist aber eine der zentralen Aufgaben linker Politik.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ein effektives Instrument, um auf eine pragmatische und verständliche Art und Weise dieser Aufgabe gerecht zu werden, ohne dabei das Innovations- und Kreativpotenzial der Menschen zu konterkarieren.

Wir bitten daher die Delegierten des Bundesparteitages, unserem Änderungsantrag im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und Europas zuzustimmen und sich für diese Änderung auf dem Bundesparteitag einzusetzen.

Kreisvorstandsbeschluss des KV Stade vom 06.09.2011.

Änderungsantrag: PR.168.

Antragstellerin: Ökologische Plattform

Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.168.1.

AH1, S. 35, Zeile 2167/2168

nach dem Satz

„Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert die Reduktion des Verbrauchs fossiler Ressourcen um 90 Prozent.“

Den folgenden Satz einzufügen:

„Auch bei anderen metallischen und nichtmetallischen Ressourcen ist eine wesentliche, an den fossilen Ressourcen orientierte, Reduzierung unumgänglich.“

Begründung: Bei allen endlichen und auch erneuerbaren Ressourcen ist eine wesentliche Reduzierung des Verbrauchs erforderlich. Wissenschaftliche Institute fordern eine Reduzierung um 80 bis 90 %.

Änderungsantrag PR.168.2.

AH1, S. 24, Zeile 1386 ff

den Satz

„Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern beziehungsweise den Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.“

wie folgt abändern:

„Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern beziehungsweise den Aktionären nützt,

muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am Beitrag zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, den Interessen der Beschäftigten sowie an der Einsparung von Material und Energie, misst.“

Begründung: Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit schließen sich aus. An anderer Stelle des Programms wird eine drastische Senkung des Energie- und Materialverbrauchs gefordert, was sich mit einem Wachstumsziel, noch dazu einem **langfristigen und undifferenzierten**, nicht verträgt.

Änderungsantrag PR.168.3.

AH1, S. 15, Zeile 777 - 783

den Abschnitt streichen und durch folgenden Text zu ersetzen:

„Die aggressive Exportorientierung Deutschlands verursacht in anderen Ländern schwere wirtschaftliche Schäden. Die Kehrseite unserer Exportüberschüsse sind notwendigerweise Defizite und höhere Arbeitslosenquoten der anderen Länder. Deutschland hat die Exportförderung (etwa durch das Instrument der Hermesbürgschaften, durch eine Politik des Lohndumpings bei uns, etc.) einzustellen und stattdessen eine ausgeglichene Handelsbilanz anzustreben.“

Begründung: Die im vorliegenden Text herausbeschworene „Gefahr einer De-Industrialisierung“ ist völlig blind gegenüber der Tatsache, dass angesichts knapper Energie und knapper Rohstoffe unser Typ von Industriegesellschaft insgesamt auf dem Prüfstand steht.

Änderungsantrag PR.168.4.

AH1, S. 21, Zeile 1170, 1183/1184

Folgende Worte streichen:

Zeile 1170: „für Binnenkaufkraft“

Zeile 1183/1184: „die inländische Nachfrage stärken“

Begründung: Dies ist eine Festlegung auf das alte keynesianistische Konzept der Stärkung der Konsumnachfrage, was nichts anderes darstellt als die Fortschreibung des Wachstumswahns mit anderen Mittel. Angesichts des zwangsläufigen Endes unserer Wachstumswirtschaft ist dies sicher keine zukunftsweisende Forderung.

Änderungsantrag PR.168.5.

AH1, S. 23, Zeile 1361-1363

Streichen des Satzes:

„Dazu muß die inländische NachfrageLeistungen gestärkt werden.“

Begründung: Dieser Satz steht in diametralem Widerspruch zum vorhergehenden.

Änderungsantrag PR.168.6.

AH1, S. 14, Zeile 697 - 699

Streichen des Satzes:

„Zugleich verschärfen die Abkopplung der Löhne von der Entwicklung der Produktivität und sinkende Sozialeinkommen das Problem industrieller Überkapazitäten und entmutigen reale Investitionen.“

Begründung: Die Forderung der Orientierung der Löhne an der Produktivitätsentwicklung unterschlägt, dass der Zwang zu steigender Arbeitsproduktivität und damit zu immer energieintensiverer Produktion und energieintensiveren Konsumgütern dem Kapitalismus selbst innewohnt. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität der letzten Jahrzehnte war nur vor dem Hintergrund des Einsatzes scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stehender Energie möglich. Diese Entwicklung ist jetzt an ihr Ende gelangt. Die Forderung, die Löhne an die Produktivitätsentwicklung zu koppeln, affirmiert den kapitalistischen Wachstumszwang anstatt seine notwendige Überwindung anzustreben und passt nicht mehr in unsere Situation eines sinkenden Energieangebotes.

Änderungsantrag PR.168.7.

AH1, S. 36, Zeile 2277 - 2279

„Die Agro-Gentechnik lehnen wirNachweisgrenze zu senken.“

den folgenden Satz einzufügen:

„Wir sind ebenso entschieden gegen Ex- und Import von Waren, die agro-gentechnisch verändert sind.“

Begründung: Erstmals hat der UN-Menschenrechtsausschuss mit Sitz in Genf den Einsatz der Agro-Gentechnik mit Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht. Nachdem indische NGOs vor wenigen Wochen die Lage in ihrem Land schilderten, heißt es in der soeben veröffentlichten Erklärung des zuständigen Komitees: "Das Komitee ist besorgt, dass die extreme Armut unter den Kleinbauern durch die Einführung von genetisch verändertem Saatgut durch multinationale Konzerne und die daraus resultierende Preiseskalation bei Saatgut, Dünger und Pestiziden.) verschlimmert wurde." Dabei wird explizit auf die "steigende Häufigkeit von Farmer-Selbstmorden über das vergangene Jahrzehnt" Bezug genommen.

Mit importierten gentechnisch veränderten Futtermittelzusätzen werden in Europa Milchkühe zunehmend auf Hochleistung getrimmt und immer weniger tiergerecht gefüttert. Das belegt eine neue Studie des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Der Preisverfall auf dem Milchmarkt erhöhe den Zwang für die Landwirte, die Leistungen ihrer Kühe weiter zu steigern. Der Einsatz von Antibiotika und gentechnisch verändertem Futter sowie die Züchtung mit Hilfe von Hormonen seien die Regel. Durch die Haltungsbedingungen für Hochleistungskühe sei die Zahl der Eutererkrankungen in den zurückliegenden vierzig Jahren um das Sechsfache gestiegen; die der Klauen- und Stoffwechselkrankheiten um das Dreifache. Rund ein Drittel der Hochleistungstiere litten an akuten und chronischen Entzündungen. Unter dem Diktat der Hochleistungszucht verschwinde die Vielfalt der Rinderrassen. Bienen sterben durch Dünger und Pestiziden.

Änderungsantrag PR.168.8.

AH1, S. 36, Zeile 2265

an die Stelle des Satzes

„Wir setzen uns für den Schutz frei lebender Tierarten ein, aber auch für artgerechte Haltungsformen in der Landwirtschaft und die Ablösung von Tierversuchen.“

den folgenden Text setzen:

Wir setzen uns für den Schutz freilebender und in Obhut des Menschen lebender Tiere ein, insbesondere für die artgerechte Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere und die Ablösung von Tierversuchen. Dringend erforderlich ist ein Verbot tierquälerischer Intensiv- und Massentierhaltung.

Begründung: Es muss zum Ausdruck kommen, dass wir auch die Haustiere der Menschen und nicht nur die freilebenden Tiere schützen wollen.

Änderungsantrag PR.168.9.

AH1, S. 10, Zeile 392/393

den Satz

„Das Verhältnis zur Natur und fast alle menschlichen Beziehungen werden zu Warenbeziehungen.“

wie folgt zu ändern:

„Fast alle menschlichen Beziehungen werden zu Warenbeziehungen, die Natur wird als Gratisnaturproduktivkraft missbraucht.“

Begründung: Es gibt im Kapitalismus keine Warenbeziehung zur Natur. Die Natur verkauft ihre Produkte nicht an den Kapitalisten. Der Kapitalist berechnet nur die Kosten der Entnahme der Produkte aus der Natur. Deshalb hat Marx den Begriff der „Gratisnaturproduktivkraft“ geschaffen, der genutzt wird, um zu verdeutlichen, dass die Produktivkräfte der Natur vom Kapital gratis vereinnahmt werden.

Änderungsantrag PR.168.10.

AH1, S. 17, Zeile 871/872

den Satz

„Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energien radikal eingeschränkt werden.“

durch den folgenden Satz ersetzen:

„Damit die Erdtemperaturen um nicht mehr als 1,5 Grad Celsius gegenüber 1990 steigen, muss der Verbrauch fossiler Energieträger radikal eingeschränkt werden.“

Begründung: Die auf dem Klimagipfel von Chochabamba geforderte Grenze des Temperaturanstiegs sollten wir aufnehmen. Wir wollen nicht die „Energien“, sondern die Energieträger einschränken.

Änderungsantrag: PR.169.

Antragsteller/innen: Ökologische Plattform; Angelika Hunger, Magdalene Gollnow, Wolfgang Methling, Uwe Fiedler

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.169.1.

AH1, S. 36, Zeile 2279

den Satz gegen Agro-Gentechnik durch folgende Aussage zu ergänzen:

„Tier- und Pflanzenpatente lehnen wir ab.“

Begründung: Tier- und Pflanzenwelt werden durch Patente zum Spielball profitorientierter Unternehmen.

Änderungsantrag PR.169.2.

AH1, S. 16, Zeile 861

den Satz

„Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz.“

wie folgt zu ergänzen:

„Die heutigen Industriegesellschaften zehren von der Substanz.“

Begründung: Mit einem Anteil von 20 % an der Erdbevölkerung verbrauchen die Industrienationen 80 % der Ressourcen. Wir können also nicht alle Gesellschaften beschuldigen.

Änderungsantrag: PR.170.

**Antragsteller: Landesparteitag DIE LINKE.
Sachsen-Anhalt**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 24, Zeile 1401 bis 1403

Den Text

„Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.“

ersetzen durch

„Mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor streben wir einen gemeinnützigen Sektor an, der weder durch den Markt reguliert noch vom Staat dirigiert wird, aber mit öffentlichen Mitteln finanziert wird. Er soll soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben übernehmen, die die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft stärken und demokratisch von Beschäftigten und Nutzern verwaltet werden.“

Begründung aus dem Beschluss des Landesparteitages vom 24. September 2011:

„Wir brauchen Transformationsprojekte, die konkret sind, die Lebensqualität verbessern können und demokratische Teilhabe erlebbar machen. Wir haben in den letzten 20 Jahren unter den besonderen Bedingungen der ostdeutschen Bundesländer und den besonderen Herausforderungen einer Partei, die sich neues Vertrauen aufbauen musste, dazu gearbeitet und beispielsweise Konzepte für mehr Bildungsgerechtigkeit, für solidarische Sozialsysteme, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. Rekommunalisierung oder eine moderne Arbeitsmarktpolitik entwickelt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich darum dafür ein, das Konzept des Öffentlichgeförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) weiterzuentwickeln und im Programm zu verankern.

Im Zuge der Umgestaltungsprozesse nach 1989 sind wir mit anhaltend hoher struktureller Arbeitslosigkeit und mit der Zurückdrängung der Erwerbsarbeit als Ergebnis eines rücksichtslosen Standortwettbewerbs und umfassender Deindustrialisierung konfrontiert. Zugleich hat die damit einhergehende finanzielle Aushöhlung der öffentlichen Kassen zur Folge, dass immer mehr Aufgabenfelder, die für den sozialen Zusammenhalt und für ein funktionierendes Gemeinwesen unerlässlich sind, abgebaut werden. Ein Teil dieser Aufgabenfelder wurde mit den Mitteln der Arbeitsförderung kompensiert. Damit wurde die Bezahlung und Ermöglichung notwendiger Arbeit immer wieder in eine zeitliche Begrenzung gedrängt, sowie durch ständigen personellen Wechsel und instabile Förderungsbedingungen gekennzeichnet. Das erwies sich als kontraproduktiv, vor allem für verlässliche soziale Beziehungen und Strukturen in sozialen Tätigkeitsfeldern. Andere Aufgabenfelder wiederum sind in die Ehrenamtlichkeit abgedrängt worden, die nicht selten vor allem von nunmehr arbeitslos gewordenen Menschen unentgeltlich weitergeführt werden. Viele gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure – darunter Gewerkschaften, Vereine und Verbände, nicht zuletzt die Wissenschaften, diskutieren seit vielen Jahren Alternativen im Rahmen eines so genannten Dritten Sektors.

Zu den programmatischen Leistungen der PDS in den neuen Ländern gehört die Entwicklung des Konzeptes für

einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Die Idee war es, gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht durch den unternehmerischen Sektor finanziert wird bzw. finanzierbar ist, durch öffentliche Mittel als öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren. Vor allem zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen und ähnliches, sollten Träger solcher Beschäftigungsprojekte werden. Die Stärken von zivilgesellschaftlicher Verankerung – wie zum Beispiel der flexible Wandel entsprechend der sich verändernden Bedarfe, Bürgernähe und die Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements, flache Hierarchien sowie basisdemokratische Teilhabe und Mitbestimmung, sollten kombiniert werden mit Standards wie der tariflichen Ausgestaltung von Arbeits- und Einkommensbedingungen. Nicht zuletzt ging es darum, Eigeninitiative und Eigenverantwortung durch verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sollte vor allem die soziale und ökologische Nachhaltigkeit des Gemeinwesens und der Gesellschaft gestärkt werden.“

(Beschluss der 2. Tagung des 3. Landesparteitages am 24. September 2011)

Änderungsantrag: PR.171.

Antragsteller: Kreisvorstand Ostalb

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.171.1.

AH1, S. 30, Zeile 1837:

Das Wort „umfassende“ soll gestrichen werden.

Am Ende von Zeile 1837 soll folgender Satzteil hinzugefügt werden:

„- nur zur Abrechnung erforderliche Daten dürfen erfasst und gespeichert werden.“

An dieser Stelle soll es dann heißen:

„...gegen den Ausbau von Videoüberwachung und die Speicherung von Telekommunikationsdaten – nur zur Abrechnung erforderliche Daten dürfen erfasst und zeitlich befristet gespeichert werden.“

Begründung: Das Wort „umfassend“ kann nach Belieben ausgelegt werden.

Änderungsantrag PR.171.2.

AH1, S. 8, Zeile 243 - 247

Der Text

„Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten...Resolutionen der Vereinten Nationen.“

soll gestrichen werden. Es soll dann heißen:

„Deshalb treten wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes ein.“

Begründung:

1. Für DIE LINKE ist es selbstverständlich, dass jeder Mensch, gleich welcher Rasse, Religion oder sonstigem sozialen Status, ein existenzielles Recht auf Leben hat.

2. Die Verbrechen unserer Vorfahren im Namen des deutschen Faschismus mahnen uns, Konflikte friedlich zu lösen.

3. Friedliche Lösungen von Konflikten erfordern Kompromisse der Konfliktparteien. Welche Kompromisse die Konfliktparteien aber finden, sollte diesen aber nicht von außen verordnet werden.

Beschlossen durch den Kreisvorstand Ostalb am 21.09.11

Änderungsantrag: PR.172.

Antragsteller: Gerhard Ruppert

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.172.1.

AH1, S. 5, Zeile 8

„devot“ ersetzen durch „bedingungslos“

Begründung: Devot ist in diesem Zusammenhang nicht zeitgemäß.

Änderungsantrag PR.172.2.

AH1, S. 5, Zeile 35

statt „obere Zehntausend“ ersetzen durch „ für einige wenige“

Begründung: „obere Zehntausend“ hört sich zu „klassenkämpferisch“ an.

Änderungsantrag PR.172.3.

AH1, S. 22, Zeile 1228

statt „obere Zehntausend“ ersetzen durch „ für einige wenige“

Änderungsantrag PR.172.4.

AH1, S. 24, Zeile 1408

Ergänzung nach unterworfen:

...auf eine Größe zurückgeführt werden, in der sie nicht mehr „System- relevant“ sind

Begründung: dies sollte einer der ersten Schritte sein, dass der Staat /die Staaten nicht mehr erpressbar ist/sind.

Änderungsantrag PR.172.5.

AH1, S. 41, Zeile 2613

...Politik kann heute... ersetzen durch ...Politik darf heute

Begründung: kann, sollte, könnte ist zu unverbindlich. Darf, ist verbindlich.

Änderungsantrag: PR.173.

**Antragsteller: Sirko Pika (AG
Wirtschaftspolitik)**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.173.1.

AH1, S. 20, nach Zeile 1085

Originalzeilen 1146-1156 verschieben nach Zeile 1085

Nach: Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen

Einfügen:

Allein die Form des Eigentums, ob öffentlich oder privat, entscheidet nicht über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung. Auch Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern oder Kommunen bedürfen der Kontrolle. Sie müssen sozialen und ökologischen Vorgaben unterliegen und dem Gemeinwohl gesetzlich verpflichtet werden. Den Belegschaften müssen starke Mitbestimmungsrechte als Korrektiv zu den Entscheidungen des Managements garantiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wirksame Möglichkeiten der Partizipation an der Entwicklung der kommunalen Dienstleistungen erhalten. Im Unterschied zu privaten Unternehmen sind öffentliche Unternehmen nicht an kurzfristige Renditeerwartungen gebunden. Öffentliches Eigentum ist keine Garantie, aber die Voraussetzung für neue Kriterien und Prioritäten des Wirtschaftens. (Originalzeilen 1146-1156)

Begründung: Diese Erklärung sollte zu Beginn des Kapitels „Öffentliches und Belegschaftseigentum“ stehen. Hiermit wird eindeutig festgehalten, dass die Eigentumsfrage nicht einfach zu beantworten ist und dies sollte auch so deutlich kenntlich gemacht werden.

Änderungsantrag PR.173.2.

AH1, S. 20, Zeile 1105 - 1108

Wie folgt ändern:

Sie muss gesellschaftlich organisiert und garantiert werden. Denn oft führt privates Profitkalkül dazu, dass notwendige Investitionen vernachlässigt werden. Negative Langzeitfolgen sind das Ergebnis.

Begründung: Der Bedarf der Menschen stellt die Nachfrage nach einem Gut dar. Jeder Mensch hat für dieses Gut seine eigene Zahlungsbereitschaft. Ein Unternehmen im Wettbewerb wird sein Produkt zu dem Preis anbieten bei dem es seine Kosten decken kann. Der Begriff „zahlungskräftige Nachfrage“ ist in diesem Zusammenhang falsch und irreführend. Ein Unternehmen privilegiert niemanden, es verkauft Produkte an Menschen, die bereit sind den Preis zu zahlen den das Unternehmen aufruft.

Änderungsantrag PR.173.3.

AH1, S. 20, Zeile 1109 - 1113

Streichen dieser Zeilen

Begründung: Ein Haushaltskunde benötigt Wärme vor allem im Winter – in der Energieversorgung wird daher von einem saisonalen Abnahmeprofil gesprochen. Strom wird unregelmäßig über den Tag verteilt konsumiert (z.B. in der Zeit zwischen Aufstehen und dem Weg zur Arbeit, nach der Arbeit bis zum Schlafengehen), ein ähnliches saisonales Abnahmeprofil wie bei der Wärme ist ebenfalls vorhanden aber nicht so ausgeprägt. Wärme wird in deutschen Haushalten zu einem Großteil aus Erdgas erzeugt. Aktuell bezieht Deutschland Erdgas zu ca. 85% aus Importen (wie z.B. Russland, Norwegen, Niederlande, etc.). Die Importströme wie auch die einheimische Erdgasproduktion haben kaum bzw. kein saisonales Profil. D.h. Erdgas wird permanent angeboten. Die Haushalte (Haushalte stellen in Deutschland ca. 35% der Erdgasnachfrage dar) fragen aber fast ausschließlich

Erdgas im Winter nach. Um dieses Missverhältnis auszugleichen – zu strukturieren – gibt es in Deutschland ein riesiges Potential an Erdgasspeichern. Die Importströme wie auch das Erdgas aus einheimischer Produktion gelangt in riesigen Pipelines in den Markt, in denen ein Druck zwischen 70 bis 100 bar herrscht. Die Erdgasleitung eines Haushaltes ist sehr klein und hat nur noch einen Druck von ca. 20 mbar. Um die einzelnen Haushaltskunden versorgen zu können gibt es in Städten ein weitverzweigtes Distributionsnetz. Ein großer Industriekunde, 3 Schichtbetrieb bei 6 Tagen in der Woche, hat ein sehr konstantes Abnahmeprofil. Er ist mitunter am Hochdrucknetz angeschlossen. Ein Energieversorger stellt dem Kunden entsprechend die Kosten in Rechnung die sie verursacht haben. Beim Haushaltskunden sind dies u.a. Kosten für die Strukturierung und Distribution, der industrielle Großkunde benötigt weder Strukturierung noch Distribution. Die Einheit Erdgas kauft der Energieversorger nur zu einem Preis ein. Die unterschiedlichen Tarife für Haushaltskunden bzw. industrielle.

Änderungsantrag PR.173.4.

AH1, S. 20, Zeile 1123 - 1130

Nach: „ ... Monopole bilden.“

Ersetzen durch

Natürliche Monopole, ob in privater Hand oder einer anderen Eigentumsform bedürfen besonderer Kontrolle. Die Bundesnetzagentur als Kontroll- und Regulierungsorgan für die Strom- und Gasnetze, den Eisenbahnverkehr sowie für den Telekommunikationsbereich soll gestärkt werden. Wir unterstützen darüber hinaus die Bestrebungen der EU-weiten Harmonisierung der Regulierungsregeln für die Strom- und Gasmärkte und fordern ähnliche Anstrengungen für die anderen genannten natürlichen Monopole. Großkunden entstehen durch die unterschiedlich verursachten Kosten bei der Bereitstellung des Produktes Erdgas.

Begründung: Es wird allgemein dann von einem natürlichen Monopol gesprochen, wenn es sich für ein zweites Unternehmen nicht lohnt in einen Markt einzutreten. Dies ist dann der Fall, wenn der Zugang zum Markt und der Betrieb mit sehr hohen Kosten verbunden sind, die nicht wieder verdient werden können. In Deutschland werden die Strom- und Gasnetze, der Eisenbahnverkehr, das Postwesen sowie der Telekommunikationsmarkt durch die Bundesnetzagentur beaufsichtigt und reguliert. Die Strom- und Gasnetze z.B. unterliegen der Anreizregulierung die u.a. eine maximale Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 7,56% sowie die sukzessive Kostenreduktion berücksichtigt. Preiswucher ist dadurch ausgeschlossen. Die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Regulierung in der EU wurde vor Jahren erkannt. Nicht zuletzt die Installierung einer supranationalen Regulierungsbehörde „ACER“ mit Sitz in Lublijana demonstriert die weit fortgeschrittenen Instrumente, um die Monopolstrukturen der Strom- und Gasmärkte in der EU zu entflechten. Dies muss gewürdigt werden.

Änderungsantrag PR.173.5.

AH1, S. 19, Zeile 1030

Originalzeilen 1159 - 1162 verschieben nach Zeile 1030

Einfügen:

Wohnungsgenossenschaften, die als gemeinschaftliche und demokratische Unternehmen das soziale Ziel der bezahlbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung verfolgen, werden darin von der Partei DIE LINKE in ihrer Entwicklung unterstützt. (Originalzeilen 1159 - 1162)

Begründung: Originalzeilen 1159-1162 passen thematisch besser an diese Position, da hiernach ausschließlich vom Banken- und Finanzsystem die Rede ist.

Änderungsantrag PR.173.6.

AH1, S. 20, Zeile 1139/1140

Ändern wie folgt

DIE LINKE tritt für ein Bankensystem aus drei Säulen ein: Sparkassen, Genossenschaftsbanken und ~~staatliche Großbanken~~ anderen privaten und staatlichen Banken.

Begründung: Das Wort „Großbank“ impliziert Systemrelevanz. Nach den Lehren der jüngsten Finanzkrise gilt es systemrelevante Finanzinstitute zu vermeiden. Ob in privatem oder staatlichem Eigentum ist hierbei irrelevant. Nicht zuletzt staatliche Banken wie verschiedene Landesbanken, Hypo Real Estate, IKB usw. waren mitverantwortlich für die weltweite Finanzkrise und mussten massiv durch den Steuerzahler gestützt werden. Um solchen Folgen vorzubeugen müssen systemrelevante Strukturen vermieden werden, damit im Notfall solche Institute insolvent gehen können und nicht durch Milliardenzahlungen der Bürger künstlich am Leben gehalten werden müssen.

Änderungsantrag PR.173.7.

AH1, S. 21, Zeile 1156 - 1159

Streichen:

Begründung: Diese Aussage gilt es zu beweisen. Voraussetzung für öffentliche Einnahmen wäre, dass die öffentlichen Unternehmen überhaupt Gewinne machen. Dies setzt effizientes unternehmerisches Handeln voraus. Darin dürften sie sich dann nicht von privaten Unternehmen unterscheiden. Letztere müssen über Steuern einen Teil ihrer Gewinne an den Staat abführen, stärken also auch die öffentlichen Einnahmen und kommen nicht nur einer kleinen Schicht zu Gute.

Änderungsantrag PR.173.8.

AH1, S. 24, Zeile 1406

Ändern wie folgt

~~Die privaten Banken~~ Die kapitalistische Gesellschaft und deren Institutionen sind für die Spekulationsblasen der vergangenen Jahre und die 1406 entstandenen Milliardenverluste ~~wesentlich~~ verantwortlich.

Begründung: Private Banken wie auch staatlich geführte Banken, Hedge-Fonds und sonstige Finanzinstitutionen aber auch Privatpersonen haben ihren Teil an der Finanzkrise beigetragen. Dies muss auch entsprechend dargestellt werden.

Änderungsantrag PR.173.9.

AH1, S. 24, Zeile 1407

Ändern wie folgt

Private Banken müssen ~~deshalb~~ ~~verstaatlicht~~, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.

Begründung: Diese Ableitung ist entsprechend des eben genannten Einwandes falsch.

Änderungsantrag PR.173.10.

AH1, S. 24, Zeile 1411

Ändern wie folgt

„wirtschaftlich sinnvoller“ ersetzen durch „von“

Begründung: Wer bewertet eine „Wirtschaftlich sinnvoll[e]“ Investition? Doch der Investor, nicht DIE LINKE. Die Bank prüft, ob die Pläne des Investors plausibel und finanzierbar sind und fällt das Urteil für/gegen die Finanzierung.

Änderungsantrag PR.173.11.

AH1, S. 24, Zeile 1414 - 1419

Streichen

„Das in den vergangenen ... - und Guthabenzinsen.“

Begründung: Diese Zeilen erreichen einen Detaillierungsgrad der m.E. nicht in einem Parteiprogramm sondern in der Tagespolitik geliefert werden sollte.

Änderungsantrag PR.173.12.

AH1, S. 24, Zeile 1419 - 1421

Wie folgt ändern

Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer Bilanzsumme in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an kleine und mittlere Unternehmen zu vergeben. Geschäftsbanken dürfen kein eigenes Investmentbanking betreiben.

Änderungsantrag PR.173.13.

AH1, S. 24, Zeile 1424 - 1426

streichen

Wir wollen spekulativen Investmentvehikeln wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften die Geschäftstätigkeit in der Bundesrepublik verbieten.

Begründung: Das „Verbot hochspekulativer Investitionsvehikel“ wird schon in Zeile 1422

wortwörtlich genannt. Eine Wiederholung sollte vermieden werden.

Änderungsantrag PR.173.14.

AH1, S. 24, Zeile 1429 - 1431

streichen

Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in Deutschland. Die Wechselkurse der wichtigsten Leitwährungen müssen durch Zielzonen stabilisiert werden.

Begründung: Eine Steuer auf Börsenumsätze wird schon in Zeile 1426 genannt. Wiederholung sollte vermieden werden. Das Thema Wechselkurschwankungen ist sehr komplex und sollte nicht mit einem Satz in diesem Zusammenhang abgehandelt werden.

Änderungsantrag PR.173.15.

AH1, S. 24, Zeile 1432 - 1434

Wir setzen uns für eine Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken ein, um Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden.

Ersetzen durch:

Ebenso müssen die nationalen Steuerpolitiken koordiniert werden, um Spekulation und Arbitragemöglichkeiten auf Kosten der Steuerzahler innerhalb der EU unterbinden zu können.

Änderungsantrag PR.173.16.

AH1, S. 25, Zeile 1499 - 1522

Nach: „ ... Einnahmen führt, stärken.“

Ersetzen durch:

Dies soll durch eine Besteuerung von Arbeit und Kapital 1499 geschehen. Wir fordern das Leistungsfähigkeitsprinzip ein, d.h. hohe Einkommen und Vermögen werden stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen. Dazu gehört vor allem auch die hohe Vermögen zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben heranzuziehen. Um die öffentlichen Einnahmen zu stärken wollen wir Steuerschlupflöcher schließen. Wir verlangen die Kontrollmitteilungen der Banken über Kapitalerträge und eine Meldepflicht für Finanzanlagen im Ausland sowie mehr Personal in den Finanzbehörden, um Steuerflucht und -hinterziehung zu bekämpfen. DIE LINKE ist sich der Lenkungsfunktion von Steuern bewusst und tritt daher für die Ökosteuer ein, um den Ressourcenverbrauch weiter zu senken. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings, denn dieses fördert die traditionelle männlich dominierte Alleinverdienerehe und hemmt die Erwerbstätigkeit von Frauen.

Begründung: Dieses Kapitel ist sehr wichtig und sollte entsprechend eine klare Struktur haben.

1. Zielsetzung: Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit
2. Umsetzung: Gerechte Steuerpolitik und Stärkung der öffentlichen Einnahmen

3. Weitere wichtige Themen: Lenkungsfunktion von Steuern

In diesem Parteiprogramm muss eine klare Botschaft dargestellt werden. Detaillierte Forderungen (wie die Höhe der Zinssätze) gehören in die Tagespolitik. Die verwendeten Formulierungen müssen eindeutig sein. Wahlkampfplattitüden sollten vermieden werden („Konzerne müssen mehr Steuern zahlen“ oder „kräftige Anhebung des Spitzensteuersatzes“).

Änderungsantrag PR.173.17.

AH1, S. 26, Zeile 1523- 1526

streichen

Begründung: Die Kilometerpauschale ist ein Detaillierungsgrad der nicht in einem Parteiprogramm erreicht werden sollte. Das Thema Umsatzsteuer ist viel zu wichtig, als das es mit einem Satz am Ende dieses Kapitels und in diesem Zusammenhang abgehandelt werden sollte. Ansonsten gilt ebenso der Detaillierungsgrad zu „arbeitsintensiven Dienstleistungen des Handwerks“ der nicht in diesem Parteiprogramm erreicht werden sollte.

Änderungsantrag PR.173.18.

AH1, S. 35, Zeile 2197 - 2237

Ab nach: „ ... Nutzung nähräumlicher Quellen bis zum Jahr 2050.“ neu formulieren.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein erfolgreiches Umbau-Gesetz. Wir setzen uns für dessen Erhalt und Ausbau ein, auch, um den Einspeisevorrang von erneuerbaren Energien zu sichern. Wir fordern die unverzügliche Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für den Export von Atomtechnik. Die Endlagersuche muss ergebnisoffen und transparent, unter Einbeziehung der Bevölkerung, erfolgen, der Atommüll auf Kosten der Verursacher an Orten mit den geringsten Risiken verwahrt werden. Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ein wichtiger Teil der Energiewende. Jeder Bürger hat eine Verantwortung im Umgang mit der Nutzung von Energie. Die Linkspartei wird dazu beitragen, dass sich jeder Bürger (die Gesellschaft) dieser Verantwortung und seinen Möglichkeiten Energie effizient zu nutzen und den sich daraus ergebenden Chancen bewusst wird. Die Linkspartei fordert von der Gesellschaft das Bewusstsein, dass Ressourcen und Energie im gesamten Lebenszyklus (Herstellung, Nutzung und Recycling) von Produkten effizient genutzt werden. Der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft ist mit vielen Anstrengungen, Änderungen der persönlichen Verhaltensmuster und natürlich mit Kosten verbunden. Die Finanzierung des Umbaus soll sozial verantwortlich gestützt und durchgeführt werden. Die bisher für Atomkraft, einschließlich Kernfusion, und fossile Energiesysteme eingesetzten Forschungs- und Fördermittel sind in den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme und Speicherverfahren, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in Ausbau und Regelung der Netze umzuleiten.

Begründung: Dieses Kapitel ist sehr wichtig und sollte entsprechend eine klare Struktur haben.

1. Reduktion der Treibhausgase
2. Ausstieg aus Atomenergie
3. Verantwortung des Bürgers beim Umgang mit Energie
4. Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus

Im Herbst 2010 hat die Bundesregierung ein umfassendes Energiekonzept veröffentlicht – inhaltlich sicherlich streitbar. Die Linke sollte vermeiden, im eigenen Parteiprogramm den Versuch zu unternehmen auf einer Seite ein Energiekonzept ausführlich zu beschreiben. Das kann nicht funktionieren und ist unprofessionell. Notwendig sind vielmehr klare und prägnante Ziel die gesteckt werden. Die Umsetzung muss in der Tagespolitik oder in einem eigenständigen Konzept erschöpfend erörtert werden. Der Umbau der Energiemärkte ist mit hohen Anstrengungen verbunden. Vor allem technische Probleme sind zu lösen. Einfache Antworten, wie es im bisherigen Leitanspruch den Anschein macht, gibt es nicht.

D.h. In diesem Parteiprogramm muss eine klare Botschaft dargestellt werden. Detaillierte Forderungen (z.B. zur Biomasse, Recycling) gehören in die Tagespolitik. Die verwendeten Formulierungen müssen eindeutig sein. Wahlkampfplattitüden sollten vermieden werden („Basisverbrauch muss für alle erschwinglich bleiben“). Im Parteiprogramm sollten unkorrekte und nicht-zielführende Aussagen vermieden werden (z.B. Regelung von Netzen mit hohem Anteil fluktuierender erneuerbarer Quellen, zum Beispiel durch die Integration von Kraft-Wärme-Kopplung).

Änderungsantrag PR.173.19.

AH1, S. 40, nach Zeile 2572

Im Abschnitt „Internationale Zusammenarbeit und Solidarität nach Zeile 2572 wie folgt fortfahren:

Die Linkspartei setzt sich für einen fairen internationalen Handel ein. Dieser bildet zu allererst die Grundlage für eine eigenständige Wirtschaftsgrundlage in den Entwicklungsländern. Dazu müssen Handelsbeschränkungen wie Einfuhrzölle und Exportsubventionen der EU abgebaut werden. Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd- Beziehungen sowie regionale Märkte und die kleinbäuerliche Produktion stärken, die Verarbeitung der Rohstoffe in den Entwicklungsländern fördern, für faire Preise auf den Weltmärkten sorgen, Geschlechtergerechtigkeit als entwicklungspolitischen Schwerpunkt begünstigen und die Bildung von Mädchen und Frauen fördern.

Solidarische Entwicklung und Frieden bedingen einander. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit muss endlich in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geleistet werden, wie es bereits vor Jahrzehnten vereinbart wurde. Insbesondere jene Länder, die von Unterentwicklung, Staatszerfall und Bürgerkrieg besonders betroffen sind, müssen gestärkt werden. Dazu können Maßnahmen wie ein Schuldenerlass, die schnelle Steigerung der Entwicklungshilfe, die Unterstützung beim Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Dienste, insbesondere in den Bereichen von Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge, sowie rechtsstaatlicher demokratischer Strukturen und ein geeigneter Technologietransfer beitragen.

Der sozial-ökologische Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch gelingen. Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Experten schätzungen einen jährlichen mehrstelligen Milliardenbetrag rstützungsleistungen des Nordens für den Süden. Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im globalen Süden sollten im Interesse eines gemeinsamen Einstiegs in die Energie 5 wende gestaltet werden.

Begründung: Gerade DIE LINKE steht für Internationalismus. Die Struktur des Kapitels „Internationale Zusammenarbeit und Solidarität“ sollte die Bedeutung entsprechend widerspiegeln. Eine stringente Struktur innerhalb des Kapitels ist dafür Grundvoraussetzung. Die Notwendigkeit des eigenständigen Wirtschaftens der Länder des Südens sollte ebenfalls prominent hervorgehoben werden. Dazu zählt definitiv die Beseitigung der protektionistischen Handelspolitik der EU.

Änderungsantrag: PR. 174.

Antragsteller: Kreisverband Darmstadt

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR. 174.1.

AH1, S. 38, Zeile 2409 - 2411

Streichen des Satzes:

„Die EU braucht eine Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert.“

Änderungsantrag PR. 174.2.

AH1, S. 38, Zeile 2406 - 2409

den Satz „Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden, der auch Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Stabilität mit einschließt“

ersetzt durch:

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch eine finanz- und wirtschaftspolitische Koordination ersetzt werden, die auf den Abbau der Arbeitslosigkeit, soziale

Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und außenwirtschaftliche Stabilität ausgerichtet ist.

Eine weitreichende Übertragung von Kompetenzen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik von den Staaten auf europäische Institutionen ist nur im Zuge einer umfassenden Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses sinnvoll.“

Änderungsantrag PR. 174.3.

AH1, S. 7, Zeile 157 - 162

die Formulierung „für einen Neustart der Europäischen Union [...] für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine europäische Wirtschaftsregierung“

ersetzt durch:

„für einen Neustart der Europäischen Union [...] für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und für eine finanz- und wirtschaftspolitische Koordination, die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialen Leistungen und Umweltstandards entgegen wirkt.“

Begründung: Im Zuge der Verschärfung der Finanzkrise in Europa wird von einem Teil der politisch und wirtschaftlich führenden Kräfte in vielen europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, die Schaffung einer zentral gesteuerten EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik propagiert. Eine solche Institution, die demokratischer Öffentlichkeit und Kontrolle weitgehend entzogen sein würde, wird von den Vertretern dieser Richtung als „EU-Wirtschaftsregierung“ (Merkel, Sarkozy) oder auch als „EU-Finanzminister“ (Commerzbank-Vorstandschef Blessing) bezeichnet.

Der im vorliegenden Leitantrag enthaltene Satz „Die EU braucht eine europäische Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert“ (Z. 2409-2411) berücksichtigt das Problem des Demokratiedefizits in der gegenwärtigen Form des europäischen Einigungsprozesses nicht.

Mit dem von Merkel und Sarkozy vorgestellten Konzept einer EU-Wirtschaftsregierung wäre eine Verschärfung des EU-Demokratieproblems verbunden. Sie fordern als Voraussetzung einer europäischen Finanzpolitik die Unterwerfung der Staaten unter eine restriktive, an den Interessen der Vermögensbesitzer orientierte Politik. Ein Beispiel hierfür ist die Forderung von Merkel und Sarkozy nach der Verankerung einer „Schuldenbremse“ in den Verfassungen aller europäischen Staaten.

Eine Vertiefung des EU-Prozesses unter diesem Vorzeichen führt nicht zu mehr, sondern zu weniger europäischer Demokratie und beschneidet zudem auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten gegebenen demokratischen Kontrollmöglichkeiten.

Die LINKE kann daher eine Übertragung finanz- und wirtschaftspolitischer Kompetenzen an europäische Institutionen nur unterstützen, wenn dies im Zuge einer umfassenden Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses geschieht. Diese umfassende Demokratisierung ist nicht durch die Entsendung von Vertretern, die ihren jeweiligen nationalen Regierungen allein gegenüber rechenschaftspflichtig sind, zu

erreichen. Sie setzt allgemeine EU-weite Wahlen und eine europaweite öffentliche Diskussion und Willensbildung voraus, die allen Menschen in der EU die Möglichkeit gibt, sich gleichberechtigt politisch einzubringen.

Einmütig bei einzelnen Enthaltungen beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbands Darmstadt am 1.9.2011.

Änderungsantrag: PR.175.

Antragsteller/innen: BAG Drogenpolitik, KV Soest, Frank Tempel (MdB, Drogenpolitischer Sprecher, Thüringen), BO Van Dannen (Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Martina Bunge (MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin, Mecklenburg-Vorpommern), Minka Dott (Treptow-Köpenick, Berlin)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.175.1.

AH1, S. 27, Zeile 1635

Der Alkoholmissbrauch wird immer mehr ein gesellschaftliches Problem.

Ändern in:

Der Alkoholmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem.

Begründung: Eine Steigerung ist nicht belegbar. Es ist und bleibt ein gesellschaftliches Problem.

Änderungsantrag PR.175.2.

AH1, S. 27, Zeile 1637

Illegalisierte Drogen sowie deren Missbrauch können zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen.

Ändern in:

Der Missbrauch von Drogen kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen

führen, die durch Kriminalisierung noch weiter verschärft werden.

Begründung: Alle Drogen, ob legal oder illegal können zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen (siehe Alkohol). Die vorherrschende Kriminalisierung von Drogenabhängigen sollte zudem deutlich benannt werden.

Änderungsantrag PR.175.3.

AH1, S. 27, Zeile 1638

Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und eine Legalisierung von weichen Drogen beinhaltet.

Ändern in:

Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet.

Begründung: Eine Einteilung in weiche und harte Drogen ist überholt und ist nicht wissenschaftlich eindeutig definierbar. Das Parteiprogramm sollte über mehrere Jahre hinweg Gültigkeit haben, nicht nur für eine Wahlperiode. Der wissenschaftlichen Entwicklung sollte man nicht mit einer starren Regelung von Einschränkung vorgehen. Das geschieht, indem wir alle Drogen generalisieren.

Der Gesamtpassus lautet dann:

„Wir wollen eine liberale und aufgeklärte Drogenpolitik in Deutschland. Drogen sind eine Alltagserscheinung. Der Alkoholmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist willkürlich. Der Missbrauch von Drogen kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen, die durch Kriminalisierung noch weiter verschärft werden. Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet. Im Grundsatz wollen wir eine Gesellschaft, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern die mit Prävention und Aufklärung dem Drogenmissbrauch vorbeugt.“

Änderungsantrag: PR.176.

**Antragsteller: Hans-Eckehard Leber
(Itzehoe)**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.176.1.

AH1, S. 7, Zeile 174 bis 385

ersatzlos streichen.

Begründung: Der Punkt I „Woher wir kommen, wer wir sind“ ist für ein Parteiprogramm nicht relevant. Es ist ein Parteiprogramm und kein Geschichtsbuch. Wir wollen keine Vergangenheit darstellen, sollen uns einzig und allein auf die neue LINKE konzentrieren. Wer Geschichte will, kann einen Antrag stellen für eine Geschichtsbroschüre über die Partei.

Die Zielen 386 bis 389 können als Fazit nahtlos an Zeile 173 anschließen.

Änderungsantrag PR.176.2.

AH1, S. 5, Zeile 8

Streichen „devot“

Begründung: Eine Berichtigung muss vorgenommen werden. Das Wort „devot“ ist in Zeile 8 überflüssig. Zeile 9 „unterwerfen“ besagt schon devot – also doppelt gemoppelt.

Änderungsantrag PR.176.3.

AH1, S. 11, Zeile 499

Das Wort „DDR“ ändern in „im Osten Deutschlands“

Begründung: s. auch Zeile 495/496 „die westdeutsche Nachkriegsordnung“

Änderungsantrag PR.176.4.

AH1, S. 11, Zeile 495 bis 506

Streichen

Begründung: Hier wird Ost gegen West ausgespielt, fördert nicht die Gesamtheit der Partei. Wir sind die Partei DIE LINKE und nichts anderes.

Änderungsantrag: PR.177.

**Antragsteller/innen: Landesvorstand
Sachsen, Frigga Haug, Katja Kipping
(Sachsen), Kreszentia Flauger
(Niedersachsen), Regina Jürgens,
(Hamburg) Cornelia Möhring (Schleswig-
Holstein), Brigitte Ostmeyer (Baden-
Württemberg), Heidi Scharf (Baden-
Württemberg), Katharina Schwabedissen
(NRW), Jutta Meyer-Siebert
(Niedersachsen), Pamela Strutz (NRW)**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 5, Zeile 0

Der Präambel des Programms ist folgender Abschnitt
voran zu stellen:

„Die Geschichte ist voll von Kämpfen um Aneignung. Das Land soll denen gehören, die es bestellen; die Maschinen denen, die sie bedienen. Als Linke, die den Aufbruch in einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhundert in Angriff nehmen, fügen wir dieser Erzählung ein neues Kapitel hinzu: den Einsatz für die Aneignung der Zeit. Sie soll denen gehören, die sie leben.

Im Laufe der Geschichte gelang es, die Produktivkräfte, also den Kräfteinsatz bei der notwendigen Arbeit, immer weiter zu entwickeln. Dadurch wurde Zeit für eine Teilung der Arbeit möglich. In der Geschichte sind vier große Arbeitsteilungen zu beobachten: die Teilung von Frauen- und Männerarbeit, von Stadt und Land, von körperlicher und geistiger Arbeit, und von Arbeit und Nichtarbeit. Kapitalismus und Patriarchat gediehen auf der Verknotung der Teilungen der Arbeit.

Auf deren Überwindung zielt die Vier-in-Einem-Perspektive. Jegliches braucht seine Zeit. Im Leben von Männern und Frauen sollte genügend Zeit für die verschiedenen Tätigkeitsfelder sein: für Erwerbsarbeit, für Familie, für politisches Engagement, für Muße und Kultur. Diese Perspektive setzt an bei der Verfügung über Zeit als Grundlage aller Herrschaft und beginnt mit einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, eine Forderung, die zugleich die frei gewordene Zeit auf die drei anderen Tätigkeitsbereiche verteilt. Nicht zuletzt weil dies eine wichtige Voraussetzung für die gerechtere Verteilung der Tätigkeitsformen zwischen den Geschlechtern ist. Damit der Stand der Produktivkraftentwicklung auch wirklich in Zeitwohlstand für alle münden kann, ist eine Besichtigung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten notwendig, auch

der, die noch nicht als notwendige Arbeiten erkannt sind, wie die Fragen der Ökologie.

Diese Perspektive ist die Antwort auf eine Jahrtausende währende Geschichte von Frauenunterdrückung, Herrschaft über Arbeit und Verfügung über andere. Sie ist vor allem Politik um Zeit. Für dies – das Eintreten für die Verfügung über Zeit – steht allein DIE LINKE.

Damit stellen wir uns der – wie Simone de Beauvoir einst schrieb – höchsten Aufgabe der Menschheit: dem Reich der Freiheit inmitten der gegebenen Verhältnisse zum Durchbruch zu verhelfen.“

Änderungsantrag: PR. 178.

Antragsteller/in: Yvonne Treptow, Klaus Euteneuer-Treptow

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 44, nach Zeile 2818

einfügen hinter Zeil 2818 (Ergänzung zu Kap. V, 5. Unterpunkt: Ein neuer Politikstil):

**Gewaltfreie Kommunikation in der Linkspartei
Ergänzungsvorschlag für das Parteiprogramm**

Die Mitglieder der Linkspartei fühlen sich der Zielsetzung verbunden, für eine gesellschaftliche Entwicklung einzutreten, in der Gewalt, Unterdrückung, Ausbeutung, Ungerechtigkeit etc. keinen Platz mehr haben und in der die Teilhabe aller Menschen an der demokratischen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen gewollt ist. Dies spiegelt sich auch in der Kultur der innerparteilichen Auseinandersetzung über den richtigen Weg und die richtigen Maßnahmen dahin wider.

Für die Partei DIE LINKE als lernende Partei bedeutet dies, dass die Genossinnen und Genossen auch lernen, einen grundsätzlich wertschätzenden Umgang miteinander zu pflegen. Dies bedeutet nicht, dass DIE LINKE eine „Kuschelpartei“ wird. Dies heißt aber, dass in der Kommunikation unter- und miteinander die Prinzipien der Klarheit, Angstlosigkeit, Freiheit, Offenheit und Eindeutigkeit der wechselseitigen Zuwendung gegeben sind. Dies schließt das wechselseitige Vertrauen darin ein, dass jede(r) ihr/sein Bestes geben wird.

Dass dies nicht immer in Reinkultur in den innerparteilichen Auseinandersetzungen „lebbar“ ist, ergibt sich schon aus dem Tatbestand, dass wir in einer

bürgerlichen Gesellschaft aufgewachsen sind, in der Konkurrenz und die Durchsetzung von Partialinteressen strukturierendes Moment ist. Umso wichtiger ist es, dass immer dann, wenn „Machtspiele“, Instrumentalisierungsversuche, Verheimlichungen, Verunglimpfungen etc in der innerparteilichen Auseinandersetzung vermutet oder wahrgenommen werden, um Partialziele oder –Interessen durchzusetzen, dies von den Beteiligten oder Außen-stehenden angesprochen werden sollte.

Die Genossinnen und Genossen streben das Ziel einer gewaltfreien Kommunikation an. Als unterstützende Maßnahme schulen sie sich in der Methode der sog. „Gewaltfreien Kommunikation“ (Rosenberg).

Die Partei „Die Linke“ wird insbesondere auch für Frauen umso attraktiver, je besser und konsequenter sie innerparteilich den bürgerlichen Individualismus überwindet und wirkliche Subjektbeziehungen in sozialistischer Perspektive lebt.

Änderungsantrag: PR. 179.

**Antragsteller: DIE LINKE Bezirksverband
Hamburg-Harburg**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 32, nach Zeile 1950

Dem Kapitel Gleichberechtigung für Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma (Zeile 1938) wird nach Zeile der 1950 der folgende Text als Schluss des Kapitels angefügt:

In Norddeutschland muss die Regionalsprache Niederdeutsch (Plattdeutsch) erheblich mehr gefördert werden. Ihre Präsenz in den Medien und im Schulunterricht muss erhöht werden.

Begründung „Mit der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ ist Deutschland völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen. Diese beziehen sich auf die Minderheitensprachen der Friesen, Sorben, Dänen und der Sinti und Roma sowie auf die Regionalsprache Niederdeutsch“ und weiter hinten: „Ihrem Charakter nach ist die Sprachen-Charta ein transnationales Regelwerk. Bis Ende 2008 hatten 24 Mitglieder des Europarates diese Übereinkunft ratifiziert, weitere 9 Staaten hatten den Text gezeichnet.“, so das Institut für niederdeutsche Sprache in seinem

Zwischenbericht zur Sprachpolitik für das Niederdeutsche 2008

Beschluss der Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Harburg vom 26. September 2011

Änderungsantrag: PR. 180.

Antragsteller: Roland Claus MdB (stellv. Kreisvorsitzender, Ost-Koordinator der Fraktion DIE LINKE im Bundestag), Gunter Schneider (Kreisvorsitzender für den Kreisvorstand der LINKEN im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt) und Kreisvorstand des Burgenlandkreises

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Ostdeutschland

Änderungsantrag PR. 180.1.

AH1, S. 25, Zeile 1455

Im Abschnitt IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung Zeile 1455

ist die Zwischenüberschrift „Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung für Ostdeutschland“

zu ändern in:

„Gleichwertige Lebensverhältnisse – selbstbewusst für Ostdeutschland“.

Änderungsantrag PR. 180.2.

AH1, S. 25, Zeile 1456 - 1489

Im Abschnitt IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung Zeile 1455-1488 sind

die Absätze von „DIE LINKE strebt gleichwertige Lebensverhältnisse [...]“ bis „[...] durch Kooperation von Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmensnetzen“

zu ändern in:

„Im Osten ist DIE LINKE eine Volkspartei. Wir kennen die Sorgen und die besonderen Stärken der Ostdeutschen. In Ländern, Städten und Gemeinden kämpfen wir gegen reale Benachteiligungen wie beispielsweise die Rentenungerechtigkeit, und wir kämpfen für gleichwertige Einkommen. Wir tun dies selbstbewusst, und wir bleiben dabei nicht stehen. Es gilt, so meinen wir, endlich die Stärken des Ostens für die ganze Republik zum Tragen zu bringen. Die Ostdeutschen verfügen über eine doppelte Erfahrung mit Umbrüchen: Sie haben das Ende der DDR erlebt, und sie erleben die Grenzen des Kasino-Kapitalismus. Ihre widerspruchsvollen Erfahrungen aus dem Leben in der DDR sind ebenso bedeutsam wie die, die sie seit mehr als zwei Jahrzehnten mit Umbau, Rückbau und Aufbau gesammelt haben. Ihr Erfahrungsvorsprung könnte dem ganzen Land gut tun, wenn ihre Biographien, Lebensleistungen und gelungenen Experimente angemessene Würdigung fänden.“

DIE LINKE sieht den Osten als Ort für neue Wege und als Vorreiter für den aus unserer Sicht unumgänglichen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft: einen Umbau, bei dem alle Menschen gewinnen - und nicht nur eine kleine Elite. Wir wollen Ostdeutschland nicht als „Nachbau West“, bei dem es über eine Rolle als „verlänger-te Werkbank“ für westdeutsche Großkonzerne nicht hinaus kommt. Wir wollen Ostdeutschland vielmehr als Ort zukunftssträchtiger Technologien, modernster Energie-erzeugung, regionaler Kreisläufe, kurz: gelebter Nachhaltigkeit. Es ist deutlich absehbar: Die großen Probleme, die in Ostdeutschland durch tiefgreifende demografische Veränderungen, durch den Rückgang der Bevölkerungszahl in Städten und ländlichen Regionen und durch den Strukturwandel entstanden sind, werden künftig auch viel stärker als bisher westdeutsche Regionen treffen. Eine Nutzung des Erfahrungsvorsprungs Ost ist daher ein Gebot der Vernunft, ein Gebot des gemeinsamen Ringens um Zukunftsfähigkeit in einer sich rasch verändernden Welt.

DIE LINKE strebt gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland an. Wir finden uns nicht damit ab, dass Ostdeutschland großflächig von wirtschaftlicher Schwäche und deren sozialen Folgeproblemen betroffen ist. Solche Regionen gibt es auch in Westdeutschland, und es ist klar, dass es in einem kooperativen und sozialen Bundesstaat einen gerechten Ausgleich zwischen starken und schwachen Ländern geben muss – egal ob Ost oder West, Nord oder Süd. Wir wenden uns gegen einen Wettbewerbsföderalismus, bei dem die Länder mit unterschiedlichen Steuern, Standards und Bedingungen im öffentlichen Dienst gegeneinander konkurrieren. Dies vertieft die Ungleichheit und verringert die Chancen der vermeintlich Schwachen immer mehr. Ost und West können nur dann voneinander und miteinander profitieren, wenn die Unterstützung zum Ausgleich von Nachteilen für strukturschwache Regionen und zur Investitions- und Innovationsförderung allen bedürftigen Regionen der Republik in gerechter Verteilung zugute kommt.“

Begründung: Der Leitantrag berücksichtigt Ostdeutschland explizit im Abschnitt I „Woher wir kommen, wer wir sind“ sowie im Abschnitt IV „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“, dort in einem Unterabschnitt mit dem Titel „Förderung strukturschwacher Regionen,

Verantwortung in Ostdeutschland.“ Der Leitantrag bekennt sich zur besonderen Verantwortung der Partei für die Lebensinteressen der Menschen in den Neuen Bundesländern, und er wendet sich deutlich gegen die vom Mainstream praktizierte Delegitimierung der DDR. Damit sehen wir die von Genos-sen Roland Claus zum 1. Entwurf des Parteiprogramms unterbreiteten Vorschläge im Geschichtsteil inhaltlich aufgenommen.

Im Abschnitt „Reformprojekte ...“ halten wir es jedoch für notwendig, die Zukunftspo-tenz der Transformationserfahrungen im Osten sehr viel deutlicher herauszuarbei-ten. Der Text ist hier zu wenig selbstbewusst und zukunftsweisend.

Wir plädieren für einen selbstbewussten Ost-Anspruch. Erfahrungen aus der DDR und aus einer 20jährigen Umbruchsituation sollen zum Nutzen der ganzen Republik produktiv und gesellschaftsverändernd eingebracht werden. Es wäre ein großer ge-sellschaftspolitischer Schritt, wenn der Erfahrungsvorsprung Ostdeutschlands beim sozial- ökologischen Umbau bundesweit genutzt würde. Mit dem Leitbild „Ost-deutschland 2020“ und den Jahresthesen 2010 und 2011 zum deutschen Vereini-gungsprozess sind Quellen für eine Veränderung des Ost-Abschnittes in Inhalt und Gestus gegeben, die sich positiv in die Gesamtkomposition des Leitantrages ein-fügen würden.

Änderungsantrag: PR.181.

Antragsteller/innen: Landesverband Bayern, KV Allgäu-Memmingen-Unterallgäu, KV Augsburg, KV Schwandorf, AG Agrarpolitik und ländlicher Raum Bayern, Alexander Süßmair (MdB, Stadtrat), Kornelia Möller (MdB), Ingeborg Vollmar (Bezirksrätin Schwaben), Benjamin Clamroth (Stadtrat), Fabio Delle Vedove, Konstantin Gräfe (Bundesdelegierter), Joachim Gabriel (KV Allgäu-Memmingen-Unterallgäu), Rainer Nödel, Frederik Hintermayer, Otto Hutter, Lore Blößner, Rudolf Blößner (KV Augsburg), Joachim Reitz (MV Main-Rhön), Erkan Dinar (KV Ansbach-W.-G.), Heidi Kaschner, Georg Kaschner (KV Schwandorf), Holger Plückhahn Kreissprecher KV Fürstenfeldbruck, Jörn Weichold stellv. Kreissprecher KV Fürstenfeldbruck.

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm**

**an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Keine Patente auf Leben

AH1, S. 34, nach Zeile 2103

nach Zeile 2103 (oder geeigneter Stelle) um folgende Absätze ergänzt:

Keine Patente auf Leben

DIE LINKE setzt sich für ein weltweites Verbot von Patenten auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie auf ihre Organe, Gene, Gensequenzen und auf Zuchtverfahren ein. Wir brauchen eine entsprechende Änderung internationaler Abkommen (z.B. TRIPS) und der Patentgesetzgebung auf europäischer Ebene (z.B. EU-Biopatentrichtlinie, EPÜ).

DIE LINKE ist solidarisch mit den Umweltschutz-, Agrar-, Entwicklungshilfe- und Verbraucherschutzorganisationen, die sich gegen die zunehmende Monopolisierung von Saatgut und landwirtschaftlichen Nutztieren durch Patente wenden. Einige wenige gewinnorientierte Konzerne versuchen weltweit auf Kosten der Allgemeinheit, möglichst umfassenden Patentschutz zu erlangen, damit sie Lizenzgebühren für Anbau und Zucht, Untersuchungs- und Verarbeitungsverfahren, Futter- und Nahrungsmittel kassieren können - bei Landwirten, Erwerbs- und Freizeitgärtnern, kleinen und mittelständischen Züchtern, Lebensmittelverarbeitern und VerbraucherInnen. Es geht hier um die globale Beherrschung des gesamten Agrar- und Ernährungssektors, also um das ganz große Geschäft einiger Agrogentechnikkonzerne. Landwirte und Gärtner geraten immer mehr in deren Abhängigkeit. Biopatente tragen zur Verringerung der Artenvielfalt und einer Verarmung an Pflanzensorten und Nutztierassen in der Landwirtschaft bei. Der züchterische Fortschritt und die Agrarforschung werden durch Biopatente zunehmend behindert.

DIE LINKE bewertet die Biopatentierung als grundsätzliches Übel, weil sie die Biopiraterie fördert. Forscher und Firmen bemächtigen sich durch die Patentierung der Verfügungsrechte über Gene, die sie allenfalls entdeckt, aber eben nicht „erfunden“ haben. Diese Form des „wissenschaftlichen Kolonialismus“ entbehrt jeder ethischen Grundlage. Vor allem indigene Völker und Entwicklungsländer können sich kaum dagegen wehren. Das Erbgut aller Lebewesen dieses Planeten, welches seit Millionen Jahren existiert, gehört niemandem. Diese Form der Biopiraterie, muss verboten werden.

Patente auf Leben sind Werkzeuge der Unterdrückung und Profitsteigerung. Dies widerspricht den Grundsätzen einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Deshalb darf es keine Patente auf Leben geben.

Begründung: Dieses hochaktuelle Thema ist von globaler Bedeutung. Daher muss es ausführlicher als nur mit eineinhalb Zeilen in unserem Programm berücksichtigt werden.

Landesparteitag Bayern, beschlossen am 24.09.2011,
Kreisparteitag Allgäu-Memmingen-Unterallgäu,
beschlossen am 09.08.2011,
Kreisvorstand Augsburg, beschlossen am 11.08.2011,
Kreisvorstand Schwandorf, beschlossen am 12.08.2011,
Mitgliederversammlung AG Agrarpolitik und ländlicher
Raum Bayern, beschlossen am 10.07.2011.

Änderungsantrag: PR.182.

**Antragsteller/innen: Landesverband
Bayern, KV Allgäu-Memmingen-
Unterallgäu, KV Augsburg, KV Schwandorf,
AG Agrarpolitik und ländlicher Raum
Bayern,
Alexander Süßmair (MdB, Stadtrat),
Kornelia Möller (MdB), Ingeborg Vollmar
(Bezirksrätin Schwaben), Benjamin
Clamroth (Stadtrat),
Fabio Delle Vedove, Konstantin Gräfe
(Bundesdelegierter), Joachim Gabriel (KV
Allgäu-Memmingen-Unterallgäu),
Rainer Nödel, Frederik Hintermayer, Otto
Hutter, Lore Blößner, Rudolf Blößner (KV
Augsburg), Erkan Dinar (KV Ansbach-W.-G.),
Heidi Kaschner, Georg Kaschner (KV
Schwandorf), Holger Plückhahn
Kreissprecher KV Fürstenfeldbruck, Jörn
Weichold stellv. Kreissprecher KV
Fürstenfeldbruck**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

AH1, S. 25, nach Zeile 1454

nach Zeile 1454 (oder anderer geeigneten Stelle) um
folgende Absätze ergänzt:

Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Die Agrogentechnik nutzt nur einigen wenigen internationalen Saatgut- und Agrochemiekonzernen, die die globale Kontrolle über den landwirtschaftlichen Sektor und die Ernährung anstreben.

Die Agrogentechnik ist mit einem hohen gesundheitlichen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Risiko für Landwirte, Gärtner, Imker, Verbraucherinnen und Verbraucher behaftet. Der behauptete Nutzen für die Landwirtschaft ist längst durch die katastrophalen Erfahrungen in anderen Ländern wie Kanada und Indien widerlegt. Die Agrogentechnik kann weder den Pestizideinsatz verringern noch das Welternährungsproblem lösen. Eine Koexistenz von Gentech-Anbau einerseits und biologischem oder konventionellem Anbau andererseits ist nicht möglich. Sind transgene Pflanzen erst einmal freigesetzt, können sie nicht mehr zurückgeholt werden.

DIE LINKE fordert ein unverzügliches Verbot von Agrogentechnik - bei uns, auf europäischer Ebene und weltweit. Die Nulltoleranz bei Saatgut muss beibehalten werden. Terminator-Saatgut ist zu verbieten.

DIE LINKE unterstützt die Einrichtung von gentechnikfreien Zonen und die Schaffung von Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften für gentechnikfreie Produktion - aus konventioneller oder biologischer Landwirtschaft. Der einheimische Anbau von Eiweißfuttermitteln muss gestärkt werden.

Wir brauchen keine Gentechnik auf dem Acker, im Futtertrog, auf dem Teller oder im Tank. Eine nachhaltige und umweltschonende Erzeugung von gesunden Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen ist nur mit einer gentechnikfreien Landwirtschaft möglich. Die Agrogentechnik ist eine Risikotechnologie und widerspricht unserem Ziel des sozialökologischen Umbaus.

Begründung: Dieses Thema ist für LandwirtInnen und VerbraucherInnen aufgrund der weitreichenden gesundheitlichen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Risiken und Folgen von so grundlegender Bedeutung, dass unser Programm mehr als einen Satz dazu enthalten muss. Wir dürfen dieses Themenfeld nicht den pseudoökologisch neoliberalen Parteien überlassen.

Landesparteitag Bayern, beschlossen am 24.09.2011,
Kreisparteitag Allgäu-Memmingen-Unterallgäu,
beschlossen am 09.08.2011,
Kreisvorstand Augsburg, beschlossen am 11.08.2011,
Kreisvorstand Schwandorf, beschlossen am 12.08.2011,

Änderungsantrag: PR.183.

**Antragsteller: Wilfried Hertel
(Petershagen/Eggersdorf)**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH 1, S. 22, ab Zeile 1256

Der Begriff „Gute Arbeit“

sollte ersetzt werden durch die Formulierung

„Menschenwürdige Arbeit“

Begründung: Auch wenn im Text dazu sehr ausführlich beschrieben ist was darunter gemeint ist, so untermauert die Formulierung menschenwürdig besonders in der Überschrift eindeutiger worum es geht. Der Begriff der Menschenwürde ist auch gesetzlich verankert, worauf sich die LINKE dann bei der inhaltlichen Umsetzung immer beziehen kann. das Wort Gute ist dagegen sehr subjektiv, was für den einen Gut ist muss es nicht für den anderen sein, je nach Betrachtungsstandpunkt. Auch regelt das Gesetz nicht was unter Gut zu verstehen ist.

Änderungsantrag: PR.184.

**Antragsteller: Bernd Mayer und Andreas
Schlegel (Kreisverband DIE
LINKE.Wittmund)**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.184.1.

AH 1, S. 6, ab Zeile 82

einfügen eines neuen Spiegelstriches an erster Stelle

□ **für die Überwindung von Kapitalismus, Faschismus und Krieg** als Grundübel der Welt und Voraussetzung für eine friedliche, demokratische und sozial gerechte Koexistenz der Menschen und Völker dieser Erde. Für DIE LINKE ist Antikapitalismus gelebter Antifaschismus, verbunden mit dem konsequenten Kampf gegen Ausbeutung, Kriegstreiberei, Antisemitismus, Rassismus, nationalen Dünkel und jede Form von antikommunistischer Hetze und Diskriminierung nach Innen und Außen. Für diesen Kampf braucht DIE LINKE eine starke Fraktion aus Kommunistinnen und Kommunisten, gerade weil in Deutschland die KPD verboten ist, aber die NPD und bürgerliche Rechtspopulisten ihr Unwesen treiben dürfen.

(anschließend fortfahren mit „□ **für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung, . . .**“)

Änderungsantrag PR.184.2.

AH 1, S. 7, Zeile 152 bis 156

letzten Satz streichen

□ **für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung**, aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund jedweder Behinderungen. ~~Für DIE LINKE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei, Antisemitismus, Rassismus und nationalen Dünkel.~~

Begründung: Wenn es darum geht eine konkrete Alternative zu den herrschenden Verhältnissen aufzuzeigen, also die Systemfrage zu stellen, um nicht so zu werden „wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen“ (Präambel, Zeile 8), dann ist ein deutliches Bekenntnis der Partei zum Kommunismus als Teil unserer Wurzeln und der internationalen linken Bewegung notwendig und wird DIE LINKE stärken, denn sie verliert zunehmend an Profil.

Wir stagnieren in unserer Entwicklung und die Leute auf den Strassen merken, wie wir herum eiern. Wenn einer oder einem aus unseren Reihen zum „Antifaschistischen Schutzwall“ kein treffendes Argument einfällt, verkrümeln sich alle anderen, anstatt auf den Zusammenhang von Faschismus und Kapital hinzuweisen und auf die Gefahr, wenn letzteres außer Rand und Band gerät. Es kann nicht sein das jede Frau und jeder Mann aus unseren Reihen in Schockstarre fällt, wenn das Wort Kommunismus über die Lippen träufelt.

Wir haben es mit der Eiseskälte des Finanzkapitalismus zutun. Deswegen dürfen wir nicht nur Wahlkämpfe ausfechten, sondern müssen den offenen Dialog mit den Menschen suchen und führen. Die Menschen suchen Antworten, sie leben aber nicht im Bundestag und auch nicht in den Landtagen, sie leben in den Kommunen und nur hier können sie beginnen ihre Welt neu zu gestalten. Wenn ihnen das wirklich zu ihrem Vorteil gelingt, werden sie erkennen, wie nahe sie am Kommunismus leben. Der

gesunde Menschenverstand wird weisen, wie sich aus der Kommune und aus den Regionen, unabhängig von Globalisierungs- und Eurowahn das Land entwickelt.

Außerdem gratulieren wir natürlich ganz besonders denen, die sich dem Zugriff des Kapitals auf ihre Ressourcen weitestgehend verweigern und unter strengem Wirtschaftsembargo ihren Menschen ein Bildungs- und Gesundheitssystem geschaffen haben, das seines gleichen sucht in der Welt, zu jedweder Festivität, gerade, wie es uns gefällt, es ist Klassenkampf. Arm gegen Reich!

Änderungsantrag: PR.185.

Antragsteller: Bezirksverband Hamburg-Mitte

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.185.1.

AH 1, S. 8, Zeile 244-247

hinzufügen:

„Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.“

Begründung: Für eine Zwei-Staaten-Lösung sind eine Beendigung der Siedlungspolitik und ein angemessenes Territorium für den palästinensischen Staat zentrale Voraussetzungen. Dies auch der Tenor der Mitte-Veranstaltung zum sog. Antisemitismus-Streit in der LINKEN mit Norman.

Änderungsantrag PR.185.2.

AH 1, S. 39, Zeile 2493-2496

ändern:

~~„Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO- Um die Auflösung der NATO voranzutreiben, wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus der NATO austritt und zur Vorbereitung dieses Schrittes die den militärischen Strukturen des Militärbündnisses~~

~~austritt verlässt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird“~~

Begründung: Zustimmung zum Änderungsantrag des Geraer Sozialistischen Dialogs.

Diese Position des Geraer Sozialistischen Dialogs ist ein richtiger und notwendiger Dreischritt: Auslösung der NATO mit dem Zwischenschritt des Austritts der BRD aus der Kriegsallianz und dem ersten Schritte des Austritts aus der militärischen Struktur. „Unabhängig von einer Entscheidung ...“ ist ein realpolitisches Hintertürchen.

Änderungsantrag PR.185.3.

AH 1, S. 24, Zeile 1377-1378

streichen:

~~„Wir fordern ein Verbot von Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind.“~~

Begründung: Die Solidarität mit von Entlassung bedrohten Belegschaften ist immer richtig und unteilbar.

Änderungsantrag PR.185.4.

AH 1, S. 43, Zeile 2744 - 2747

ändern:

~~„An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“~~

Begründung: Die Haltelinien müssen klar sein. In der ursprünglichen Formulierung aus dem ersten Programmentwurf wurde unmißverständlich gesagt, daß wir uns unter keinen Umständen an Arbeitsplatzabbau beteiligen. Auch diese Haltelinie darf nicht überschritten werden.

Beschlossen auf der Bezirksmitgliederversammlung am 28.9.2011

Änderungsantrag: PR.186.

Antragstellerinnen: Monika Knoche (ehem.MdB und stellv. Fraktionsvorsitzende, KV Karlsruhe, Mitglied im Landesvorstand BaWü), Sevim Dagdelen, MdB (Sprecherin für internationale Beziehungen, KV Bochum) Nele Hirsch (ehem. MdB, Mitglied im Parteivorstand), Heike Hänsel, MdB (Sprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, KV Tübingen)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Thema: Europapolitik

AH 1, S. 7, Zeile 161/162

AH 1, S. 38, Zeile 2409/2410

Streichung:“europäische Wirtschaftsregierung“

Begründung: Die Forderung nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung ist mit der verfassungspolitischen Position, die Die Linke bei Ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zum Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 eingenommen hat, nicht zu vereinbaren. Das Gericht hat in seiner Entscheidung verdeutlicht, dass die Abgabe von Souveränitätsrechten zwingend eine Änderung des Grundgesetzes und eine Volksabstimmung voraussetzen. Ebenfalls ist seither unumstößlich, dass der Lissabon-Vertrag nicht als eine Verfassung verstanden werden kann, die Supranationalisierung-Vereinigte Staaten von Europa- zulassen würde. Um eine so weitreichende Kompetenz aus der Kontrolle und Gestaltung des Deutschen Bundestages zu verlagern und neu zu institutionalisieren, wie das für eine europäische Wirtschaftsregierung notwendig wäre, müsste dem ein gänzlich neuer Verfassungskonvent und Volksentscheidungen in den Mitgliedsstaaten vorausgehen. Die staatsrechtlichen und demokratiepolitischen Konsequenzen einer Zentralisierung von Regierungsmacht auf eine neu zu schaffende supranationale Ebene geht denn auch weit über eine Koordinierung von Maßnahmen, wie sie heute bei politischem Willen bereits auf der EU-Kommissionsebene möglich sind, hinaus.

Die Rolle des EU-Parlamentes müsste neu definiert werden. Ratifizierungsprozesse in allen Mitgliedsstaaten müssten auf eine, allen EU-BürgerInnen zugängliche Partizipationsmöglichkeit folgen. Kurz, es wäre ein gigantisches demokratiepolitisches Unterfangen. Eine Garantie dafür, dass damit die neoliberale Ausrichtung

der Wirtschafts- und Währungspolitik überwunden werden könnte, gibt es jedoch nicht. Reine Spekulation ist es auch, dass eine Zentralisierung von den BürgerInnen der EU positiv bewertet werden würde.

Über die europäischen Institutionen zu diskutieren, ist dennoch nicht entbehrlich. Doch liegt in der Forderung nach neuen Institutionen nicht auch schon die politische Lösung für die Abkehr vom neoliberalen Wettbewerbsmodell, das aus der derzeitigen Politik der EU resultiert. Die Orientierung auf ökologisch und sozialpolitisch nicht konditioniertes Wachstum, die dem Vertrag von Lissabon zugrunde liegt, sowie die Maastricht-Kriterien für den €-Wirtschaftsraum sind auf Entstaatlichung der Daseinsvorsorge, Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und Zurückdrängen der Sozialstandards gerichtet. Ohne diese Rahmenbedingungen geändert zu haben, ist die Forderung nach noch mehr Zentralisierung und weniger demokratischer Beteiligung der nationalen Parlamente, kontraproduktiv. Mehr Optionen für eine andere Wirtschaftspolitik sind eher über starke soziale Bewegungen und emanzipatorische und solidarische Prozesse zu erreichen, an denen die nationalen Regierungen nicht mehr vorbeikommen, als über Zentralisierungsoptionen.

Auch die Europäische Linkspartei lehnt eine zentralistische Neuausrichtung hin zu vereinigten Staaten von Europa ab. So stellt sich die Forderung nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung- wie sie bereits vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2009 im Europa-Wahlprogramm unserer Partei enthalten war, in vielerlei Hinsicht als zwingend begründungsbedürftig dar. Vor allem müsste dargelegt werden, was durch die heutigen EU-Institutionen im Sinne linker Politik nicht erreicht werden kann, also nur über eine Grundgesetzänderung und eine neue EU-Verfassung erreicht werden könnte und der politische Gewinn den Verlust nationaler Souveränität rechtfertigen würde. Eine repräsentative Demokratie mit Parlamentsvorbehalt, wie das in Deutschland dank unserer eigenen Verfassungsklage für Europafragen noch einmal bestätigt wurde, stellt im Gegensatz zu den meisten Mitgliedsstaaten der EU eine demokratische Errungenschaft dar, die sich nicht ohne weiteres auf alle anderen Mitgliedsstaaten erweitern ließe, wenn es zu einer neuen EU-Verfassung käme. So ist davon auszugehen, dass bei einer Institutionalisierung der neu zu schaffenden Europäischen Wirtschaftsregierung erhebliche demokratische und partizipatorische Errungenschaften verloren gingen. Auch liegt den Euro-Stabilitätskriterien ein eindeutig neoliberales Verständnis von Entstaatlichung, und weltweit führender Wettbewerbsfähigkeit zugrunde, das den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, Senkung der Sozialstandards und Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge zum Bestandteil des Wachstumsmotors erklärt.

Die aktuelle Diskussion um die Währungsstabilität und der erforderlichen Maßnahmen zur Überwindung der Krise, die auf der Spekulation gegen den Euro beruhen, sind mit einem Verbot solcher Profitschöpfung zu beantworten, nicht jedoch mit einer Zentralisierung von politischer Entscheidungsmacht, die sich auf die Realwirtschaften in den Mitgliedsstaaten richtet. Hier

bieten die Strukturfonds, die bereits vorgehalten werden, Voraussetzungen dafür nachhaltige, ökologisch und sozial vertretbare Wachstumsanreize zu schaffen. Die seinerzeitige Einführung des Euro wurde ohne binnenmarktfördernde sowie exportorientierte Harmonisierung, die allen Mitgliedsstaaten gerechte Chancen eröffnet, ausgestattet. Insofern ist zu fragen, ob auf diesem Gebiet reformiert werden muss und ob eine Europäische Wirtschaftsregierung die –aus linker Sicht – richtige Antwort darauf ist. So wertvoll und richtig alle weiteren Forderungen zu Europa in unserem Programmwurf sind, so wenig sind die hier angesprochenen Fragen geklärt.

Daher sollte im Grundsatzprogramm die weitreichende und bindende Forderung nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung nicht erhoben werden.

Weitere UnterzeichnerInnen:

Karin Binder, MdB (Sprecherin für Verbraucherpolitik, KV Karlsruhe),
Annette Groth, MdB (menschenrechtspolitische Sprecherin, KV Pforzheim)
Eva Tille (KV Heidelberg)
Heinrich Müller (KV Nußloch)
Ali Yalcin (KV Sigmaringen)
Peter Schimke (KV Vaihingen-Enz)
Renate Häberle (KV Schwäbisch Hall) und
Der Kreisvorstand Karlsruhe

Der Kreisvorstand Karlsruhe hat am 4.10. die Unterstützung der Änderungsanträge beschlossen

Änderungsantrag: PR.187.

Antragsteller: Kreisverband Frankfurt (Oder)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.187.1.

AH 1, S. 22, nach Zeile 1269

Im Anschluss an den Text „ ... im Bereich der Erwerbsarbeit.“

Einfügen:

„Hier wird der gesellschaftliche Reichtum und der Mehrwert produziert. Wir wollen einen gesellschaftlichen Disput dazu anregen, dass neben der Erwerbs- bzw. Lohnarbeit künftig auch der Anteil des einzelnen Individuum an dem gesellschaftlich produzierten Reichtum bezahlt wird.“

Dann weiter im Text mit bisher Zeile 1270.

Änderungsantrag PR.187.2.

AH 1, S. 24, Zeile 1406

Neuer Textvorschlag:

„Die privaten Banken und Großaktionäre sowie das neoliberal geprägte Zins- und Zinssystem sind für die Spekulationsblasen der vergangenen Jahre und die entstandenen Milliardenverluste wesentlich verantwortlich. Private Banken müssen deshalb verstaatlicht, die Zinssatzung nach oben begrenzt, beide demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.“

Änderungsantrag PR.187.3.

AH 1, S. 24, Zeile 1431

Nach „ ... Zielzonen stabilisiert werden.“ einfügen

„Die Zinssätze für Kredite und Anleihen sind zu begrenzen (nicht höher als das 2,5 - 3,0fache des Leitzins des EZB.“

Änderungsantrag PR.187.4.

AH 1, S. 28, Zeile 1666

Einfügen

Deshalb fordern wir, dass Wirtschaftsverbände und Unternehmen nicht an Parteien spenden dürfen und es ihnen verboten wird, Abgeordnete oder deren Mitarbeiter in Landtagen, Bundestag oder Europaparlament auf ihren Gehaltslisten zu führen.

Änderungsantrag PR.187.5.

AH 1, S. 42, Zeile 2726 - 2728

Streichen

Änderungsanträge der Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes am 17.09.2011.

Änderungsantrag: PR.188.

Antragsteller: DIE LINKE. Ortsverband Radebeul

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.188.1.

AH 1, S. 5, Zeile 42

Einfügen:

... der Bank- und Konzernchefs.

Begründung: Die Banken beherrschen die imperialistische Welt.

Änderungsantrag PR.188.2.

AH 1, S. 5, Zeile 56

Kraft ersetzen durch Partei

Änderungsantrag PR.188.3.

AH 1, S. 6, Zeile 95 – 96

Ändern:

.. auf der Basis der Nutzung der Sonnenenergie von erneuerbaren Energien ohne Atomkraft.

Begründung: Es gibt keine erneuerbare Energie und die Energie aus dem Atom nutzen wir über die Sonne.

Änderungsantrag PR.188.4.

AH 1, S. 9, Zeile 307 – 308

Streichen der beiden Sätze:

„Doch erfolgte er unter Druck. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihm Widerstand entgegen setzten, wurden verfolgt.“

Begründung: Sie sind für den Vereinigungsprozess nicht charakterisierend, der z.B. in Sachsen von der SPD (Otto Buchwitz) dominiert wurde.

Änderungsantrag PR.188.5.

AH 1, S. 12, Zeile 533

Ergänzen

... Arbeiterinnen und die Erhaltung des Friedens ein.

Änderungsantrag PR.188.6.

AH 1, S. 24, Zeile 1378

Streichen

..., die nicht insolvenzgefährdet sind.

Begründung: Insolvenz ist eine Sache der Betriebsführung und jederzeit herbeiführbar.

Änderungsantrag PR.188.7.

AH 1, S. 26, Zeile 1518 – 1520

Satz zur Abschaffung des Ehegattensplittings streichen

Begründung: Das Ehegattensplitting ist als Bezahlung sonst unbezahlter Leistungen für die Familie zu betrachten und dem Leistenden zuzuweisen.

Änderungsantrag PR.188.8.

AH 1, S. 26, Zeile 1784 – 1786

Streichen

„Viele Menschen haben keinen Zugang zu modernen Medien und können somit nicht die Möglichkeit nutzen, die mit moderner Informationstechnologie verbunden ist.“

Begründung: Die Probleme des Zuganges sind zumindest in Europa untergeordnet. Es geht um die Fähigkeit zur Bewertung der ausufernden Information.

Änderungsantrag PR.188.9.

AH 1, S. 32, Zeile 1963

Ergänzen

... versetzen, die Natur zu verstehen als ...

Begründung: Das mangelnde Naturverständnis durch mangelhafte naturwissenschaftliche Bildung führt zu einem fehlerhaften Weltbild bis in unsere linke Partei.

Änderungsantrag PR.188.10.

AH 1, S. 35, Zeile 2162 – 2164

Streichen

„Entscheidend ist, dass der ökologische Fußabdruck eines jeden im globalzulässigen Rahmen bleibt, also nicht mehr als etwa eine Tonne Kohlenstoffdioxid pro Jahr verursacht.“

Begründung: Er ist missverständlich, da die Pflanzenwelt brutto ca. 20t CO₂ benötigt um netto einen Menschen mit Sauerstoff für 1 Jahr zu versorgen.

Änderungsantrag PR.188.11.

AH 1, S. 35, Zeile 2193

Treibhausgas ersetzen durch Abgas

Begründung: Alle weiteren Folgerungen beziehen sich auf CO₂ welches physikalisch kein Treibhausgas (im Gegensatz zu Wasserdampf) ist.

Änderungsantrag PR.188.12.

AH 1, S. 35, Zeile 2215 – 2216

Streichen:

„Der Einsatz von Kohle muss sich so verteuern, dass der Betrieb laufender und die Planung neuer Kohlekraftwerke unwirtschaftlich werden.“

Begründung: Die gewollte Verteuerung einer Energieerzeugung erfolgt zu Lasten der Werktätigen und ist unsozial.

Änderungsantrag PR.188.13.

AH 1, S. 36, Zeile 2232 – 2237

Zeilen streichen

Begründung: Zusätzliche Ziele erfordern zusätzliche Mittel, jedoch nicht zu Lasten noch Jahrzehnte unser Leben bestimmender Energieerzeugungen und deren Abwicklung

Änderungsantrag PR.188.14.

AH 1, S. 36, Zeile 2252

Streichen

... als Hochwasserschutz-

Begründung: Natürliche Gewässer haben mit Hochwasserschutz für den Menschen nichts zu tun. Durch den langsameren Abfluss werden zusätzliche Überschwemmungen verursacht.

Änderungsantrag PR.188.15.

AH 1, S. 36, Zeile 2268 – 2271

Streichen

Begründung: Ökologischer Landbau und Erzeugung von Bio-Lebensmitteln sind zwei nicht zwangsläufig verbundene Prozesse.

Änderungsantrag PR.188.16.

AH 1, S. 37, Zeile 2346

Streichen

... und Senken

Begründung: Dies ist ein Begriff aus der Potentialtheorie und hier völlig missverständlich.

Änderungsantrag PR.188.17.

AH 1, S. 37, Zeile 2364/2365

Einfügen

... wirtschaftlichen,

Begründung: Auch eine solche ist die EU bisher nicht.

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 19.9.2011.

Änderungsantrag: PR.189.

Antragstellerin: AG Senioren (Stadtverband Arnstadt)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 32, Zeile 1961

Einfügen:

Die Senioren der LINKEN sind eine aktive Stütze der Partei. Sie können auf eine Jahrzehntelange Lebens- und Kampferfahrung zurückblicken.

Sie erfüllen entsprechend ihres Gesundheitszustandes sowie ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten die unterschiedlichsten Aufgaben der Partei. Wir wollen auf ihre reichen Erfahrungen und Kenntnisse nicht verzichten.

Besonderer Dank gilt ihnen für die Unterstützung der Jugendarbeit und beim Aufbau der neuen Betriebsstrukturen. Wir bitten sie, ihre umfangreichen Lebenserfahrungen auch weiterhin besonders der Jugend bei der Schaffung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft zu übermitteln.

Wir treten für eine solidarische Bürgerversicherung ein. Darüber hinaus schlagen wir als LINKE eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung vor und lehnen eine Privatisierung der Altersvorsorge ab.

Änderungsantrag: PR.190.

Antragsteller/innen: Karin Binder (MdB), Matthias W. Birkwald (MdB), Ralf Christoffers (Wirtschaftsminister Brandenburg), Sven Dietrich, Heidrun Dittrich (MdB), Dr. Dagmar Enkelmann (MdB), Dr. Wolfgang Erlebach, Helmut Holter (MdB), Birgit Huonker (MdB), Kerstin Kaiser (MdB), Kerstin Kassner, Knut Korschewsky (MdB), Katrin Kunert (MdB), Michael Leutert (MdB), Ingrid Remmers (MdB), Dr. Ilja Seifert (MdB), Michael Stadler, Klaus Tischendorf (MdB), Frank Tempel (MdB), Dr. Silvia Wirth, Jörn Wunderlich (MdB), Annette Groth (MdB)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Tourismus ins Programm aufnehmen

Änderungsantrag PR.190.1.

AH 1, S. 5, Zeile 41

Einfügung nach ..Pflege:

, wachsender Ausschluss von der Teilhabe am Tourismus.

Änderungsantrag PR.190.2.

AH 1, S. 20, Zeile 1104

Einfügung nach ..Kultur:

, Sport und Tourismus

Änderungsantrag PR.190.3.

AH 1, S. 26, Zeile 1549

Einfügung nach ..Kultur:

, Sport und Tourismus

Änderungsantrag PR.190.4.

AH 1, S. 26, Zeile 1549

Einfügung nach .. Betreuung-, :

Freizeit- und Reiseangebote

Änderungsantrag PR.190.5.

AH 1, S. 32, Zeile 1990

Einfügung nach ..Kommune:

, Freizeit-, Sport- und Reiseangebote

Begründung: Der Begriff Tourismus als wichtiger Wirtschafts- und zugleich bedeutender sozialer Faktor für heute und die Zukunft taucht im Programmentwurf an keiner Stelle auf, ebenso wie der Begriff Urlaub. Die Linke muss der wachsenden Ausgrenzung vieler Menschen von der Teilhabe an touristischen Errungenschaften und Aktivitäten im Interesse des Zugangs aller zu Erholung, Gesundheit, Bildung und Kultur entgegenwirken.

Unterstützer/innen: Eva Bulling-Schröter (MdB), Thomas Lutze (MdB), Kornelia Möller (MdB), Jeannine Rösler (MdB)

Änderungsantrag: PR.191.

Antragsteller: Hans-Joachim Zeller (KV Marburg-Biedenkopf)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.191.1.

AH 1, S. 5, Zeile 1 bis 19

erhalten folgende Fassung:

Präambel

DIE LINKE: sozial, ökologisch, demokratisch, friedlich

Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Zugewanderte, haben uns in einer neuen Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Wir wissen und können beweisen, dass es sehr wohl alternative Entwicklungspfade zum angeblich alternativlosen Neoliberalismus gibt (M. Thatcher: TINA – There is no alternative).

Wir verfolgen ein konkretes Ziel: den demokratischen Sozialismus. Der demokratische Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der soziale Gerechtigkeit in intakter Umwelt mit nachhaltigen und friedlichen Mitteln verwirklicht wird, eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und ihre

Beziehungen zueinander solidarisch gestalten. Wir wollen die großartigen Ideen, die Visionen und schöpferischen Kräfte der Menschen für überzeugende politische Vorhaben nutzen, um Hunger und Armut zu überwinden, den Klimawandel zu stoppen und die Folgen von Umweltkatastrophen in den Griff zu bekommen.

Änderungsantrag PR.191.2.

AH 1, S. 5/6, Zeile 67 bis 80

erhalten folgende Fassung:

In unserem Programm werden mehrere Grundideen miteinander verbunden:

Leitidee solidarische Gesellschaft

Diese Leitidee verknüpft die individuelle Freiheit und die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit mit der sozial gleichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dies führt zu einer selbstbestimmten, jedoch solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden und das Ziel des Wirtschaftens sind verlässliche und gute Lebensbedingungen.

Leitidee nachhaltige Gesellschaft:

Diese Leitidee verknüpft die gerechte Verteilung von Ressourcen und den Verbrauch von Umweltraum mit den Erfordernissen einer nachhaltigen Lebensführung. Diese beruht auf der Erkenntnis, dass für Produktion und Reproduktion einer Gesellschaft auf Dauer nur so viele Rohstoffe und Energie verbraucht werden dürfen, wie im Prozess der Naturkreisläufe nachwachsen. Eine einhundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien soll bis 2050 erreicht sein. Diese Leitidee erfordert einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft zu nachhaltiger Entwicklung an Stelle von profitorientiertem Wachstum.

Leitidee demokratischer Sozialismus

Die Verwirklichung dieser beiden Leitideen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht. In diesem Prozess wird eine Gleichstellung aller Lebensweisen erreicht und die bestehenden patriarchalen Gesellschaftsstrukturen überwunden.

Begründungen: Änderungsantrag 1 und Änderungsantrag 2 sind der Versuch, die sprachlichen Unebenheiten des vorliegenden Leitantrages zu glätten. Inhaltlich wurden keine Änderungen vorgenommen, bis auf den letzten Satz in Änderungsantrag 2. Die Überwindung der patriarchalen Strukturen gehört unbedingt zu den Leitideen dazu.

Änderungsantrag: PR.192.

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

AH 1, S. 24, Zeile 1421

wird folgender Text eingefügt:

Die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken ist zu unterbinden. Giralgeld wird wie Bargeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Das Recht Giralgeld zu erzeugen wird einer öffentlichen Einrichtung übertragen.

Begründung: In Zeile 1406 des Programmentwurfs heißt es: „Die privaten Banken sind für die Spekulationsblasen der vergangenen Jahre und die entstandenen Milliardenverluste wesentlich verantwortlich.“ Dieser Aussage ist uneingeschränkt zuzustimmen. Die Maßnahmen, die in Zeile 1405 ff vorgestellt werden, sind ebenfalls notwendig und sinnvoll, reichen jedoch nicht aus. So lange die gegenwärtigen ökonomischen Strukturen nicht von Grund auf revidiert werden, ist es zwingend notwendig das Geldregal einer öffentlichen Institution zu übertragen. Bisher gilt dies uneingeschränkt nur für Banknoten und Münzen. Giralgeld wird nur zu einem geringen Teil mit Zentralbankgeld unterfüttert.

Die Umwandlung des Giralgeldes in ein gesetzliches Zahlungsmittel unter Kontrolle einer öffentlichen Institution bringt mehrere große Vorteile:

- a) die unzureichende Kontrolle der Zentralbank über die Geldmenge (M3) wird in eine vollständige Kontrolle umgewandelt
- b) eine antizyklische Steuerung von Konjunkturphasen ist nur mit einer wirksamen Kontrolle der Geldmenge durch die Zentralbank möglich
- c) Geld kann zins- und tilgungsfrei über die öffentlichen Haushalt in den Wirtschaftsprozess eingeschleust werden
- d) Die Gewinne aus der Geldschöpfung (Seigniorage) kommen in vollem Umfang den öffentlichen Haushalten zu Gute
- e) Die Staatsverschuldung kann wirkungsvoll zurückgefahren werden
- f) Der Irrsinn, dass die Staaten zwar für den Geldwert garantieren, aber das Geld nicht selbst erzeugen sondern sich bei Banken gegen Zins und Zinseszins leihen müssen, wird beendet.

Der Änderungsantrag wurde auf der Kreismitgliederversammlung am 23.9.2011 beschlossen.

Änderungsantrag: PR.193.

Antragsteller: Kreisverbandes Ludwigsburg

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.193.1.

AH 1, S. 7/8, Zeile 212 – 214 :

Die deutsche Revolution von 1918/19 war eine sozialdemokratische Revolution, die mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen wurde.

ändern in:

Die deutsche Revolution von 1918/19 war eine Revolution der Matrosen, Soldaten Arbeiterinnen und Arbeitern am Ende des ersten Weltkrieges, die mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen wurde.

Begründung: Bei Nennung historischer Tatsachen sollten wir genauer sein.

Änderungsantrag PR.193.2.

AH 1, S. 8, Zeile 244 – 247

nach

.....Existenzrecht Israels einzutreten.

Folgenden Satz ersetzen durch

Die Linke setzt sich ein für einen gesicherten Status der Staaten Israel und Palästina auf der Grundlage der UNO-Resolution Nr. 242 vom Nov. 1967. Insbesondere setzt sich die Linke dafür ein, dass alle von Israel besetzten Gebiete umgehend geräumt werden. Mit deutscher - insbesondere materieller - Hilfe ist auch eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen. Die Verpflichtung zu materieller Hilfe ergibt sich für die BRD daraus, dass die Ermordung von Millionen europäischer Juden indirekt erheblich zur Vertreibung der Palästinensischen Bevölkerung beigetragen hat.

Weiter: Der Schwur ..

Begründung: 90. Resolution des Weltsicherheitsrates Nr. 242 vom 22. November 1967

Der Sicherheitsrat gibt seiner andauernden Beunruhigung über die ernste Lage im Nahen Osten Ausdruck und unterstreicht, dass es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern, und dass es nötig ist, für einen gerechten und dauernden Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben.

Er unterstreicht im Weiteren, dass alle Mitgliedstaaten, indem sie die Charta der Vereinten Nationen annehmen, sich verpflichtet haben, gemäß Artikel 2 der Charta zu handeln.

1. Er bekräftigt, dass die Einhaltung der Prinzipien der Charta es erfordert, dass ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten errichtet wird, welcher die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien umfassen sollte:

a) Rückzug israelischer Streitkräfte aus während des jüngsten Konfliktes besetzten Gebieten,

b) Einstellung jeglicher kriegerischer Erklärung oder jeglichen kriegerischen Zustandes sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region und dessen Recht, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder Gewaltakten zu leben.

2. Er stellt im weiteren die Notwendigkeit fest:

a) die freie Schiff-Fahrt auf den internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren,

b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen,

c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierter Zonen umfassen.

3. Er ersucht den Generalsekretär, einen Sondervertreter zu bestimmen, der sich

nach dem Nahen Osten begibt, um dort Kontakte mit den interessierten Staaten herzustellen und zu unterhalten, ein Abkommen zu fördern und an den Bemühungen mitzuwirken, um auf eine friedliche und akzeptable Lösung zu kommen, gemäß den Bestimmungen und Prinzipien der vorliegenden Resolution.

Änderungsantrag PR.193.3.

AH 1, S. 9, Zeile 335 – 338

ändern in

..... unhistorisch und unwahr. Auch in der DDR gab es am Anfang und später in kleineren Kreisen eine lebendige Sozialismuskonversation. Darüber hinaus gab es

Begründung: Die angeführte Aufzählung könnte als „Verherrlichung“ missverstanden werden.

Änderungsantrag PR.193.4.

AH 1, S. 24, Zeile 1377 – 1378 :

Wir fordern ein Verbot von Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind.

ändern in:

Wir fordern ein Verbot von Massenentlassungen.

Begründung: In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, dass Betriebe trotz (operativem) Gewinn Massenentlassungen vornehmen. Eine Einschränkung auf so genannte „insolvenzgefährdete Betriebe“ würde dieses Vorgehen stillschweigend rechtfertigen.

Änderungsantrag PR.193.5.

AH 1, S. 27, Zeile 1590 – 1592 :

Wir fordern die Wiedereinführung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren und die Möglichkeit, schon vorher flexibel aus dem Erwerbsleben auszusteigen.

ändern in:

Wir fordern den ungekürzten Rentenzugang nach 40 Versicherungsjahren – einschließlich Anrechnungszeiten. Weiter die Möglichkeit, schon bis zu 5 Jahren früher aus dem Erwerbsleben flexibel in den Vorruhestand zu wechseln. Für Beschäftigte besonders belastender Berufsgruppen oder Menschen mit Einschränkungen gilt der ungekürzte Rentenbezug schon nach 35 Versicherungsjahren. Ebenso einen bis zu 5 Jahren früheren flexiblen Wechsel aus dem Erwerbsleben in den Vorruhestand.

Begründung: Ein Rentenzugang sollte nicht nach dem Lebensalter, sondern nach den Versicherungsjahren bzw. der Belastung während den Versicherungsjahren festgemacht werden.

Änderungsantrag PR.193.6.

AH 1, S. 40, Zeile 2546

Nach ...Konversionsprogramme...

ändern mit Einschub:

...Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsproduktion, für die Soldatinnen und Soldaten und ...

Begründung: Die Linke muss gegenüber den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie, Soldatinnen, Soldaten und Beschäftigten bei der Bundeswehr ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Änderungsantrag PR.193.7.

AH 1, S. 40, Zeile 2547

nach ...Bundeswehr. einzufügen:

Die Rüstungsausgaben werden jährlich um 5 % gesenkt, mit den dadurch frei werdenden Mitteln werden die Rüstungskonversionsprogramme finanziert.

Begründung: Perspektivisch müssen die Rüstungsausgaben gesenkt werden. Mit den eingesparten Rüstungsausgaben können die Konversionsprogramme finanziert werden.

Beschlossen: Kreismitgliederversammlung am 28.9.2011 in Ludwigsburg.

Änderungsantrag: PR.194.

Antragsteller: Landesvorstand und Landesverband Baden-Württemberg

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.194.1.

AH 1, S. 39, Zeile 2497

AH 1, S. 43, Zeile 2744

AH 1, S. 40, Zeile 2552

Ersetzung der Begriffe

durch Auslandseinsätze bzw. Einsätze im Ausland und keine neuen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

2497 neu:

Wir fordern ein sofortiges Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

2744 neu:

An einer Regierung, die Kriege führt und Einsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, ... werden wir uns nicht beteiligen.

2552 neu:

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, „sie darf in keine neuen Auslandseinsätze geschickt werden.“

Änderungsantrag PR.194.2.

AH 1, S. 43, Zeile 2747

Einfügung des Teilsatzes: „zum Beispiel durch Stellenabbau“

heißt dann:

... des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, zum Beispiel durch Stellenabbau, werden wir uns nicht beteiligen.

Beschluss am 18.9.2011 auf einer gemeinsamen Beratung mit den Delegierten aus Baden-Württemberg.

Änderungsantrag: PR.195.

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Gütersloh

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.195.1.

AH 1, S. 10, Zeile 432

nach „Soziale Sicherungssysteme wurden ausgebaut, demokratische Rechte ausgeweitet, der Wohlstand stieg“
wird eingefügt:

Die "soziale Marktwirtschaft" war aber auch der Versuch des Kapitals, seine Macht über den Sturz des Faschismus hinaus zu retten.

Begründung: Nur unter Berücksichtigung der historischen, geopolitischen und ökonomischen Umstände war die "soziale Marktwirtschaft" möglich. Die Illusion in die soziale Marktwirtschaft wäre in der aktuellen Lage ebenso verhängnisvoll wie der Glaube an den Green New Deal. Die sozialen und ökologischen Probleme der Gegenwart sind nicht innerhalb des Kapitalismus zu lösen.

Mehr zur Wiege der „sozialen Marktwirtschaft“ hier <http://www.alhambra.de/zeitung/mai01/liberalM.htm>

(Es gab mal einen anderen Ralph Giordano!)

Änderungsantrag PR.195.2.

AH 1, S. 22, Zeile 1295

nach „Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe“soll es heißen:

„Die Höhe des Mindestlohnes muss so bemessen sein, dass gesunde Ernährung, ökologisch nachhaltiges Verhalten und die Teilhabe am kulturellen Leben gewährleistet sind.“

Begründung: Der erforderliche tiefgreifende sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft wird nur gelingen, wenn wir uns mit einer rein materiellen Absicherung nicht zufrieden geben. Die ökologische Frage ist aber nicht nur eine soziale, sondern auch eine kulturelle Frage. Mit weniger sollten wir uns nicht zufrieden geben!

Die Änderungsanträge einstimmig beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 29. September 2011

Änderungsantrag: PR.196.

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Herford

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.196.1.

AH 1, S. 8, Zeile 240 - 247

Ersetzen der Zeilen 240 bis einschließlich 247 durch nachfolgenden Text:

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus und des weltweit verbreiteten Antisemitismus, eine besondere Verantwortung gegenüber dem israelischem- und dem palästinensischem Volk. Insbesondere, da durch die damals vorherrschende Situation, der Staat Israel gegründet wurde. Daraus und darüber hinaus ergibt sich die Aufgabe, jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenzutreten. Insbesondere diese Verantwortungen verpflichten auch uns, für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes einzutreten.

Begründung: Am 29.November 1947 wurde Israels auf palästinensischem Territorium gegründet. Frieden und Existenzsicherheit für beide Völker, ist Anliegen und Verpflichtung für alle friedliebenden Menschen, vor allem für die Bundesrepublik. Der vom deutschen Nationalsozialismus verursachte Massenmord an den europäischen Juden und der 1947 nahezu weltweit verbreiteten Antisemitismus gebietet dies. Wir dürfen nicht die Vertreibung von 1948, die Nakba, die vierzig

Jahre Okkupation und den ungehindert voranschreitenden Landraub im Westjordanland durch die israelische Siedlungspolitik vergessen. Heute gibt es etwa 4 Millionen Flüchtlinge, von denen mehr als ein Drittel unter prekären sozialen Bedingungen in Lagern lebt. Der von uns vertretene Antiimperialismus und das Alleinstellungsmerkmal einer Antikriegspartei, bedingen den Verzicht auf Bevormundung und das Diktieren von Lösungen. Unser Augenmerk und unsere Kraft, sollen auf eine solidarische und friedliche Unterstützung beider Völker gerichtet werden.

Änderungsantrag PR.196.2.

AH 1, S. 18, nach Zeile 992

folgende Sätze einfügen:

„Dafür brauchen die Menschen entsprechend Zeit. Die Zeit für Erwerbsarbeit muss gekürzt werden, damit mehr Zeit für notwendige Reproduktionsarbeiten, eigene Entwicklungsmöglichkeiten und für politisch-gesellschaftliche Betätigungen den Menschen zur Verfügung steht.

Der Fortschritt einer solidarischen Gesellschaft zeichnet sich nicht durch immer mehr Produktion und Konsum aus, dem Streben nach Reichtum und Luxus.

Wir wollen Gute Arbeit und Gutes Leben für alle Menschen dieser und zukünftiger Generationen!

Wir wollen ein Gutes Leben (Buen Viviv) im Einklang mit und nicht auf Kosten der Natur und anderer Menschen.

Gutes Leben für alle schließt Freiheit von Stress und Angst, ausreichende Freizeit und ein Lebensumfeld, das soziale Bindungen zulässt und fördert, ein.

Den Menschen sollen für ihre freie Entwicklung mehr Zeit gegeben werden. Dafür wollen wir kämpfen.

Der Diebstahl an wertvoller Lebenszeit der Menschen muss beendet werden.

Wir wollen eine Gesellschaft des „Mehr - Seins“ und nicht des „Mehr Habens“.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der freie, bewusste Tätigkeit aller die entfremdete Arbeit ablöst.

Wir wollen Freiheit statt Kapitalismus!“

Änderungsantrag PR.196.3.

AH 1, S. 39, Zeile 2491 – 2493

den zweiten Satz ersetzen durch:

„Wir fordern die Auflösung der NATO und bis dahin den Austritt der BRD aus der NATO.“

Begründung: Die NATO ist ein Kriegsbündnis, dass kaum in ein wie auch immer geartetes Sicherheitssystem umgewandelt werden kann. Dieses Kriegsbündnis gehört so schnell wie möglich aufgelöst. Und ein Austritt der BRD würde die NATO erheblich schwächen und wäre ein Schritt in die Richtung einer Auflösung.

Änderungsantrag PR.196.4.

AH 1, S. 39, Zeile 2497

„Kampfeinsätze der Bundeswehr“ ersetzen durch: „Auslandsinsätze der Bundeswehr“

Begründung: Das Wort Kampfeinsätze lässt offen, ob wir andere humanitär verbrämte Einsätze zulassen. Es bedarf der Klarstellung, dass DIE LINKE alle Einsätze der Bundeswehr im Ausland ablehnt, wie es auch in der Präambel richtig beschrieben ist.

Änderungsantrag PR.196.5.

AH 1, S. 40, Zeile 2544

das Wort „Kriegsführungsarmee“ ersetzen durch „Interventionsarmee“

Begründung: Dies ist eine Klarstellung, damit uns nicht wieder Kriege als humanitäre Einsätze verkauft werden.

Beschluss der KMV vom 29.09.2011.

Änderungsantrag: PR.197.

Antragsteller: Regionalverband Rheinsberg-Lindow

Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

AH 1, S. 44, Zeile 2819 - 2827

Zeilen ersetzen durch:

„Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft

Der Prozess der Überwindung des Kapitalismus muss – wenn er dauerhaft gelingen soll – mit einer allgemeinen Veränderung des Bewusstseins einhergehen. Die Gesellschaft muss sich neu finden und solidarisieren, den Mitmenschen in jedem Menschen erkennen. Die Partei DIE LINKE will (oder: Wir wollen), gemeinsam mit allen antikapitalistischen Kräften, durch Aufklärung und Überzeugung gesellschaftliche Mehrheiten für beides gewinnen.

Mit den Möglichkeiten der Industriegesellschaft haben sich Lebensgewohnheiten wie Statusdenken, zwanghafter Konsum und massenhafte Drogensucht verbreitet; sie haben die Menschen nicht glücklicher, sondern abhängig gemacht und oft unglücklich.

Unnötiger Luxuskonsum und Wegwerfmentalität zerstören den Lebensraum Erde. Konkurrenzdenken fördert Isolierung, Misstrauen und Vereinsamung und zerstört den Sinn für die vielfältigen Möglichkeiten positiver zwischenmenschlicher Beziehungen. Es ist an der Zeit, den Umgang mit den Errungenschaften der technischen Zivilisation zu überdenken.

Eines unserer wichtigsten Grundbedürfnisse ist freundliche Gemeinsamkeit.

Freundliche Gemeinsamkeit ist ein hohes gesellschaftliches Gut.

Jeder braucht es. Jeder sehnt sich danach. Jeder kann es verteilen. Und je mehr wir verteilen, umso reicher werden wir:

- Achtung, Verständnis und Wohlwollen für jedermann
- Solidarität und Hilfsbereitschaft, die keinen zurücklässt und gestrauchelte aufrichtet
- Lebensfreude durch Gemeinsamkeit: für einander arbeiten, einander mitteilen, ermutigen, helfen
- Lust an der Arbeit, an Leistung und Verantwortung für die Gesellschaft
- Freude an Kindern, dem wertvollsten Schatz der Gesellschaft und dauerhaft sprudelndem Quell von Glück
- gemeinsames Singen und Brauchtum, das die Generationen verbindet, von klein auf und im täglichen Leben
- Mitgefühl, Vertrauen, Zuverlässigkeit, Rücksichtnahme
- Toleranz im Umgang miteinander und im Streit.

Das alles sind gleichzeitig unverzichtbare Mittel, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden und eine Wirtschaft aufzubauen, die allen Menschen ein sinnerfülltes Leben ermöglicht.

Wir wenden uns auch an die Reichen und Reichsten: sich zu lösen aus den Zwängen ihrer zerstörerischen Gier und mitzuhelfen bei der Gestaltung einer harmonischen Weltordnung. Sie können dabei mehr an echten Werten gewinnen, als sie je besaßen.

Habgier und Machtstreben sind steinzeitliche Relikte, die heute nur noch Verderben bringen und die Existenz der Menschheit gefährden. Wahrer erfolgreicher Egoismus sind freundliche zwischenmenschliche Beziehungen. Erkennen wir die Vielfalt unserer Möglichkeiten. Üben und nutzen wir sie. – Jetzt!“

Begründung: Im zweiten Entwurf des Parteiprogramms wurde auf den letzten Absatz des ersten Entwurfes Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft verzichtet. Ich beantrage die Beibehaltung dieses Absatzes mit einem neuen Text. Er ist ein wegweisendes Bekenntnis und wendet sich besonders an die nach Alternativen suchende Jugend. Er entwirft eine Vorstellung vom Leben im Sozialismus und von kommunistischen Idealen, die auch dem Geist der Aufklärung wie der großen Religionen entsprechen. Dem Programm würde er eine besondere Qualität verleihen und gleichzeitig der antikommunistischen Hetze den Boden entziehen.

Letzter Absatz des 1. Programmentwurfs: Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft

Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab und wollen eine Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solidarität. Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus. Die Alternative ist nicht "Freiheit oder Sozialismus", sondern Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen.

Der Änderungsantrag wurde am 27. 9. 2011 vom Regionalverband Rheinsberg-Lindow mehrheitlich beschlossen.

Änderungsantrag: PR.198.

Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH 1, S. 23, Zeile 1303 -1304

„Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindestens den Produktivitätszuwachs und die Preissteigerungen ausgleichen.“

ersetzen durch:

„Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die sich am Produktivitätszuwachs orientieren und Preissteigerungen für auf Einkommensgruppen bezogene Warenkörbe ausgleichen.“

Begründung:

1. Wir wollen Produktivitätszuwachs explizit als Finanzierungsquelle

- Für sinkende Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich (Zeilen 1185-1186, und 1315-1316),

- Für steigende Renten trotz wachsendem Anteil Älterer (Zeilen 1567-1573)

und darüber hinaus neben Umverteilungen auch für andere steigende Aufwendungen einsetzen. Der Produktionszuwachs kann somit nicht auch noch den Lohnzuwachs voll ausgleichen.

2. Preissteigerungen haben ungleiche Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten verschiedener Einkommensgruppen. Niedrige Einkommensgruppen sind im Allgemeinen stärker betroffen und benötigen zum Ausgleich höhere Lohnzuwächse als hohe Einkommensgruppen. Außerdem ist ein Wandel von der noch immer üblichen einheitlichen relativen Tarifierhöhung für alle Einkommensgruppen in Richtung einheitlicher absoluter Lohnzuwächse längst überfällig. Die ansonsten weiter wachsende inzwischen viel zu hohen sowohl branchenspezifischen als auch branchenübergreifenden nicht leistungsgerechten Erwerbseinkommensunterschiede sollen so schrittweise auf ein gesundes Maß reduziert werden.

Änderungsantrag: PR.199.

Antragstellerin: Marie Kokta (KV Wuppertal)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH 1, S. 12, nach Zeile 571

einfügen

Der Weg aus der Krise aus Frauensicht

Der Weg aus der Krise führt unmittelbar aus der wirklichen Gleichstellung der Geschlechter.

Das Ziel ist durch Wirtschaftsreformen, Gesetzesänderungen, aber unter Beachtung der ethischen Grundsätze zu erreichen.

Das wirtschaftliche Handeln muss auf der Basis von Gerechtigkeit, Gegenseitigkeit und Wohlergehen beruhen. Die Ökonomie muss die tatsächliche Lebensrealitäten von Frauen und Männer umfassen. Eine alternative, feministische Wirtschaftspolitik orientiert sich am Wohlergehen und guten Leben für alle. Eine Wirtschaftsordnung darf nicht Lebensgrundlagen und Solidarität vernichten. Auch unbezahlte Arbeit wie Erziehung, Pflege, Betreuung oder Hausarbeit müssen sozialpflichtig werden.

Frauen und Männer müssen die Wahlfreiheit haben, im gleichen Ausmaß an gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit, Einkommen, Bildung, Wohnungen, Sicherheit usw. Teil zu nehmen.

Wir fordern mehr Frauen in die Politik, Wirtschaft und öffentliches Gesellschaftsleben. Die Beteiligung der Frauen soll zumindest quotiert sein oder sich sogar aus den prozentuellen Zahlen der Frauen in der Bevölkerung herleiten

Änderungsantrag: PR.200.

Antragsteller: DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 7, nach Zeile 115 - 121

In der Präambel soll nach den Zeilen 115 - 121: „... für eine armutsfeste gesetzliche Rente...“ als neuer Absatz eingefügt werden:

„... für eine neue Kultur des Alterns und des Alters. Das schließt eine armutsfeste gesetzliche Rente, eine gute Gesundheitsversorgung, eine hohe Qualität der Alterspflege, altersgerechtes Wohnen entsprechend den individuellen Bedürfnissen, mehr Sicherheit im Alter sowie bessere Rahmenbedingungen für aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein.“

Begründung: Seniorenpolitik darf nicht einseitig auf Teilbereiche der Politik beschränkt bleiben. Sie muss als Querschnittsaufgabe in der Theorie und Politik der Partei DIE LINKE aufgewertet werden.

Die aktuelle Altenpolitik der Regierungsparteien ist völlig ungeeignet, jene Herausforderungen zu bewältigen, die auch mit dem demographischen Wandel real auf unsere Gesellschaft zukommen.

Dazu braucht es mehr als nur eine Reparatur an der derzeitigen Altenpolitik. Notwendig ist ein anderer Politikansatz, eine neue Kultur des Alterns und des Alters.

Wir sind der Auffassung dass zwar einige Kernfragen der Seniorenpolitik im Programmentwurf benannt werden (Rente, Gesundheit, Pflege), dass aber der neue Ansatz in der Seniorenpolitik, wie er im Beschluss des Parteivorstandes vom April 2009, in Form der

"Seniorenpolitischen Standpunkte - DIE LINKE" verbindlich zum Ausdruck gebracht wurde, auch im Parteiprogramm in der von uns vorgeschlagenen Formulierung, komprimiert seinen Niederschlag finden sollte. - und das nicht irgendwo, sondern in der Präambel.

Bemerkungen: Die Antragsstellung wurde auf der Landesseniorenkonferenz DIE LINKE. Sachsen in Dresden, am 21. Juni 2010, an der ca. 150 Delegierte teilnahmen, beraten und einstimmig angenommen. Im Verlauf der Programmdiskussion in verschiedensten SeniorenAGs aber auch in Basisgruppen der Partei, fand dieser Änderungsantrag weitere Unterstützung. Am 16. März 2011 wurde dann der Änderungsantrag termingerecht per Mail der Redaktionskommission übergeben, aber leider nicht im Leitantrag berücksichtigt.

Im Vorfeld der kommenden Beratung des Sprecherrates am 12. September wurde erneut Zustimmung signalisiert, damit das Mandat der Landesseniorenkonferenz für das Einbringen des Änderungsantrages wahrgenommen werden soll.

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 23. September 2011

Änderungsantrag: PR.201.

Antragsteller: Wolfgang Krebs, Peter Thureau (Spandau)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.201.1.

AH1, S. 6, Zeile 82 - 91

Ersetzen durch

für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung
in der gilt:

Gemeinwohl und Solidarität haben Vorrang vor individueller Bereicherung.

- Eine demokratisch bestimmte, an klar definierten Zielen ausgerichtete und planvolle Steuerung der Volkswirtschaft hat Vorrang vor dem Glücksspiel der von Profitgier und Spekulation getriebenen,

krisengeschüttelten Märkte, durch die das Gemeinwohl nachhaltig geschädigt wurde.

- Die politische Beeinflussbarkeit und Erpressbarkeit demokratisch gewählter Gremien und öffentlicher Ämter durch die Märkte, die daraus entstandenen faktische Abhängigkeit der Politik von den Interessen der Märkte wird unterbunden.

- So wird sichergestellt, dass alle Arbeitskräfte und materiellen Ressourcen der Volkswirtschaft entsprechend langfristiger Strategien und Planungen sinnvoll eingesetzt und die erwirtschafteten Ergebnisse solidarisch verteilt werden.

- So wird sichergestellt, dass alle gesellschaftlich relevanten sozialen, kulturellen und ökologischen Belange entsprechend den demokratisch gesetzten Rahmenbedingungen und Zielvorgaben berücksichtigt werden.

- Öffentliche Daseinsvorsorge,
- Infrastruktur,
- Energie- und Wasserversorgung und
- Verkehrsbetriebe

werden ebenso in

- staatliches
- oder kommunales

Eigentum überführt und demokratischer Kontrolle unterstellt wie der

- Banken- und Finanzsektor;

dasselbe gilt für

- alle strukturbestimmenden Sektoren der Produktion, die langfristig ebenso in
- staatliches,
- kommunales,
- genossenschaftliches, oder
- Belegschaftseigentum

überführt werden sollen.

In allen übrigen Sektoren der Volkswirtschaft kann und soll ein privatwirtschaftlicher, marktgesteuerter Anteil langfristig verbleiben und gefördert werden,

unter dem Vorbehalt dass

- menschenwürdige Arbeits- und Lohnverhältnisse gesichert sind
- Angebotstransparenz und Wettbewerbskontrolle gewährleistet werden,
- Beschäftigung, Produktion, Handel und Konsum in Übereinstimmung mit einer demokratisch bestimmten volkswirtschaftlichen Strategie erfolgen, und dass
- die ökologischen Rahmenseetzungen berücksichtigt werden.

In allen Beschäftigungsverhältnissen sind wirksame Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte zu sichern und stetig weiterzuentwickeln.

Nur in einer auf diese Weise neu gestalteten Volkswirtschaft kann verhindert werden, dass aus Krisen von Märkten Krisen der Gesellschaft werden.

Nur so können die für das Gemeinwohl schädlichen Ergebnisse neoliberaler Privatisierungsraubzüge und Spekulation nachhaltig korrigiert werden.

Die längerfristig erforderlich werdenden Umgestaltungen von Eigentumsverhältnissen für eine demokratisch bestimmte Vergesellschaftung zur Schaffung von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum sind weitreichend aber unumgänglich.

Der rechtliche Rahmen für die Anerkennung von Eigentumstiteln, für Rückkäufe ehemals öffentlichen, privatisierten Eigentums und für Enteignungen wird auf demokratischem Wege neu geregelt.

Der vom Grundgesetz und den Länderverfassungen hierfür ausreichend vorgesehene Spielraum wird voll ausgeschöpft.

Danach weiter mit Zeile 92:

für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens ...

Änderungsantrag PR.201.2.

AH1, S. 6, nach Zeile 102

Hinzugefügen:

Wir kämpfen dafür dass die materiellen Voraussetzungen und gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden dass langfristig jeder Staatsbürger dieses Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit unter Berücksichtigung seiner individuellen Qualifikationen als Grundrecht einfordern kann.

Danach weiter mit Zeile 103

für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern. Im Leben von Männern und Frauen soll genügend Zeit ...

Änderungsantrag PR.201.3.

AH1, S. 10, Zeile 391 - 392

Der Kapitalismus von heute ist räumlich und zeitlich entgrenzt, er hat sich die ganze Welt untertan gemacht.

wird ersetzt durch:

Der heutige, in jeder Hinsicht schrankenlose, keinerlei Werte mehr respektierende Kapitalismus, der alle Beziehungen zwischen Menschen und Natur zu Warenbeziehungen macht, birgt größte Gefahren für die gesamte Menschheit.

Davor gilt es zu warnen!

Dieser Kapitalismus hat weltweit nicht nur ökonomische und ökologische Krisen ungeheuren Ausmaßes verursacht. Er ist aufgrund der ihm als System grundsätzlich innewohnenden Mechanismen nicht nur unfähig, diese Krisen selbst zu lösen.

Dieser Kapitalismus selbst IST die Krise.

Er kann, wenn wir nicht schnell und entschlossen gegensteuern, zu einer Bedrohung für alle Errungenschaften der Aufklärung und des Humanismus, zu einer existenziellen Gefahr für die Ökologie unseres Planeten und für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation werden.

Dies gilt es zu verhindern!

Danach weiter mit Zeile 392:

Das Verhältnis zur Natur und fast alle menschlichen Beziehungen werden ...

Änderungsantrag PR.201.4.

AH1, S. 11, Zeile 436 - 447

Die "soziale Marktwirtschaft" stellte einen Kompromiss zwischen Lohnarbeit und ... wurde zunehmend zu Individualismus in der Konkurrenz gegeneinander.

ersetzt durch:

Die **sogenannte** "soziale Marktwirtschaft" der BRD war, letztlich ein „Modell auf Zeit“ ein gefährlicher, weil fauler Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellte und nur in einer historischen Ausnahmesituation befristet funktionieren konnte.

Danach weiter mit Zeile 447

Mit wachsenden Erwerbslosenzahlen ...

Änderungsantrag PR.201.5.

AH1, S. 11, nach Zeile 453

Hinzugefügen:

Der gedankliche Ansatz einer Rückkehr in eine vermeintlich behagliche "soziale Marktwirtschaft" ist daher ein sozialdemokratisch besetztes Fantasiegespinnst einer fiktiv wiederherstellbaren „Guten Alten Zeit“ unter dem Mantel des Kapitalismus. Dieser Ansatz ist unrealistisch und führt in die Irre. Er kommt für die tatsächliche Lösung der Probleme mit denen uns der Kapitalismus konfrontiert nicht in Betracht ...

Danach weiter mit Zeile 454

Patriarchale Unterdrückung und Arbeitsteilung ...

Änderungsantrag PR.201.6.

AH1, S. 21, Zeile 1178 - 1189

Eine wirkungsvolle demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung ... die Investitionsentscheidungen der Unternehmen nehmen.

wird ersetzt durch:

Die von kurzfristiger Profitgier getriebenen, chaotischen und ungesteuerten Fehlentwicklungen und Krisen der Märkte führen zunehmend dazu, dass politische Zielsetzungen sozialer und ökologischer Art verfehlt werden. Im Ergebnis werden die Widersprüche zwischen dem demokratisch artikulierten Willen der Bevölkerung und dem realem Wirtschaftsgeschehen immer krasser. Die Politik verliert so zunehmend ihre Lenkungs-fähigkeit. Hier müssen wir gegensteuern. Gerade in Bezug auf die Verknüpfung sozialer und ökologischer Aufgabenstellungen müssen wir dafür sorgen, dass der Bevölkerung von der Basis her mehr Einflussnahme auf Planungsprozesse und mehr Beteiligung an Kontroll- und Lenkungsprozessen ermöglicht wird.

Danach weiter mit Zeile 1190

DIE LINKE tritt neben dem Ausbau direkter Demokratie für ihre Erweiterung durch ...

Änderungsantrag PR.201.7.

AH1, S. 21, nach Zeile 1198

wird hinzugefügt:

Im Angesicht der alle ökonomischen Bereiche durchdringenden Bedeutung der Ökologie, ihrer Verknüpfung mit sozialen Problembereichen und der Dringlichkeit der zu lösenden Aufgaben ist ökologischen Leitbildern und Rahmensetzungen besonderes Gewicht zu verleihen.

Danach weiter mit Zeile 1199

IV Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung ...

Änderungsantrag PR.201.8.

AH1, S. 22, Zeile 1260

der mit 1260 beginnende Text bekommt folgenden erste Absatz (hierbei durch Umstellung übernommene Passagen werden weiter unten gestrichen):

Gute Arbeit

Als Folge der neoliberal geprägten Politik sind in unserem Land verdeckte Arbeitslosigkeit, ungesicherte, prekäre und unbezahlte Beschäftigung zunehmend die Regel. Dem wollen wir ein Ende bereiten. Jede Erwerbstätigkeit muss sozial versichert sein. DIE LINKE kämpft dagegen, dass reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit oder Minijobs ersetzt wird und will langfristig ein einforderbares Grundrecht auf gute Arbeit erkämpfen. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss gelten: Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit. Schluss mit Armutslöhnen und Lohndumping. Die Enteignung der Beschäftigten muss gestoppt werden. Wir fordern einen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe.

Danach weiter mit Zeile 1261

Menschliches Leben umfasst die physische, kulturelle und geistige Reproduktion ...

Streichen Zeile 1287 – 1294 da inhaltlich in 1260 ff. (neu) berücksichtigt)

DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer und unterbezahlter ... gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe

Änderungsantrag PR.201.9.

AH1, S. 22, Zeile 1276 - 1278

Erwerbsarbeit kann Quelle von Selbstverwirklichung sein, aber für viele beginnt Selbstverwirklichung außerhalb ihrer Arbeitsverhältnisse.

wird ersetzt durch:

Selbstverwirklichung darf nicht vorwiegend erst außerhalb des Arbeitsverhältnisses möglich sein; Quelle der Selbstverwirklichung muss in erster Linie gute Erwerbsarbeit sein können.

Danach weiter mit Zeile 1279

Massenerwerbslosigkeit ist erzwungene Erwerbslosigkeit und muss überwunden ...

Änderungsantrag PR.201.10.

AH1, S. 32, Zeile 1951

Zwischenüberschrift geändert und 2 Sätze neu eingefügt

Im Alter in Würde leben

Das Rentensystem muß gewährleisten, dass für die Ermittlung der Rentenhöhe ausschlaggebend die nach einheitlichen Maßstäben bewertete tatsächliche Lebensleistung ist, *unabhängig* von Nationalität, Zugehörigkeit zu gesellschaftlicher Schicht, Einkommens-, Beitragshöhe sowie Versicherungsdauer. Neben der tatsächlichen Lebensleistung muß der Grundbedarf des Menschen berücksichtigt werden, der auch bei Menschen mit geringem Rentenanspruch nicht unterschritten werden darf. Es müssen die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Rentenzahlung unabhängig von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung erfolgen kann.

Danach weiter mit Zeile 1955

Wir wollen entsprechend...

Änderungsantrag PR.201.11.

AH1, S. 32, Zeile 1962

Emanzipatorische Bildung

sie wird ersetzt durch:

Gleiche Bildungschancen für alle

Änderungsantrag PR.201.12.

AH1, S. 33, nach Zeile 2018

wird hinzugefügt:

Das Bildungswesen ist auf die allseitige Förderung und Entwicklung der individuellen Voraussetzungen der Einzelnen entsprechend den volkswirtschaftlicher Erfordernisse und Möglichkeiten auszurichten.

Inhaltliche und pädagogische Veränderungen, die nicht wissenschaftlich begründet sind sowie nicht gleichzeitig die Chancengleichheit und das Bildungsniveau erkennbar erhöhen sind auszuschließen

Vorhandenen Niveauunterschiede der Bundesländer im Bildungssystem sind auf der Grundlage der bewährten langjährigen nationalen und internationalen pädagogischen Erfahrungen zielgerichtet abzubauen und zu beseitigen.

Danach weiter mit Zeile 2019

DIE LINKE will die Hochschulen ...

Änderungsantrag PR.201.13.

AH1, S. 33, nach Zeile 2028

wird hinzugefügt:

Für das Studium in technischen Fachrichtungen sind praxisbezogene Teilabschlüsse von mindestens einem Jahr obligatorische Voraussetzung.

Danach weiter mit Zeile 2029

Lernen endet nicht mit ...

Änderungsantrag PR.201.14.

AH1, S. 34, Zeile 2105

dem ersten Satz ein neuer Halbsatz hinzufügen:

DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf freie Religionsausübung, betont aber die Trennung von Staat und Kirchen.

Änderungsantrag PR.201.15.

AH1, S. 34, Zeile 2106

Der Satz in wird gestrichen:

Staat und Kirchen sind zu trennen.

Änderungsantrag PR.201.16.

AH1, S. 34, nach Zeile 2106

wird hinzugefügt:

Religion ist grundsätzlich Privatsache. Öffentliche Mittel für religiöse und kirchliche Einrichtungen werden nur bei Bestehen von Interessen der Allgemeinheit im Besonderen bereitgestellt.

Danach weiter mit Zeile 2107

DIE LINKE achtet ...

Änderungsantrag PR.201.17.

AH1, S. 33, nach Zeile 2028

wird hinzugefügt:

Für das Studium in technischen Fachrichtungen sind nicht nur Praktika sondern praxisbezogene Teilabschlüsse obligatorische Voraussetzung.

Danach weiter mit Zeile 2029

Lernen endet nicht ...

Änderungsantrag PR.201.18.

AH1, S. 33, nach Zeile 2040

wird hinzugefügt:

Die materielle Ausstattung insbesondere der Schulen sowie Einrichtungen der Berufsausbildung ist

- kontinuierlich auszubauen und dabei europäisches Spitzenniveau anzustreben
- der Qualitätsstandard der Einrichtungen und Lernmittel zwischen Stadt und Land ist anzugleichen

Danach weiter mit Zeile 2041

Kultur ist unser Fundament: ..

Änderungsantrag PR.201.19.

AH1, S. 34, Zeile 2115

wird ein neuer erster Absatz eingefügt:

DIE LINKE sieht einen durch geschichtliche Erfahrungen belegten Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus. Aus den systembedingten, sich verschärfenden Krisen kapitalistischer Ökonomie resultiert eine Tendenz zu Rechtspopulismus, Nationalismus, Rassismus und letztlich Faschismus und Krieg. Diese Gefahr gilt es, nie aus dem Auge zu verlieren; ihr gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Danach weiter mit Zeile 2115

Unsere antifaschistische Praxis ist dem Schwur von Buchenwald ...

Änderungsantrag PR.201.20.

AH1, S. 34, Zeile 2132 - 2134

der letzte Satz wird gestrichen:

DIE LINKE tritt gegen die Stilisierung des Feindbildes „Islam“ ein und verurteilt die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, durch Behörden etc.

Änderungsantrag PR.201.21.

AH1, S. 34, Zeile 2136 - 2138

DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.

wird ersetzt durch:

DIE LINKE leitet aus der unter kapitalistischen Bedingungen nicht lösbaren ökologischen Krise unseres Planeten und deren globalem Schadenspotential die Verpflichtung für einen schnellen sozial-ökonomischen Umbau in Deutschland und Europa ab. Dieser Umbau muss als Querschnittsaufgabe alle anderen Politikbereiche berühren.

Änderungsantrag PR.201.22.

AH1, S. 34, Zeile 2142 - 2149

Die Europäische Union und Deutschland ...
Notwendigkeit.

wird ersetzt durch:

Unser Land allein kann nicht die Welt aus einer globalen Krise retten, es kann und muss aber mit einem beispielhaften sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beispielgebend für Europa voranschreiten und so auf einen entsprechenden weltweiten Umbau einwirken. Dies ist ökologisch geboten und es ist ethisch, sozial und wirtschaftlich notwendig.

Änderungsantrag PR.201.23.

AH1, S. 34, nach Zeile 2151

wird hinzugefügt:

Der Kapitalismus ist aufgrund seiner inneren Gesetzmäßigkeiten nicht in der Lage, diesen Widerspruch aufzulösen. Wir sehen es als Teil unserer Aufgabe darauf hinzuweisen, dass es bei der Auseinandersetzung mit ökologischen Zielen und Aufgaben immer auch um Solidarität und Gerechtigkeit, um mehr Gleichheit und um eine im Ganzen bessere Gesellschaft geht, nicht nur in unserem Land sondern weltweit.

Änderungsantrag PR.201.24.

AH1, S. 39, Zeile 2474 - 2475

ab dem zweiten Halbsatz wie folgt geändert :

Die LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, ~~die für Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten.~~ die Krieg als Mittel der Politik ausschließt. Wir treten für Gewaltfreiheit ein, im Inneren von Gesellschaften ebenso wie zwischen Staaten

Änderungsantrag PR.201.25.

AH1, S. 39, Zeile 2795 - 2796

DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung.

Ersetzen durch:

DIE LINKE steht für Transparenz, gesellschaftlichen Dialog und direkte Bürgerbeteiligung.

Die Änderungsanträge werden durch den Rat der Basisorganisation Soziale Gerechtigkeit im Bezirksverband Spandau der Partei DIE LINKE unterstützt.

Änderungsantrag:

PR.202.

**Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverbandes
Nürnberger-Fürth**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.202.1.

AH1, S. 43, Zeile 2744 - 2747

An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.

wird geändert in:

An einer Regierung, die Kriege führt und Einsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt, werden wir uns nicht beteiligen.

Begründung: Wir nehmen das Argument, dass ein Bevölkerungsrückgang Spielräume für einen Arbeitsplatzabbau bietet, ohne dass sich die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, zur Kenntnis. Wir halten aber daran fest, dass sich aus der Umsetzung des Programms der LINKEN. Eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes ergibt. Dies ist für eine angemessene Aufgabenerfüllung und wegen der angestrebten Arbeitmarkteffekte sinnvoll und erforderlich. Diese Einschätzung führt dazu, dass es selbst bei einem Bevölkerungsrückgang keine Zustimmung der LINKEN. für einen Arbeitsplatzabbau geben sollte.

Änderungsantrag PR.202.2.

AH1, S. 40, Zeile 2519

Einfügen in 2519 fortlaufend:

Die mächtigen Staaten missachten das Völkerrecht und missbrauchen immer häufiger den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Rechtfertigung von Angriffskriegen. Das Völkerrecht und die Vereinten Nationen verlieren hierdurch an Autorität. Die Vereinten Nationen müssen daher auf die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden. Auch der Sicherheitsrat hat sich der Charta unterzuordnen. (...) DIE LINKE fordert darüber hinaus eine grundlegende Demokratisierung des Systems der Vereinten Nationen. Dafür bedarf es einer überfälligen Reform, die auch einen Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen und zivilen Strukturen beinhaltet und die Militarisierung der Vereinten Nationen beendet. Insbesondere fehlt eine stärkere Repräsentanz afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten im Sicherheitsrat. Notwendig sind auch die Verankerung

größerer umfassenderer Kontroll- und Entscheidungskompetenzen der größer gewordenen Generalversammlung gegenüber dem Sicherheitsrat. Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Chartaziele leisten.

Begründung: Die Kriege in Afghanistan und Libyen zeigen, dass die Vereinten Nationen zunehmend zur Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht werden. Die NATO-geführte ISAF-Mission diene etwa der Entlastung der „*Operation Enduring Freedom*“ in Afghanistan. Entscheidend ist daher nicht nur die Form, sondern die Substanz der Charta. Die Reform der UNO bzw. die Aufwertung der Generalversammlung muss ebenfalls präzisiert werden.

Änderungsantrag PR.202.3.

AH1, S. 34, nach Zeile 2134

einfügen:

Rechtspopulismus bekämpfen – Populäre Politik für soziale Gerechtigkeit

Die Verunsicherung von Millionen von Menschen in Deutschland und Europa durch Wirtschafts- und Finanzkrisen hat Rechtspopulismus, autoritären Tendenzen, Antisemitismus und im besonderen Maße antimuslimischem Rassismus Auftrieb verliehen. Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien schüren rassistische Stimmungen, um vom Konflikt zwischen oben und unten abzulenken, die Betroffenen zu spalten und den Sozialstaat zu zerstören. In vielen europäischen Ländern gewinnen zudem rechtspopulistische Parteien an Bedeutung. Sie geben sich den Anschein einer Volksbewegung von unten, wenden sich jedoch gegen sozial Benachteiligte und schützen damit die Herrschaft der wirklich Mächtigen in Wirtschaft und Politik. Rechtspopulisten versuchen das „Feindbild Islam“ in der Gesellschaft zu verankern und als Einfallstor für rassistische und sozialdarwinistische Politik zu nutzen.

DIE LINKE setzt bei den Ursachen von Abstiegsängsten, Bildungsnotstand, Gewalt und Kriminalität an. Die linke Antwort auf die rechte Gefahr kann nur lauten: Aufklärung gegen rassistische Vorurteile sowie populäre und glaubwürdige Politik von links! Wir streiten für soziale Gerechtigkeit, gute Löhne, soziale Sicherheit und gleiche Chancen für alle – von der Kita bis zur Universität. Linke Politik muss die wirklichen Verursacher und Profiteure der Probleme benennen, um Solidarität zu ermöglichen.

Begründung: Die Krise hat Rechtspopulisten in vielen europäischen Ländern Auftrieb verliehen. Rechtspopulismus bedient (Kultur-)Rassismus, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirkt und an reale Probleme und Abstiegsängste in der Bevölkerung anknüpft. Wir halten daher einen eigenen Absatz für gerechtfertigt. Die vorgeschlagene Änderung soll die soziale Frage als strategische Antwort der LINKEN stärker betonen. DIE LINKE muss Sprachrohr der sozial Benachteiligten bleiben und ihre diesbezüglichen Aktivitäten auch zwischen den Wahlen ausweiten, sich in antirassistischen Bündnissen einbringen und Politik formulieren, die Solidarität zwischen den

abstiegsbedrohten Mittelschichten und den sozial Benachteiligten ermöglicht.

Änderungsantrag PR.202.4.

AH1, S. 17, nach Zeile 874

Ergänze nach: ... verzögern nur den notwendigen Umbau.“

Den Satz:

„Wir fordern ein Verbot von CCS.“

Begründung: CCS wird, wenn überhaupt, frühestens 2030 großtechnisch verfügbar sein. Dann aber werden die erneuerbaren Energien schon deutlich billiger sein als eine fossile Stromerzeugung mit CCS. Da dies so ist, müsste CCS gegenüber regenerativen Energien schon jetzt massive Vorteile haben; denn sonst könnten wir es ja gleich bleiben lassen. Milliarden Tonnen von CO2 sollen ewig sicher sein und in der Erde bleiben. Dies wird von Zahlreichen Wissenschaftlern in Zweifel gezogen. CCS stellt eine Gefahr für die Bevölkerung und die Umwelt dar.

Änderungsantrag PR.202.5.

AH1, S. 5, nach Zeile 0

Vor die Präambel wird von Bert Brecht folgendes Gedicht aufgenommen:

„Fragen eines lesenden Arbeiters“

„Wer baute das siebentorige Theben
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer
fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem
sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte,
So viele Fragen.

Verabschiedete Änderungsanträge auf dem
Programmparteitag des Kreisverbandes DIE LINKE
Nürnberg-Fürth am 17. September 2011.

Änderungsantrag: PR.203.

**Antragsteller: Helmut Egerland (AG
Finanzen und Steuern in der Wipo AG)**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 25, Zeile 1504

hinter:

Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer
Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf
Private Millionenvermögen

einfügen:

„Eine einmalige, auf Jahre aufgeteilte und prozentual
gestaffelte Vermögensabgabe (VA) ab 1 Mio. €, wie sie
seit Jahrzehnten in der Partei vorgeschlagen und damals
beschlossen wurde, wäre auch eine Variante für die
Heranziehung hoher Vermögen zur Finanzierung
gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und den Abbau der
hohen Staatsschulden. Diese Abgabe wird seit einiger
Zeit auch von anderen Stellen befürwortet. VA und
Vermögenssteuer sollten weiter geprüft werden.“

Begründung: Die Vermögensabgabe (VA) wird nicht
mehr zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben
herangezogen. Es wird nun die Millionärssteuer mit 5 %
jährlich vorgeschlagen. Steuer und Abgabe ist inhaltlich
nicht gleich. Eine VA wurde seit Jahrzehnten in der Partei
für notwendig erachtet und auch auf Parteitag
beschlossen und sie wurde als Forderung in die
Wahlprogramme aufgenommen. Es wäre sicher
demokratischer, wenn eine öffentliche Begründung für
eine andere Variante gegeben würde. Die Forderung für
eine VA wurde und wird seit einiger Zeit auch von
anderen Stellen (Abgeordnete, Gewerkschaften,
Mitgliedern aus Parteien, sogar von bestimmten
Unternehmern, Vermögensbesitzern, Regelungen in
Frankreich u.a.) unterstützt. Die VA wäre nach wie vor
eine Variante für die Finanzierung
gesamtgesellschaftlicher Aufgaben (z. B. auch für den
Schuldenabbau des Staates). Die VA sollte auf hohe
Vermögen der Bereiche erhoben werden, insbesondere
auch auf die Anhäufung von Vermögen, die nicht auf
normalen Leistungen beruhen. Eine weitere Diskussion

und Prüfung der Varianten wäre sicher von Vorteil, um
die optimale Lösung zu finden, die auch in der realen
Politik und in der Zukunft durchsetzbar ist.

Änderungsantrag: PR.204.

Antragstellerin: BAG Hartz IV

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.204.1.

AH1, S. 6, nach Zeile 114

einfügen:

Darüber hinaus entwickeln und diskutieren wir Modelle
eines emanzipatorischen bedingungslosen
Grundeinkommens.

Begründung: Zahlreiche Initiativen, Verbände,
Jugendorganisationen, Gewerkschafts-gliederungen in
Deutschland diskutieren ebenso wie Parteien
verschiedene Konzepte des bedingungslosen
Grundeinkommens, haben konkrete Modelle erarbeitet
bzw. fordern deren Erarbeitung und Diskussion in ihren
Organisationen. DIE LINKE darf nicht nur Konzepte einer
Mindestsicherung diskutieren, sie muss ebenso Konzepte
eines emanzipatorischen bedingungslosen
Grundeinkommens entwickeln und diskutieren, um
eigene Modelle teilweise neoliberalen Konzepten eines
bedingungslosen Grundeinkommens entgegenzusetzen,
sonst steht sie in der gesellschaftlichen Debatte und bei
möglichen demokratischen Entscheidungsfindungen in
der Gesellschaft mit leeren Händen da.

Änderungsantrag PR.204.2.

AH1, S. 6, Zeile 115 - 121

115: vor armutsfeste einfügen: solidarische

115: Das Wort Erwerbstätigen ersetzen durch
Bürgerinnen und Bürger mit Eintritt ins gesetzliche
Rentenalter

116: nach Unternehmen einfügen: sowie unter
Heranziehung aller Einkunftsarten

119: Bei Bedarf ersetzen durch In diesem Fall

121: nach Mindestrente einfügen: im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung

Änderungsantrag PR.204.3.

AH1, S. 6, nach Zeile 126

Einfügung eines weiteren Punktes

Die LINKE streitet für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendliche, welches Kinder- und Jugendarmut verhindert und allen Kindern und Jugendlichen beste Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und vor Ausgrenzungen und Diskriminierungen schützt.

Begründung: Mit dieser Forderung schließen wir uns den Forderungen des „Bündnis Kindergrundsicherung“ an. Offenbar rechnet hier der Staat mit zweierlei Maß, da derzeitige soziale Leistungen für Kinder und Jugendliche entweder zu gering sind und bei Hartz-IV-Beziehenden gegengerechnet werden (Kindergeld), oder sie sind stigmatisierend und erreichen 2/3 der Anspruchsberechtigten überhaupt nicht. Dazu gibt es eine aufschlussreiche Studie der Hans-Böckler-Stiftung.

Deswegen ist eine Grundabsicherung für alle Kinder und Jugendliche notwendig, die tatsächlich allen Kindern und Jugendlichen zugute kommt, deren Existenz und Teilhabe absichert, Kinder- und Jugendarmut, soziale Ausgrenzung und Ungleichbehandlung verhindert.

Änderungsantrag PR.204.4.

AH1, S. 7, Zeile 153

Hinter Alters einfügen: des sozialen Status,

Begründung: Auch Diskriminierungen aufgrund des sozialen Status wollen wir LINKE überwinden.

Änderungsantrag PR.204.5.

AH1, S. 21, Zeile 1203

Satz neu formulieren:

Einkommen und Vermögen werden auf der Grundlage gemeinsamer Güter wie Natur, Wissen, Kultur durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess sowie nach den Erfordernissen der selbstbestimmten Teilhabe an der Gesellschaft verteilt werden.

Begründung: Die Erzeugung von Einkommen und Vermögen durch Arbeit (Erwerbs-, Erziehungs-, Bildungs- und Sorgearbeit) ist nur möglich durch den Zugriff auf die allen Menschen gehörenden Güter wie Natur, Wissen und Kultur. Bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen muss diesem Umstand Rechnung getragen und eine selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden.

Änderungsantrag PR.204.6.

AH1, S. 21, Zeile 1216

nach Menschen, einfügen: Soziale Sicherheit,

Begründung: DIE LINKE streitet auch für die Verwirklichung des Menschen- und Grundrechts auf soziale Sicherheit.

Änderungsantrag PR.204.7.

AH1, S. 22, Zeile 1285

sanktionsfrei ersetzen durch sanktions- und sperrzeitenfrei

Begründung: Nicht nur Sanktionen bei den Grundsicherungen verletzen das Grundrecht auf eine armutsvermeidende soziale Absicherung, auch die Sperrzeiten für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld. Mit den Sperrzeiten wird der Zwang zur Erwerbsarbeit, den die LINKE ablehnt, versucht durchzusetzen.

Änderungsantrag PR.204.8.

AH1, S. 26, Zeile 1575 - 1585

1575: Erwerbstätigenversicherung ersetzen durch Rentenversicherung

1580: Erwerbstätigenversicherung ersetzen durch Rentenversicherung

1580: Erwerbstätigen ersetzen durch: alle Frauen und Männer

1582: nach Mindestrente einfügen: ,die deutlich über der Armutsgrenze liegt,

1585: hinter diejenigen: neu: deren Einkommen zu einem Leben deutlich oberhalb der Armutsgrenze nicht ausreichen würde.

1589: Bedarfsgemeinschaften ersetzen durch Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften

Begründung: Einsatzgemeinschaften (Sozialgesetzbuch XII) stehen analog den Bedarfsgemeinschaften (Sozialgesetzbuch II, Hartz IV) dem Prinzip der Individualisierung der grundrechtlichen Ansprüche auf soziale Absicherung entgegen. Sie machen von den Einkommen der Partner und Haushaltmitglieder abhängig und erzeugen persönliche Abhängigkeiten.

Änderungsantrag PR.204.9.

AH1, S. 27, nach Zeile 1604

Einfügen:

Die LINKE streitet für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendliche, welche Kinder- und Jugendarmut verhindert und allen Kindern und Jugendlichen beste Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und vor Ausgrenzungen und Diskriminierungen schützt. Neben

einer veränderten Bildungspolitik, die allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen bieten muss, ist eine finanzielle Unabhängigkeit zur freien Entwicklung und Entfaltung Voraussetzung.

Begründung: Jeder junge Mensch ist der Gesellschaft gleich viel wert – ohne Unterschiede bezüglich der Herkunft oder der sozialen Stellung der Eltern. Die Absicherung der Existenz und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist ein vorrangiges linkes Projekt. Kinder- und Jugendarmut ist auszuschließen. Jedem Kind und jeder bzw. jedem Jugendlichen ist die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe durch eine Grundsicherung abzusichern.

Änderungsantrag PR.204.10.

AH1, S. 43, Zeile 2746

hinter Sozialabbau betreibt, einfügen:

die bei Grundsicherungen Sanktionen und Leistungskürzungen aufrecht erhält,

Begründung: DIE LINKE kann sich nicht an einer Bundesregierung beteiligen, die das grundlegende soziale Grundrecht auf Existenz- und Teilhabe an der Gesellschaft durch Sanktionen und Leistungskürzungen mit Füßen tritt.

Der BundesSprecherInnenRat der BAG Hartz IV hat auf seiner Klausur vom 30.09. bis 02.10.2011 auf der Grundlage des Beschlusses M01/2011 (Programmposition) der Gesamtmitgliederversammlung am 09./10.04.2011 diese Änderungsanträge beschlossen.

Änderungsantrag: PR.205.

Antragsteller: Kreisverband Kassel-Stadt

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.205.1.

AH1, S. 5, Zeile 2 - 7

Streiche:

Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Zugewanderte, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist.

Ersetze durch:

Wir, Linke verschiedener Traditionen, mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Zugewanderte, haben uns in einer neuen linkssozialistischen Partei zusammengeschlossen. Wir halten daran fest, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.

Änderungsantrag PR.205.2.

AH1, S. 6, Zeile 77 - 80

Streiche Seite 6, Zeile 77 -80:

Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

Ersetze durch:

Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein revolutionärer Prozess, in dem die Herrschaft der Bourgeoisie durch den Kampf der ArbeiterInnenklasse überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

Änderungsantrag PR.205.3.

AH1, S. 6, Zeile 82 - 91

Streiche

für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung, die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung des demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor beruhen. Wir wollen eine demokratische Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum. Der privatwirtschaftliche Sektor ist einer strikten Wettbewerbskontrolle zu unterwerfen. In allen Unternehmen sind wirksame Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte zu sichern.

Ersetze durch:

für eine andere Wirtschaftsordnung, die die Marktsteuerung von Produktion überwindet. Sie muss auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum beruhen. Wir wollen eine demokratische Vergesellschaftung.

Änderungsantrag PR.205.4.

AH1, S. 6, Zeile 101/102

Wir kämpfen gegen Billigjobs, Hungerlöhne und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit oder Scheinselbstständigkeit.

ändern/ergänzen durch:

... Wir setzen uns ein für einen umfassenden Kündigungsschutz und kämpfen gegen Billigjobs, ...

Begründung: Der Kündigungsschutz (s. Satzende in Zeile 112) gehört zum "Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit"

Änderungsantrag PR.205.5.

AH1, S. 6, Zeile 115-121

für eine armutsfeste gesetzliche Rente für alle Erwerbstätigen, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu einem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich. Bei Bedarf muss die gesetzliche Rente aus Steuermitteln auf eine armutsfeste, solidarische Mindestrente angehoben werden.

ändern/ersetzen durch:

für eine bedingungslose und armutsfreie gesetzliche Rente für alle! Die **Erwerbstätigenrente** wird paritätisch von Beschäftigten, Unternehmen und bei Bedarf ergänzend aus Steuermitteln bis in Höhe der gesetzlichen Grundsicherung finanziert. Es muss gewährleistet sein, dass über den altersbedingt wachsenden Lebensstandard hinaus auch Lebensqualität und Mobilität im Alter gesichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die stillschweigend duldet, dass Millionen alte Menschen in Armut und Einsamkeit bis hin zu sozialer Verwahrlosung leben müssen, verhält sich kollektiv selbstverachtend.

Begründung: Seit mindestens 10 Jahren haben wir es mit einer Altersdiskriminierung zu tun, die beschämend ist. Das **soziale Tribble AAA** ist der höchst zu vergebende gesellschaftspolitische Rang im sozialen Abbau und bedeutet **Alt-Arm-Arbeitslos**. Zynischer geht es nicht mehr: Menschen, die Jahrzehnte „in Brot und Arbeit standen“, rutschen in Hartz IV. Sie können ihre Rentenansprüche nicht mehr stabilisieren, weil sie auf dem jung-dynamisch-angepasstem Arbeitsmarkt in der Regel keine mehr haben und schon gar nicht sehen will. Und sie können ihre Rentenhöhe nicht mehr aufstocken, weil es -entgegen anderslautender Statements- politisches Mainstreaming ist, Älterwerdende aus dem Arbeitsmarkt zu verdrängen, indem sie als Arbeitssuchende fiskalisch ausgesteuert werden. Knapp 900.000 ältere Erwerbsfähige werden in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr mitgezählt. Nur jede 4. Person über 60 Jahre hat noch eine Stelle. Wer mit spätestens 50 Jahren in Hartz IV gerät, erhält ungefragt einen Freifahrtschein in die Altersarmut. Und es werden

täglich mehr, die von Nudeln mit roter Soße leben und im Winter die Heizung abdrehen. Von erschreckender Altersarmut betroffen sind überwiegend Frauen, die sich als Single durchschlagen. Frauen haben bedingt durch Lohndiskriminierung und/oder unbezahlte Familienarbeit keine oder nur lebensfeindliche Rentenansprüche erworben. Durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Tod des Ernährers fallen sie endgültig durch das soziale Raster. Deshalb braucht unsere Gesellschaft **dringend eine bedingungslose und armutsfreie Rente für alle auf der Grundlage einer an der sozialen und kulturellen Teilhabe orientierten Grundsicherung**. Es ist fünf vor Zwölf.

Änderungsantrag PR.205.6.

AH1, S. 8, Zeile 240 - 247

Ersatzlose Streichung des Absatzes.

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die Völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.

Begründung: Eine grundsätzliche Absage an Antisemitismus und Rassismus erfolgt an anderen Stellen des Programmtextes. Diese, im Vergleich zum ersten Programmtext, neue Formulierung kann nur im Lichte des Beschlusses der Bundestagsfraktion betrachtet werden, die Kritik an der Politik des Staates Israel in die Nähe von Antisemitismus gerückt hat. Der Zusammenhang einer Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung mit Antisemitismus wird auch in dieser Formulierung wieder hergestellt. Die Festlegung auf eine Zwei-Staaten-Lösung für Palästina ohne vorherige breite Debatte in der Partei muss den Eindruck erwecken, dass die Unterstützung einer demokratischen Ein-Staaten-Lösung in der Partei keinen Platz hat. Eine Zwei-Staaten-Lösung ohne Aussagen über deren gesellschaftlichen Charakter zu fordern, greift außerdem zu kurz. Auf Basis des Kapitalismus ist keine solche denkbar, die zu wirklicher Unabhängigkeit für die PalästinenserInnen, zu Frieden und wirtschaftlicher Entwicklung führen könnte. Gerade der Nahostkonflikt braucht eine sozialistische Perspektive, ein positiver Bezug auf die Vereinten Nationen kann in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht zur Klärung der komplizierten politischen Frage beitragen. Außerdem ist die Formulierung „Verbrechen der Deutschen“ abzulehnen, denn die Vorstellung einer Kollektivschuld „der Deutschen“ an Faschismus und Holocaust ignoriert den Widerstand gegen die Nazi-Diktatur und entlastet die wirklichen Schuldigen, die in der NSDAP und im deutschen Kapital zu finden sind.

Änderungsantrag PR.205.7.

AH1, S. 9, Zeile 298 bis 301

„Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der Menschen. Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein.“

Ersetzen durch:

Die Bestrebungen der Bevölkerung nach dem Krieg, den Wiederaufbau unter der demokratischen Kontrolle der Lohnabhängigen durchzuführen, wurden durch die stalinistische Führung von KPdSU und KPD erstickt. Im Namen von Sozialismus und Kommunismus wurde ein undemokratisches Regime errichtet, das die Planung der verstaatlichten Industrie nicht an den Bedürfnissen der ArbeiterInnen orientierte und dadurch in eine Sackgasse geführt hat, die letztlich zum Zusammenbruch der DDR führte..

Änderungsantrag PR.205.8.

AH1, S. 10, Zeile 424 - 429

Streiche:

Die Idee einer „sozialen Marktwirtschaft“ war eine Antwort auf den Schock von Krise, Faschismus und Krieg und resultierte daher aus den Erfahrungen mit einem entfesselten barbarischen Kapitalismus. Sie war die Antwort auf die Kämpfe starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien.

Ersetze durch:

Die Ideologie einer „sozialen Marktwirtschaft“ war keine Antwort auf den Schock von Krise, Faschismus und Krieg und resultierte nicht aus den Erfahrungen mit einem entfesselten barbarischen Kapitalismus. Sie war die Reaktion der Herrschenden auf die Kämpfe starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien.

Änderungsantrag PR.205.9.

AH1, S. 18, Zeile 947-948

Streiche

Die Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft und ein sozialer Rechtsstaat sind dafür die wichtigsten Grundlagen.

Ersetze durch:

Die Überwindung des kapitalistischen Eigentums ist dafür zwingend notwendig.

Änderungsantrag PR.205.10.

AH1, S. 18, Zeile 955-958

Streiche Ersatzlos

Wir wollen, dass Rechtsstaat und Sozialstaat eine Einheit bilden, und streiten für eine weltweite Ordnung, die durch Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist. So kann ein gutes Leben gestaltet, eine soziale Demokratie hergestellt und erweitert werden.

Änderungsantrag PR.205.11.

AH1, S. 19, Zeile 1047 - 1052

In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE LINKE sie anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz: staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums. Die Belegschaften, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Repräsentanten der Gemeinwohlinteressen sollen eine starke demokratische Mitsprache haben und an den wirtschaftlichen Entscheidungen direkt partizipieren.

Ersetzen durch:

Damit die Banken und Großkonzerne nicht mehr die Rahmenbedingungen für die Gesamtwirtschaft diktieren können, müssen sie in öffentliches Eigentum überführt. und durch VertreterInnen der Belegschaften und der arbeitenden Bevölkerung verwaltet und kontrolliert werden.

Änderungsantrag PR.205.12.

AH1, S. 20, Zeile 1085 bis 1088

Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel. Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden.

Ersetzen durch:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Belegschaften durch direkt gewählte (und jederzeit abwählbare) VertreterInnen über die Verteilung des von ihnen erarbeiteten Reichtums sowie auf die Rahmenplanung der Produktion eine Kontrolle und Gestaltungsmacht erhalten, damit diese nicht mehr an Profiten, sondern an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert ist.

Änderungsantrag PR.205.13.

AH1, S. 21, Zeile 1163- 1177

Streiche Ersatzlos:

Abschnitt Kleine und mittlere Unternehmer

Änderungsantrag PR.205.14.

AH1, S. 21, Zeile 1178-1189

Streiche Ersatzlos:

Eine wirkungsvolle demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung

Änderungsantrag PR.205.15.

AH1, S. 21, Zeile 1190 bis 1198

DIE LINKE tritt neben dem Ausbau direkter Demokratie für ihre Erweiterung durch Runde Tische und Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen

und Verbraucher, soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein. Sie können im Dialog erarbeiten, was für die verschiedenen Aufgabenbereiche jeweils als orientierendes allgemeines Interesse angesehen werden soll und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen ist. Sie sollen an der Entwicklung regionaler Leitbilder für die demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung beteiligt werden und die Möglichkeit zu gesetzgeberischen Initiativen erhalten.

Ersetzen durch:

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Produktion durch Wirtschafts- und Sozialräte kontrolliert und verwaltet wird, in denen direkt gewählte VertreterInnen aus Belegschaften, Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbrauchern, soziale, ökologische und andere Interessenverbände in einer Form vertreten sind, dass die gewählten VertreterInnen aus der arbeitenden Bevölkerung eine Mehrheitsposition erlangen.

Änderungsantrag PR.205.16.

AH1, S. 27, Zeile 1593ff

„Auch bei Arbeitslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen.“

ersetzt werden durch:

„Zudem fordern wir: Weg mit Hartz IV! Stattdessen muss es eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung geben, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte achtet. Dazu gehört die Abschaffung von Sanktionen und die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften. Jedem Arbeitslosen ist eine seiner Qualifikation entsprechende Weiterbildung zu ermöglichen. Einen Zwang zur Teilnahme an Maßnahmen darf es dagegen nicht mehr geben.“

Begründung: Die Forderung eine steuerfinanzierte Sozialleistung am vergangenen Einkommen zu orientieren ist sozial ungerecht und zudem auch nicht geschlechtergerecht. Mit einer solchen Forderung wird DIE LINKE dementsprechend ihrem auf Seite 12, Zeile 528 f. formulierten Anspruch eine „sozialistische und feministische Partei“ zu sein „die patriarchale und kapitalistische Verhältnisse überwinden will“ nicht gerecht, denn eine Teilung der Arbeitslosen in ehemals Besserverdienende (und überdurchschnittlich häufig männliche) und ehemalige Geringverdiener (die überdurchschnittlich häufig weiblich sind) spaltet die Erwerbsbevölkerung anhand von Geschlecht, sozialer Herkunft und Qualifikationsniveau und wirkt damit ganz klar entsolidarisierend. Das kann eine linke Partei nicht ernsthaft anstreben.

Zudem ist diese Forderung verfassungsrechtlich bedenklich, denn eine unterschiedliche Behandlung von Bürgern in vergleichbarer Lage (hier: ohne bzw. ohne ausreichendes Einkommen oder Vermögen und ohne vorrangige Ansprüche an Versicherungen oder Privatpersonen) verstößt gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 Grundgesetz. Verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz sind zwar nicht zwingend verfassungswidrig, bedürfen aber einer Rechtfertigung. Diese könnte sich beispielsweise aus dem Sozialstaatsgebot des Artikel 20 Absatz 1 GG ergeben. Damit wäre aber nur eine Besserstellung besonders benachteiligter Bürger möglich. Der obige Absatz sieht aber gerade eine Besserstellung derjenigen vor, die aufgrund ihres vormals höheren Einkommens ohnehin bereits mehr besitzen, womit eine solche Regelung auch noch ein Verstoß gegen Artikel 20 GG (Sozialstaatsprinzip) darstellen würde.

Hinzu kommt, dass eine derartige Regelung auch im Hinblick auf den besonderen Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 Absatz 2 GG „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ hochproblematisch wäre.

Die LINKE wäre vor diesem Hintergrund schlecht damit beraten an der Forderung an Stelle von Hartz IV wieder eine am letzten Einkommen orientierte Leistung einzuführen festzuhalten. Sie würde sich damit notwendig dem Vorwurf aussetzen Arbeitslose gegeneinander auszuspielen, patriarchale Strukturen zu fördern und gegen das Grundgesetz zu verstoßen.

Änderungsantrag PR.205.17.

AH1, S. 28, Zeile 1660

„Deshalb setzen wir uns (...) für die Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften gegen die Schließung von Betrieben ein, die nicht von Insolvenz bedroht sind.“

Streichung letzter Halbsatz: „...die nicht von Insolvenz bedroht sind“.

Änderungsantrag PR.205.18.

AH1, S. 39, Zeile 2490 bis 2492

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands.

Ersetzen durch:

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern den Austritt Deutschlands aus der NATO und deren Auflösung.

Änderungsantrag PR.205.19.

AH1, S. 41, Zeile 2643 bis 2645

Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich.“

Ändern in:

Ein politischer Richtungs- und gesellschaftlicher Systemwechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Die LINKE nutzt die Parlamente für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und kämpft auch dort um Mehrheiten. Grundsätzliche und nachhaltige Änderungen sind aber nur durch die Selbstorganisation der Betroffenen möglich. Die aktive Teilnahme am außerparlamentarischem Widerstand ist die wichtigste Aufgabe der LINKEN.

Änderungsantrag PR.205.20.

AH1, S. 42, Zeile 2676/2677

Wir bestärken unsere Mitglieder, in Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und globalisierungskritischen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

Ergänzen durch:

Dabei unterstützen wir diejenigen Kräfte in den Gewerkschaften, die sich gegen Co-Management, Standortlogik und Unterordnung unter den politische Vorgaben der SPD wenden.

Änderungsantrag PR.205.21.

AH1, S. 43, Zeile 2732 bis 2746

Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur sinnvoll, wenn sie eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen (...) Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.

Ersetzen durch:

Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur sinnvoll, wenn unsere Partei damit zur Mobilisierung der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, zu realen Verbesserungen ihrer Lage und zur Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse beitragen kann.

Eine Regierungskoalition mit prokapitalistischen Parteien, die nur zur Verwaltung des Kapitalismus führen kann, lehnt die LINKE ab. Um Politik im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen zu machen und unsere Partei weiter aufzubauen, muss die LINKE aktiv an Protesten in den Betrieben und auf der Straße teilnehmen. Dort ist unser Platz, nicht in Regierungen an der Seite der Harz-IV-Parteien. Das gilt auch für eine pauschale Tolerierung von rot-grünen Regierungen. Die LINKE steht einer Abwahl von schwarz-gelben Regierungen nicht grundsätzlich im Wege. Sie wird die Maßnahmen rot-grüner Regierungen jedoch nur von Fall zu Fall unterstützen, wenn sie tatsächlich im Interesse von Lohnabhängigen, Rentnern und Jugendlichen liegen.“

Die Anträge an den Bundesparteitag wurden auf einer Kreismitgliederversammlung am 04. Oktober 2011 beschlossen.

Änderungsantrag: PR.206.

Antragsteller: Kreisverband [Bremen] Mitte-Ost

Änderungsanträge zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.206.1.

AH1, S. 6, Zeile 115

Einfügung:

„[...] für alle Erwerbstätigen und heutigen RentnerInnen [...]“

Änderungsantrag PR.206.2.

AH1, S. 32, Zeile 1951

Einfügung:

„DIE LINKE fordert die Achtung vor der Lebensleistung der älteren Menschen, das heißt, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen, ihre Verantwortungs-bereitschaft und ihren Gemeinsinn für das gesellschaftliche und politische Leben zu nutzen.

Ältere Menschen verfügen über ein reiches Wissen und Erfahrung und haben oft Zeit für gesellschaftliches Engagement, das sie individuell gestalten wollen. Wenn Menschen verschiedener Generationen zusammenwirken, können sie für alle mehr erreichen.“

Änderungsantrag PR.206.3.

AH1, S. 7, Zeile 153

AH1, S. 31, Zeile 1919

AH1, S. 38, Zeile 2432

neben Religion gleichberechtigt nennen (einfügen)
„Weltanschauung“

Änderungsantrag PR.206.4.

AH1, S. 7, Zeile 156

hinter Antisemitismus, „Islamfeindlichkeit“ einzufügen

Änderungsantrag PR.206.5.

AH1, S. 7, Zeile 165-173

für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben. DIE LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten, *eine Stärkung der zivilen Entwicklungsunterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt. Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems.*“

ist wie folgt umzuformulieren:

- 1) ... für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, für ein Verbot von Rüstungsexporten und für die Förderung von Rüstungskonversion...
- 2) ... eine Stärkung der zivilen Unterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung anderer Länder.

Änderungsantrag PR.206.6.

AH1, S. 8, Zeile 240

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den...

Streichung „der Deutschen“

Änderungsantrag PR.206.7.

AH1, S. 8, Zeile 2491

ab „Wir fordern die Auflösung der NATO bis Zeile 2498 nach Kapitel VII der UN-Charta“

ersetzen durch

„Wir fordern die Auflösung der NATO, den sofortigen Austritt der Bundesrepublik aus diesem Militärbündnis und die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.“

Änderungsanträge als Beschluss des Kreisverbandes vom 28.9.2011.

Änderungsantrag: PR.207.

Antragsteller: Internationale Kommission, Wolfgang Gehrcke

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.207.1.

AH1, S. 40, Zeile 2554

Nach dem Satz „Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben.“

wird folgender Absatz eingefügt:

„Statt der Armee im Einsatz will DIE LINKE humanitäre Hilfe. Die Milliarden, die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Wir schlagen daher die Einrichtung eines zivilen Hilfskorps vor – das Willy-Brandt-Korps für internationale Katastrophenhilfe. Es ist die friedliche Alternative zur Armee im Einsatz.“

Änderungsantrag PR.207.2.

AH1, S. 40, Zeile 2559-2560

Der Satz „Deutschland soll für eine UN-geführte internationale Katastrophenhilfe ausreichend Kapazitäten vorhalten“

wird geändert in:

„Deutschland soll sich auf internationaler Ebene für eine UN-geführte Katastrophenhilfe einsetzen. In diese soll das Willy-Brandt-Korps langfristig integriert werden.“

Die Änderungsanträge wurden auf der Beratung der Internationalen Kommission am 30.09.2011 beschlossen.

Änderungsantrag: PR.208.

**Antragsteller: DIE LINKE. Hessen,
Landesparteitag 01./02. Oktober 2011**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.208.1.

AH1, S. 6/7, Zeile 82 - 165

Die Bullet Points beginnen jeweils mit „**DIE LINKE kämpft.....**“

Änderungsantrag PR.208.2.

AH1, S. 5, Zeile 0

Dem Programm wird der Text „Fragen eines lesenden Arbeiters“ von Berthold Brecht vorangestellt.

Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer
fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem
sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte,
So viele Fragen.

Änderungsantrag PR.208.3.

AH1, S. 5, Zeile 22-24

Streiche

„Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie. Die ungebändigte Freiheit der Finanzkonzerne bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen.“

Ersetze durch:

„Wo der Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedeuten Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen.“

Änderungsantrag PR.208.4.

AH1, S. 6, nach Zeile 102

eingefügt:

... Wir setzen uns ein für einen umfassenden Kündigungsschutz und kämpfen gegen Billigjobs, ...

Begründung: Der Kündigungsschutz gehört zum "Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit".

Änderungsantrag PR.208.5.

AH1, S. 6, Zeile 115 - 121

Die Sätze wie folgt geändert (Änderungen fett);

DIE LINKE kämpft für eine ~~armutsfeste soziale, solidarisch, existenzsichernde gesetzliche Rente~~ für alle Erwerbstätigen, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu einem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich. Bei Bedarf muss die gesetzliche Rente aus Steuermitteln auf eine **existenzsichernde, armutsfeste — solidarische Mindestrente angehoben werden.**

Änderungsantrag PR.208.6.

AH1, S. 7, nach Zeile 156

neuer Unterpunkt eingefügt werden

• „für die konkrete Stärkung der Frauenrechte. Gleiches Recht auf qualifizierte Ausbildung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rechte bei der Verwirklichung der Lebenskonzepte, gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereichen. DIE LINKE plädiert ausdrücklich für das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Wir fordern ein modifiziertes überarbeitetes Fristenlösungsmodell nach dem Vorbild Frankreichs oder den skandinavischen Ländern. Gewalt an Frauen, häusliche Gewalt, muss verhindert und geahndet werden.“

Änderungsantrag PR.208.7.

AH1, S. 7, Zeile 157-162

die Formulierung „für einen Neustart der Europäischen Union [...] für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine europäische Wirtschaftsregierung“

ersetzt durch:

„für einen Neustart der Europäischen Union [...] für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und für eine finanz- und wirtschaftspolitische Koordination, die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialen Leistungen und Umweltstandards entgegenwirkt.“

Begründung: Im Zuge der Verschärfung der Finanzkrise in Europa wird von einem Teil der politisch und 22 wirtschaftlich führenden Kräfte in vielen europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, die 23 Schaffung einer zentral gesteuerten EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik propagiert. Eine solche Institution, die demokratischer Öffentlichkeit und Kontrolle weitgehend entzogen sein würde, wird von den Vertretern dieser Richtung als „EU-Wirtschaftsregierung“ (Merkel, Sarkozy) oder auch als „EU-Finanzminister“ (Commerzbank-Vorstandschef Blessing) bezeichnet.

Der im vorliegenden Leitantrag enthaltene Satz „Die EU braucht eine europäische Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert“ (Z. 2409-2411) berücksichtigt das Problem des Demokratiedefizits in der gegenwärtigen Form des europäischen Einigungsprozesses nicht.

Mit dem von Merkel und Sarkozy vorgestellten Konzept einer EU-Wirtschaftsregierung wäre eine Verschärfung des EU-Demokratieproblems verbunden. Sie fordern als Voraussetzung einer europäischen Finanzpolitik die Unterwerfung der Staaten unter eine restriktive, an den Interessen der Vermögensbesitzer orientierte Politik. Ein Beispiel hierfür ist die Forderung von Merkel und Sarkozy nach der Verankerung einer „Schuldenbremse“ in den Verfassungen aller europäischen Staaten.

Eine Vertiefung des EU-Prozesses unter diesem Vorzeichen führt nicht zu mehr, sondern zu weniger europäischer Demokratie und beschneidet zudem auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten gegebenen demokratischen Kontrollmöglichkeiten.

Die LINKE kann daher eine Übertragung finanz- und wirtschaftspolitischer Kompetenzen an europäische Institutionen nur unterstützen, wenn dies im Zuge einer umfassenden Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses geschieht. Diese umfassende Demokratisierung ist nicht durch die Entsendung von Vertretern, die ihren jeweiligen nationalen Regierungen allein gegenüber rechenschaftspflichtig sind, zu erreichen. Sie setzt allgemeine EU-weite Wahlen und eine europaweite öffentliche Diskussion und Willensbildung voraus, die allen Menschen in der EU die Möglichkeit gibt, sich gleichberechtigt politisch einzubringen.

Änderungsantrag PR.208.8.

AH1, S. 7, Zeile 166

wird wie folgt ergänzt (Änderungstext fett);

DIE LINKE wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ...“

Änderungsantrag PR.208.9.

AH1, S. 7, Zeile 166-167

der Satz soll wie folgt ergänzt werden:

„Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt **und darf in keine neuen Auslandseinsätze entsendet** werden, ...“

Änderungsantrag PR.208.10.

AH1, S. 8, Zeile 234/235

wird wie folgt geändert (Änderungstext fett);

„...weite Teile Europas. Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, **Menschen mit Behinderung sowie** Partisanen und **andere Widerstand Leistende** wurden systematisch ermordet.“

Änderungsantrag PR.208.11.

AH1, S. 8, Zeile 243

„...insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns...“

soll ersetzt werden durch:

„Deswegen ist es für uns aus internationalistischer Verantwortung selbstverständlich“

Begründung: Selbstverständlichkeit ist kraftvoller als eine von außen an uns herangetragene oder heranzutragende Verpflichtung.

Änderungsantrag PR.208.12.

AH1, S. 8, nach Zeile 247

einzufügen:

„Die Demütigung und Vertreibung des palästinensischen Volkes durch Israel müssen beendet werden. Nur so kann der Hass versiegen, nur so können sich beide Seiten die Hände reichen.“

Begründung: Verbessert und entspannt den Konflikt im Gazastreifen

Änderungsantrag PR.208.13.

AH1, S. 8, Zeile 256

soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzungstext fett gedruckt)

“...diktierter die politische Entwicklung **z.B. durch die Remilitarisierung, Aufbau der Bundeswehr und Beschluss der Notstandsgesetze, jeweils begleitet von Massenprotesten.**“

Begründung: Nähere Beschreibung zum Kalten Krieg

Änderungsantrag PR.208.14.

AH1, S. 10, Zeile 391 bis 412

durch folgenden Text zu ersetzen:

„Das Kapital treibt Produktivität, Erfindungsgeist und Innovation voran, wo immer es damit Profite machen kann. Zugleich werden Arbeitsplätze vernichtet, Wohlstand zerstört und an der Natur Raubbau betrieben. Auch blutige Kriege werden in Kauf genommen, wenn auf

diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können.“

Begründung: Mit dem Antrag soll der ursprüngliche Text des ersten Entwurfs wiederhergestellt werden. Die Neufassung dieses Absatzes in dem jetzt vorliegenden Leitantrag ist misslungen:

Der erste Satz hört sich zwar gut an, ist aber falsch. Der Kapitalismus ist nicht „zeitlich entgrenzt“ – was auch immer darunter verstanden werden mag. Der Kapitalismus ist ein System mit antagonistischen Klassengegensätzen und kein selbstständig handelndes Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung, das sich die „Welt untertan“ macht.

Noch fraglicher ist die nachfolgende – ziemlich willkürliche – Aufzählung von Missständen, bei denen unklar ist, ob es sich um die – zweifellos berechnete – Anprangerung einzelner konkreter Exzesse kapitalistischer Produktionsverhältnisse oder – was man im Einstieg des Kapitels „Krisen des Kapitalismus“ vermuten würde – eine grundlegende und generelle Beschreibung des Kapitalismus handelt – wie es im ursprünglichen Text war.

Deutlich wird das etwa bei dem nicht näher erläuterten Satzteil: „Mutterschaft wird zur Handelsware“, der wohl im Zusammenhang mit der davor stehenden Behauptung zu lesen ist, fast alle menschlichen Beziehungen würden zu Warenbeziehungen. Wenn es dabei um Anprangerung konkreter Missstände geht, müsste das schon erläutert werden. Wenn es generelle Beschreibung des Kapitalismus ist, dann ist es für Millionen Menschen nicht nachvollziehbar. Sie sehen auch im Kapitalismus ihre Elternschaft weder als Ergebnis einer Handelsbeziehung noch die Mutterschaft als Handelsware und die Kinder als Handelsgüter.

Ähnlich ist es bei den weiteren, inhaltlich gar nicht hier zu kritisierenden Punkten, zwischen denen dann zusammenhanglos die Konzerne und die Bodenreform auftauchen, um schließlich zu dem an dieser Stelle ohne jeden Bezug stehenden Schluss zu kommen: „Kriege werden auch unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe geführt.“

Nach alledem sollte dieser missglückte Text durch den ursprünglichen ersetzt werden, der auch wesentlich besser an die nachfolgenden Ausführungen anknüpft und durch diese erläutert wird.

Änderungsantrag PR.208.15.

AH1, S. 10, Zeile 410

soll wie folgt geändert bzw. ergänzt werden (Ergänzung fett gedruckt)

„Auch Kriege werden ~~in Kauf genommen~~ **geführt**, wenn auf diese Weise Profite gesteigert werden und gesichert werden können, **notfalls auch unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe.**“

Begründung: Nähere Beschreibung zur Kriegsführung

Änderungsantrag PR.208.16.

AH1, S. 12, nach Zeile 571

soll eingefügt werden:

„Der Begriff der Familie im klassischen Sinne beschreibt die Strukturen des Zusammenlebens nur noch unzureichend. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, ob als Lebensgemeinschaft, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist da, wo Menschen, egal welcher sexueller Orientierung, füreinander da sind. Alle diese Lebensgemeinschaften bedürfen einer rechtlichen Gleichstellung, die institutionelle Benachteiligung ist aufzuheben.“

Änderungsantrag PR.208.17.

AH1, S. 13, Zeile 632 – 633

Text Zeile 632-633: „...Zu unterscheiden ist weiter zwischen Unternehmern, die Funktionen im Wertschöpfungsprozess wahrnehmen, und reinen Finanzkapitalisten...“

soll ersatzlos gestrichen werden.

Änderungsantrag PR.208.18.

AH1, S. 16, ab Zeile 861

soll folgender Absatz eingefügt werden:

„Die kapitalistische Produktionsweise hat besonders auch im Bereich des Umgangs mit Tieren zu einer industriellen Massenproduktion mit absolut unethischen Handlungsformen (einschl. Transporte, Schlachtungen) und Überfischung der Weltmeere geführt. Eine besonders problematische Rolle kommt dabei der Nutzung von Tieren zur Eiweißproduktion wie auch in der Pharmaindustrie zu. Zudem wurde unter Ausnutzung des Währungsgefälles und unfairen Handelsbedingungen durch Futtermittel- und Fleischexporte den Ländern auf der südlichen Halbkugel ihre auf traditionell pflanzlicher Basis basierende Lebensgrundlage entzogen.“

Begründung: Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer Medaille.

Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.

Änderungsantrag PR.208.19.

AH1, S. 17, Zeile 899

den Punkt durch ein Komma zu ersetzen und folgenden Text anzufügen:

„wobei Menschenrechtsverletzungen meistens nur selektiv gesehen und für die psychologische Kriegsvorbereitung instrumentalisiert werden. Ein Angriffskrieg schützt niemals Menschenrechte.“

Als Folgeänderung entfällt dann in den Zeilen 912/913 der Satz: „Der Schutz der Menschenrechte...“

Änderungsantrag PR.208.20.

AH1, S. 18, Zeile 942

soll wie folgt geändert werden (Änderungstext fett);

„...**und zukünftigen** gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen und Möglichkeiten des 21. ...“

Änderungsantrag PR.208.21.

AH1, S. 19, nach Zeile 1052

soll eingefügt werden:

„Damit die Banken und Großkonzerne nicht mehr die Rahmenbedingungen für die Gesamtwirtschaft diktieren können, müssen sie in öffentliches Eigentum überführt werden.“

Änderungsantrag PR.208.22.

AH1, S. 19, Zeile 1062/1063

Satz streichen

„Wir wollen die behaupteten Freiheiten des Neoliberalismus zu wirklichen machen.“

Änderungsantrag PR.208.23.

AH1, S. 20, Zeile 1114

das Wort „**allein**“ ersatzlos gestrichen:

Neuer Text:

Ebenso gilt: Die Bahn und Unternehmen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dürfen sich nicht an der Rendite orientieren. Entscheidend muss sein, dass sie Mobilität – auch zwischen.... „

Begründung: Die Bahn und Unternehmen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dürfen sich auch nicht unter anderem an der Rendite orientieren, sondern allein an ihrem Zweck, ihren Beitrag zur „Mobilität für alle“ (Zeilen 2279 ff.) zu leisten.

Änderungsantrag PR.208.24.

AH1, S. 20, Zeile 1116

wird wie folgt geändert (Änderungstext fett);

„... kleineren Orten – ermöglichen und eine attraktive, **barrierefreie**, preisgünstige und umweltverträgliche ...“

Änderungsantrag PR.208.25.

AH1, S. 23, Zeile 1297

wird wie folgt ergänzt (Ergänzungstext fett);

„...Tarifverträge **und Schwerbehindertenquoten** einhalten Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beachten ...“

Änderungsantrag PR.208.26.

AH1, S. 23, nach Zeile 1302

wird folgender Text eingefügt (Einfügungstext fett):

„Inklusive Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderung sind zu fördern. Auch Werkstattbeschäftigte brauchen Löhne und Gehälter, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. „

Änderungsantrag PR.208.27.

AH1, S. 25, Zeile 1444 / 1445

Streichen des Satzes

„ Wir wollen innovative, ressourcenschonende Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei im Einklang mit der Natur.“

Neu Eingefügt wird dafür (Änderungstext fett)

„ Wir wollen innovative, ressourcenschonende Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei im Einklang mit der Natur **und sind gegen die fortschreitende Überfischung und Ausbeutung der Meere und Binnengewässer.**“

Änderungsantrag PR.208.28.

AH1, S. 27, Zeile 1590 - 1592

Der Text:

„Die wir ohne Wenn und Aber ab. Wir fordern die Wiedereinführung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren und die Möglichkeit, schon vorher flexibel aus dem Erwerbsleben auszusteigen.“

wird ergänzt (Ergänzungstext fett)durch:

„**Wir streben die Rente mit 60 Jahren an.**“

Begründung: Wir möchten, wie bei der wöchentlichen Arbeitszeit, eine perspektivische Forderung auch für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit einbringen.

Änderungsantrag PR.208.29.

AH1, S. 27, Zeile 1635 /1636

„Der Alkoholmissbrauch wird immer mehr ein gesellschaftliches Problem.“

wird ersetzt durch

„**Der Alkoholmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem.**“

Begründung: Alkoholmissbrauch ist immer noch ein Delikt innerhalb unserer Gesellschaft und ein Anstieg von Missbrauch ein Anzeichen dafür, das die Leistungserwartungen zu hoch sind.

Änderungsantrag PR.208.30.

AH1, S. 27, Zeile 1637/1638

soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung fett gedruckt):

„**Illegalisierte und legale** Drogen sowie deren Missbrauch...“

Begründung: Immer noch werden DrogengebraucherInnen kriminalisiert und diskriminiert

und nicht als Krankheit innerhalb unserer Gesellschaft anerkannt.

Änderungsantrag PR.208.31.

AH1, S. 28, Zeile 1658 – 1660 :

„Deshalb setzen wir uns (...) für die Durchsetzung des Vetorechts der Belegschaften gegen die Schließung von Betrieben ein, die nicht von Insolvenz bedroht sind.“ soll der letzte Halbsatz:

„...**die nicht von Insolvenz bedroht sind**“

gestrichen werden.

Änderungsantrag PR.208.32.

AH1, S. 28, Zeile 1697 – 1699

sollen folgende Änderungen vorgenommen werden:

Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt in hohem Maße von den ~~Kommunen~~ **kommunalen Gebietskörperschaften** ab.

Änderungsantrag PR.208.33.

AH1, S. 28/29, Zeile 1722 bis 1732

soll durch Spiegelstriche wegen der besseren Lesbarkeit Unterteilt werden.

Text Zeile 1722 – 1732 mit Spiegelstrichen:

„Für eine stärkere Stellung der Kommunen im föderalen System müssen Veränderungen in mindestens drei Bereichen vorgenommen werden.

- Das kommunale Verfassungsrecht muss so ausgestaltet werden, dass Kommunen im stärkeren Maße in eigener Verantwortung Aufgaben wahrnehmen können.
- Notwendig ist eine Finanzverfassung, die eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen sichert.
- Das kommunale Wirtschaftsrecht muss so ausgestaltet werden, dass kommunale Unternehmen gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teilnehmen können. Öffentliche Unternehmen müssen so gestärkt werden, dass sich regionale Wirtschaftskreisläufe besser entwickeln können.

Zur Umsetzung dieser drei Bereiche ist es notwendig, die kommunale Demokratie auszubauen. Die damit verbundene Stärkung der Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen sichert die kommunale Daseinsvorsorge.“

Änderungsantrag PR.208.34.

AH1, S. 28/29, Zeile 1727

wie folgt geändert werden:

Öffentliche Unternehmen müssen so gestärkt werden, dass sich regionale Wirtschaftskreisläufe besser ~~entwickelt~~ **entwickeln** können.

Änderungsantrag PR.208.35.

AH1, S. 29, Zeile 1744

Nach dem Satz in der Zeile 1733/1734 soll ein neuer Satz eingefügt werden (Einfügungssatz fett):

DIE LINKE wirkt für eine partizipative Haushaltspolitik, für Bürgerhaushalte als wichtige Form der kommunalen Demokratie. **Einwohner_innen müssen insbesondere auf kommunaler Ebene die Möglichkeit erhalten, frühzeitig über die Verausgabung von Millionenbeträgen mit zu entscheiden. Über die Verwendung von Steuermitteln ist auf allen Ebenen seitens der Vertretungskörperschaften und Regierungen dezidiert Rechenschaft abzulegen.**

Änderungsantrag PR.208.36.

AH1, S. 29, Zeile 1756 bis 1764

die Sätze in den Zeilen 1756 bis 1764 durch folgenden Text (fett gedruckt) zu ersetzen:

„Bei der Bildung der Justizräte muss sichergestellt sein, dass die richterliche Unabhängigkeit gestärkt wird, aber keine Verselbständigung des Richterstandes erfolgt. Ein Kooptationssystem der Richterschaft lehnt DIE LINKE ab.“

Begründung: Die deutsche Justiz hat – von Ausnahmen abgesehen – stets dem Obrigkeitsstaat, der Staatsräson und den wirtschaftlichen Interessen der Herrschenden den Vorrang vor Freiheitsrechten und sozialer Gerechtigkeit eingeräumt. Man lese nach bei Tucholsky. Zwar hat sich seit seiner Zeit einiges geändert, aber nicht überall zum Besten. Mut haben deutsche Richter meist nur vor gestürzten Kaiserthronen gezeigt. Justizräte müssen deshalb so ausgestaltet sein, dass sie ihre Aufgabe nicht zur Bildung von Richterseilschaften ihres Standes missbrauchen können. Sonst wären sie kein wünschenswerter Beitrag zur Gewaltenteilung oder gar mehr Demokratie. Im Gegenteil.

Änderungsantrag PR.208.37.

AH1, S. 30, Zeile 1830 – 1833

„sozial“ ersetzt durch „ökonomisch“

„Der „Datenstriptease“ stellt die ganze Bevölkerung unter einen Generalverdacht, in besonderem Maße betroffen sind ~~sozial~~ **ökonomisch** Schwache beim Leistungsantrag und politisch aktive Linke, die einer Totalüberwachung unterworfen werden.“

Änderungsantrag PR.208.38.

AH1, S. 30, Zeile 1843 bis 1845

soll wie folgt geändert werden (Änderungstext fett)

„Frauen erbringen mehr als die Hälfte, aller Arbeit in der Gesellschaft, **insbesondere nicht entlohnte Haus-, Pflege- und Reproduktionsarbeit**, aber ihre Arbeit wird weniger anerkannt, und sie werden **im Bereich der Erwerbsarbeit** immer noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen.“

Änderungsantrag PR.208.39.

AH1, S. 30, Zeile 1867 bis 1871

soll folgende Änderung vorgenommen werden
(Änderungstext fett) :

„Wir treten dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung in Wirtschaft und Politik so zu verändern, dass Benachteiligungen ~~abgebaut~~ **beseitigt** werden.“

Änderungsantrag PR.208.40.

AH1, S. 31, nach Zeile 1890

soll der nachfolgende Absatz eingefügt werden:

„Gleichheit und Gerechtigkeit für Menschen mit Behinderung

„DIE LINKE. steht für eine Politik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die Rechte der Menschen mit Behinderung beachtet und durchsetzt.

In allen Verwaltungen, in den Kommunen, in den Bildungseinrichtungen, in den Einrichtungen der Fürsorge und Wohlfahrt, im Gesundheitswesen, in den Parteien, Vereinen, Interessensverbänden und in der Wirtschaft – überall müssen die Bürgerrechte „Barrierefreiheit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Recht auf Teilhabe (Partizipation), Emanzipation, Inklusion und Solidarität“ gelebt werden.

DIE LINKE. setzt sich für die freie Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit und die uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen an unserer Gesellschaft ein. Sozial(istische) Politik bezieht alle Menschen ein. Wir verlangen Menschenrechte für alle: für Menschen mit und ohne Behinderung ebenso wie für Männer und Frauen und für Menschen jeglicher Herkunft oder Ethnie.

Linke Behindertenpolitik versteht sich als bereichernde Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern und bei allen Planungen. Es geht dabei nicht nur um geeignete Maßnahmen der Gesetzgebung zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, den bedarfsgerechten Ausgleich von Nachteilen oder eine aktive Antidiskriminierungspolitik.

Wir wollen zu einer positiven Bewusstseinsbildung beitragen, die besondere Stärken und Kompetenzen schätzt sowie respektvollen Umgang im Miteinander fördert. Es geht um den Schutz der Würde und Gerechtigkeit, um Autonomie und bürgerliche Freiheitsrechte, um den Abbau von Vorurteilen. Es geht um gelebte Vielfalt.

Die volle Umsetzung der „UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung“ in unserem Land ist der Wille und ein Ziel der Linken, ihrer Mitglieder und Mandatsträger/innen.““

Änderungsantrag PR.208.41.

AH1, S. 31, nach Zeile 1891

wird ein eigenes Kapitel Queer mit dem nachfolgenden Text eingefügt:

„ Die Partei Die Linke steht für eine emanzipatorische Politik, die alle Lebensentwürfe unterstützt und für ihre Gleichberechtigung kämpft, insofern sich mündige Bürger ohne Zwang dazu entscheiden.

Wir lehnen Heterosexualität als gesellschaftliche Norm ab. Solange eine heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit stillschweigend ein Maßstab politischer Entscheidungen, juristischer Rahmensetzungen und kultureller Debatten bleibt, werden sexuelle und geschlechtliche Ausgrenzung reproduziert. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von "normal" und "anders". Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft.

Dazu gehört die Anerkennung von Intersexuellen – auch im Personenstandsrecht. Geschlechtsangleichende Operationen im Kindesalter sind in der Regel zu unterbinden. Transsexuelle sollen ohne zwingende Begutachtung das Recht haben, ihr Geschlecht zu ändern.

Wir fordern gleiche Rechte für Schwule Lesben und andere auch in allen bestehenden Glaubensgemeinschaften.“

Begründung: Als linke emanzipatorische Kraft muss queere Politik selbstverständlich Teil unserer Grundsätze sein. Im Grundsatzprogramm der BAG Queer heißt es dazu:

„Politik der Kritik an der Heteronormativität muss Querschnittspolitik sein. Sie greift in alle Debatten, von der Sozial-, Familien bis zur Rentenpolitik ein, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen, statt wie bisher von einer Normalität des Heterosexuellen auszugehen. Es geht um mehr, als den "armen Diskriminierten" Teilhabe und Rechte zu gewähren. [...]Die kapitalistische Gesellschaftsform macht sich die Welt zum Untertan und schreibt sich in die Bedürfnisse der Menschen nach Sexualität ein, prägt die Lebensweisen und das Begehren. Die heterosexuelle Kernfamilie mit Kinderaufzucht war und ist keine romantische und sexuell erfüllte Wunschbeziehung, sondern eine ökonomische und gesellschaftliche Notwendigkeit, der sich nur wenige entzogen.“

Im Geiste dieser Erkenntnisse fordern wir einen eigenen Punkt Queerpolitik im Grundsatzprogramm der sich durch seine Grundsätzlichkeit fundamental von tagespolitischen Forderungen für Wahlkampfprogramme unterscheidet. Genau wie Kapitalismuskritik und Friedenspolitik sollte auch dieser Teil zur Selbstverständlichkeit unserer Partei gehören. Um dem Ausdruck zu verleihen ist es unbedingt erforderlich, dieses Feld auch im Grundsatzprogramm offensiv zu benennen.

Änderungsantrag PR.208.42.

AH1, S. 31, Zeile 1895 bis 1897

wird wie folgt geändert (Änderungstext fett)

„Die Förderung der sprachlichen Entwicklung, **auch und gerade in der/den Herkunftssprache/n**, und die Förderung des Bildungserfolges sind dafür ein Schlüssel.“

Änderungsantrag PR.208.43.

AH1, S. 31, Zeile 1897 bis 1899

soll wie folgt geändert werden (Änderungstext fett):

„Ethnische Minderheiten sollen optimale Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Sprache, Kultur und Identität pflegen zu können. **Gesundheit ist ein Menschenrecht, weshalb allen in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus unentgeltlich die bestmögliche Gesundheitsversorgung gewährt werden muss.** Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not.“

Änderungsantrag PR.208.44.

AH1, S. 31, Zeile 1922/1923

soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung fett gedruckt):

...das „und“ zu streichen und hinter „in der Kommunikation“ einzufügen „und in der freien Entfaltung ihrer Sexualität.“

Neuer Text:

„... in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf ~~und~~, in der Kommunikation **und in der freien Entfaltung der Sexualität.**“

Begründung: Mehr Freiheit für Sexuellen Lebensraum

Änderungsantrag PR.208.45.

AH1, S. 31, Zeile 1927 bis 1930

soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung fett gedruckt):

„...und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, **Intersexuellen** sowie anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen,...

Begründung: Mehr Freiheit für Sexuellen Lebensraum

Änderungsantrag PR.208.46.

AH1, S. 31, nach Zeile 1937

ist der folgende Satz einzufügen:

„Durch Medikamente geschädigte Bürger müssen eine Stimme haben. Entschädigungen müssen grundsätzlich durch die Pharmaindustrie geleistet werden und dürfen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.“

Änderungsantrag PR.208.47.

AH1, S. 31, nach Zeile 1933

soll folgender Text eingefügt werden:

„ Wir kämpfen auch gegen die Diskriminierung von Prostituierten unabhängig vom Geschlecht. Sexarbeit zu kriminalisieren, führt nur zu einer Stigmatisierung und Entrechtung der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter. Wir unterstützen Huren- und Strichervereinigungen in ihrem Kampf um berufliche und gesellschaftliche Anerkennung, bessere Arbeitsbedingungen und beim Schutz vor

Zuhälter- und Freierübergriffen. Wir wenden uns gegen Menschenhandel in jeder Form.“

Begründung: Prostitution ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft und betrifft eine nicht zu vernachlässigende Größe von Personen. Der soziale Status dieser Menschen ist aus vielfachen Gründen sehr gering. Diese Menschen sind insbesondere auf unsere Solidarität angewiesen. Transsexuelle sind davon besonders betroffen. Trotz des gesetzlichen Fortschrittes unter Rot-Grün ist Prostitution in den Köpfen der Mehrheit der Menschen noch mit Amoralität und Unterdrückung verbunden. Diese Grundannahme führt zu einer Geringschätzung und einem Nicht-Ernst-nehmen von Sexarbeitern.

Änderungsantrag PR.208.48.

AH1, S. 32, nach Zeile 1951

Die Überschrift wird wie folgt ergänzt (Ergänzung fett):

„Das Alter würdigen, **Selbstständigkeit erhalten**“

Danach wird der folgende Text eingefügt (neuer Text fett):

„**Es muss von der Altenheimunterbringung auf ein dezentrales gemeinschaftliches Wohnen übergegangen werden. Dies wird finanziell und krankenpflegerisch usw. ausreichend unterstützt. Die Eigenständigkeit des älteren Bürgers muss erhalten bleiben bzw. gezielt gefördert werden. Jegliche Barrieren müssen beseitigt werden, die es dem älteren Bürger erschweren, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.**“

Begründung: Das Alter ist ein Geschenk und keine Bestrafung.

Änderungsantrag PR.208.49.

AH1, S. 32, Zeile 1959-1961

folgende Änderung (Änderung fett):

„Wir halten es für sinnvoll, in Streitgesprächen mit Jugendlichen, gemeinsamen Geschichtsprojekten, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen die Solidarität zwischen den Generationen aktiver **zu** fördern.“

Änderungsantrag PR.208.50.

AH1, S. 32, Zeile 1990-1992

soll wie folgt geändert werden (Änderungen fett);

„... durch ihre Lebensbedingungen bestimmt. Das Zusammenleben in der Kommune, **Verkehrs-**, Freizeit- und Sportangebote sollen in öffentlicher Verantwortung ausgebaut, für alle barrierefrei **zugänglich** und am Wohl von Kindern und Jugendlichen **mit und ohne Behinderung** orientiert werden.

Änderungsantrag PR.208.51.

AH1, S. 36, Zeile 2265 / 2266

Satz streichen

„Wir setzen uns für den Schutz frei lebender Tierarten ein, aber auch für artgerechte Haltungsformen in der Landwirtschaft und die Ablösung der Tierversuche“

Neu eingefügt wird dafür der Satz:

Wir setzen uns für den Schutz frei lebender Tierarten ein, aber auch für artgerechte Haltungsformen in der Landwirtschaft **und privaten Haushalten und gegen die Massentierhaltung und für die Ablösung der Tierversuche. Vetrinärstellen brauchen Rahmenbedingungen. Tierschutzorganisationen benötigen bessere finanzielle Unterstützung**“

Änderungsantrag PR.208.52.

AH1, S. 36, nach Zeile 2279

soll folgender Satz neu eingefügt werden (Einfügungssatz fett):

„ Kein Export und Import von Waren die Agrotechnisch verändert sind, oder wurden (z.B. Samen, Futtermittelzusätze, Dünger und Pestizide.)“

Begründung: Der europäische Export von gentechnisch veränderten Waren ist ein Skandal und kein Fortschritt.

"Armut der Kleinbauern durch multinationale Konzerne verschlimmert."

Erstmals hat der UN-Menschenrechtsausschuss mit Sitz in Genf den Einsatz der Agro-Gentechnik mit Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht. Nachdem indische NGOs vor wenigen Wochen die Lage in ihrem Land schilderten, heißt es in der soeben veröffentlichten Erklärung des zuständigen Komitees: "Das Komitee ist besorgt, dass die extreme Armut unter den Kleinbauern durch die Einführung von genetisch verändertem Saatgut durch multinationale Konzerne und die daraus resultierende Preiseskalation bei Saatgut, Dünger und Pestiziden.) verschlimmert wurde." Dabei wird explizit auf die "steigende Häufigkeit von Farmer-Selbstmorden über das vergangene Jahrzehnt" Bezug genommen.

Import Futtermittelzusätze : Kranke Kühe, leere Weiden. BUND-Studie zeigt fatale Folgen

Milchkühe werden zunehmend auf Hochleistung gezüchtet und immer weniger tiergerecht gefüttert. Das belegt eine neue Studie des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Der Preisverfall auf dem Milchmarkt erhöhe den Zwang für die Landwirte, die Leistungen ihrer Kühe weiter zu steigern. Der Einsatz von Antibiotika und gentechnisch verändertem Futter sowie die Züchtung mit Hilfe von Hormonen seien die Regel. Durch die Haltungsbedingungen für Hochleistungskühe sei die Zahl der Eutererkrankungen in den zurückliegenden vierzig Jahren um das Sechsfache gestiegen; die der Klauen- und Stoffwechselkrankheiten um das Dreifache. Rund ein Drittel der Hochleistungstiere litten an akuten und chronischen Entzündungen. Unter dem Diktat der Hochleistungszucht verschwinde die Vielfalt der Rinderrassen. Bienen sterben durch Dünger und Pestiziden.

Änderungsantrag PR.208.53.

AH1, S. 38, Zeile 2409–2411

Satz streichen „Die EU braucht eine Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert.“

Begründung: Im Zuge der Verschärfung der Finanzkrise in Europa wird von einem Teil der politisch und wirtschaftlich führenden Kräfte in vielen europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, die Schaffung einer zentral gesteuerten EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik propagiert. Eine solche Institution, die demokratischer Öffentlichkeit und Kontrolle weitgehend entzogen sein würde, wird von den Vertretern dieser Richtung als „EU-Wirtschaftsregierung“ (Merkel, Sarkozy) oder auch als „EU-Finanzminister“ (Commerzbank-Vorstandschef Blessing) bezeichnet.

Der im vorliegenden Leitantrag enthaltene Satz „Die EU braucht eine europäische Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert“ (Z. 2409-2411) berücksichtigt das Problem des Demokratiedefizits in der gegenwärtigen Form des europäischen Einigungsprozesses nicht.

Mit dem von Merkel und Sarkozy vorgestellten Konzept einer EU-Wirtschaftsregierung wäre eine Verschärfung des EU-Demokratieproblems verbunden. Sie fordern als Voraussetzung einer europäischen Finanzpolitik die Unterwerfung der Staaten unter eine restriktive, an den Interessen der Vermögensbesitzer orientierte Politik. Ein Beispiel hierfür ist die Forderung von Merkel und Sarkozy nach der Verankerung einer „Schuldenbremse“ in den Verfassungen aller europäischen Staaten.

Eine Vertiefung des EU-Prozesses unter diesem Vorzeichen führt nicht zu mehr, sondern zu weniger europäischer Demokratie und beschneidet zudem auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten gegebenen demokratischen Kontrollmöglichkeiten.

Die LINKE kann daher eine Übertragung finanz- und wirtschaftspolitischer Kompetenzen an europäische Institutionen nur unterstützen, wenn dies im Zuge einer umfassenden Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses geschieht. Diese umfassende Demokratisierung ist nicht durch die Entsendung von Vertretern, die ihren jeweiligen nationalen Regierungen allein gegenüber rechenschaftspflichtig sind, zu erreichen. Sie setzt allgemeine EU-weite Wahlen und eine europaweite öffentliche Diskussion und Willensbildung voraus, die allen Menschen in der EU die Möglichkeit gibt, sich gleichberechtigt politisch einzubringen.

Änderungsantrag PR.208.54.

AH1, S. 39, Zeile 2491 – 2493

sollen folgende Ergänzungen aufgenommen werden

„Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein **ziviles** kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, **das Abrüstung als zentrales Ziel hat.**“

Begründung: Wir müssen deutlich machen, dass das „kollektive Sicherheitssystem“ friedlichen Charakter hat, nicht militärisch nach außen gerichtet ist (also eben

keine „neue NATO“ unter Einbeziehung Russlands) sondern vor allem der Abrüstung dient.

Änderungsantrag PR.208.55.

AH1, S. 39, Zeile 2492 - 2497

a) in den Zeilen 2492/2493 die Worte „unter Beteiligung Russlands“ zu streichen,

b) in den Zeilen 2494 bis 2497 den Satzteil „dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.“ durch den Satzteil zu ersetzen „dass Deutschland an den militärischen Aktionen der NATO nicht teilnimmt.“

Begründung:

Zu a): Es ist nicht ersichtlich, warum nur und gerade Russland erwähnt wird.

Zu b): Es geht um die Nichtteilnahme an militärischen Aktionen, nicht um ein deutsches Oberkommando. Deutschland baut derzeit eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee auf. Die Geschichte lehrt, dass eine solche Armee unter deutschem Oberkommando kaum weniger Kriegsgelüste entwickeln würde als die NATO.

Änderungsantrag PR.208.56.

AH1, S. 39, Zeile 2496/2497

„Wir fordern ein sofortiges Endes aller Kampfeinsätze der Bundeswehr“

soll geändert werden in:

„Wir fordern ein sofortiges Ende aller **Auslandseinsätze** der Bundeswehr“.

Änderungsantrag PR.208.57.

AH1, S. 39, Zeile 2497

„Kampfeinsätze“ ersetzen durch „Auslandseinsätze“

Der Satz soll ersetzt werden durch „...und sind gegen künftige Auslandseinsätze“.

Neuer Text:

„Wir fordern ein sofortiges Ende aller ~~Kampfeinsätze~~ Auslandseinsätze der Bundeswehr **und sind gegen künftige Auslandseinsätze**.“

Begründung: Die drei bisherigen Formulierungen zu Auslandseinsätzen im Programmentwurf sind nur nach hinten bzw. auf die aktuelle Situation gerichtet. Über künftige Entscheidungen zu Auslandseinsätzen wird nichts gesagt, nur die bisherigen sollen beendet werden. Um deutlich zu machen, dass diese Position auch für künftige Einsätze gilt, sollten wir das in allen drei Passagen entsprechend ergänzen.

Zudem ist in Zeile 2497 der Begriff „Kampfeinsätze“ durch „Auslandseinsätze“ zu ersetzen, so wie es auch in den anderen zwei Passagen bereits formuliert ist. „Kampfeinsätze“ stellt eine Einschränkung und Verwässerung unserer Position dar, denn „Kampfeinsatz“ ist nicht definiert und kann willkürlich so oder so ausgelegt werden. Um deutlich zu machen, dass wir

jeden militärischen Auslandseinsatz ablehnen, sollten wir den klareren Begriff „Auslandseinsatz“ hier verwenden.

Änderungsantrag PR.208.58.

AH1, S. 40, Zeile 2519 bis 2526

die Sätze in den Zeilen durch folgenden Text zu ersetzen:

„Derzeit ist die UNO weit davon entfernt, die Ziele der UN-Charta wirksam umzusetzen. Sie Spielball der wirtschaftlichen Interessen der Großmächte. Demokratische Verpflichtung gegenüber allen Bewohnern dieses Globus fehlt. Die Beschlüsse der Generalversammlung bleiben oft folgenlos, weil der Sicherheitsrat sie unterläuft. Die Struktur der UN ist technokratisch und nicht transparent. Eine öffentliche demokratische Beteiligung der Völker an der Diskussion im Vorfeld der Entscheidungen findet nicht statt. Auch die UN braucht einen auf Frieden, Demokratie, globale soziale Gerechtigkeit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit ausgerichteten Neustart.“

Änderungsantrag PR.208.59.

AH1, S. 40, Zeile 2552

der Satz wird ergänzt durch „...**und darf in keine neuen Auslandseinsätze entsendet.**“

Neuer Text

Zeile 2551-2552: Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt **und darf in keine neuen Auslandseinsätze entsendet** werden, ...

Begründung: Die drei bisherigen Formulierungen zu Auslandseinsätzen im Programmentwurf sind nur nach hinten bzw. auf die aktuelle Situation gerichtet. Über künftige Entscheidungen zu Auslandseinsätzen wird nichts gesagt, nur die bisherigen sollen beendet werden. Um deutlich zu machen, dass diese Position auch für künftige Einsätze gilt, sollten wir das in allen drei Passagen entsprechend ergänzen.

Zudem ist in Zeile 2497 der Begriff „Kampfeinsätze“ durch „Auslandseinsätze“ zu ersetzen, so wie es auch in den anderen zwei Passagen bereits formuliert ist. „Kampfeinsätze“ stellt eine Einschränkung und Verwässerung unserer Position dar, denn „Kampfeinsatz“ ist nicht definiert und kann willkürlich so oder so ausgelegt werden. Um deutlich zu machen, dass wir jeden militärischen Auslandseinsatz ablehnen, sollten wir den klareren Begriff „Auslandseinsatz“ hier verwenden.

Änderungsantrag PR.208.60.

AH1, S. 44, Zeile 2822- 2823

„Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus.“

soll wie folgt geändert werden:

„Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale, **geschlechtergerechte** und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus.“

Begründung: DIE LINKE formuliert auf Seite 12, Zeile 528 f. den Anspruch eine „sozialistische und feministische Partei“ zu sein „die patriarchale und kapitalistische Verhältnisse überwinden will“, daher gehört das Wort geschlechtergerecht mit in die Aufzählung welche Attribute den demokratischen Sozialismus ausmachen.

Änderungsantrag PR.208.61.

AH1

Der Parteivorstand und seine Programmredaktionskommission werden aufgefordert bei der Formulierung des Programms darauf zu achten, dass sich im ganzen Programmtext die grundsätzlichen Richtlinien – wie Barrierefreiheit, Recht an der vollen und wirksamen Teilhabe auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen an der Gesellschaft (Partizipation), Emanzipation und (pädagogische und soziale) Inklusion etc. – der UN-Behindertenrechtskonvention (Schattenübersetzung) wieder finden. Dies gilt insbesondere für den Abschnitt II.

Die Änderungsanträge sind auf dem Landesparteitag DIE LINKE. Hessen am 01./02. Oktober 2011 beschlossen.

Änderungsantrag: PR.209.

Antragsteller: Landesvorstand Bremen

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.209.1.

AH1, S. 5, Zeile 18 ff

[Ökologie] hier wird „um die Folgen des Klimawandels und der Umweltkatastrophen in den Griff zu bekommen“ geändert in:

„und eine Wirtschafts- und Lebensweise durchzusetzen, mit der die Klimakatastrophe und die Zerstörung der letzten Umweltressourcen vermieden wird.“

Begründung: Die Folgen von Klimawandel und Umweltkatastrophen in den Griff bekommen will das

Kapital auch. Es geht darum, ein Wirtschaften durchzusetzen, das dauerhaft in den Rahmen des ökologisch Möglichen passt und gleichzeitig gerecht ist.

Änderungsantrag PR.209.2.

AH1, S. 6, Zeile 96

[Ökologie] hier wird nach „Wir wollen eine Energiewende auf der Basis von erneuerbaren Energien ohne Atomkraft“ ergänzt:

„die nicht zu Lasten der Menschen im globalen Süden geht und nicht durch Zerstörung weiterer ökologischer Ressourcen erreicht wird.“

Begründung: Das ist die zentrale Differenz zur offiziellen Energiewende, die von Grünen bis CDU bis Energiekonzernen derzeit angestrebt wird: Umstellen auf „erneuerbar“, indem Flächen in der Dritten Welt für Biosprit in Beschlag genommen werden und die Sahara für DESERTEC. Das muss in diesem allgemein-programmatischen Teil deutlich werden.

Änderungsantrag PR.209.3.

AH1, S. 6, Zeile 108

[Feminismus] hier wird nach „DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum bekommen, wie sie ihre Lebenszeit verbringen“ eingefügt:

„und dass ungleiche Arbeitsteilungen abgebaut werden.“

Begründung: Das ist die zentrale Differenz zum neoliberalen Freiheitsbegriff, wie es weiter im Programm mit Luxemburg gesagt wird: Freiheit ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung. Die LINKE tritt im Geschlechterverhältnis eben nicht nur für Wahlfreiheit ein, sondern für die effektive Umverteilung der Arbeiten und die Aufhebung der ungleichen Arbeitsteilung.

Änderungsantrag PR.209.4.

AH1, S. 6, Zeile 115

[Senioren] hier soll nach „für eine armutsfeste gesetzliche Rente für alle Erwerbstätigen“ eingefügt werden:

„und heutigen RentnerInnen“

Änderungsantrag PR.209.5.

AH1, S. 7, Zeile 152 - 156

[Antidiskriminierung] hier wird

- nach „der Religion“ eingefügt „der Weltanschauung“ und

- nach „Antisemitismus“ wird eingefügt „Islamfeindlichkeit“.

- Die Einfügung „Weltanschauung“ wird entsprechend auch auf S. 31 in Zeile 1920 nach „der Religion“ vorgenommen.

Begründung: Zu 1) Art 33 Abs. 3 GG lautet: „Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung

zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.“ Hinter diese Gleichsetzung von religiösem Bekenntnis und Weltanschauung des Grundgesetzes darf unser Programm nicht zurückfallen.

Zu 2) Mehr und mehr nimmt in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen Islamfeindlichkeit den Platz des früheren Antisemitismus ein. Die Rede von der drohenden „Islamisierung Europas“ erinnert stark an die angebliche Verschwörung „des Weltjudentums“ früherer Zeiten. Anlässlich des schrecklichen Attentates in Norwegen stellte sich heraus, daß die wirklichen Gefahren nach wie vor im Faschismus liegen: Von 249 Terroranschlägen in der EU im Jahr 2010 wurden lediglich drei von Islamisten begangen. (»derstandard.at«)

"Wenn erst die Moscheen brennen, will es wieder keiner gewesen sein!" (Hagen Rether)

Änderungsantrag PR.209.6.

AH1, S. 7, nach Zeile 154

[Internet] hier wird folgender Spiegelstrich neu eingefügt:

„für das Recht auf freie Information und freie digitale Kommunikation. Die in den letzten Jahrzehnten verfügbar gewordenen Technologien, wie das Internet, die Verbreitung von Privatcomputern und die Digitalisierung von Wissen, machen ungeahnte Fortschritte für die Demokratie möglich und bilden die Grundlage für neue Formen der globalen Produktion. Freie Information, freier Zugang und freie Kopierbarkeit sind notwendig, um diese Möglichkeiten im Interesse aller zu entfalten.

Begründung: Für eine moderne sozialistische Partei ist es notwendig, bei der Aufzählung ihrer konkreten Hauptziele auch ihre Vorstellung für das größte Produktionsmittel der heutigen Welt, das Internet, zu erwähnen.

Änderungsantrag PR.209.7.1.

AH1, S. 7, Zeile 166

[Frieden] hier werden folgende Änderungen vorgenommen:

- „für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten“ wird ersetzt durch „für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, für ein Verbot von Rüstungsexporten und für die Förderung von Rüstungskonversion.“ (Z 166)

Begründung: Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Wenn wir ein Verbot der Rüstungsexporte durchsetzen wollen, müssen wir auf Möglichkeiten alternativer Fertigung in Rüstungsbetrieben verweisen, z. B. auf dem Gebiet alternativer Energien. Nach 1990 wurden vielversprechende Rüstungskonversionsprojekte entwickelt, an die wieder angeknüpft werden kann.

Änderungsantrag PR.209.7.2.

AH1, S. 7, Zeile 171/172

- „eine Stärkung der zivilen Entwicklungsunterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt“ wird ersetzt durch „eine Stärkung der zivilen Unterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung anderer Länder“ (Z 171-172)

Begründung: Länder sind nicht „unterentwickelt“, sondern sie wurden und werden unterdrückt und ausgebeutet. Sie sind auf ihrem eigenen Weg zu unterstützen, nicht in unserem Sinne zu „entwickeln“. Der Ausdruck „Dritte Welt“ wird heute als überheblich empfunden. Wir leben alle in einer Welt. Zudem sind inzwischen auch europäische Länder von Ausbeutung durch andere Länder bedroht.

Änderungsantrag PR.209.7.3.

AH1, S. 7, Zeile 172/173

- „Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems“ wird ersetzt durch „Krieg löst kein Problem, er ist selbst ein Problem“. (Z 172-173)

Begründung: Der Satz ist inhaltlich falsch. Probleme werden geschaffen oder festgestellt, wenn ein Vorwand für einen Krieg gesucht wird. Es ist richtig, dass Krieg kein Problem löst; aber es ist falsch zu behaupten, daß Krieg Teil dieser sogenannten Probleme sei. Er ist es höchstens in dem Sinne, dass diese Probleme keinerlei Beachtung fänden, wenn kein Krieg gewollt wäre.

Änderungsantrag PR.209.8.

AH1, S. 7, Zeile 172

[Internationalismus] hier wird nach „DIE LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten ... Ausbeutung der Dritten Welt“ und vor „Krieg löst kein Problem“ eingefügt:

„Verstöße gegen Menschen- und Völkerrecht müssen durch ökonomischen und politischen Druck sanktioniert werden, sowie durch die Unterstützung und Zusammenarbeit mit demokratischen und emanzipatorischen Bewegungen bekämpft werden.“

Begründung: Die Absage an den Krieg und militärische Durchsetzungsstrategien muss verbunden werden mit unserer eigenen Perspektive, wie Verstöße gegen Menschen- und Völkerrechte denn dann bekämpft werden sollen, sprich mit einer nicht-militärischen Durchsetzungsperspektive.

Änderungsantrag PR.209.9.

AH1, S. 8, Zeile 239

[Staatssozialismus] hier wird nach „Staaten mit sozialistischem Anspruch“ eingefügt:

„aber politischer Diktatur“

Begründung: Notwendige Einfügung. Vorher werden die bürgerlichen Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung genannt, dann muss bei den sozialistischen Staaten auch das Fehlen der politischen Demokratie genannt werden.

Änderungsantrag PR.209.10.

AH1, S. 8, Zeile 240

[Israel/Palästina] hier werden in „Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden ...“ die Wörter „der Deutschen“ gestrichen.

Begründung: redaktionell

Änderungsantrag PR.209.11.

AH1, S. 8, Zeile 284

[Feminismus] hier wird nach „als ein wesentlicher Schritt“ eingefügt:

„Die Erfahrungen dieser Kämpfe zeigen jedoch, dass in der patriarchalen Gesellschaft die Gleichstellung an der Haustüre endet und Frauenbefreiung nur durch Aufhebung der ungleichen geschlechtlichen Arbeitsteilung erreicht werden kann.“

Begründung: Bei der Arbeiterbewegung vorher wird ebenfalls auf die Fortschritte der Mitbestimmung verwiesen, dann aber darauf hingewiesen, dass die Demokratie im Kapitalismus am Werkstor endet. Das gleiche ist bei der Frauenbewegung auch angezeigt.

Änderungsantrag PR.209.12.

AH1, S. 9, Zeile 341

[Staatssozialismus] hier wird nach „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind unverzichtbar“ eingefügt:

„Das Recht auf Opposition, auf Selbstorganisation und auf die Abwahl von Regierungen sind unantastbar.“

Begründung: Die Abgrenzung vom autoritären Staatssozialismus sollte um die Aspekte erweitert werden, welche zu den wichtigsten populären Vorbehalten gegen „den Sozialismus“ gehören.

Änderungsantrag PR.209.13.

AH1, S. 10, Zeile 416

[Ökologie] hier wird nach „Zugleich bleiben Milliarden Menschen von diesem Reichtum ausgeschlossen“ eingefügt:

„und wird die biologische Produktion von Jahrmillionen in wenigen Jahrzehnten verbrannt“.

Begründung: Das Oberthema in diesem Abschnitt ist „Krisen des Kapitalismus, Krisen der Zivilisation“. Deshalb muss auch an der Stelle, wo der „unermessliche Reichtum“ erwähnt wird, den der Kapitalismus hervorgebracht hat, nicht nur die Armut als Preis genannt werden, sondern auch die fossil-kapitalistische Vernutzung der ökologischen Ressourcen zukünftiger Generationen.

Änderungsantrag PR.209.14.

AH1, S. 12, nach Zeile 572

[Migration] hier wird folgender Unterabschnitt eingefügt:

„Migration und rassistische Arbeitsteilung

Der Kapitalismus hat seit jeher die Menschen gespalten. Er hat sich die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse und Lebenshaltungsniveaus in den verschiedenen Ländern und Weltregionen zunutze gemacht, er hat Arbeitskräfte mit Gewalt um den Globus verfrachtet und gleichzeitig Menschen mit Gewalt in ihren Ursprungsländern und Herkunftsregionen festgehalten. Gleichzeitig versuchen Menschen weltweit, ihr Recht auf Bewegungsfreiheit in Anspruch zu nehmen und dadurch die autoritäre geografische Zuordnung zu unterlaufen. Diese Praxis bildet die soziale Bewegung der Migration. Die Herrschenden bekämpfen sie mit ideologischen, militärischen und polizeilichen Grenzregimen. Diejenigen, die aus anderen Herkunftsländern stammen, werden in fast allen Ländern unterdrückt. Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Teilhabe wird ihnen durch rassistische Sondergesetze verwehrt. Ihnen, ihren Kindern und Enkelkindern wird die notwendige Unterstützung vorenthalten, die sie für Chancengleichheit und gleiche Teilhabe benötigen, und sie werden aus sozialen, politischen und ökonomischen Netzwerken ausgeschlossen oder nicht integriert.

Der Neoliberalismus möchte die Migration so steuern, wie es für ihn profitabel ist. Er will qualifizierte Fachkräfte anwerben, um sich die Kosten für ihre Bildung und Ausbildung zu sparen. Er möchte neue Formen der Wanderarbeit nutzen, um Tarife zu unterlaufen und Arbeit billiger und prekärer zu machen. Er will das Recht auf Migration an die ökonomische Verwertbarkeit derer, die einwandern wollen, binden. Er will das Arbeitspotenzial der Menschen mit Migrationshintergrund nutzen, aber die notwendigen Investitionen in eine inklusive Bildung tätigt er nicht. Er schottet die Grenzen ab, um diejenigen, die sie dennoch überwinden, als illegalisierte Arbeitskräfte ohne soziale Ansprüche auszubeuten.

Gegen diesen Zynismus kämpfen wir. Wer hier lebt, soll die gleichen Rechte und Chancen haben, wie alle anderen auch. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die seit längerer Zeit hier leben, sollen wählen können und uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Das Bildungssystem soll so verändert werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund darin nicht benachteiligt werden. Wir kämpfen für offene Grenzen, globale soziale Rechte und für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums weltweit.

Begründung: Im Abschnitt „Krisen des Kapitalismus, Krisen der Zivilisation“ sind sowohl dem Geschlechterverhältnis, als auch der Unterdrückung in der Klassengesellschaft, längere Passagen gewidmet. Damit fehlt aber von den großen Unterdrückungsverhältnissen „Rasse, Klasse, Geschlecht“ der Aspekt der Migration und der rassistischen Unterdrückung. Das wird der Bedeutung dieser Frage für das Verständnis der neoliberalen Klassengesellschaft und der Bedeutung dieser Frage für eine linke Partei nicht gerecht. Deshalb soll es hier auch eine eigene Einfügung zu Migration geben.

Änderungsantrag PR.209.15.

AH1, S. 17, vor Zeile 880

[Ökologie] hier wird ein Absatz gemacht und vor Zeile 880 (also vor „Immer deutlicher wird ... eine Systemfrage“) eingefügt:

„Das Überleben nicht nur der Menschen in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern hängt davon ab, dass wir in sehr kurzer Zeit auf ein Wirtschafts- und Lebensmodell umsteigen, das in den ökologischen Rahmen der Erde passt. Wir müssen die historische Phase zügig überwinden, in der Kapitalismus, fossile Energiewirtschaft und ungehemmter Welthandel ein Produktions- und Konsummodell geschaffen haben, das die Zukunft der Menschheit gefährdet. Dies erfordert große Investitionen, internationale Zusammenarbeit, freien Zugang zu Information und Technologie sowie eine Aufhebung der ungleichen globalen Arbeitsteilung. Dieser Umstieg ist den Interessen des Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne diametral entgegengesetzt. Sie wollen die globalen Investitionen darauf konzentrieren, die heutigen Strukturen der Ungleichheit und des privaten Reichtums zu verlängern und auch noch die letzten ökologischen Ressourcen der Inwertsetzung zu unterwerfen; sie wollen auch mit dem Umbau vor allem Profit auf Kosten der Mehrheit machen. Wir können es uns nicht leisten, dass das Überleben und die Lebensqualität von sieben Milliarden Menschen diesen Partialinteressen der Banken und Konzerne nachgeordnet wird. Immer deutlicher wird ...“

Begründung: Der Abschnitt „Die Zentralität der ökologischen Frage“ enthält eine gute Beschreibung von Problemen, aber er enthält keine Zielvorstellung. Daher hängt die Feststellung, dass die ökologische Frage eine Systemfrage ist, eher unvermittelt in der Luft. Die einzufügende Passage soll angeben, dass es um ein Ziel geht, nämlich den Umstieg auf eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise – wodurch die Einschätzung als Systemfrage verständlich wird.

Änderungsantrag PR.209.16.

AH1, S. 17, Zeile 889

[Internationalismus] hier wird nach „Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung“ eingefügt:

„Er führt nicht deshalb Krieg, weil ihm keine anderen Mittel und Wege zur Verfügung stehen, sondern dann, wenn ihm Krieg als das profitablere Mittel erscheint.“

Begründung: Wichtig für unsere Argumentation gegen Kriegseinsätze mit humanitärer Begründung: Auch der Imperialismus braucht den Krieg nicht als ultima ratio der Durchsetzung, sondern aus anderen Gründen.

Änderungsantrag PR.209.17.

AH1, S. 17, Zeile 932

[Feminismus] hier wird „die Überwindung des Geschlechtergegensatzes“ ersetzt durch:

„die Überwindung der patriarchalen und rassistischen Arbeitsteilung“

Begründung: Wir wollen ja auch nicht den „Klassengegensatz“ überwinden, sondern die Ungleichheit der Eigentums- und Arbeitsverhältnisse abschaffen.

Änderungsantrag PR.209.18.

AH1, S. 23, Zeile 1333 ff

[Informationstechnologien] hier wird der Satz „Insbesondere Soloselbständige ...“ in Zeile 1341 verschoben und nach „Arbeitsbedingungen besonders verbreitet“ eingefügt.

Begründung: Die jetzige Reihenfolge der Sätze ist logisch irritierend. Der Satz vorher ist positiv gemeint, der zu verschiebende Satz negativ, beginnt aber mit „insbesondere“. Die Umstellung stellt die Logik der Passage wieder her.

Änderungsantrag PR.209.19.

AH1, S. 23, Zeile 1360

[Ökologie] hier wird nach „sondern dies muss mit“ eingefügt:

„einem zukunftsfähigen Umbau der Strukturen, mit“

Begründung: Abgrenzung von reinen Effizienz-Strategien, die bei gleichbleibenden Strukturen nur durch verbesserte Technik ein Erreichen von Umweltzielen erhoffen.

Änderungsantrag PR.209.20.

AH1, S. 32, Zeile 1951

[Senioren] hier wird eingefügt:

„DIE LINKE fordert die Achtung vor der Lebensleistung der älteren Menschen, das heißt, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen, ihre Verantwortungsbereitschaft und ihren Gemeinsinn für das gesellschaftliche und politische Leben zu nutzen.

Ältere Menschen verfügen über ein reiches Wissen und Erfahrung und haben oft Zeit für gesellschaftliches Engagement, das sie individuell gestalten wollen.“

Die Änderungsanträge wurden beschlossen auf der Landesvorstandssitzung am 30.09.2011.

Änderungsantrag: PR.210.

**Antragsteller: Landesvorstand
DIE LINKE.Saar**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Kapitel IV. 5.

Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung

Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit

Änderungsantrag PR.210.1.

AH1, S. 40, Zeile 2554

Nach dem Satz „Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr Einsatz im Inneren ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben.“ wird folgender Absatz eingefügt:

„Statt der Armee im Einsatz will DIE LINKE eine humanitäre Hilfstruppe. Die Milliarden, die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Wir schlagen daher die Einrichtung eines zivilen Hilfskorps vor – das *Willy-Brandt-Korps für internationale Katastrophenhilfe*. Es ist die friedliche Alternative zur Armee im Einsatz.“

Änderungsantrag PR.210.2.

AH1, S. 40, Zeile 2559 - 2560

Der Satz „Deutschland soll für eine UN-geführte internationale Katastrophenhilfe ausreichend Kapazitäten vorhalten“ wird geändert in:

„Deutschland soll sich auf internationaler Ebene für eine UN-geführte Katastrophenhilfe einsetzen. In diese soll das *Willy-Brandt-Korps* langfristig integriert werden.“

Änderungsantrag: PR.211.

Antragsteller: Klaus Höpcke

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 8, Zeile 223, 224

Der Satz:

„Das Ermächtigungsgesetz Hitlers im Jahre 1933 beendete die Weimarer Demokratie.“,

ist zu ersetzen durch den Satz:

„Im Reichstag stimmten die Abgeordneten von sieben bürgerlichen Parteien per Ermächtigungsgesetz für Hitlers totale Macht und damit das Ende der Weimarer Demokratie.“

Änderungsantrag: PR.212.

**Antragsteller: Bundessprecherrat der
Bundesarbeitsgemeinschaft DIE
LINKE.Queer**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.212.1.

AH1, S. 31, ab Zeile 1891

Es wird ein eigenes Kapitel "Sexuelle Vielfalt und Selbstbestimmung" eingefügt.

"Die Partei Die Linke steht für eine emanzipatorische Politik, die die unterschiedlichen Lebensweisen berücksichtigt und unterstützt. Heterosexualität und die Vorstellung, dass es ausschließlich zwei Geschlechter gibt, gilt stillschweigend als Maßstab politischer und gesellschaftlicher Norm. Diese Norm grenzt aus. Stattdessen unterstützt DIE LINKE die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Gesellschaft.

Dazu gehört die gesellschaftliche Gleichstellung und Akzeptanz der Grundrechte von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen. Das Personenstandsrecht muss den Menschenrechten insbesondere von Intersexuellen und Transsexuellen gerecht werden. Geschlechtsangleichende Operationen im Kindesalter sind zu unterbinden. Wir fordern die rechtliche Gleichstellung in allen (Rechts-)bereichen und bei allen Rechtsinstitute. DIE LINKE. kämpft gegen die Diskriminierung HIV-positiver Menschen."

Begründung: In Deutschland werden die Rechte von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen schwerwiegend verletzt. Homosexuelle Jugendliche haben ein drei bis sechsfach höheres Suizidrisiko. "Schwule Sau" und "lesbische Schlampe" sind gängige Schimpfwörter an den Schulen. Den gefährdeten Jugendlichen fehlen Hilfe, AnsprechpartnerInnen und Unterstützung. Bis 1994 bestand in der Bundesrepublik der § 175, die DDR schaffte den Paragraphen bereits 1988 ab. Bis 1969 wurden in der Bundesrepublik etwa 50.000 Menschen nach dem § 175 verurteilt, der schwule Liebe generell unter Strafe stellte. In der DDR etwa 3.000. In der Bundesrepublik galt der Paragraph in der von den Nazis verschärften Fassung von 1935 unverändert weiter. Das Transsexuellengesetz ist durch das Bundesverfassungsgericht bereits sechs Mal für grundgesetzwidrig erklärt worden. Trotzdem hat der Gesetzgeber bislang immer noch nicht die Grundrechte von Transsexuellen Rechnung getragen. Bis zu 100.000 Intersexuelle leben in der Bundesrepublik. Intersexuelle sind Menschen, die im biologischen Sinne mehr als ein primäres Geschlechtsmerkmal aufweisen. Häufig bemerken dies Ärzte kurz nach der Geburt dies und überzeugen die Eltern zu frühkindlichen medizinischen geschlechtsangleichenden Maßnahmen. Mit verheerenden Folgen. Da die Operationen irreversibel sind und die Betroffenen zumeist in der Pubertät in Konflikt geraten zwischen ihrer geschlechtlichen Identität und ihrer körperlichen Erscheinung. Psychische Krisen und Selbstmord sind keine Seltenheit. Die Menschenrechte von Intersexuellen werden schwerwiegend verletzt. Auch das Recht kennt sie nicht. Das Personenstandsrecht erlaubt nur die Wahl zwischen zwei Geschlechtern. Australien hat im September diesen Jahres die Möglichkeit eines dritten Geschlechtseintrags (als alternativ zu männlich oder weiblich) im Pass ermöglicht. HIV und Aids prägen lesbische und schwule Lebensweisen. 10% der schwulen Männer in den Metropolen Deutschland sind HIV-Positive. Die Entstigmatisierung HIV-positiver Menschen trägt aktiv zur Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensweisen bei.

DIE LINKE. sollte aktiv daran mitwirken, dass die sexuellen und geschlechtlichen Grundrechte aller Menschen garantiert werden. Eine gesellschaftliche und rechtliche Norm, die nur von zwei Geschlechtern ausgeht, grenzt aus und diskriminiert.

Änderungsantrag PR.2 12.2.

AH1, S. 12, Zeile 506

Es wird folgender Satz eingefügt

"Das vorherrschende ernährerzentrierte Modell der Arbeits- und Familienbeziehung beruhte auf der Selbstverständlichkeit der Heterosexualität. Lesben-Schwule, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender haben bis heute mit ständigen Diskriminierungen im Erwerbsleben zu kämpfen, zumeist müssen sie Ihre Sexualität und ihre Beziehungsform verheimlichen, um berufliche Aufstiegsmöglichkeiten zu erreichen."

Begründung: Die Arbeitsteilung in der Gesellschaft und das ernährerzentrierte Modell der Produktion und Reproduktion des Kapitalverhältnisses beruht immer schon auf einer heterosexuellen Norm. Die absolut berechnete feministische Kritik an diesem Herrschaftsverhältnis sollte nicht erneut die Sexualität und die Diskriminierung der sexuellen Orientierung unsichtbar machen.

Änderungsantrag PR.2 12.3.

AH1, S. 30, Zeile 1862

Nach "von Frauenrechten" wird eingefügt:

"und den Rechten sexueller Minderheiten"

Begründung: Der Schutz von Menschenrechten sollte nicht dazu genutzt werden Kriege, zu führen oder Rassismus zu schüren. Auch die Rechte sexueller Minderheiten beispielsweise von Schwulen werden dazu genutzt Rassismus zu verbreiten. Die niederländischen Rechtspopulisten und auch die deutsche Partei „DIE FREIHEIT“ haben damit Wahlkampf betrieben. DIE LINKE: sollte aktiv daran mitwirken, dass Minderheiten nicht gegeneinander in Stellung gebracht werden, um ein westliches Überlegenheitsdenken und Rassismus zu fördern.

Änderungsantrag PR.2 12.4.

AH1, S. 31, Zeile 1930

Nach". , als allein zu Erziehende anzuerkennen." wird eingefügt:

"Zunehmend mehr Kinder wachsen innerhalb lesbischer und schwuler Beziehungsformen (Regenbogenfamilien) auf, doch zahlreiche Diskriminierungen, wie das Verweigern eines gemeinsamen Adoptionsrechts, stehen sowohl dem Kindeswohl wie auch dieser Lebensweise entgegen. DIE LINKE fordert die rechtliche Anerkennung und Gleichstellung von Regenbogenfamilien."

Begründung: Die LINKE sollte den pluralen Lebensformen gerecht werden und diese nicht im Parteiprogramm verschweigen. Denn auch hier gilt, eine Nichterwähnung erklärt diese Lebensweisen für nichtexistent.

Änderungsantrag PR.2 12.5.

AH1, S. 41, Zeile 2628

Nach".Friedliche Politik durchzusetzen" wird eingefügt:

", die der gesellschaftlichen Vielfalt der Lebensentwürfe Rechnung trägt."

Begründung: Die Frauenbewegung sowie die Lesben- und Schwulenbewegung haben aktiv an einer Pluralisierung von Lebensentwürfen mitgewirkt und Freiheitsrechte erkämpft. Auch in unserer Zielstellung sollten wir diesen Kämpfen Rechnung tragen und diese zivilgesellschaftlichen Eingriffe zur Grundlage unseres demokratisch-sozialistischen Handelns machen.

Änderungsantrag PR.2 12.6.

AH1, S. 43, Zeile 2799

Es wird folgender Teilsatz ausgetauscht:

"Frauen müssen (...) für politische Veränderung streiten können" gegen:

"Frauen und Menschen die von der gesellschaftlichen Norm der Heterosexualität abweichen müssen DIE LINKE als VertreterIn ihrer Interessen erleben und in ihr einen politischen Raum finden, in dem sie ungehindert durch patriarchale Geschlechterverhältnisse und sexuelle Ausgrenzung für politische Veränderung streiten können."

Begründung: In der gesellschaftlichen Analyse und der daraus resultierenden politischen Handlungsorientierung des bisherigen Entwurfs des Parteiprogramms wird die Lebensweise von Lesben, Schwulen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen nahezu vollständig verschwiegen. DIE LINKE. muss die Diskriminierung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten nicht nur analysieren, sie muss in einem radikalen und demokratisch sozialistischen Sinne daran mitwirken diese aufzuheben. DIE LINKE. sollte eine Kultur leben, die sich auch als Gegenhegemonie (im Sinne Antonio Gramscis) versteht, in der Frauen ebenso wie sexuelle Minderheiten ihren Platz finden und daran mitwirken können, dass gesellschaftliche Veränderung ermöglicht wird.

Die Änderungsanträge wurden am 05.10.2011 durch den Bundessprecherrat beschlossen.

Änderungsantrag: PR.213.

**Antragsteller: Dr. Diether Dehm (Berlin),
Werner Dreibus (Hanau), Wolfgang Gehrcke
(Berlin)**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Wir – Mitglieder, Freundinnen, Freunde der Partei DIE LINKE – schlagen vor, dem Parteiprogramm Bertolt Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ voranzustellen.

Wir wünschen uns eine LINKE, die Fragen stellt, wo andere schweigen. Eine LINKE, die neue Fragen aufwirft und alte nicht verdrängt: Was kosten die Kriege, wen bezahlen die Mächtigen, wer bewegt tatsächlich die Welt? Noch sind die Menschheitsfragen, der Traum vom Leben in Solidarität, im Einklang mit der Natur und in Frieden nicht gelöst.

Wir wünschen uns, dass Bewegungen und DIE LINKE, Arbeiterbewegung und Intelligenz, Wissenschaft und Kunst den Dialog suchen, miteinander nachdenken und gemeinsam handeln.

Wir wollen, dass diejenigen, die den Reichtum schaffen, nicht nur wahrgenommen werden, sondern mitreden, hierzulande und auf der ganzen Welt. Mit ihnen bleibt groß nicht das Große und klein nicht das Kleine, weder in Deutschland noch Europa. Nicht in der Welt.

Kulturelle Veränderungen gehen politischen Umwälzungen voraus, sie bereiten ihnen den Weg. Bert Brecht hat die Dialektik nicht nur gelobt, er hat gelehrt, sie zu verstehen. Wir wünschen, dass er die gesamte gesellschaftliche Linke begleitet.

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer
fertig war
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem
sagenhaften Atlantis
Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.

Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.
 Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
 Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
 Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
 Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
 Siegte außer ihm?
 Jede Seite ein Sieg.
 Wer kochte den Siegeschmaus?
 Alle zehn Jahre ein großer Mann.
 Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte,
 So viele Fragen.

(Werksausgabe Edition Suhrkamp, Frankfurt/Main 1967,
 Auflage 1990 – Bd. 9)

Unterstützerinnen und Unterstützer (5.10.2011)

Prof. Dr. Elmar Altvater (Berlin), Detlef Baade (Hamburg), Willi Baer (Hamburg), Dr. Matin Baraki (Marburg), Dr. Dietmar Bartsch (Prerow), Renate Bastian (Marburg), Ralf Becker (Hohenstein-Ernstthal), Judith Benda (Berlin), Lorenz Gösta Beutin, Rolf Biebl (Berlin), Prof. Dr. Heinz Bierbaum (Saarbrücken), Karin Binder (Karlsruhe), Mattias W. Birkwald (Köln), Günter Blocks (Bottrop), Iris Bluthardt (Neuenthal) Delegierte, Hendrik Böhme, Hartmut Bohrer (Wiesbaden), Prof. Dr. Andreas Buro (Grävenwiesbach), Rainer Butenschön (Hannover), Elvis Capece, Barbara Cardenas (Dietzenbach) Delegierte, Ricardo Cardenas (Dietzenbach) Delegierter, Dr. Erhard Crome (Berlin) Delegierter, Sevim Dagdelen (Bochum), Fabio De Masi, Martin Deistler (Bickenbach), Prof. Dr. Frank Deppe (Marburg), Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Jörg Detjen (Köln), Prof. Dr. Heinz Dieterich (Mexiko City), Jochen Dohn (Hanau), Alfred Dreckmann (Hamburg-Bergedorf), Hartmut Drewes (Bremen), Rainer Ehrt (Kleinmachnow), Klaus Eichner, Rim Farha (Berlin), Torsten Felsden (Kassel) Delegierter, Jens Feuerhack (Hanau), Choni Flöter (Kassel) Delegierte, Brigitte Forbbohm (Wiesbaden), Dieter Franken (Solingen) Delegierter, Axel Gerntke (Frankfurt/Main), Wilhelm Girod (Berlin), Nicole Gohlke (München), Martin Gräbener (Siegen), Stefanie Graf (Berlin), Ottmar Grieger (solid Hessen), Rüdiger Griesbeck (Kassel), Gerrit Große, Torsten Grote (Edermünde) Delegierter, Harri Grünberg (Berlin) Delegierter, Dr. Manfred Günther (Eisenach), Dr. Angelika Haas (Berlin), Klaus-Detlef Haas (Berlin), Nele Haas (Berlin), Hans-Joachim Habermann (Frankfurt/Main), Thomas Händel (Fürth), Martin Hantke (Bochum), Dr. Christel Hartinger (Leipzig), Claudia Haydt (Tübingen), Rudi Hechler (Mörfelden), Heidrun Hegewald (Berlin), Anny Heike (Fürth), Dr. Gabriele Herbert (Frankfurt/Main), Harri Herr (Limburg/Weilburg), Enrico Hilbert (Chemnitz), Heinz Hillebrand. Willi Hoffmeister (Bonn), Klaus Höpcke (Berlin), Jonas Christopher Höpken (Oldenburg), Ingo Hoppnuss (Föhl), Andrej Hunko (Aachen), Diana Hupperten (Odenwald), Wolfgang Huste (Ahrweiler), Lutz Jahoda (Berlin), Klaus H. Jann (Wülfrath), Dr. Hans Jennes (Friedrichsdorf), Jörg Jungmann (Frankfurt/Main), Reiner Kagel (Main-Kinzig-Kreis), Jochen Kaufmann (Köln), Carlo Kawalun (Köln), Dr. Sabine

Kebir (Berlin), Paula Keller, Gerald Kemski (Hamburg), Dr. Johanna Klages (Hamburg), Ursula Klier (Oberursel), Dieter Kloszowski (Marburg), Michael Koch (Main-Kinzig-Kreis), Horst Koch-Panzner (Bruchköbel), Dr. Claus-Dieter König (Dakar), Sylvia Kornmann, Jan Korte (Bitterfeld-Wolfen) Delegierter, Reiner Kotulla (Leun), Ralf Krämer (Berlin), Rosemarie Kraft, Peter Kraus (Groß Gerau), Harald Kretschmar (Kleinmachnow), Michael Kuhlendahl (Hannover), Prof. Dr. Karin Kulow (Berlin), Ludwig Kunz (Offenbach), Wilfried Kurtzke (Frankfurt/Main), Otmar Lattorf, Hans Lehnert (Laatzen), Ekkehard Lentz (Bremen), Ulla Lessmann, Dr. Gabriele Lindner (Berlin), Stefanie Lohnes (Friedrichsdorf) Delegierte, Wolfgang Lörcher (Hofbieber), Kornelia Löw (Limburg/Weilburg), Prof. Dr. Christa Luft (Berlin), Dr. Manfred Maurenbrecher (Berlin), Thomas Maurer (Rodenbach), Prof. Dr. Georg Meggle (Leipzig), Ursula Mende (Krefeld), Fiona Merfert (Offenbach), Prof. Dr. Wolfgang Methling (Rostock/Niendorf), Maria Michel (Berlin), Dr. Peter Michel (Berlin), Dr. Hans Modrow (Berlin), Siegfried Müller-Maige (Frankfurt/Main), Dr. Hans Müncheberg (Berlin), Andreas Muthe (Freigericht), Dr. Alexander Neu (Berlin/Siegburg), Harro Neubauer (Hofheim a. Taunus), Evelin Novitzki (Berlin), Hartmut Obens (Hamburg), Siegfried Oettmeier (Aschaffenburg), Willi van Ooyen (Frankfurt/Main), Karlheinz Osche (Dudenhofen), Brigitte Ostmeiyer, Prof. Dr. Norman Paech (Hamburg), Sophie Paschkewitz (Schwalmstadt), Emine Pektas (Hanau), Nicola Pengacevic (Dietzenbach) Delegierter, Victor Perli (Wolfenbüttel) Delegierter, Prof. Dr. Lothar Peter (Bremen), Gina Pietsch (Berlin), Renate Pohl (Limburg/Weilburg), Maximilian Rathke (Main-Kinzig-Kreis), Michael Reimann (Königs Wusterhausen), Leander Reininghaus (Berlin), Ingrid Remmers, Jürgen Repschläger (Bonn), Renate Richter (Berlin), Thomas J. Richter (Berlin), Prof. Dr. Wolfgang Richter, Mathias Riedel (solid Hessen), Dirk Riegel (Bonn), Jürgen Rose (München), Prof. Dr. Werner Ruf (Edermünde), Ulrich Sander (Dortmund), Renate Sattler (Magdeburg), Birgit Schäfer-Biver (Marburg), Jan Schalauske (Marburg), Dr. Marianne Schauzu (Berlin), Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (Schwalmstadt), Ida Schillen (Rostock) Delegierte, Harald Schindel (Saarbrücken), Dirk Schlömer (Berlin), Andreas Schlüter (Berlin), Lucia Schnell (Berlin) Delegierte, Dr. Erasmus Schöfer (Köln), Dr. sc. Lothar Schröter (Borkwalde), Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling (Berlin), Michael Schwartzkopff, Franziska Schwarzbach (Berlin), Kurt Seebohm, Prof. Dr. Franz Segbers (Kelkheim), Peter Sodann (Halle), Manfred Sohn (Edemissen), Andrea Sollwedel (Marburg) Delegierte, Doris Sorge (Edermünde), Dirk Spöri (Freiburg) Delegierter, Sybille Stamm (Stuttgart), Manfred Steglich (Bremen), Bernd Steiner (Limburg/Weilburg), Anton Stortchilov, Helmut Sturmhoebel, Rolf Subottka, (Bad Homburg), Hilmar Thate (Berlin), Carmen Thiede (Frankfurt/Main), Horst Trapp (Frankfurt/Main), Hans-Joachim Viehl (Frankfurt/Main), Rolf Viereck (Hofgeismar), Rule von Bismarck (Hamburg), Dr. Irene Wagner (Berlin), Joachim Wahl (Berlin), Peter C. Walther (Frankfurt/Main), Jennifer Weißenbrunner (Offenbach), Robert Weißenbrunner (Offenbach) Delegierter, Prof. Dr. Manfred Wekwerth (Berlin), Margarethe Wiemer (Frankfurt/Main), Dr. Ulrich Wilken (Frankfurt/Main), Esther Winkelmann (Bonn), Sylvia Wirth Delegierte, Ingrid Wunn (Frankfurt/Main), Marianne Wurm (Langen) Delegierte, Roland Wurm

(Langen), Gert Wüstenhagen (Gelnhausen), Cetin Yesil (Groß Gerau)

Änderungsantrag: PR.214.

Antragsteller: DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Wir – Mitglieder, Freundinnen, Freunde der Partei DIE LINKE – schlagen vor, dem Parteiprogramm Bertolt Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ voranzustellen.

Wir wünschen uns eine LINKE, die Fragen stellt, wo andere schweigen. Eine LINKE, die neue Fragen aufwirft und alte nicht verdrängt: Was kosten die Kriege, wen bezahlen die Mächtigen, wer bewegt tatsächlich die Welt? Noch sind die Menschheitsfragen, der Traum vom Leben in Solidarität, im Einklang mit der Natur und in Frieden nicht gelöst.

Wir wünschen uns, dass Bewegungen und DIE LINKE, Arbeiterbewegung und Intelligenz, Wissenschaft und Kunst den Dialog suchen, miteinander nachdenken und gemeinsam handeln.

Wir wollen, dass diejenigen, die den Reichtum schaffen, nicht nur wahrgenommen werden, sondern mitreden, hierzulande und auf der ganzen Welt. Mit ihnen bleibt groß nicht das Große und klein nicht das Kleine, weder in Deutschland noch Europa. Nicht in der Welt.

Kulturelle Veränderungen gehen politischen Umwälzungen voraus, sie bereiten ihnen den Weg. Bert Brecht hat die Dialektik nicht nur gelobt, er hat gelehrt, sie zu verstehen. Wir wünschen, dass er die gesamte gesellschaftliche Linke begleitet.

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer
fertig war
Die Maurer? Das große Rom

Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene
Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem
sagenhaften Atlantis
Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.

Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegegesschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte,
So viele Fragen.

(Werksausgabe Edition Suhrkamp, Frankfurt/Main 1967,
Auflage 1990 – Bd. 9)

Beschlossen auf dem Landesparteitag Niedersachsen am
02.10.2011 in Braunschweig.

Änderungsantrag: PR.215.

Antragsteller: Kreisverband Mülheim an der Ruhr (NRW)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.215.1.

AH1, S. 7, Zeile 172

ersetzen: „Dritte Welt“ in 'Entwicklungs- und
Schwellenländer'

Änderungsantrag PR.215.2.

AH1, S. 8, ab Zeile 243

streichen: ab „Insbesondere ...“ - 247.

Begründung: Aktueller **Israel-Passus** gehört nicht in ein Grundsatzprogramm sondern in ein Wahlprogramm, nicht nur weil andere internationale Konflikte hier auch nicht erwähnt werden.

Änderungsantrag PR.2 15.3.

AH1, S. 11, Zeile 459

(kurz) erklären in Klammern:

„Patriarchat“ ('Dominanz und Bevorzugung des Mannes durch Benachteiligung der Frau in gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht')

Änderungsantrag PR.2 15.4.

AH1, S. 12, Zeile 508-509

ändern: statt „Die kapitalistische Produktion findet statt als Warenproduktion und setzt die beständige Reproduktion der in ihr beschäftigten Arbeitskräfte voraus.“

in: 'Im Kapitalismus wird alles zur Ware, selbst der Mensch, der ständig als Arbeitskraft für Produktions-Nachschub erzeugt und ersetzt werden muss, sog. Reproduktion.'

Begründung: nicht nur ökonomisch, sondern auch biologisch gemeint

Änderungsantrag PR.2 15.5.

AH1, S. 12, Zeile 531 - 532

ändern: „In all dieser Zeit“ + „Suffragetten“

erklären: 'Zu allen Zeiten haben Frauen für ihre Rechte gekämpft, z.B. erstritten sie zu Beginn des 20. Jh. das Frauenwahlrecht in den USA und Großbritannien.'

Begründung: zeitlich kein direkter Bezug zum vorhergehenden Absatz

Änderungsantrag PR.2 15.6.

AH1, S. 12, Zeile 545 - 546

ergänzen: „verdienen Frauen über 20% weniger“ durch 'bei gleicher Qualifikation'

Änderungsantrag PR.2 15.7.

AH1, S. 12, Zeile 551

ändern: „Das Patriarchat formt die symbolische Ordnung in Sprache ...“

in: 'formt traditionell die Ordnung in ...'

Begründung: nicht nur symbolisch, sondern auch real

Änderungsantrag PR.2 15.8.

AH1, S. 12, Zeile 555

streichen: „und wird zunehmend in Frage gestellt“

Begründung: doppelt gemoppelt durch Zusatz „verliert an Bedeutung“

Änderungsantrag PR.2 15.9.

AH1, S. 12, Zeile 557 - 558

streichen: „Der alte Geschlechtervertrag ... aufgekündigt.“

Begründung: Ist faktisch nie freiwillig geschlossen worden, sondern wurde durch den Druck der ökonomischen Verhältnisse erzwungen [alte Rousseausche Schönfärberei mit dem gemeinsam gewollten 'Gesellschaftsvertrag']

Änderungsantrag PR.2 15.10.

AH1, S. 12, Zeile 561

„unstetige“ ersetzen durch 'unstete'

Änderungsantrag PR.2 15.11.

AH1, S. 12, nach Zeile 571

ergänzen: Erforderlich sind Arbeitszeitverkürzung zur geschlechtergerechten Aufteilung der gesamtgesellschaftlich zu leistenden Arbeit (incl. der noch unbezahlten), mehr Durchlässigkeit von Frauen in Leitungspositionen sowie besser bezahlte und gesellschaftlich mehr anzuerkennende sog. Frauenberufe (insbes. personenbezogene wie Erzieherin, (Alten-)Pflegerin usw.) als Attraktion auch für Männer.

Begründung: Ein unmittelbares Fazit daraus fehlt.

Änderungsantrag PR.2 15.12.

AH1, S. 13, nach Zeile 611 - 616

verschieben Z. 611-616

nach nach Z. 516 'Geschlechterverhältniss'

Begründung: passt nicht in den Zusammenhang, bes. der Anschlusssatz Z. 617 „Aus der gemeinsamen Klassenlage ergibt sich ...“

Änderungsantrag PR.2 15.13.

AH1, S. 13, Zeile 628 - 633

streichen:

Begründung: Die nur teilweise unterschiedlichen Interessen der privilegierten Minorität der Kapitaleigner und des Managements sind deren Probleme, betreffen nicht unsere Belange.

Änderungsantrag PR.2 15.14.

AH1, S. 13, Zeile 634 - 638

streichen: „viele **kleine und mittlere Unternehmer** und Freiberufler, die nicht durchweg von der Ausbeutung fremder Arbeit leben.“

Begründung: a) nur taktische Frage der Tagespolitik b) inhaltl. Widerspruch zu S. 13, Z. 576-579 „Sie

[Erwerbstätige] erhalten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitaleigner an.“ Und: Mittlere Unternehmen können bis zu 500 Beschäftigte umfassen! >> vgl dazu die ebenfalls (später, s.u.) zu streichenden Z. 1173-1175, wo KMUs sogar angeblich zum demokratischen Sozialismus gehören sollen: „Grundsätzlich gehört zur pluralen Eigentumsordnung des demokratischen Sozialismus das Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmen.“ >> und s. nächster Streichvorschlag:

Änderungsantrag PR.2 15.15.

AH1, S. 19, Zeile 1011

streichen: „großer“ in „Solange die Entscheidung großer Unternehmen sich an den Renditewünschen ...“;

Begründung: Auch kleine Unternehmen orientieren sich an Renditewünschen, sind dazu gezwungen.

Änderungsantrag PR.2 15.16.

AH1, S. 19, nach Zeile 1039

(hier) einfügen „zurückzuführen.“ aus: Z. 1139-1145 „DIE LINKE tritt ein für ein Bankensystem ... orientieren.“ [bei Pkt. „Öffentliches und Belegschaftseigentum“]

Änderungsantrag PR.2 15.17.

AH1, S. 19, Zeile 1041

„Bürger“ ersetzen durch 'Bevölkerung'

Begründung: [bezieht alle mit ein] + dann fortfahren mit 'ihr' statt „alle“

Änderungsantrag PR.2 15.18.

AH1, S. 19, Zeile 1045

streichen: „und indirekt“ in „alle direkt [...] in der Wirtschaft tätigen

ergänzen: und ihr zuarbeitenden Menschen“

Änderungsantrag PR.2 15.19.

AH1, S. 19, Zeile 1049

streichen: „und andere“ [bei: ', Formen des Eigentums“]

Begründung: läßt so Tür und Tor offen auch für (nicht gemeintes) Feudaleigentum, Sklaveneigentum o.ä., dafür Ergänzung Z. 1049: □

Änderungsantrag PR.2 15.20.

AH1, S. 19, Zeile 1049

ergänzen nach „Eigentums“: „ ', aber perspektivisch kein Privateigentum an Produktionsmitteln, dem strukturellen Ursprung allen Übels von Abhängigkeit und Ausbeutung.'

Änderungsantrag PR.2 15.21.

AH1, S. 19, Zeile 1060

streichen: „möglichst“: bei „Teilhabe aller“

Begründung: keine Ausgrenzung!

Änderungsantrag PR.2 15.22.

AH1, S. 19, Zeile 1062 - 1063

Streichen den Satz

Begründung: verwirrend im Zusammenhang mit „Neoliberalismus“, da nicht näher ausgeführt

Änderungsantrag PR.2 15.23.

AH1, S. 19, Zeile 1064

„lebenswerten“ ersetzen durch 'menschenwürdigen'

Begründung: historisch belastet durch den gegenteiligen, faschistischen Ausdruck 'lebensunwertes Leben'

Änderungsantrag PR.2 15.24.

AH1, S. 19, Zeile 1065

„garantieren“ ersetzen durch 'ermöglichen'

Begründung: Vorsicht mit Bürgschaften!

Änderungsantrag PR.2 15.25.

AH1, S. 21, Zeile 1158

streichen: „nur“

Begründung: überflüssig

Änderungsantrag PR.2 15.26.

AH1, S. 21, nach Zeile 1162

ergänzen 'Öffentlicher Grund und Boden gehört allen und sollte - als eine (buchstäbliche) Lebensgrundlage und Quelle gesellschaftlichen Reichtums (neben der Arbeit) - **nur noch als Pacht verliehen werden**. Nach demokratischem Prinzip sollte die Kommunalfläche und die Landschaft allen gehören als materielle Grundlage des Gemeinwohls, dem auch die Gebietskörperschaften verpflichtet sind (u.a. bezahlbares, gutes Wohnen und Erholung als Menschenrecht).

Begründung: Eigentumsgarantie beinhaltet auch öffentliches Eigentum. Ihnen gehören aber in Wahrheit schon nicht mehr große Flächen, Viertel zur Gestaltung des öffentlich nutzbaren Raumes, und - selbst bei sinkender Bevölkerungszahl - werden in vielen Kommunen die ohnehin begrenzten Flächen noch z.B. mit privaten Einfamilienhäusern zugebaut bzw. die Landschaft von Privat-Investoren weiter zersiedelt (entgegen dem Raumordnungsgrundsatz des Zersiedelungsverbots) und aufgekauft, nicht selten als Boden-/ Immobilien-Spekulationsobjekte. Dann ist - auch beim derzeitigen Privatisierungs-Erdrutsch - alles für immer futsch. Der Grund + Boden, also auch Wohnen, wird der Mehrheit buchstäblich unter den Füßen weggezogen, wodurch sie neben dem Arbeitsbereich in weitere Abhängigkeit/ Unfreiheit von wenigen Vermögenden fallen. Das Gegenmittel muss lauten: Bestandsgarantie des öffentlichen Raumes, Stopp der

Kapitalisierung der Öffentlichkeit! Dies ist ein defensiver Vorschlag gegen den Privatisierungswahnsinn und stellt den gegenwärtigen Bodenbesitz ausdrücklich nicht in Frage! Zum Vergleich: Die früheren sog. Markgenossenschaften waren die solidarischere und nachhaltige Form des Umgangs mit einer wichtigen Lebensgrundlage.

Änderungsantrag PR.215.27.

AH1, S. 21, Zeile 1173 - 1175

streichen: „Grundsätzlich gehört zur pluralen Eigentumsordnung des demokratischen Sozialismus das Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmen.“

Begründung: Zu Mittleren Unternehmen zählen bis zu 500 Beschäftigt elt. Standardnachschiegewerk „Hoppenstedt“. Darüber hinaus sind auch die Großen mal klein angefangen, die 'bei Drohung ihres eigenen Untergangs dazu verdammt sind, Maximalprofit zu erwirtschaften', d.h. durch relativen und absoluten Mehrwert auf Kosten der Beschäftigten. Das grundlegende Problem sind nicht nur Monopole und marktbeherrschende Unternehmen, sie sind nur richtungweisende Auswirkung eines Prinzips, das auf zu verurteilender Ausbeutung beruht. Kein Privateigentum an Produktionsmitteln sollte der entscheidende linke Grundsatz (seit 1848) perspektivisch bleiben, sonst wiederholt sich die Geschichte des Kapitalismus von seinen Anfängen.- Bertolt Brecht, Die Hoffenden (1933): *„Worauf wartet ihr?/ Dass die Tauben mit sich reden lassen/ und dass die Unersättlichen / euch etwas abgeben!/ Die Wölfe werden euch nähren, statt euch zu verschlingen!/ Aus Freundlichkeit/ werden die Tiger euch einladen/ ihnen die Zähne zu ziehen!/ Darauf wartet ihr!!* (Große kommentierte ... Bd 14, S. 170, 1993)

Änderungsantrag PR.215.28.

AH1, S. 29, nach Zeile 1732

ergänzen 'Um die Demokratisierung der Demokratie voranzutreiben, ist es erforderlich, **für die Kommunen ein eigenes, staatsrechtliches Organ mit Stimm- und Veto-Recht auf Landes- und Bundesebene** zu schaffen, wie für die Länder der Bundesrat. Für Demokratie ist die Basis entscheidend.'

Begründung: Es verhindert nicht nur die permanente Verletzung des Konnexitätsprinzips von Land und Bund (Schuldenabwälzung) sowie die Dauer-Nichtbeachtung des Artikels 28 des Grundgesetzes „Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung“, sondern gibt auch Abwehrrechte gegen die sog. Schuldenbremse, die die kommunale Gestaltungskraft völlig abwürgt. Notwendig ist dies auch, wenn man bedenkt, dass der überwiegende Teil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen durch die Kommunen getätigt wird, sie also eine wichtige ökonomische, beschäftigungsbezogene und nicht zuletzt sozialpolitische Rolle spielen.

Beschluss: a.o. MV "Antragsberatung und -beschluss" am 19.08.11

Änderungsantrag: PR.216.

Antragsteller: Kreisverband Erlangen-Höchststadt

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.216.1.

AH1, S. 32, Zeile 1962

Im Kapitel IV. 1 beantragen wir für den Bereich Bildungspolitik Änderungsanträge:

Der Begriff „Emanzipatorische Bildung“ wird ersetzt durch
„Bildung für Alle“

Begründung: Der Begriff ist im allgemeinen Sprachgebrauch irreführend und könnte missverstanden werden.

Der nun vorgeschlagene Begriff ist im Landtagswahlprogramm 2008 der bayerischen Linken schon angewendet worden und hat sich eindeutig verständlicher erwiesen besonders bei vielen unserer potentielle Wähler. Auch wenn es hier um einen fachlich korrekten Begriff handeln mag ist unser Profil gekennzeichnet durch die Beseitigung der sozialen Auslese mit dem Ziel mehr Chancengleichheit zu erreichen. Der Änderungsvorschlag entspricht eher den Diskussionen und Positionen wie sie u. a. in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vertreten werden.

(siehe „Erklärung der GEW Bayern zur Landtagswahl 2008: Von sozialer Auslese zu gleichen Chancen!“
http://www.gew-bayern.de/uploads/media/Seite_21-23.pdf)

Änderungsantrag PR.216.2.

AH1, S. 33, Zeile 2029 - 2030

Im Kapitel IV. 1 beantragen wir für den Bereich Bildungspolitik Änderungsanträge:

Der Begriff „lebenslanges Lernen“

wird ersatzlos gestrichen.

Begründung: Bei dem Begriff „lebenslanges Lernen“ handelt es sich um eine Sprachschöpfung der Bertelsmannstiftung und wurde als Ersatz für die Begriffe „Erwachsenenbildung und Weiterbildung“ im Rahmen von Qualitätsmanagementprogramm in der Weiterbildung eingeführt.. Die Bertelsmannstiftung ist einer der entscheidenden Denkfabriken des Neoliberalismus in Deutschland.

Obwohl es sich beim lebenslangen Lernen eigentlich um eine Selbstverständlichkeit jeden Menschen handelt, hatte die Einführung dieses Begriffs eine nicht

unwesentliche Funktion. Damit sollte die Weiterbildung zum rein privaten Problem der sich Bildenden festgelegt werden bzw. als solches suggeriert werden.

Und so wird dies auch von den Beschäftigten in der Weiterbildung und den zu Bildenden zunehmend wahrgenommen. Daher wird dieser Begriff auch mit lebenslangen Verpflichtungen in Zusammenhang gebracht. DIE LINKE sollte daher derartige Begriffe ebenso konsequent vermeiden, wie jegliche Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung, die für den Sozialabbau, die Änderung der Arbeitsmarktinstrumente immer wieder die „Blaupausen“ geliefert hat.

Die Änderungsanträge wurden auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbands am 20.09.11 beschlossen.

Änderungsantrag: PR.217.

Antragsteller: Kreisverband Heilbronn-Unterland

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.217.1.

AH1, S. 12, Zeile 527

streichen des Wortes „deshalb“.

Der Satz heißt also“ Die LINKE versteht sich als....“

Begründung: Der kausale Zusammenhang ist falsch.

Änderungsantrag PR.217.2.

AH1, S. 17, Zeile 934 - 936

„Der Kapitalismus kann nur überwunden werden, wenn es gelingt, Mehrheiten zu gewinnen“.

Rest des Satzes streichen.

Begründung: Der Rest des Satzes ist zu unklar.

Änderungsantrag PR.217.3.

AH1, S. 18, Zeile 998-1002

streichen „unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus“

Satz lautet dann:

„Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung,.....“

Begründung: Der Einschub „unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus“ macht den Satz zu lang und die Bedeutung des Satzes insgesamt unklarer und ist daher wegzulassen.

Änderungsantrag PR.217.4.

AH1, S. 18, Zeile 1007

streichen „mit revolutionärer Tiefe“

statt dessen soll der Satz so lauten: „...von Brüchen und tiefgreifenden Umwälzungen“

Begründung: klingt zu schwülstig

Änderungsantrag PR.217.5.

AH1, S. 19, Zeile 1057-1058

streichen

„Jede Arbeit, bezahlte oder unbezahlte, soll Wertschätzung erfahren.“

Begründung: Was heißt „Wertschätzung“ ? Mit diesem Begriff wird verschleiert, dass es jede Arbeit wert ist, bezahlt zu werden.

Änderungsantrag PR.217.6.

AH1, S. 19, Zeile 1062

streichen „ wir wollen....zu wirklichen machen“

Begründung: Satz ist inhaltsleer

Änderungsantrag PR.217.7.

AH1, S. 19, Zeile 1114

„allein“ streichen

Begründung: Die öffentlichen Verkehrsmittel sollen sich eben überhaupt nicht an Rendite orientieren, da es sich um eine Grundaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge handelt.

Änderungsantrag PR.217.8.

AH1, S. 24, Zeile 1384

„oder Belegschaftsanteile“ streichen

Begründung: Belegschaftsanteile können die Solidarität innerhalb der Arbeitnehmer durch Standort- und/oder Betriebsegoismus zerstören. Der Profit durch Lohndumping beim Zulieferer oder durch die Schließung eines kleineren Standorts kann die beteiligte Belegschaft zu diesen Entscheidungen bringen. Die beteiligte

Belegschaft kann sich gegen das gesellschaftliche Interesse wenden.

Änderungsantrag PR.217.9.

AH1, S. 26, Zeile 1567

nach „Arbeitsplätze“ einfügen:

„sowie die Verabschiedung von finanzstarken, besser verdienenden Teilen der Bevölkerung aus der Beitragspflicht.“

Begründung: Die Beitragsflucht ist Teil des Problems.

Änderungsantrag PR.217.10.

AH1, S. 27, Zeile 1596

Statt „und eine“ „mindestens aber“

Begründung: Macht den Satz deutlicher.

Änderungsantrag PR.217.11.

AH1, S. 28, Zeile 1686

Wahlrecht ab 16 Jahren an dieser Stelle streichen und an anderer Stelle einfügen z.B. entweder nach Zeile 1695 oder in 1224 nach ausgeübt werden oder einer anderen geeigneten Stelle.

Begründung: an dieser Stelle ist die Forderung zusammenhangslos.

Änderungsantrag PR.217.12.

AH1, S. 31, Zeile 1875

Nach „Arbeitszeit“ Einschub

„mit dem Ziel der Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“

Begründung: Die 30-Stunden-Woche ist unser erklärtes Ziel.

Änderungsantrag PR.217.13.

AH1, S. 31, Zeile 1877-1879

Neu formulieren:

„Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander und die Freizeit dem Diktat der ständigen Abrufbarkeit unterworfen wird.“

Begründung: Der Einschub „dem Diktat der Verwertbarkeit von Arbeit“ drückt den gemeinten Sachverhalt unkorrekt aus

Änderungsantrag PR.217.14.

AH1, S. 32, Zeile 1951-1961

Kapitel „Das Alter würdigen“

entweder das Kapitel ganz streichen oder durch ein kompetentes Kapitel ersetzen

Begründung: Wenn wir zum Thema Alter nicht mehr zu sagen haben, sollten wir es lassen. Es fehlen so wichtige

Themen wie Wohnformen, menschenwürdige Pflege, Möglichkeiten der Teilhabe...

Änderungsantrag PR.217.15.

AH1, S. 34, Zeile 2106

Der Satz: "Staat und Kirche sind zu trennen" ist zu ergänzen zu dem Satz:

"Staat und Kirche sind zu trennen, der Religionsunterricht an den Schulen ist durch Ethikunterricht zu ersetzen."

Begründung: Es ist unerträglich, dass wenige Religionsgemeinschaften privilegiert sind. Die Werteerziehung soll im Ethik- und nicht im Religionsunterricht stattfinden. Religion ist Privatsache der Bürger und ist auch so zu organisieren.

Änderungsantrag PR.217.16.

AH1, S. 35, Zeile 2198

nach "zum Jahr 2050" einfügen:

Die Nutzung von Biomasse darf nur von Abfallstoffen für die Gewinnung von Gas und Treibstoff eingesetzt werden." Rest ist zu streichen.

Begründung: Die Nutzung von Biomasse soll nicht zur Konkurrenz für Nahrungsmittel werden.

Änderungsantrag PR.217.17.

AH1, S. 35, Zeile 2202

nach "Weise erfolgt" einfügen:

"Die Spekulation mit Nahrungsmittel ist zu verbieten."

Begründung: Täglich verhungern Menschen in der Welt, weil sie sich Nahrungsmittel nicht leisten können, Spekulationen erhöhen den Preis.

Änderungsantrag PR.217.18.

AH1, S. 35, Zeile 2210 - 2211

statt "unverzögliche Stilllegung"

"die rasche, kontinuierliche Stilllegung aller Atomkraftwerke bis 2014"

Nach diesem Satz einfügen: "Wir fordern, dass die Nutzung der Atomenergie zur Stromgewinnung durch das Grundgesetz verboten wird."

Begründung: Die aktuellen Forderungen sind Ausstieg bis 2014, wie es auch die Umweltverbände fordern, früher geht es nicht. Der Eintrag ins Grundgesetz würde den Ausstieg endgültig machen.

Änderungsantrag PR.217.19.

AH1, S. 36, Zeile 2285 - 2286

Satz ersetzen durch:

"Einen unentgeltlichen Nahverkehr streben wir in Teilbereichen (Kinder, Jugendliche, Schwerbehinderte) und an einzelnen Orten schon jetzt an und propagieren ihn als Vision, die wir langfristig überall und für alle umsetzen wollen."

Begründung: Wir können bereits heute erfolgreich bei der Umsetzung wirken. Beispiele wie in Hasselt (Belgien) sollten uns ermuntern.

Änderungsantrag PR.217.20.

AH1, S. 36, Zeile 2298

Das Wort "eher" ersetzen durch "früher"

Begründung: Deutlichere und eindeutige Aussage.

Änderungsantrag PR.217.21.

AH1, S. 37, Zeile 2339 - 2341

"Auch andere..." ersetzen durch:

„Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung, Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, sind in öffentliches und/oder genossenschaftliches Eigentum zu überführen und regional und dezentral zu organisieren.

Begründung: Die Erfahrung mit privatisierten Betrieben zeigt: Privat ist Katastrophe! Überall wo die staatlichen Betriebe an private Investoren verramscht wurden, wurden die Produkte teurer und der Service schlechter.

Änderungsantrag PR.217.22.

AH1, S. 37, Zeile 2346

einfügen: "Der Export von Abfällen ist zu verbieten.

Begründung: Giftige Abfallprodukte können in anderen Ländern zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden, wenn dort keine Rücksicht auf Mensch und Natur genommen wird.

Änderungsantrag PR.217.23.

AH1, S. 38, Zeile 2378/2379

Anfügen an den Satz "Wir setzen...." Den Anhang

"und neoliberal sowie der Atomlobby verpflichtet sind."

Begründung: Die Nutzung der Atomkraft ist ausdrücklich im Lissabon-Vertrag verankert.

Änderungsantrag PR.217.24.

AH1, S. 38, Zeile 2409

Den Satz "Die EU braucht...." ersetzen durch:

Die EU braucht Gremien die auf Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften hinwirken.

Begründung: Wir brauchen keinen EU-Finanz oder Wirtschaftsminister oder Wirtschaftregierung die im Klüngel der europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union angesiedelt wird die keine demokratischen Legitimationen aufweisen. Wir brauchen endlich klare Strukturen und keinen Europavorschrittendschunel. Ohne die Zusammenführung der unterschiedlichen europäischen Wirtschaftsräume wird das Experiment scheitern.

Änderungsantrag PR.217.25.

AH1, S. 39, Zeile 2470

Ändern zu:

So ist es möglich mit konkreten Maßnahmen die Unterstützung für Rassisten und Neofaschisten für ihre menschenverachtenden einzudämmen.

Begründung: Leichter verständlich und realistischer.

Änderungsantrag PR.217.26.

AH1, S. 39, Zeile 2491

Statt: " Wir fordern die Auflösung.."

"Wir fordern den Austritt aus der Nato."

Den Rest des Satzes streichen.

Begründung: Die Bundesrepublik hat nicht die Macht die Nato aufzulösen, wohl aber aus dem Militärbündnis Nato auszutreten. Ein „kollektives Sicherheitssystem“ ist ein schwammiger Begriff unter dem man alles, vom Militärbündnis bis zum gemeinsamen Wirtschaftsraum, verstehen kann. Da die räumliche Begrenzung zum Einsatz der NATO Truppen aufgehoben ist, ist die Gefahr groß in die Auseinandersetzungen Rund um den Erdball mit hineingezogen zu werden. Die Äußerungen des ehemaligen Bundespräsidenten Köhler weisen die Richtung in der es mit der NATO nach den Interessen der Industrie gehen soll. In den zivilen Strukturen der Nato zu verbleiben würde bedeuten, dass Deutschland der Zugang zu den militärischen Entscheidungsgremien verwehrt würde. Eine Einflussnahme über die zivilen Strukturen auf das Bündnis gegen den Willen der USA ist illusorisch.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 29.09.2011.

Änderungsantrag: PR.218.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Nele Hirsch, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Tina Flauger, Katja Kipping, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Petra Weitling, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Bianca Klenke, Christine Pastor, Conny Reinhard, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner,

Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 22, Zeile 1283

- keine Verlagerung gesellschaftlicher Aufgaben ins Private-

Ergänzung:

„Das führt unter anderem dazu, dass soziale Aufgaben wie Pflege oder Betreuung von Alten, Kranken oder Kindern verstärkt in den unbezahlten privaten Bereich verlagert werden. In der Konsequenz bedeutet das vielfach einen Verlust an Professionalisierung und insbesondere für Frauen eine verstärkte zeitliche und psychische Belastung.“

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.219.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Nele Hirsch, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Tina Flauger, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Petra Weitling, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Bianca Klenke, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 23, Zeile 1322

- Wiedereinstieg in den Beruf nach Familienpause

Ergänzung: „Auch der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.“

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.220.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Conni Möhring, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Petra Weitling, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Katja Haese, Christine Pastor, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 26, Zeile 1579-1583

- solidarische Rentenversicherung für alle-

Passage ersetzen durch:

„Wir fordern eine solidarische Rentenversicherung, die alle Frauen und Männer in die gesetzliche Rentenversicherung einbezieht, sowie eine Mindestrente für alle, um Altersarmut zu verhindern.“

Im Programmtext soll der Begriff „Erwerbstätigenversicherung“ überall - sofern er sich auf die Rente bezieht - durch „solidarische Rentenversicherung“ ersetzt werden. (veränderte Begründung unter Punkt 2 beachten)

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.221.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, BAG Hartz IV, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Ingrid Giesel, Katja Haese, Bianca Klenke, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 27, Zeile 1599

- Individualprinzip konsequent durchsetzen -

Die Formulierung

„... auf der Basis der gesetzlichen
Unterhaltsverpflichtungen“

wird gestrichen.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.222.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Petra Weitling, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Katja Haese, Bianca Klenke, Christine Pastor, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Conni Möhring, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Michèl Pauly, Jenny Renner, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 27, Zeile 1618

Anfügen:

„Pflegebedürftige Menschen sollen nicht mehr von
Sozialhilfe oder der Unterstützung ihrer Angehörigen
abhängig sein.“

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.223.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Nele Hirsch, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Petra Weitling, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Bianca Klenke, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Jenny Renner, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 30, Zeile 1859

- geschlechtsspezifische Verfolgung-

Anfügen: „Das gilt nicht nur für geschlechtsspezifische Verfolgungen von staatlicher Seite, sondern auch für solche im familiären und gesellschaftlichen Bereich - etwa Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung.“

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.224.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Nele Hirsch, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Bianca Klenke, Christine Pastor, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Sebastian Koch, Katharina Messinger, Jenny Renner, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 31, Zeile 1872

- keine Privilegierung Besserverdienender in der Familienpolitik -

Anfügen:

"Familienpolitische Maßnahmen, die unter dem Deckmantel der Gleichstellung von Frauen und Männern zu Sozialkürzungen führen, lehnen wir ab."

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.225.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Nele Hirsch, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Ulrike Zerhau, Ingrid Giesel, Bianca Klenke, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Katharina Messinger, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Michael Leutert, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller, Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 31, Zeile 1883

Einfügen:

- eigenständige Existenzsicherung Alleinerziehender .

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: PR.226.

Antragsteller: Kreisverband Thübingen

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.226.1.

AH1, S. 33, nach Zeile 1837

Einfügen

„Sicherheit entsteht im öffentlichen Raum dort, wo viele Menschen präsent sind. Überwachungstechnologien können dies nicht leisten. Deshalb wenden wir uns gegen Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst, bei der Bahn etc. und fordern stattdessen den Ausbau öffentlich finanzierter Arbeit, weil diese auch erheblich zur Sicherheit beiträgt.“

Änderungsantrag PR.226.2.

AH1, S. 40, Zeile 2566 ff

Zum Kap. „Internationale Zusammenarbeit und Solidarität“ - soll der Wortlaut wie folgt verändert werden:

(Einfügungen unterstrichen – Auslassungen = (...))

„Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die für alle Staaten gleiche Entwicklungs-chancen schafft, indem weltweit gleiche soziale, demokratische und ökologische Rechte durchgesetzt werden (...). Die Finanzmärkte, Geschäftsbanken und Investoren müssen deshalb einer strikten internationalen politischen Kontrolle und Besteuerung unterworfen werden.(...) Über die hierfür notwendigen internationalen Institutionen muss eine demokratische Einflussnahme der nationalen Parlamente gewährleistet sein und an Stelle von Stimmrechten entsprechend der Kapitaleinlage treten.

An Stelle der Vergabe von sog. „Entwicklungshilfe“ als Belohnung für politisches Wohlverhalten oder als Marktöffner für Exportinteressen müssen Leistungen der Industrieländer an supranationale Fonds treten, die ausschließlich Projekte unterstützen, die von kommunalen und regionalen Initiativen aus bedürftigen Bereichen formuliert werden oder negative Folgen der postkolonialen Weltmarkt-Abhängigkeiten überwinden helfen. Diese Hilfe darf keine Hilfe für Kreditgeber oder Almosen nach Gutdünken der Spender sein, sondern soll eine Entschädigung für die Leidtragenden der Globalisierung sein, um ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Folglich muss auch die Spendenindustrie in den sog. Geber-ländern durch einen stetigen öffentlichen Finanztransfer aus zusätzlichem Steueraufkommen der Finanzwirtschaft für die Länder des Südens abgelöst werden (...). Diese Mittel sollten, wie bereits von der UNCTAD III 1970 gefordert, 1 % des Bruttoinlandsproduktes der OECD-Länder umfassen.(...) Über die Verwendung haben ausschließlich demokratisch

gewählte und demokratisch kontrollierte Institutionen der Empfängerländer souverän zu befinden und Rechenschaft zu leisten.

Begründung: Weite Strecken des Leittrages zu diesem Kapitel wirken wie eine schlechte Kopie eines GRÜNEN-Gutmenschen-Papiers ohne irgendeine Lehre aus einer Beschäftigung mit dem modernen Imperialismus gezogen zu haben. Deshalb erscheinen diese Passagen im Vergleich zu den hier neu eingeführten als vergleichsweise unerheblich und entbehrlich. Teilweise würden sie auch den Eindruck vermitteln, unsere Partei habe kein Perspektiven, die sich von Rot-Grün qualitativ unterscheiden, keine eigenen Gedanken und die gleiche paternalistische Einstellung gegenüber den Abhängig Gehaltenen und destabilisierten Ländern, wie viele Mitglieder der Hilfe-Industrie, die am bestehenden „Entwicklungshilfe“-System partizipieren.

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 15. September 2011

Änderungsantrag: PR.227.
Antragstellerinnen: Emanzipatorische Linke (Koordinierungskreis), BAG
Grundeinkommen

Änderungsanträge zum Leittrage des Parteivorstandes zum Programm an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.227.1.

AH1, S. 5, vor Zeile 1

Einzufügen kultureller Einstieg:

„Die Reklamation

Meine Stimme gegen dein Mobiltelefon
Meine Fäuste gegen eure Nagelpflegelotion
Meine Zähne gegen die von Doktor Best und seinem Sohn
Meine Seele gegen eure sanfte Epilation

Es war im Ausverkauf im Angebot die Sonderaktion
Tausche blödes altes Leben gegen neue Version
Ich hatte es kaum zu Hause ausprobiert da wusste ich schon

an dem Produkt ist was kaputt-das ist die Reklamation

Ich will
Ich tausch nicht mehr ich will mein Leben zurück
Guten Tag ich gebe zu ich war am Anfang entzückt
aber euer Leben zwick und drückt nur dann nicht
wenn man sich bückt -
Guten Tag

Meine Stimme gegen die der ganzen Talkshownation
Meine Fäuste für ein müdes Halleluja und Bohnen
Meine Zähne gegen eure zahme Revolution
Visionen gegen die totale Television

Es war im Ausverkauf im Angebot die Sonderaktion
Tausche blödes altes Leben gegen neue Version
Ich hatte es kaum zu Hause ausprobiert da wusste ich schon
an dem Produkt ist was kaputt-das ist die Reklamation

Guten Tag guten Tag ich will mein Leben zurück
Guten Tag guten Tag ich will mein Leben zurück
Guten Tag guten Tag ich will mein Leben zurück
Ich tausch nicht mehr ich will mein Leben zurück
Guten Tag ich gebe zu ich war am Anfang entzückt
aber euer Leben zwick und drückt nur dann nicht
wenn man sich bückt -
Guten Tag“
Wir sind Helden, 2003

Begründung: Als Kulturdokument der Gegenwart drückt das Lied unsere Verankerung im Hier und Heute aus und hatte generationenübergreifend eine Wirkung. Es wurde zum Ausgangspunkt eines Kulturen übergreifenden Protestgefühls in den sogenannten 00er-Jahren, das Entfremdung und Entmündigung ebenso thematisiert wie eigenen Widerstand dagegen zum Ausdruck bringt.

Änderungsantrag PR.227.2.

AH1, S. 7, nach Zeile 206

Traditionslinien

als neuen Absatz einfügen:

„Denken und Praxis des Anarchismus' waren nicht nur Teil der Arbeiterbewegung von Beginn an, sie lebten weiter im Kollektivismus der Spanischen Revolution, im anti-autoritären Teil der 68er-Revolution, im radikalen Feminismus der autonomen Frauenbewegung, in der Institutionen-Kritik und in der Anti-Pädagogik der 70er Jahre, und in vielen sozialen Experimenten rund um die Welt, von den argentinischen Fabrikübernahmen bis zur weltweiten Kommune-Bewegung und der globalen Praxis der Freien Software. Das Erbe dieses Teils der Linken ist das Wissen, dass der Staat die neuen, sozialistischen Formen der Kooperation nicht per Verordnung schaffen kann, und der Anspruch, dass er ihnen Raum gibt, sie stärkt und verteidigt, sie bevorteilt gegenüber den alten.“

Begründung: Diese von uns beschriebene Haltung des Staates wird im Entwurf unterschätzt, seine Rolle als „Gestalter“ dagegen überschätzt. In der „Ahnenreihe“ im ersten Abschnitt des Entwurfs gibt es einen großen Abwesenden: den Anarchismus.

Änderungsantrag PR.227.3.

AH1, S. 7, Zeile 151

Eigentumsfrage und Staatsverständnis der Linken

Einfügen als neuen Absatz:

Für mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung und der Selbstorganisation auf allen Ebenen. Mit unserem Konzept verschiedener Eigentumsformen verbinden wir ein verändertes Verständnis von Staatlichkeit: zum einen kann Staat in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge den gleichen Zugang für alle und dort nicht-marktförmige Organisationskriterien garantieren. Die genaue Ausgestaltung aber wollen wir keiner staatlichen Bürokratie, keinem Amt überlassen. Die Vorstellung verschiedener Eigentumsformen trägt diesem differenzierten linken Verhältnis zum Staat Rechnung und ermöglicht Beteiligung von BürgerInnen und konzeptionelle Vielfalt auf allen Ebenen.

Änderungsantrag PR.227.4.

AH1, S. 41, Zeile 2652 - 2656

Gleiche Interessen? vs. Verschiedene, zu vermittelnde Interessen

Ersetzen:

„Mit diesem Bündnis wollen wir die Interessen derer bündeln, die von der bestehenden Gesellschaftsordnung ihrer Entfaltungs- und Freiheitspotentiale beraubt werden und gleichsam mit jenen zusammen wirken, die als Einzelne oder in Kollektiven denkend und handelnd an der Gestaltung des sozialen Gemeinwesens im 21. Jahrhundert arbeiten. Dabei wollen wir dazu beitragen, die vermeintlich unterschiedlichen Interessen der jeweiligen Einzelnen und Gruppen zu vermitteln und gemeinsame Ziele zu erreichen. Gemeinsamen Denken und Diskutieren soll gemeinsames Handeln folgen: in den Räumen, die wir dafür schaffen wollen, soll der Umgang mit Widersprüchen ebenso gelernt wie die gemeinsame Handlungsmacht gesteigert werden.“

Änderungsantrag PR.227.5.

AH1, S. 43, Zeile 2796

Offenheit der Partei/ Politikstil

Einfügen nach „direkten Bürgerbeteiligung“ :

„... auch in der Erarbeitung und Weiterentwicklung ihrer eigenen Programmatik.“

Begründung: Es ist wichtig im Programm zu verankern, dass es sich nicht um ein Avantgarde-Verständnis der Partei im Umgang mit ihren Inhalten in Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen und BürgerInnen geht, sondern dass Positionen in einer zur Gesellschaft hin offenen, diese gezielt beteiligenden Weise erarbeitet und weiter entwickelt werden.

Änderungsantrag PR.227.6.

AH1, S. 44, Zeile 2812

Veränderung und Selbstveränderung/ die Partei als lernende Organisation

Einfügen:

„Umfassende Rechte von Sympathisant/innen bleiben in unserem Selbstverständnis verankert. Grundlegende Entscheidungen unserer kommunalpolitischen Programmatik diskutieren wir in Einwohnerversammlungen. Wir öffnen uns auf allen Ebenen gleichberechtigten Diskussionen mit allen Beteiligten und Betroffenen, dafür nutzen wir die gewachsenen Möglichkeiten medialer Vermittlung.“

Einzelunterstützer_innen:

Katharina Messinger (Delegierte BAG Grundeinkommen ÄA 1-6),
Olaf Michael Ostertag (Delegierter BAG Grundeinkommen ÄA 1-6)
Klaus Lederer (Delegierter Berlin ÄA 1-6),
Hamid Rochdi (Delegierter Berlin ÄA 1-6),
Michael Leutert (Delegierter Sachsen ÄA 1-6)
Nico Brünler (Delegierter Sachsen ÄA 1-6)
Julia Bonk (Delegierte Sachsen ÄA 1-6),
Jens Matthis (Delegierter Sachsen ÄA 1-6),
Heike Werner (Delegierte Sachsen ÄA 1-6),
Susanna Karawanskij (Delegierte Sachsen: ÄA 1-5)
Sven Scheidemantel (Delegierter Sachsen: ÄA 1-5)
Cornelia Ernst (Delegierte Sachsen: ÄA 2-6)
Adeline Otto (Delegierte BAG Grundeinkommen: ÄA 2-6)
Stefanie Götze (Delegierte Sachsen: ÄA 2-6)
Janina Pfau (Delegierte Sachsen: ÄA 2-6)
Thomas Kind (Delegierter Sachsen: ÄA 2-6)
Sebastian Koch (Delegierter Jugendverband: ÄA 2-6),
Uwe Schaarschmidt (Delegierter Sachsen: ÄA 2-6),
Jan Korte (Delegierter Sachsen-Anhalt: ÄA 2-6)
Kreszentia Flauger (Delegierte Niedersachsen: ÄA 5)
Luise Neuhaus-Wartenberg (Sachsen: Bundesausschuss ÄA 1-6)
Claudia Jobst (Sachsen: Bundesausschuss ÄA 1-6)
Gisela May (Ersatzdelegierte BAG Grundeinkommen ÄA 1-6)
Edith E. Preiss (Ersatzdelegierte BAG Grundeinkommen ÄA 1-6)
Stefan Wolf (Ersatzdelegierter BAG Grundeinkommen ÄA 1-6)
Simone Hock (Sachsen Ersatzdelegierte: ÄA 2 - 6)

Änderungsantrag: PR.228.

**Antragsteller: BundessprecherInnenrat
Linksjugend ['solid]**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Kapitalismus ist Krise für Mensch & Natur

Änderungsantrag PR.228.1.

AH1, S. 5, Zeile 55

Einfügen hinter "[...] weil der Kapitalismus [...] mit diesen Zielen unvereinbar ist.":

„Er ist immer krisenhaft für Mensch und Natur und nie stabil, zwingt zum ökonomischen Wachstum und zur Profitmaximierung. Phänomene wie Armut, Existenzängste oder Entlassungen können sozialstaatlich gelindert werden. Grundsätzlich verhindert werden können sie nur, wenn die kapitalistische Produktionsweise überwunden wird. Dann müssen die Menschen ihre Konflikte in kooperativer Weise lösen, jenseits von Markt und Staat.“

Begründung: Linke Politik im Hier und Jetzt setzt – leider – innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise an. Diese ist im Grundsatz strukturell krisenhaft und nicht etwa "im Gleichgewicht", wie marktliberale Politik weismachen will. Wir müssen im Programm deutlich machen, dass eine sozialstaatliche Politik bestimmte Probleme, die der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, eindämmen kann. Überwinden können wir sie nur, wenn diese Produktionsweise überwunden wird.

Ja zu Sozialen Bewegungen

Änderungsantrag PR.228.2.

AH1, S. 41, Zeile 2646

Einfügen hinter "[...] Wechselspiel [...] im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich.":

„Soziale Bewegungen betrachten wir nicht als bloße Ergänzung, sondern als notwendige Weiterentwicklung der Demokratie über reinen Parlamentarismus hinaus. Die Linke unterstützt solche Formen von Selbstorganisation uneigennützig und nicht zum Zweck der Wahlkampfhilfe.“

Begründung: Das Programm braucht ein klares Bekenntnis zur Bedeutung Sozialer Bewegungen. Im Gegensatz zum Verständnis der anderen Parteien sind diese für uns nicht aus wahltaktischen Überlegungen interessant, sondern als Ausdruck von Selbstorganisation ein wichtiges Ziel linker Politik.

Für eine andere Organisation der Arbeit

Änderungsantrag PR.228.3.

AH1, S. 22, nach Zeile 1269

Einfügen eines neuen Absatzes hinter "[...] im Bereich der Erwerbsarbeit.":

„Wir streiten für eine andere Form der Organisation von Arbeit, die nicht mehr zwischen wertvoller (bezahlter) und nicht-wertvoller (unbezahlter) Arbeit unterscheidet. DIE LINKE kritisiert den patriarchalen Charakter dieses Arbeitsbegriffs. Deshalb betrachten wir es als notwendig, schon jetzt Vorschläge in die gesellschaftliche Debatte

einzubringen, die das Potenzial haben, eine Perspektive jenseits der Lohnarbeit aufzuzeigen.“

Begründung: Arbeit im Kapitalismus ist immer als Herrschaftsverhältnis strukturiert. Entweder, sie ist in Form der Lohnarbeit fest an die Bedingungen von Kapital und Profit geknüpft, oder in Form der Hausarbeit als „Frauenarbeit“ patriarchal organisiert. Als Linke streiten wir für eine Welt, in der Arbeit nicht herrschaftsförmig organisiert ist, sondern in der die Menschen gemeinsam entscheiden können, was sie für ein gutes Leben brauchen und wie (viel) sie dafür arbeiten wollen. Das Programm darf deshalb nicht den Eindruck erwecken, die vermeintlich „gute“ Arbeit gegen das „böse“ Kapital starkzumachen, sondern muss beides kritisieren.

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Änderungsantrag PR.228.4.

AH1, S. 33, Zeile 2025

Einfügen nach „müssen zurückgedrängt werden“:

„Bundeswehrwerbung an Bildungseinrichtungen, etwa durch Jugendoffiziere, Planspiele und Unterrichtsmaterialien, lehnt DIE LINKE entschieden ab.“

Begründung: Neben der Ablehnung der Rüstungsforschung ist auch andere Einflussnahme des Militärs im Bildungsbereich strikt zu bekämpfen. Die Transformation der Bundeswehr zur global agierenden Angriffsarmee und die daraus resultierende Aussetzung der Wehrpflicht führen dazu, dass die Bundeswehr noch stärker als zuvor Einfluss auf junge Menschen nehmen will. Hierbei verfolgt sie zum einen das Ziel, Nachwuchs für ihre Auslandseinsätze für die Interessen deutscher Unternehmen und des deutschen Staats zu werben und zum anderen, diese Einsätze als unausweichlich und aus humanistischen und friedlichen Gründen zu legitimieren.

Kooperationsabkommen und Militarisierung stoppen

Änderungsantrag PR.228.5.

AH1, S. 40, Zeile 2542

Einfügen des folgenden Absatzes nach „(...) Militarisierung der EU“:

„Die Bundeswehr wirbt zunehmend auf Messen, in den Medien und an Schulen für eine vermeintliche „Karriere mit Zukunft“ und ein kostenloses Studium. Kooperationsabkommen zwischen Landesregierungen und Bundeswehr institutionalisieren und erleichtern das Werben von Jugendoffizieren an Bildungseinrichtungen. Gerade junge Menschen ohne Perspektive werden somit durch die Bundeswehr angezogen und zum Dienst an der Waffe verpflichtet. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot jeglicher Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und staatlichen Bildungseinrichtungen ein. Bereits geschlossene Kooperationsvereinbarungen müssen rückgängig gemacht, das Abschließen weiterer Abkommen verboten werden. Wir stellen und aktiv der fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft entgegen.“

Begründung: Um die im vorherigen Absatz benannte „Militarisierung der EU“ durchzusetzen und für

gesellschaftliche Unterstützung zu werben, geht die Bundeswehr immer penetranter vor, egal ob in Schulen, bei Sportveranstaltungen oder im TV.

Doch in den letzten Jahren baut sich eine Gegenöffentlichkeit aus Friedensorganisationen, Gewerkschaften, Jugendverbänden etc. auf. Auch DIE LINKE muss Teil dieser außerparlamentarischen Bewegung sein bzw. bleiben und sie zudem durch parlamentarische Initiativen unterstützen. Eine der Kernforderungen muss hierbei bei der Ablehnung der Kooperationsabkommen zwischen Militär und Landesregierungen sein.

Bundeswehr abschaffen

Änderungsantrag PR.228.6.

AH1, S. 40, Zeile 2549

Einfügen nach „(...) Welt ohne Kriege“:

„Für uns beinhaltet dies die Forderung nach der Auflösung der Bundeswehr.“

Begründung: In den letzten Jahren wurde die Methode, „mit Krieg Frieden zu erkämpfen“, Tag für Tag ad absurdum geführt und an vielen Stellen dieser Welt wurde der Beweis geliefert, dass sie zwangsläufig scheitern muss. Gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der enormen Kürzungen im Sozialsystem sind auch die enormen Kosten jedes Militärapparates ein weiteres Argument für die Abschaffung der Bundeswehr.

Wer jedem Menschen ein Leben in Frieden ermöglichen will, muss eine weltweite Abrüstung zum Ziel haben. Genauso, wie wir eine Einstellung jeglicher Rüstungsproduktion fordern, müssen wir auch deren Verwendung beenden – konkret gesagt: Armeen abschaffen. Den ersten Schritt müssen wir in Deutschland tun, in dem Land, von dem der erste und der zweite Weltkrieg ausgingen.

Ausfinanzierung öffentlicher Bildungsinstitutionen

Änderungsantrag PR.228.7.

AH1, S. 31, Zeile 1986

UnterstützerInnen: Linksjugend [`solid] Halle (Saale)

„eine erheblich bessere Finanzierung“ wird ersetzt durch:

„eine Ausfinanzierung“

Begründung: In Anbetracht der Forderungen nach einem Bildungsangebot, das allen Menschen offenstehen muss, ist die Ausfinanzierung des gesamten Bildungsbereichs nicht nur die einzig logische Konsequenz, sondern ermöglicht auch Entfaltung und Emanzipation – frei von Sorgen um Kita-Platz, Geld für Schulmaterialien, Bildungsfahrten, Eignungstests und außerschulische Bildungsangebote sowie um Nebenjobs zum Studium und Zeitdruck bei den Creditpoints fürs Bafög-Amt.

Ferner spielt auch die Begrifflichkeit eine wichtige Rolle: Von „erheblich besserer Finanzierung“ sprechen auch die Kollegen anderer Parteien sehr gern, allerdings vor dem Hintergrund von Kooperationsverträgen zwischen Unternehmen und öffentlichen Bildungseinrichtungen, die

drohen, die Grenze zur (Teil-) Privatisierung immer schwammiger bis nicht mehr existent zu machen.

Der Bildungssektor gehört in die öffentliche Hand und darf weder vom Geldbeutel der „Nutzer“ noch von dem der „Gönner“ abhängen!

Bildungsföderalismus abschaffen

Änderungsantrag PR.228.8.

AH1, S. 32, Zeile 1988

UnterstützerInnen: Linksjugend [`solid] Halle (Saale)

Einfügen nach „[...] eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern“:

„sowie letztlich die Abschaffung des Bildungsföderalismus“.

Begründung: Der Bildungsföderalismus hemmt, erschwert und diskriminiert – und zwar nicht durch seine momentane Ausprägung, sondern aufgrund seiner Struktur und Funktionsweise als solcher. Er macht jegliche Vergleichbarkeit und die heutzutage so zentral gewordene „Mobilität und Flexibilität“ unmöglich. Schüler_innen, deren Eltern in ein anderes Bundesland umziehen, werden mit (dem Kauf von) völlig neuen, inhaltlich und methodisch anders aufgebauten Materialien und Lehrplänen konfrontiert: Im Zeitalter des Leistungsdrucks für viele eine große Hürde. Abiturient_innen haben in den verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen, sowohl was die Anerkennung ihrer Abiturnoten für den Numerus Clausus betrifft als auch in Bezug auf die inhaltliche Vorbereitung auf den angestrebten Studiengang, eine große Ungerechtigkeit! Und nicht zuletzt wird angehenden Lehrer_innen durch verschiedene Erfahrungen in der eigenen Schulzeit und unterschiedlich aufgebaute Studiengänge der Wechsel an Schulen anderer Bundesländer erschwert.

Kurzum: Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist wünschenswert und vielleicht auch eine Voraussetzung für die Abschaffung dieser Ungleichmachung, aber nicht das Ziel.

Gegen Extremismusbegriff und -theorie

Änderungsantrag PR.228.9.

AH1, S. 32, ab Zeile 2124

UnterstützerInnen: Landesmitgliederversammlung Linksjugend [`solid] Hessen, Linksjugend [`solid] Hannover

Einfügen „DIE LINKE setzt sich vehement gegen die Gleichsetzung linker Ideen mit faschistischem Gedankengut durch Totalitarismuskonzepte und Extremismustheorie ein. Unsere Vorstellung einer friedlichen, gerechteren und demokratischen Welt ist in keiner Weise mit dem menschenverachtenden Weltbild der (Neo-)FaschistInnen zu vergleichen.“

Begründung: Zwei Dimensionen praktischer Politik spielen im Kontext der Extremismustheorie entscheidende Rollen:

1. Eine öffentliche Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremisten", welche massiv antifaschistische Arbeit erschwert, da Teile der antifaschistischen Bewegung als Linksextremisten diffamiert werden. Allein wegen der historischen Erfahrung, welche Folgen die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung vor Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte, sollte sich DIE LINKE solchen Spaltungsversuchen verwehren.

2. Die Sicherung einer freien, linken Debatte: Die Extremismustheorie zielt auf die Spaltung in "demokratische" und vermeintlich "extremistische" Linke, was nicht mit unserem Prinzip des innerlinken Pluralismus zu vereinbaren ist. Auch in der Partei DIE LINKE muss es möglich sein, unterschiedliche Modelle zur Gestaltung einer postkapitalistischen Gesellschaft zu diskutieren.

Im Hinblick auf historische Debatten bezüglich der Totalitarismuskritik scheuen wir uns nicht, innerlinke Geschichte auch im Bezug auf den Staatssozialismus des letzten Jahrhunderts kritisch zu diskutieren und zu bewerten. Wir weisen aber entschieden zurück, den Missbrauch linker Ideen und einzelner Bewegungen als Verurteilung linker Bewegungen und Ideen als Ganzes hinzunehmen.

Nicht zuletzt ist es aus einer wissenschaftlichen Perspektive äußerst fragwürdig, dass die wissenschaftlich höchst umstrittene Extremismustheorie zum Leitmodell von Inlandsgeheimdiensten und anderer staatlicher Institutionen gemacht wurde. Infolge dessen hat sich in der Vergangenheit zu oft gezeigt, wie politisch missliebige Ideen auch mit staatlichen Maßnahmen (z.B. Verweigerung öffentlicher Mittel für die Linksjugend [solid] oder die Rosa Luxemburg Stiftung, gezielte Diffamierung über Verfassungsberichte, Überwachung antifaschistischer & umweltpolitischer Gruppen usw.) aus dem öffentlichen Raum gedrängt werden sollen. Die LINKE sollte sich nicht nur gegen diese Maßnahmen wenden, sondern auch gegen die Ideologie, die diesen zu Grunde liegt.

Änderungsantrag: PR.229.

Antragsteller: Kreisverband Darmstadt

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.229.1.

AH1, S. 8, Zeile 240 - 243

„Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten.“

wird ersetzt durch:

„DIE LINKE sieht sich insbesondere wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus in einer besonderen Verantwortung, jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegen zu treten.“

Begründung: Die Verantwortung der Partei DIE LINKE folgt nicht aus einer deutschen Staatsräson. Die Verantwortung, jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegen zu treten, leitet sich für DIE LINKE aus ihren Grundüberzeugungen ebenso wie aus den spezifischen Erfahrungen der Linken in Deutschland, darunter ihrem Scheitern im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus, ab.

Änderungsantrag PR.229.2.

AH1, S. 8, Zeile 243 - 244

„Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten.“

wird ersetzt durch:

„Wir treten für das Recht aller Menschen in Israel und Palästina ein, gleichberechtigt und in Frieden in ihrer angestammten oder auch neu gewonnenen Heimat zu leben, ihre Religion auszuüben und ihre Kultur zu pflegen. Das Existenzrecht kommt dem Staat Israel in gleichem Maße zu wie dem Staat Palästina.“

Begründung: Der Text des Leitantrags bezieht sich ausschließlich auf Staaten, nicht jedoch auf die in der Region lebenden Menschen. Die Menschen, ihre Lebensbedingungen und ihre Rechte, müssen jedoch im Mittelpunkt linker Politik stehen.

Änderungsantrag PR.229.3.

AH1, S. 8, Zeile 244 - 247

„Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.“

wird ersetzt durch:

„DIE LINKE setzt sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten ein. Wir unterstützen die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen und treten für eine gerechte Regelung der Rückkehransprüche der palästinensischen Flüchtlinge ein.“

Begründung: Der Text des Leitantrags berücksichtigt nicht die Lage derjenigen Palästinenser, die außerhalb Palästinas, vielfach in Flüchtlingslagern im Libanon und in

Jordanien unter menschenunwürdigen Umständen leben, und die ohne eine gerechte Regelung ihrer Rückkehransprüche keine realistische Möglichkeit haben, sich ein neues Leben in Israel oder Palästina aufzubauen. DIE LINKE sollte unabhängig von besonderen Voraussetzungen, wie z.B. einer Beilegung des Konflikts im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung, die völkerrechtliche Anerkennung des palästinensischen Staates unterstützen.

Änderungsantrag PR.229.4.

AH1, S. 38, Zeile 2406–2409

der Satz „Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden, der auch Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Stabilität mit einschließt“

ersetzt durch:

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch eine finanz- und wirtschaftspolitische Koordination ersetzt werden, die auf den Abbau der Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und außenwirtschaftliche Stabilität ausgerichtet ist.“

Hinweis: Dieser Antrag ersetzt den Teil unseres bereits eingebrachten Antrags (PR.174.1.), der sich auf die Zeilen 2406-2409 bezieht.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbands Darmstadt am 6.10.2011.

Änderungsantrag: PR.230.

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen (MdB, Sprecherin für Migration und Integration der Linksfraktion, Bochum), Tina Flauger (MdL, Vorsitzende der Linksfraktion, Niedersachsen), Kristina Vogt (MdBB, Vorsitzende der Linksfraktion, Bremen), Ali Al Dailami (Mitglied und Migrationspolitiker im Parteivorstand, Gießen), Mehmet Yildiz (MdHB, Sprecher für Migration und Flucht der Linksfraktion, Hamburg), Peter Ritter (MdL Mecklenburg-Vorpommern, Innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, Reuterstadt Stavenhagen), Antje Jansen (MdL Schleswig-Holstein, Vorsitzende der Linksfraktion, Lübeck), Pia-Beate Zimmermann (MdL Niedersachsen, Migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Wolfsburg), Anna Conrads (MdL NRW, Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Duisburg), Özlem Alev Demirel (MdL NRW, Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, Köln), Gabriele Ungers (Sprecherin für Migration und Flüchtlingspolitik im Landesvorstand Saarland, Saarbrücken), Ali Atalan (MdL NRW, Migrationspolitiker Sprecher der Linksfraktion, Münster), Cornelia Ernst (MdEP, Mitglied im Bundesausschuss der Partei DIE LINKE) und der KV Bochum.

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsanträge zum Thema Migration

Änderungsantrag PR.230.1.

AH1, S. 31, Zeile 1891 ff

Ersetze den Titel "Einwanderungsland Deutschland" durch "Migration und Integration als soziale Frage - offene Grenzen für Menschen in Not!"

Begründung: Der Titel "Einwanderungsland Deutschland" hat keinerlei programmatische Aussagekraft. Die Migration von Menschen als auch die sogenannten "Integrationsprobleme" haben nach weitgehend einheitlichen wissenschaftlichen Studien ganz überwiegend soziale Ursachen, die nicht mit der ethnischen Herkunft, einer irgendwie gearteten „Andersartigkeit“ oder dem Glauben der Betroffenen

erklärt werden können. Die sozialen Probleme von Migranten die in Deutschland leben sind kein Schicksal. Es ist das Ergebnis jahrzehntelanger Politik: der Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen.

Änderungsantrag PR.230.2.

AH1, S. 31, Zeile 1892

Streiche den Satz "Deutschland ist ein Einwanderungsland" und ersetze durch "DIE LINKE. lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das deutsche Kapital als „nützlich“ oder „unnützlich“ gelten.“

Begründung: Die Feststellung "Deutschland ist ein Einwanderungsland" hat keinerlei programmatische Aussagekraft und ist darüber hinaus eine Floskel, die inzwischen von fast jeder anderen politischen Partei vertreten wird. Wichtig ist aber, darauf hinzuweisen, dass nicht jedeR einwandern kann, dass es eine sehr selektive Einwanderungs- und eben auch Integrationspolitik gibt.

Änderungsantrag PR.230.3.

AH1, S. 31, Zeile 1893 ff

Ändere in Absatz 1 "Der Familiennachzug muß sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein."

in: "D.h. auch der Familiennachzug muß sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein."

Begründung: Redaktionelle Änderung, um den Übergang an den vorhergesehenen Satz sprachlich und inhaltlich nachvollziehbar zu machen, weil es auch nicht nur um den Familiennachzug geht.

Änderungsantrag PR.230.4.

AH1, S. 31, Zeile 1895 ff

Ändere und ergänze in Absatz 1 "Die Förderung der sprachlichen Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges sind dafür ein Schlüssel. Ethnische Minderheiten sollen optimale Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Sprache, Kultur und Identität pflegen zu können."

in: "Die Förderung der sprachlichen Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges sind wichtig aber nicht ausreichend für die Integration. Wir wollen die strukturellen Diskriminierungen beim Zugang zu Bildung, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen."

Begründung: Sprache und Bildung ist nicht für den Familiennachzug der Schlüssel und soll es nach Auffassung der LINKEN auch nicht sein. Der Familiennachzug ist ein Grundrecht. Der Verweis auf Sprache und Bildung als Schlüssel zur Integration widerspricht wissenschaftlichen Erkenntnissen und lenkt die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Themen und Barrieren in Bezug auf Integration ab.

Änderungsantrag PR.230.5.

AH1, S. 31, Zeile 1912

Füge in Absatz 3, vor "Menschen, die vor...." neu ein:

"DIE LINKE richtet ihre Flüchtlingspolitik nach Humanität und Menschenrechten, so dass der Schutz von Menschen in Not im Vordergrund steht und nicht ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen. Deshalb setzt sich DIE LINKE seit Jahren für die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX ein, die das wichtigste Abschottungsinstrument der EU darstellt."

Begründung: Die Forderung nach Abschaffung von FRONTEX ist eine zentrale Forderung der linken Flüchtlingspolitik!

Änderungsantrag PR.230.6.

AH1, S. 31, Zeile 1899

Verschiebe die letzten zwei Sätze "Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not." des ersten Absatzes in Zeile 1899 f.

in Absatz 3 nach "...wichtigste Abschottungsinstrument der EU darstellt." und vor "Menschen, die vor...."

Begründung: Der inhaltliche Zusammenhang besteht zu Absatz 3.

Änderungsantrag PR.230.7.

AH1, S. 31, Zeile 1909

Ändere den Satz in Absatz 2, "Doppelte Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein."

in "Doppelte Staatsangehörigkeiten sollen grundsätzlich möglich sein."

Begründung: Der Konjunktiv suggeriert, dass wir die Forderung, die DIE LINKE seit Jahren erhebt, ins Belieben der Behörden stellen.

Die Änderungsanträge wurden vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.231.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei), Sabine Lösing (MdEP), Ruth Firmenich (Mitglied im SprecherInnenrat der BAG FIP), Heike HänseIn(MdB), Sevim Dagdelen (MdB)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsanträge zu Europapolitik

Änderungsantrag PR.231.1.

AH1, S. 14, Zeile 677

Ändere den Satz:

„Auch die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, den Frieden in Europa zu sichern, entwickelte sich zunehmend zu einem Motor der neoliberalen Umgestaltung.“

In:

Auch die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, die nicht-militärische Lösung von Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten zu befördern, entwickelte sich zunehmend zu einem Motor der neoliberalen Umgestaltung.

Begründung: Mit dieser Änderung wird der Beitrag der Europäischen Union realitätsgetreuer zum Ausdruck gebracht. Insbesondere der Krieg in Jugoslawien zeigte, dass die EU keinen Frieden in Europa gesichert hat.

Änderungsantrag PR.231.2.

AH1, S. 38, Zeile 2384:

Ergänze am Ende dieses Abschnitts:

„Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte, zurück.“

Begründung: Mit der Ergänzung wird insbesondere auf aktuelle Erfahrungen in der Euro-Krise eingegangen und die Forderung der LINKEN auf Einhaltung der nationalstaatlichen Souveränität anstelle der Beugung unter das Diktat der Finanzmärkte aufgenommen.

Änderungsantrag PR.231.3.

AH1, S. 38, Zeile 2424:

Ändere den Satz:

„Wir wollen eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament und transparenten Entscheidungsprozessen in allen europäischen Institutionen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.“

In:

„Wir wollen eine Europäische Union mit starken nationalstaatlichen Parlamenten und einem starken Europäischen Parlament und transparenten Entscheidungsprozessen in allen europäischen Institutionen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.“

Begründung: Mit dieser Ergänzung wird auch auf die entscheidende Rolle der nationalstaatlichen Parlamente für eine demokratische Europäische Union verwiesen. Gerade angesichts der Euro-Krise wehrte sich DIE LINKE beispielsweise dagegen, dass Durchgriffsrechte auf nationalstaatliche Haushalte etabliert wurden.

Änderungsantrag PR.231.4.

AH1, S. 39, Zeile 2469:

Ändere den Satz:

„So können wir unser politisches Ziel einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Neugestaltung der Fundamente der Europäischen Union erreichen.“

In: „So können wir unser politisches Ziel einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Neugründung der Europäischen Union erreichen.“

Begründung: DIE LINKE hat konsequent Nein zum Vertrag von Lissabon gesagt. Mit dieser Änderung wird unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass wir eine andere, eine bessere Europäische Union wollen.

Die Anträge wurden vom Vorstand des KV Bochum am 06. Oktober 2011 beschlossen.

Änderungsantrag: PR.232.

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen (MdB, LV NRW), Caren Lay (MdB, Bundesgeschäftsführerin, LV Sachsen), Sabine Wils (MdEP, LV Hamburg), Julia Bonk (MdB, LV Sachsen), Heike Hänsel (MdB, LV Baden-Württemberg), Kristina Vogt (MdB, Vorsitzende der Linksfraktion, Bremen), Ida Schillen (Mitglied im Parteivorstand, LV Mecklenburg-Vorpommern), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der EL, LV NRW), Ali Al Dailami (Mitglied im Parteivorstand, LV Hessen) und der KV Bochum

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsanträge zum Thema Laizismus

Änderungsantrag PR.232.1.

AH1, S. 34, Zeile 2105:

Ändere den Absatz: DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf freie Religionsausübung. Sie tritt ein für den Schutz religiöser Minderheiten. Staat und Kirchen sind zu trennen.“

In: „DIE LINKE ist eine laizistische Partei. Sie setzt sich für die Trennung von Staat und Kirche bzw. Religionen ein. Sie verteidigt das Recht aller Menschen auf freie Religionsausübung und tritt ein für den Schutz religiöser Minderheiten.“

Begründung: Bisher fehlt im Leitantrag eine klare Formulierung, dass DIE LINKE sich zum Laizismus bekennt.

Änderungsantrag PR.232.2.

AH1, S. 34, Zeile 2108:

Ergänze im Abschnitt zu Kirchen und Religionsgemeinschaften nach

„... Unabhängigkeit.“ den folgenden Satz: „Zur Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften gehört, dass alle staatlichen Zahlungen und Vergünstigungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften einzustellen sind, mit Ausnahme der Leistungen an die Jüdischen Gemeinden und andere vom Naziregime verfolgte Glaubensbewegungen.“

Begründung: Die Einstellung staatlicher Zahlungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften ist eine zentrale Forderung, die DIE LINKE stellen muss, wenn sie ihren

Anspruch ernst nimmt, dass Religion/ Kirche und Staat zu trennen sind.

Änderungsantrag PR.232.3.

AH1, S. 34, Zeile 2113

Ergänze nach: „Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern.“

Den folgenden Satz: „Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrags des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von kirchlicher oder religionsgemeinschaftlicher Einflussnahme.“

Begründung: Mit dieser Formulierung macht DIE LINKE deutlich, dass sie keinen konfessionellen Unterricht in den Schulen anstrebt, sondern alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam und in staatlicher Verantwortung über Religionen Wissen vermittelt bekommen sollen.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.233.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sevim Dagdelen (MdB), Heike Hänsel (MdB)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.233.1.

AH1, S. 5, Zeile 67 - 80

Streiche den Absatz von Zeile d.h.:

"In unserem Programm werden drei Grundideen verknüpft:

- Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität - das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

- Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.

- Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht."

Begründung: Die in diesem Abschnitt dargestellte Positionierung teilen wir nicht. Denn wir stehen in der Tradition der Kapitalismusanalyse und -kritik von Rosa Luxemburg.

Änderungsantrag PR.233.2.

AH1, S. 10, Zeile 389

Ergänze am Ende des Abschnitts: „Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts geht es um die Frage von Sozialismus oder Barbarei, wie sie schon Rosa Luxemburg hundert Jahre zuvor gestellt hat.“

Begründung: Anstatt den Kapitalismus im Grundsatzprogramm schönzureden, kann mit diesem Zitat von Luxemburg in aller Klarheit dargestellt werden, dass DIE LINKE für einen Systemwechsel kämpfen muss. DIE LINKE kommt damit auch dem Bedürfnis von immer mehr Menschen entgegen, die angesichts der zunehmenden krisenhaften Erscheinungen des Kapitalismus nach grundlegenden Alternativen verlangen.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.234.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Wils (MdEP), Heike Hänsel (MdB)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Verbot von CCS!

AH1, S. 17, Zeile 874

Ergänze nach: ... verzögern nur den notwendigen Umbau.“

Den Satz: „Wir fordern ein Verbot von CCS.“

Begründung: Zu einem glaubwürdigen ökologischen Profil der LINKEN gehören konsequente Forderungen. Eine wichtige hiervon ist ein Verbot von CCS, anstatt vor den Interessen der Energiekonzerne einzuknicken.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.235.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Heike Hänsel (MdB), Ruth Firmenich (Mitglied im SprecherInnenrat der BAG FIP)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Solidarität mit linken Bewegungen in Lateinamerika

AH1, S. 18, Zeile 959

Ersetze den Abschnitt: „Wir stehen mit unserem Kampf um gesellschaftliche Alternativen jenseits der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise nicht allein. Unterschiedlichste Kräfte und verschiedene Bewegungen sind davon überzeugt, dass eine andere Welt möglich ist. Eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung, Fremdbestimmung und ökologische Zerstörung. Sie suchen, wie in Lateinamerika, nach neuen Wegen für eine nichtkapitalistische Entwicklung und fordern nicht nur unsere Solidarität, sondern auch unsere Lernbereitschaft. Die Kompliziertheit der Probleme und Ausgangsbedingungen verbietet jeden Anspruch auf eine führende Rolle des einen oder anderen Landes, dieser oder jener Bewegung oder einer einzelnen Partei.“

Durch: „Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative besteht weltweit. Wir stehen mit unserem Kampf um gesellschaftliche Alternativen jenseits der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise nicht allein. In Lateinamerika hat die Erfahrung mit der kapitalistischen Barbarei bereits an der Schwelle des 21. Jahrhunderts zur Entstehung starker Gegenbewegungen geführt. Ihnen gilt unsere Solidarität. Sie haben die

gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse verändert. Mehrere lateinamerikanische Länder wagen bereits den Ausbruch aus der neoliberalen Entwicklungslogik.“

Begründung: Mit der Neuformulierung wird die Solidarität der LINKEN für die Bewegungen in Lateinamerika besser zum Ausdruck gebracht.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.236.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Sabine Wils (MdEP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Massenentlassungen gesetzlich verbieten!

AH1, S. 24, Zeile 1377 ff:

Ändere den Abschnitt:

„Wir fordern ein Verbot von Massenentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind.“

In: „Wir fordern ein gesetzliches Verbot von Massenentlassungen.“

Begründung: Mit dieser Umformulierung wird die wichtige Forderung der LINKEN nach einem Verbot von Massenentlassungen eindeutiger gefasst. Insbesondere ist es wichtig, dass DIE LINKE das Verbot gesetzlich verankern will.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.237.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Sabine Wils (MdEP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei), Sevim Dagdelen (MdB).

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Für kollektive Gegenwehr gegen Sozialabbau anstatt Individualisierung!

AH1, S. 27, Zeile 1600

Streiche den Abschnitt: „Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“

Begründung: In das Grundsatzprogramm der LINKEN sollten die Positionen der Partei aufgenommen werden. Über andere Konzepte zu beraten und zu diskutieren steht allen Gliederungen, Bundesarbeitsgemeinschaften und Mitgliedern frei.

Dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens durch diese Erwähnung hier eine besondere Bedeutung zukommen zu lassen, ist nicht berechtigt. Denn in den bisherigen Diskussionen darüber hat sich bereits klar herausgestellt, dass eine deutliche Mehrheit der Partei das bedingungslose Grundeinkommen für eine falsche Orientierung hält, da es auf Individualisierung anstatt auf kollektive Gegenwehr setzt und auch von neoliberaler Seite instrumentalisiert wird, um Angriffe auf den Sozialstaat zu starten.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.238.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Sabine Wils (MdEP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Abschaffung der Geheimdienste

AH1, S. 30, Zeile 1818

Ändere den Satz „Perspektivisch wollen wir die Geheimdienste abschaffen.“

In: „Wir wollen die Geheimdienste abschaffen.“

Begründung: Damit wird unsere Forderung nach Abschaffung der Geheimdienste klarer formuliert.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.239.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei), Ruth Firmenich (Mitglied im SprecherInnenrat der BAG FIP)

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

**Gegen Kriegstreiberei!
Änderungsantrag PR.239.1.**

AH1, S. 33, Zeile 2126

Ergänze nach dem Abschnitt: „Diskriminierung, Rassismus und Sündenbockpolitik verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau.“

Folgenden Satz: „Wir wenden uns gegen jede Form von Kriegshetze und Kriegstreiberei.“

Begründung: Mit diesem Satz wird die richtige Forderung der Präambel gegen Kriegstreiberei einzustehen, auch in den Forderungsteil übernommen. Angesichts der zunehmenden Versuche der Herrschenden die neuen Kriege zu legitimieren zu versuchen, ist hier eine klare Haltung der LINKEN wichtig.

**Zivile Alternativen zur NATO
Änderungsantrag PR.239.2.**

AH1, S. 39, Zeile 2491

Ersetze den Satz: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“

Durch: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein ziviles, kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat.“

Begründung: Der bisherige Satz macht nicht deutlich, dass DIE LINKE für eine zivile Alternative zur NATO eintritt.

**Ablehnung möglicher künftiger Auslandseinsätze
Änderungsantrag PR.239.3.**

AH1, S. 39, Zeile 2496

Ändere den Satz:

„Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr.“

In: „Wir fordern ein sofortiges Ende aller Einsätze der Bundeswehr und sind gegen künftige Auslandseinsätze.“

Begründung: Mit diesem Antrag wird deutlich gemacht, dass DIE LINKE auch gegen zukünftige Auslandseinsätze ist.

**Gegen Rüstungsexporte und -importe
Änderungsantrag PR.239.4.**

AH1, S. 40, Zeile 2531

Ändere den Satz: „DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Rüstungsexporten und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotentiale.“

In: „DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes und umfassendes Verbot von Rüstungsexporten sowie -importen und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotentiale.“

Begründung: Es fehlt bisher im Programm die klare Ablehnung auch von Rüstungsimporten. Mit dieser Formulierung wird auch der Export von Lizenzen verboten.

**Für einen internationalen zivilen Katastrophenschutz!
Änderungsantrag PR.239.5.**

AH1, S. 40, Zeile 2560

Ergänze am Ende des Abschnitts: „Ein wirksamer Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helferinnen und Helfer: Kein Militär, sondern Ärztinnen und Ärzte, Technikerinnen und Techniker oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.“

Begründung: Mit dieser Ergänzung wird die Notwendigkeit des zivilen Charakters eines internationalen Katastrophenschutzes untermauert.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.240.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Heike Hänsel (MdB)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Notwendigkeit gesellschaftlicher Gegenwehr

AH1, S. 41, Zeile 2643

Ändere den Absatz: „Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und parlamentarischen Bereich.“

In: „Ein politischer Richtungswechsel auf parlamentarischer Ebene lässt sich nicht ohne gesellschaftlichen Widerstand und Rückhalt auf den Straßen und in den Betrieben durchsetzen. Er kann gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und parlamentarischen Bereich.“

Begründung: Mit diesem Änderungsantrag wird die Notwendigkeit gesellschaftlicher Gegenwehr, um Veränderungen durchzusetzen, deutlicher gefasst.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.241.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Wils (MdEP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei), Nele Hirsch (Mitglied im gFPV)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Aufbau linker Betriebsgruppen

AH1, S. 42, Zeile 2676

Ergänze nach dem Satz: „Wir bestärken unsere Mitglieder, in Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und globalisierungskritischen Bewegungen aktiv mitzuwirken.“

Den folgenden Satz: „Wir unterstützen den Aufbau und die Arbeit linker Betriebsgruppen, um einen Beitrag dazu zu leisten, die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen an ihrem Arbeitsplatz zu organisieren und auf diese Weise mit dazu beizutragen, dass gesellschaftliche Solidarität und Gegenwehr gestärkt wird und Klassenbewusstsein wächst.“

Begründung: Der Aufbau linker Betriebsgruppen kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung gesellschaftlichen Widerstandes gegen die herrschende Politik leisten.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.242.

Antragsteller/innen: KV Bochum, Sabine Lösing (MdEP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der Europäischen Linkspartei), Ruth Firmenich (Mitglied im SprecherInnenrat der BAG FIP), Sevim Dagdelen (MdB)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Konsequent Nein zum Krieg!

AH1, S. 43, Zeile 2744

Ändere das Wort „Kampfeinsätze“ in „Einsätze“

Begründung: Es handelt sich um eine Klarstellung, dass DIE LINKE jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Das Wort „Kampfeinsätze“ würde dagegen interpretatorischen Spielraum belassen.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.243.

**Antragsteller: KV Bochum, Ali Al Dailami
(Mitglied im PV)**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Verbot von Parteispenden nach französischem Vorbild

AH1, S. 44, Zeile 2807

Ergänze nach: „Unsere Partei nimmt keine Spenden von Konzernen und Banken entgegen.“

Den Satz: „Für die Spenden von Privatpersonen setzt sie Höchstgrenzen fest.“

Begründung: Anpassung an unsere Forderung an die Parteispendenpraxis an anderer Stelle im Programm.

Die Einreichung der Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag: PR.244.

Antragsteller: Thomas Wegert

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH1, S. 36, Zeile 2232 - 2235

Bessere Formulierung:

Für den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme und Speicherverfahren, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie für Ausbau und Regelung der Netze sind Forschungs- und Fördermittel mindestens in Höhe der bisher getätigten Ausgaben für Kernkraft einschließlich Kernfusion und fossile Energiesysteme bereitzustellen.

Änderungsantrag: PR.245.

Antragsteller: Horst Kahrs und Helge Meves

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag PR.245.1.

AH1, S. 39, Zeile 2490

Zeile 2490 soll wie folgt geändert werden (Streichung durchgestrichen):

„Frieden in Solidarität statt ~~terroristische~~ Kriege“

Begründung: Der terroristische Krieg ist nicht definiert.

Änderungsantrag PR.245.2.

AH1, S. 39, Zeile 2497

Zeile 2497f. soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung unterstrichen):

„Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta, zumal der Sicherheitsrat noch nie chartagemäß Beschlüsse gegen Aggressoren wie die

NATO beim Jugoslawienkrieg oder der USA beim Irakkrieg gefasst hat.“

Begründung: Eine solche Ergänzung stärkt die Argumentation zur Ablehnung einer deutschen Beteiligung an Kampfeinsätzen. Beschlüsse nach Kapitel VII verletzen die Charta, sofern sie über Kampfeinsätze gegen Aggressoren hinausgehen.

Änderungsantrag PR.245.3.

AH1, S. 40, Zeile 2528

Zeile 2528f. soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung unterstrichen):

„Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft, also einer Kriegslogik, ist eine Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen hält.“

Begründung: Die Formulierung „Kriegslogik“ macht deutlich, dass zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik weit mehr gehört als der Ausschluss von Auslandseinsätzen, damit aber nicht schon jeder Blauhelmeinsatz gemeint ist.

Änderungsantrag PR.245.4.

AH1, S. 40, Zeile 2551

Zeile 2551f. soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung unterstrichen):

„Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden, ihr undemokratischer Einsatz im Inneren ist strikt zu unter sagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen, sind aufzuheben.“

Begründung: Der Zusatz „undemokratisch“ macht deutlich, dass der Einsatz bei einer Naturkatastrophe wie an der Oder selbstverständlich nicht ausgeschlossen wird.



**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE,
21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Änderungsantrag: S.25.
Antragsteller: Landesvorstand Hamburg
**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag S.25.1.

§ 22

soll im Absatz (1) a) durch die unterstrichenen Worte ergänzt werden:

a) 60 Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände.
Diese dürfen kein parlamentarisches Mandat oder eine
Regierungsfunktion ab Landesebene haben.

Änderungsantrag S.25.2.

§ 22

soll im Absatz (1) c) durch die unterstrichenen Worte ergänzt werden:

c) sechs durch den Parteivorstand aus seiner Mitte
bestimmte Mitglieder, darunter die / der
BundesschatzmeisterIn mit beratender Stimme.

Änderungsantrag S.25.3.

§ 23

Arbeitsweise des Bundesausschusses

soll im Absatz (1) verändert werden:

Der Bundesausschuss tritt bei Bedarf, jedoch mindestens
halbjährlich vierteljährlich zusammen.

Beschlossen am 22.9.2011.

Änderungsantrag: S.26.
**Antragsteller: Kreisverband Allgäu-
Memmingen-Unterallgäu**
**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Einspruch gegen Mitgliedschaft

Änderungsantrag S.26.1.

§ 2 Absatz 3

wird ergänzt um „ein Mitglied des Kreisverbands, “ und
lautet somit:

Die Mitgliedschaft wird sechs Wochen nach dem Eingang
der Eintrittserklärung beim Kreisvorstand wirksam, sofern
die satzungsgemäße Pflicht zur Beitragszahlung erfüllt ist
und kein Einspruch gegen die Mitgliedschaft durch ein
Mitglied des Kreisverbands, den Kreisvorstand oder einen
übergeordneten Vorstand vorliegt. Bis zu diesem
Zeitpunkt hat die/der Eintrittswillige die Rechte eines
Gastmitgliedes.

Änderungsantrag S.26.2.

§ 2 Absatz 4

neu wird ergänzt um: „eines Mitgliedes des
Kreisverbands, „ und lautet somit:

Gegen den Einspruch eines Mitgliedes des Kreisverbands,
des Kreisvorstandes oder des übergeordneten
Vorstandes kann die/der Eintrittswillige Widerspruch bei
der zuständigen Schiedskommission einlegen.

Änderungsantrag S.26.3.

§ 2 Absatz 2

wird ergänzt um den Satz: „Der Kreisvorstand macht den
Eintritt unverzüglich den Mitgliedern des Kreisverbands
bekannt.“

Begründung: Wenn der Anspruch unserer Partei eine
Mitgliederpartei zu sein ernst gemeint ist, dann muss auch
jedes Mitglied das Recht des Einspruchs gegen die
Mitgliedschaft haben, nicht nur der Kreisvorstand oder
ein übergeordneter Vorstand.

Damit die Mitglieder eines Kreisverbands dieses Recht wahrnehmen können, muss der Eintritt im Kreisverband parteiöffentlich gemacht werden.

Kreisparteitag Allgäu-Memmingen-Unterallgäu,
beschlossen am 09.08.2011)

Änderungsantrag: S.27.

**Antragsteller: Landesvorstand und
Landesverband Baden-Württemberg**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag S.27.1.

§ 10 Absatz 4

Kreis- und Ortsmitgliederversammlungen sollen die Quotierung nur mit einer Zweidrittelmehrheit aufheben können.

Der Satz in § 10 (4) hieße dann neu:

„.... Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als ein Viertel liegt, können im Einzelfall mit einer Zweidrittelmehrheit Ausnahmen beschließen....“

Begründung: Der Landesvorstand unterstützt den Antrag der Frauen nach einer eigenständigen Struktur in der Partei (Bundesrat LINKE FRAUEN). Wir unterstützen auch eine entsprechende Satzungsänderung in § 10, aber Ausnahme: wir wollen - im Gegensatz zum vorliegenden Änderungsantrag - auf Kreis- und Ortsebene die Ausnahmeregelung zur Quotierung in § 10(4) erhalten. Eine ersatzlose Streichung der Ausnahmeregelung würde manche kleine Orts- und Kreisverbände handlungsunfähig machen. Der Antrag auf Zweidrittelmehrheit wäre ein Kompromiss.

Die Quotierungsregel und deren Umsetzung in der Praxis ist uns wichtig und die Hürde, sie auszuhebeln, sollte erhöht werden. Deshalb unser Vorschlag, dafür zukünftig eine Zweidrittelmehrheit zu verlangen.

Eine völlige Beseitigung der Ausnahmeregelung ist dem Anliegen der Quotierung jedoch nicht förderlich.

Im Gegenteil: dann erlaubt es die verbleibende Schlupflochregelung weiter, leicht und ohne Thematisierung der 50%-Regel z.B. 10 Vorstandsplätze eines Kreisvorstandes zu beschließen und dann einfach nur 5 Männer zu wählen. Die Frauenplätze fallen dann

ohne Debatte und weitere Schranke „unter den Tisch“. Diese Schlupflochpraxis ist im Sinne der Quotierung eine Verschlechterung. Besser ist, wenn bei jeder Wahl von Vorständen und Delegierten auch auf Orts- und Kreisebene wegen einer hohen Hürde das Thema Quotierung von vorneherein stärker beachtet und dann eindeutig entschieden werden muss.

Änderungsantrag S.27.2.

§ 39 Abs. 2 Satz 1

soll wie folgt geändert werden:

„Änderungen dieser Satzung müssen vom Parteitag mit einer satzungsändernden Mehrheit nach § 31 Abs. 4 oder durch Mitgliederentscheid und Parteitag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.“

Begründung: Der Leitantrag beabsichtigt, hier die Wörter „oder durch Mitgliederentscheid und Parteitag mit einfacher Mehrheit“ aus der Satzung zu streichen. Wir sind gegen diese Streichung und wollen, dass die Satzung an dieser Stelle so bleibt wie sie ist, lediglich ergänzt um die Präzisierung, dass im Falle einer Entscheidung allein durch den Parteitag eine satzungsändernde Mehrheit nach § 31 Abs. 4 gemeint ist. Würde die im Leitantrag beabsichtigte Satzungsänderung angenommen, wäre vor zwei Jahren der Weg zum Mitgliederentscheid über die „Doppelspitze“ versperrt gewesen. Ein solcher Mitgliederentscheid zur Erreichung einer Satzungsänderung sollte aber auch zukünftig eine der Möglichkeiten sein, auf die die Partei zurückgreifen

kann. Würde die im Leitantrag beabsichtigte Satzungsänderung angenommen, könnte dies die Partei in eine äußerst schwierige Lage bringen: Denkbar wäre etwa das Szenario, dass in einer Mitgliederbefragung 70 % der Mitglieder für eine Satzungsänderung stimmen, und sich dann auf einem Parteitag zwar eine einfache Mehrheit, aber keine Zwei-Drittel-Mehrheit dem Mitgliedervotum anschließt, womit die Satzungsänderung abgelehnt wäre. Ein solches Ignorieren des Mitgliederwillens kann für die Partei zu einer schwerwiegenden Zerreißprobe werden und zur Handlungsunfähigkeit führen. Wenn der Parteitag allein eine Satzungsänderung beschließen möchte, dann ist die in § 31 Abs. 4 geforderte Zwei-Drittel-Mehrheit angemessen, weil für Satzungsänderungen höhere Anforderungen gelten müssen als für einfache Beschlüsse. Diese „höhere Anforderung“ kann aber auch auf andere Weise erbracht werden, etwa durch einen zusätzlichen Mitgliederentscheid. Wenn die Mehrheit der Mitglieder bei einem Mitgliederentscheid ein Votum abgibt, was gewollt ist, dann sollte dies nicht durch eine Ein-Drittel-Minderheit von Parteitagsdelegierten blockiert werden können. Deshalb sollte auch zukünftig gelten: Satzungsänderungen entweder allein durch den Parteitag mit Zwei-Drittel-Mehrheit (nach § 31 Abs. 4 der Satzung), oder durch einen Mitgliederentscheid plus Parteitagsbeschluss mit jeweils einfacher Mehrheit.

Beschluss am 18.9.2011 auf einer gemeinsamen Beratung mit den Delegierten aus Baden-Württemberg.

Änderungsantrag: S.28.

Antragstellerin: BAG Hartz IV

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Ausübung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten

§ 32 (4)

hinter Parteivorstandes einfügen:

,des Geschäftsführenden Parteivorstandes

Begründung: Die Regelung, Vorstände nicht mehrheitlich mit Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der oberen Ebenen zu besetzen, hat den Sinn, eine mögliche Verparlamentierung der Partei zu verhindern. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn nicht nur der Gesamtvorstand, sondern auch der Geschäftsführende Vorstand dieser Begrenzung unterliegt. Durch die jetzige Regelung wird durch die Möglichkeit, dass z.B. alle zwölf Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes Bundestagsabgeordnete sind und somit beim höchsten politischen Führungsorgan der Sinn dieses Paragraphen ausgehebelt wird.

Der BundesSprecherInnenRat der BAG Hartz IV hat auf seiner Klausur vom 30.09. bis 02.10.2011 auf der Grundlage des Beschlusses M01/2011 (Programmposition) der Gesamtmitgliederversammlung am 09./10.04.2011 diesen Änderungsantrag beschlossen.

Änderungsantrag: S.29.

**Antragsteller: DIE LINKE. Kreisverband
Erlangen-Höchstadt**

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

§ 10

wird wie folgt neu gefasst bzw. geändert:

§ 10 Geschlechterdemokratie

Um das in §9 Abs. (1) dieser Satzung beschriebene Grundprinzip der Gleichstellung auch in Bezug auf das gleichberechtigte Zusammenwirken beider Geschlechter bei der Besetzung von Funktionen und der Verabschiedung von Beschlüssen der Partei zur Geltung zu bringen, wird folgendes festgelegt:

(1) Es können innerparteiliche Zusammenschlüsse gemäß § 7 dieser Satzung auch geschlechtsspezifisch gebildet werden. In Versammlungen und Gremien der Partei können Frauenplenen und Männerplenen gebildet werden.

(2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt. [unverändert]

(3) In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder des entsprechenden Geschlechts ein die Versammlung unterbrechendes Frauen- oder Männerplenum durchgeführt. Über die Beschlüsse eines solchen Plenums muss in der gesamten Versammlung bzw. dem gesamten Gremium diskutiert und Beschluss gefasst werden, bevor ein entsprechender Tagesordnungspunkt abgeschlossen werden kann. Vorherige Beschlüsse auf Ende der Debatte werden dadurch automatisch aufgehoben.

(4) Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen und Arbeitsgremien sollen Frauen und Männer grundsätzlich je zur Hälfte gewählt werden. Kann der Versammlung kein ausgewogener Wahlvorschlag vorgelegt werden, weil nicht genügend Frauen oder nicht genügend Männer zur Verfügung stehen, kann die Versammlung beschließen, Funktionen, welche eine Überzahl von Frauen oder Männern verursachen würden, unbesetzt zu lassen. Eine Nachwahl ist in solchen Fällen jederzeit möglich.

Bei Wahlen von Delegierten sind eine Frauenliste und eine Männerliste aufzustellen. Es findet je ein Wahlgang für je eine Liste statt. Dabei haben die Stimmberechtigten jeweils halb so viele Stimmen wie die

Gesamtzahl der zu wählenden Delegierten ausmacht. Ist eine ungerade Zahl von Delegierten zu wählen, entscheidet die Versammlung mit Mehrheit, bei welchem Wahlgang die Wahlberechtigten über eine zusätzliche Stimme verfügen. Ist es nicht möglich, beide Listen ausgewogen zu füllen, gilt Satz 2 sinngemäß.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern in der Fraktion bzw. der Abgeordnetengruppe anzustreben. Wahlvorschlagslisten sind abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen ("Reißverschlussliste"). Aus wichtigem Grund kann die aufstellende Versammlung beschließen, dass davon abgewichen wird.

Begründung: Es ist offensichtlich, dass der bisherige § 10 im Widerspruch zum Geist des Artikels 2 der Deklaration der Menschenrechte (UNO, 1948) und des Art. 3 des Grundgesetzes (Parlamentarischer Rat, 1949) steht.

Eine formale Verfassungswidrigkeit der bisher geltenden Fassung ist nur deshalb nicht gegeben, weil Begriffe verwendet werden, deren juristische Interpretation vom Alltagsverständnis abweicht (insbesondere "grundsätzlich").

Die Politik einer Partei wird aber nicht durch formaljuristische Kniffe erfolgreich gestaltet, sondern durch Aufgreifen der Lebensprobleme der Menschen und durch Werben um die Wählerstimmen dieser Menschen, mit Lösungskonzepten, die allen Menschen verständlich sind.

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland bejaht und unterstützt die beiden oben genannten Artikel.

Offenbar taten dies auch die GenossInnen, welche die Satzung der Partei ausgearbeitet haben. Der § 9 Abs. (1) der Satzung steht nämlich im Widerspruch zum § 10 und argumentiert im Sinne der beiden oben genannten Artikel.

Wenn die bisherige Formulierung des § 10 längere Zeit bestehen bleibt und praktisch angewendet wird, dann führt das zu Konflikten innerhalb der Partei und schließlich zu einem Wegbrechen bzw. Einschlafen wesentlicher Ressourcen der Parteiarbeit. Dies lehrt die Erfahrung aus entsprechenden Praktiken, die es früher in der SPD gab, die dort heute aber nicht mehr angewendet werden.

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 20.09.2011.

Änderungsantrag:

S.30.

Antragsteller: Martin Schliemann

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag S.30.1.

§2 Abs.(3)

werden die Worte "die satzungsgemäße Pflicht zur Beitragszahlung erfüllt ist und" gestrichen und die Worte "bis dahin" wieder eingefügt.

Änderungsantrag S.30.2.

§4

Hier wird der neu vorgesehene Absatz (3) komplett und ersatzlos gestrichen.

Begründung: Auch wenn die Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen für die Finanzierung der Partei wichtig ist, so ist sie im Vergleich zum Recht auf Teilnahme eines Mitglieds an der demokratischen Willensbildung der Partei eine Sekundärtugend. Zur Verdeutlichung mag folgende Analogie dienen: Die Koppelung des allgemeinen Wahlrechts etwa an die korrekte Zahlung von Steuern. So etwas gab es in vordemokratischen Zeiten z.B. als "Preussisches Dreiklassen-Wahlrecht" und wurde aus gutem Grund durch die Idee ersetzt, dass die Staatsbürgerschaft an sich naturrechtlich das Wahlrecht begründe.

Ebenso begründet für mich in einer demokratischen Partei die Mitgliedschaft an sich das Recht auf Teilhabe an der parteiinternen Willensbildung auch in Form von Stimm- und Wahlrecht.

Zu allem Übel handelt es sich beim Vorschlag des PVo um eine Kann-Vorschrift (nicht, dass eine Muss-Vorschrift viel besser wäre), die durch die Vorstände individuell und damit auch nach gewünschten Mehrheiten gehandhabt werden kann.

Für Fälle längerer Nichtzahlung von Beiträgen gibt es - §3 Abs (3) der Satzung - wirksame, die Rechte des Mitgliedes wahrende Verfahren, durch die der stillschweigende Austritt eines Mitgliedes festgestellt werden kann. Diese können genau nicht willkürlich Mitgliedsrechte einschränken, sondern behandeln den Mitgliedsstatus.

Solange jemand aber Mitglied ist, muss seine volle Partizipation möglich sein.

Änderungsantrag: S.31.

**Antragsteller: DIE LINKE. Hessen,
Landesparteitag 01./02. Oktober 2011**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag S.31.1.

§ 2 Abs. 3

des Leitantrages „Bundessatzung“ werden die Worte
„die satzungsgemäße Pflicht zur Beitragszahlung erfüllt
ist und“

gestrichen.

Begründung: Bevor die Eintrittserklärung wirksam wird,
gibt es keine satzungsgemäße Pflicht zur
Beitragszahlung.

Änderungsantrag S.31.2.

§ 4 Abs. 3

Leitantrag Bundessatzung wird gestrichen.

Begründung: Solange die Mitgliedschaft besteht, können
die wichtigsten Rechte aus der Mitgliedschaft nicht ohne
ein Schiedsverfahren aberkannt werden. Hinzu kommt,
dass die Höhe des Mitgliedsbeitrages unklar ist, weil die
Beitragstabelle gewohnheitsrechtlich nicht angewandt
wird.

Änderungsantrag S.31.3.

§ 9 Abs. 3

soll folgende Passagen eingefügt werden (fett gedruckt):

§ 9 Gleichstellung

(3) Der Meinungs- und Willensbildungsprozess in der
Partei, ihre Gremienarbeit und ihr öffentliches Wirken ist
durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände
so zu gestalten, dass auch Berufstätige, Menschen die
Kinder erziehen oder andere Menschen pflegen,
Menschen mit sehr geringem Einkommen und Menschen
mit Behinderung umfassend und gleichberechtigt daran
mitwirken können. **Die Informationen der Partei auf
allen Ebenen sind barrierefrei zu gestalten und
Veranstaltungen sind barrierefrei durchzuführen.
Geschäftsstellen auf allen Parteiebenen müssen
barrierefrei erreichbar sein. Inklusion wird
konsequent in der Partei umgesetzt.**

Begründung: Wir haben in den vergangenen Jahren die
Erfahrungen machen müssen, dass in der Partei die
Meinung vorherrscht: wenn kein Rollstuhlfahrer

anwesend ist, benötigen wir keine Rampe am Podium.
Rollstuhlfahrer können ja, wenn Redebedarf besteht, vom
Saalmikrofon aus sprechen.

Weitere Kriterien der Barrierefreiheit werden gar nicht in
Betracht gezogen. Wir müssen die Barrieren in den
Köpfen überwinden, das passiert nicht von selbst.

Aus diesem Grund muss die Satzung geändert werden.
Die Forderung nach Inklusion darf nicht nur nach außen
gefordert werden, sondern muss ebenso nach innen
umgesetzt werden, ist zentrales Handlungsprinzip!

Parteitage sind barrierefrei zu gestalten. Der BPT in
Rostock hat Vorbildfunktion für künftige Parteitage. Wir
bitten die Bundesparteitagsdelegierten, diesem Antrag
zuzustimmen und damit den Alltag in der Partei so zu
organisieren, dass die Menschen mit Behinderungen in der

Partei mittendrin und dabei sind.

Die Millionen Menschen mit Behinderung haben das
Recht auf die Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention. Wir wollen innerhalb der
Partei DIE LINKE. mit gutem Beispiel vorangehen.

Änderungsantrag S.31.4.

§ 11 Absatz (1) Satz 1

der Bundessatzung soll wie folgt geändert werden:

„(1) Auf Basis nachfolgender Grundsätze ist der
parteinahe Jugendverband linksjugend[‘solid] der
Jugendverband der Partei. Die LINKE.SDS ist der
parteinahe Hochschulverband der Partei.“

Änderungsantrag S.31.5.

§ 30 Abs. 1

Leitantrag Bundessatzung wird der erste Satz durch die
Worte

„an die zuletzt angegebene Anschrift des zu Ladenden.“

ergänzt.

Begründung: Klarstellung, die im Hinblick auf den immer
wieder erhobenen Einwand, die Einladung nicht erhalten
zu haben, als sinnvoll erscheint.

Änderungsantrag S.31.6.

§ 31 Abs. 7 S. 2

Leitantrag Bundessatzung werden

die Worte „geheime oder“ gestrichen.

Begründung: Geheime Sachabstimmungen
widersprechen dem Gebot der Transparenz der
innerparteilichen Willensbildung. Insbesondere in
Delegiertenversammlungen und auf Parteitag
widersprechen sie auch dem Demokratieprinzip, weil sie
die Verantwortlichkeit der Delegierten für ihr
Abstimmungsverhalten aufheben.

Änderungsantrag S.31.7.

§ 32 Abs. 3 S. 2

Leitantrag Bundessatzung wird gestrichen.

Begründung: Mit dieser Einschränkung wird die Amtszeitbegrenzung ad absurdum geführt. Wer sich in acht Jahren eine entsprechende „Hausmacht“ geschaffen hat, wird faktisch unabwählbar, obwohl gerade in diesen Fällen die Amtszeitbegrenzung besonders wichtig und notwendig ist.

Die Änderungsanträge sind auf dem Landesparteitag DIE LINKE. Hessen am 01./02. Oktober 2011 beschlossen.

Änderungsantrag: **S.32.**

Antragsteller: Helmut Horst (Gosen)

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Präambel

Ergänzung der Präambel unserer Bundessatzung

DIE LINKE weiß sich in besonderem Maße der innerparteilichen Demokratie verpflichtet.

Nach den Erfahrungen mit ehemals revolutionär und/oder radikal ausgerichteten Parteien, in denen Prozesse der Entdemokratisierung nicht vermieden werden konnten, werden wir beweisen, dass Professionalisierung und Basisdemokratie kein Widerspruch sind.

Wir wollen das angeblich „eherne Gesetz der Oligarchisierung“ widerlegen, d.h. die Konzentration von Entscheidungsmacht in einer relativ kleinen Gruppe der Parteiführung, verbunden mit der Anpassung der Politik an die herrschenden Verhältnisse.

Wir wollen nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern uns selbst verändern. Dabei wollen wir eine neue Kultur der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung leben, eine Kultur von Respekt und Wohlwollen, Gleichberechtigung und Warmherzigkeit.

Begründung: „Eine Partei, die von sich sagt, dass sie eine neue Linkspartei sein will, eine solche neue linke

Partei muss auch deutlich sagen, dass sie um die Gefahren eines Parteibildungsprozesses und einer erfolgreichen Parteipolitik weiß und dass sie bereit ist, darüber auch offene Auseinandersetzungen zu führen.

Seit Robert Michels im Jahre 1911 seine „Soziologie des Parteiwesens“ veröffentlichte und darin am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie (als Massenpartei) ein „ehernes Gesetz der Oligarchisierung“ nachweisen wollte, gab und gibt es Kritik an den Thesen von Michels (viel schlimmer war, dass sie ignoriert wurden) – aber, die Tendenz, dass Parteien ihre Erfolge in der engen Verbindung mit Basisbewegungen erreichen, dass ihre Führungsgruppen aber dann, wenn sie in die Parlamente eindringen, sich eher auf Regierungskoalition einrichten und mehr und mehr von der Basis abheben und sich politisch nach rechts bewegen, sich anpassen, Teil des politischen Establishments werden – das kennen wir nicht nur aus der Geschichte der Sozialdemokratie, sondern auch – als neueste Entwicklung – aus der Geschichte der Partei der Grünen, deren Führungsfiguren oft noch zynisch selbstgefällig mit ihrer einst revolutionären Vergangenheit prahlen.

Ich behaupte nicht, dass diese Gefahr ein für alle Mal ausgeschaltet werden könnte.

Ich denke nur, dass im Prozess der Bildung der neuen Partei ein Bewußtsein dieser Gefahren, die in der Mediengesellschaft noch eigenen Logiken unterliegt, wach zu halten wäre. Es handelt sich hier gewiss um eine ganz schwierige Gratwanderung zwischen einer fundamentalistischen Denunzierung der parlamentarischen Arbeit und auch einer denkbaren Regierungsbeteiligung auf der einen Seite (würde man eine solche ausschließen, sollte man sich nicht an Wahlkämpfen beteiligen) und einer gespielten Naivität, die so tut, als ob es solche Gefahren nicht gäbe, auf der anderen Seite.

Dass die innerparteiliche Demokratie eine entscheidende Bedingung ist, um solche Prozesse der Oligarchisierung und der Anpassung ans Establishment zu verhindern, gehört allerdings zum selbstverständlichen Wissen über die Geschichte der Linken.“

Frank Deppe auf der Regionalkonferenz Hessen-Thüringen am 12. November 1906 in Gießen

Diese Sorge [dass DIE LINKE den Weg der Grünen einschlagen könnte] ist berechtigt.

Es gibt immer Menschen in der Politik, die ihr persönliches Fortkommen über die Ideale stellen, die sie eigentlich vertreten sollen. Deshalb brauchen wir Wachsamkeit.

Ulrich Maurer (MdB) in einem Interview der Zeitung „neue linke“ 3/2007

„Das Führertum verfestigt sich, es entsteht eine relativ stabile Führungsgruppe in der Partei, die sich durch Kooption erneuert. Damit ist gemeint, dass die Führung versucht, das Eindringen ihrer Meinung nach ungeeigneter Personen in die Führungsgruppe zu verhindern. Sie wählt selbst aus, wer zur Führungsgruppe gehören soll. Diese Führungsschicht, die Parteielite, wird nach und nach in die politische Klasse ihres Landes aufgenommen. Die ihr Angehörigen nehmen als Abgeordnete oder gar Minister an allen Privilegien teil,

die die politische Klasse genießt. Dies macht sie versöhnlich, sie entwickeln Verständnis für die Probleme und Nöte der politischen Klasse. Die Probleme der sozialen Schicht, der sie entstammen, geraten mehr und mehr in Vergessenheit.“

Paul Tiefenbach: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei

Änderungsantrag: S.33.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Nele Hirsch, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Petra Weitling, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Bianca Klenke, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Ulrike Haase, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 9 (4)

„Für alle politischen Veranstaltungen und Gremien ~~auf Bundesebene der Partei~~ wird eine qualifizierte Kinderbetreuung angeboten. Das Angebot ~~besteht~~ soll unabhängig von der Anzahl der angemeldeten Kinder angeboten werden. Die Kosten ~~übernimmt~~ trägt die ~~Bundespartei~~ Partei auf der jeweiligen Ebene im vollen Umfang.“

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.34.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Petra Weitling, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Katja Haese, Regina Jürgens, Gabriele Eichner, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10 (1)

(1) Die politische Willensbildung und die politische Arbeit der Frauen in der Partei ist aktiv zu fördern und zu unterstützen. ~~Es ist Ziel der Partei, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden.~~ Frauen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen (z.B. Zusammenschlüsse) beizubehalten, aufzubauen und Frauenplenen einzuberufen. In den Satzungen der Landesverbände können eigene Frauenstrukturen verankert werden.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.35.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Petra Weitling, Simone Hock, Ingrid Giesel, Katja Haese, Regina Jürgens, Gabriele Eichner, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10

(neu 2)

Die Bundesfrauenkonferenz (BFK) ist das oberste Gremium der Frauen in der Partei. Sie berät die Politik und die Entwicklung der Partei unter frauen- und genderpolitischen sowie feministischen Aspekten.

Sie tagt einmal im Jahr und wird vom Parteivorstand einberufen. Sie tagt öffentlich für alle Frauen. Sie wählt vier Vertreterinnen in den Bundesrat LINKE FRAUEN.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.36.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Petra Weitling, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Katja Haese, Regina Jürgens, Gabriele Eichner, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak,

Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10

(neu 3)

Der Bundesrat LINKE FRAUEN koordiniert und vernetzt zwischen den Bundesfrauenkonferenzen die frauen- und genderpolitische sowie feministische Arbeit der Partei.

Der Bundesrat LINKE FRAUEN

- entwickelt und plant gemeinsame frauen- und genderpolitische sowie feministische Initiativen;

- berät den Parteivorstand in frauen- und genderpolitische sowie feministischen Angelegenheiten und bereitet entsprechende Entscheidungen durch den Parteivorstand, den Bundesausschuss oder den Parteitag vor;

- befasst sich mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, berät den jährlich zu erstellenden Gleichstellungsbericht und schlägt den Organen der Partei Schlussfolgerungen für die Arbeit vor;

- bereitet die Bundesfrauenkonferenz inhaltlich vor;

- legt der Bundesfrauenkonferenz einen Tätigkeitsbericht vor.

Der Bundesrat LINKE FRAUEN erhält für seine Arbeit im Rahmen des Finanzplanes finanzielle Mittel.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.37.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Garen Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Petra Weitling, Simone Hock, Ingrid Giesel, Katja Haese, Regina Jürgens, Gabriele Eichner, Susanna Karawanskij, Thomas Dudzak, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10

(neu 4)

Dem Bundesrat LINKE FRAUEN gehören an:

- ein weibliches Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes;
- zwei frauenpolitisch Verantwortliche des Parteivorstandes;
- ein weibliches Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses;
- je zwei weibliche Delegierte der Landesverbände, von denen mindestens eine aus der Frauenstruktur des Landesverbandes entsandt werden soll;
- zwei weibliche Mitglieder der Bundestagsfraktion, die vom Frauenplenum der Fraktion entsandt werden;
- ein weibliches Mitglied der Delegation der LINKEN im Europaparlament;
- je zwei Vertreterinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft LISA und der Bundesarbeitsgemeinschaft Queer oder anderer bundesweiter Zusammenschlüsse, die sich mit frauen-, genderpolitischen und/oder feministischen Themen beschäftigen;
- je zwei Vertreterinnen des Jugendverbandes linksjugend [solid] und des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS;
- vier durch die Bundesfrauenkonferenz gewählte Frauen.

Die Mitgliederzahl des Bundesrates LINKE FRAUEN kann auf eigenen Beschluss proportional verkleinert werden.

Die Mitglieder im Bundesrat LINKE Frauen werden für zwei Jahre gewählt.

Der Bundesrat LINKE FRAUEN tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Zu weiteren Sitzungen tritt der Bundesrat zusammen, wenn ein Drittel der Mitglieder dies verlangen.

Der Bundesrat LINKE FRAUEN gibt sich eine Geschäftsordnung und gestaltet seine Arbeit eigenständig. Er wählt aus seiner Mitte ein Präsidium, dem mindestens zur Hälfte Vertreterinnen der Landesverbände angehören.

Der Bundesrat tagt in der Regel frauenöffentlich; er kann die Öffentlichkeit mit einfacher Mehrheit ausschließen.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.38.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Manuela Schon, Petra Weitling, Nele Hirsch, Ida Schillen, Sabine Wils, Sabine Lösing, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Bianca Klenke, Christine Pastor, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Ulrike Haese, Renate Häberle, Eva Tille, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10

(4 Z)

Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, Vakante Plätze sind schnellstmöglich zu besetzen, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen. Vorstände sollen durch eine Doppelspitze

unter Berücksichtigung der Mindestquotierung repräsentiert werden. Für die Bundes- und Landesebene ist diese Regelung verpflichtend.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.39.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Caren Lay, Katja Kipping, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Petra Weitling, Simone Hock, Sonja Kiesbauer, Ingrid Giesel, Katja Haese, Christine Pastor, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Ulrike Haase, Susanna Karawanskij, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Heike Werner, Sylvia Müller, Sven Scheidemantel, Michael Leutert, Achim Bittrich, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10

(58)

Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlaglisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. ~~Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerberinnen nicht zu wählen.~~ Reine Frauenlisten sind möglich.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.40.

Antragsteller/innen: Frauenplenum, Gabi Ohler, Ulrike Zerhau, Katharina Schwabedissen, Katrin Lompscher, Tina Flauger, Roya Abolhassanzadeh, Enno Rosenthal, Uwe Scharschmidt, Manuela Schon, Petra Weitling, Ingrid Giesel, Regina Jürgens, Conny Reinhard, Gabriele Eichner, Ulrike Haase, Thomas Dudzak, Cornelia Ernst, Renate Häberle, Eva Tille, Ali Yalcin, Sabine Rösch-Dammenmiller; Nina Eumann, Angelika Mai, Margaret Skupin

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag zu § 10

(9)

In der Bundesgeschäftsstelle wird ein Frauenreferat eingerichtet.

Frauenplenum vom 25.09.2011 in Magdeburg.

Änderungsantrag: S.41.

Antragsteller: Martin Schliemann

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

**Keine Einschränkung von Mitgliedsrechten nach
Beitragsstand**

Änderungsantrag S.41.1.

§2 Abs.(3)

werden die Worte "die satzungsgemäße Pflicht zur Beitragszahlung erfüllt ist und" gestrichen

und die Worte "bis dahin" wieder eingefügt.

Änderungsantrag S.41.2.

§4 neu vorgesehene Absatz (3)

"Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Parteitag bzw. Delegierten- oder Mitgliederversammlungen, kann von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrages abhängig gemacht werden, soweit das Mitglied nicht von der Beitragszahlung befreit ist. Dieses ist mit der Einladung anzukündigen." Wird komplett und ersatzlos gestrichen.

Begründung: Auch wenn die Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen für die Finanzierung der Partei wichtig ist, so ist sie im Vergleich zum Recht auf Teilnahme eines Mitglieds an der demokratischen Willensbildung der Partei eine Sekundärtugend.

Zur Verdeutlichung mag folgende Analogie dienen: Die Koppelung des allgemeinen Wahlrechts etwa an die korrekte Zahlung von Steuern. So etwas gab es in vordemokratischen Zeiten z.B. als "Preussisches Dreiklassen-Wahlrecht" und wurde aus gutem Grund durch die Idee ersetzt, dass die Staatsbürgerschaft an sich naturrechtlich das Wahlrecht begründe.

Ebenso begründet für mich in einer demokratischen Partei die Mitgliedschaft an sich das Recht auf Teilhabe an der parteiinternen Willensbildung auch in Form von Stimm- und Wahlrecht.

Zu allem Übel handelt es sich beim Vorschlag des PVo um eine Kann-Vorschrift (nicht, dass eine Muss-Vorschrift viel besser wäre), die durch die Vorstände individuell und damit auch nach gewünschten Mehrheiten gehandhabt werden kann.

Für Fälle längerer Nichtzahlung von Beiträgen gibt es - §3 Abs (3) der Satzung - wirksame, die Rechte des Mitgliedes während Verfahren, durch die der stillschweigende Austritt eines Mitgliedes festgestellt werden kann. Diese können genau nicht willkürlich Mitgliedsrechte einschränken, sondern behandeln den Mitgliedsstatus.

Solange jemand aber Mitglied ist, muss seine volle Partizipation möglich sein.

Änderungsantrag: S.42.

Antragsteller: Martin Schliemann

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Beschluss zur OV-Gründung klar vom Kreisparteitag

§13 Abs.(8)

werden die Worte "des Kreisvorstandes oder" ersatzlos gestrichen.

Begründung: Hier entsteht nach Entwurf des PVo eine konkurrierende Zuständigkeit von Kreisvorstand und -parteitag, ohne dass diese ausdrücklich aufgelöst wird. Es ist zudem vorgekommen, dass die Bildung von Ortsverbänden als vermeintliche Konkurrenz aus dem Kreisvorstand bekämpft wurde.

Durch die o.g. Streichung wird die Entscheidung klar dem Kreisparteitag übertragen. Der Kreisparteitag stellt im Vergleich zum Vorstand eine breite Repräsentanz der Mitgliedschaft dar, so dass ein objektiver Beschluss eher gewährleistet und eine Basisorientierung gegeben ist.

Änderungsantrag: S.43.

Antragsteller/innen: Harald Schindel (Mitglied im PV), Ruth Firmenich (Mitglied im SprecherInnenkreis der BAG FIP), Nele Hirsch (Mitglied im geschäftsführenden PV), Sevim Dagdelen (MdB), Heike Hänsel (MdB) und der KV Bochum

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Bundessatzung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Mitgliederentscheid bei Regierungsbeteiligung

§ 8 (5)

Ändere:

(5) Die Auflösung der Partei oder die Verschmelzung mit einer anderen Partei bedürfen zwingend der Zustimmung in einem Mitgliederentscheid. Der entsprechende Beschluss des Parteitages gilt nach dem Ergebnis des Mitgliederentscheides als bestätigt, geändert oder aufgehoben.

In:

(5) Die Auflösung der Partei oder die Verschmelzung mit einer anderen Partei bedürfen zwingend der Zustimmung in einem Mitgliederentscheid. Ebenso die Entscheidung über die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Bundesebene. Der entsprechende Beschluss des Parteitages gilt nach dem Ergebnis des Mitgliederentscheides als bestätigt, geändert oder aufgehoben.

Begründung: Über eine solch grundsätzliche Entscheidung wie die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Bundesebene sollten alle Mitglieder der Partei entscheiden.

Die Einreichung des folgenden Änderungsantrags wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen der Schiedsordnung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE,
21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Änderungsantrag: SO.6.

Antragsteller: Martin Schliemann

**Änderungsantrag zum
Leitantrag des Parteivorstandes zu Änderungen
der Schiedsordnung
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

§9 Abs.(1)

wird als zweiter Satz eingefügt:

"Die Beteiligten können auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung verzichten."

§13 Abs.(5)

wird ersatzlos gestrichen.

stattdessen wird als neuer §17 eingefügt:

"§ 17 Kosten

(1) Verfahren vor der Schiedskommission sind kostenfrei.

(2) Die materiellen und finanziellen Mittel für die Tätigkeit der Landesschiedskommissionen sind von den jeweiligen Landesverbänden der Partei in den Finanzplänen vorzuhalten und bei Bedarf bereitzustellen.

Für die Bundesschiedskommission verfährt entsprechend die Gesamtpartei.

(3) Den Verfahrensbeteiligten werden anfallende Kosten nicht ersetzt.

Auf Antrag können Beteiligten notwendige Reisekosten (Fahrt und

Übernachtung) durch die Partei, bei Landesschiedskommissionen durch den jeweiligen Landesverband erstattet werden."

(bisheriger "§17 Schlussbestimmungen" wird "§18 Schlussbestimmungen")

Begründung: Bei der vom PVo vorgeschlagenen Lösung werden die Reise- und Übernachtungskosten nicht nur generell den Verfahrensbeteiligten auferlegt (Partei als Ausnahme), sondern eventuell entfallen auf Beteiligte auch die Kosten anderer.

Das Problem ist, daß auf einzelne Verfahrensbeteiligte unter Umständen erhebliche und vorab schwer überschaubare Kosten zukommen können, die die

Inanspruchnahme der Schiedskommissionen zu einem finanziellen Risiko machen. Schliesslich werden Schiedsverfahren oft wegen nicht eindeutiger Fragestellungen geführt.

Die Anrufung der Schiedskommission darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Andererseits ist natürlich klar, daß zu Unrecht "beklagte" nicht auf erheblichen Kosten sitzen bleiben sollen.

Daher soll den Beteiligten - um die geht es ja schliesslich - die Möglichkeit bleiben, auf die mündliche Verhandlung zu verzichten. Soweit diese unumgänglich ist sollen die Kosten möglichst von der Partei getragen werden.

Der von mir vorgeschlagene neue §17 entspricht weitgehend dem §16 der bisherigen Schiedsordnung. Der letzte Satz präzisiert "Fahrtkosten" zu "notwendige Reisekosten (Fahrt und Übernachtung)" und Erstattung "durch die Partei, bei Landesschiedskommissionen durch den jeweiligen Landesverband".

Mein Vorschlag mag nicht der Weisheit letzter Schluss sein, ist aber im Licht der oben beschriebenen Problematik aus meiner Sicht die bessere Lösung.

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zur Ordnung für Mitgliederentscheide
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE,
21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Änderungsantrag: M.1.

**Antragsteller/in: Jan Korte, Halina
Wawzyniak**

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zur Ordnung
für Mitgliederentscheide
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Beantragt wird, den Text wie folgt zu ergänzen
(Ergänzungen jeweils im Fettdruck):

Änderungsantrag M.1.1.

§ 1 (1) Zu allen politischen Fragen **einschließlich
herausgehobenen Personalfragen** in der Partei kann
ein Mitgliederentscheid...

§ 2 (2) Ein Antrag auf Mitgliederentscheid muss folgende
Unterlagen enthalten:

a. einen ausformulierten Antragstext, über den beim
Mitgliederentscheid mit Ja oder Nein abgestimmt werden
soll. **Bei Mitgliederentscheiden zu herausgehobenen
Personalfragen ist anzugeben, über die Besetzung
welcher Funktion / Funktionen entschieden werden
soll.**

§ 3 (1) Mit der Entscheidung über die Zulässigkeit ist der
Antrag einschließlich der Begründung im Internetportal
der Partei zu veröffentlichen. **Bei Mitgliederentscheiden
zu herausgehobenen Personalfragen ist zwischen der
Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrages und
dem ersten Tag des Mitgliederentscheides ein
angemessener Zeitraum dafür einzuräumen, dass
Bewerberinnen und Bewerber ihre Kandidatur
erklären können. Dafür ist eine Frist zu setzen.**

§ 4 (6) Der einheitliche Stimmzettel enthält den
Antragstext und die Möglichkeit, mit JA oder NEIN zu
stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. **Bei
Mitgliederentscheiden zu herausgehobenen
Personalfragen enthält der Stimmzettel Angaben
darüber, über welche Funktion / Funktionen
entschieden werden soll und wie viele Stimmen das
Mitglied abgeben kann. Die Wahlmöglichkeit JA –
NEIN – Enthaltung muss zu jeder Kandidatin und zu
jedem Kandidaten einzeln gegeben sein.“**

Änderungsantrag M.1.2.

Beantragt werden folgende weitere Änderungen im
Antragstext:

§ 2 (2) Ein Antrag auf Mitgliederentscheid (statt
„Mitgliederentscheid“) muss...

§ 2 (4) Bei Anträgen auf Mitgliederentscheid nach § 1
Abs. 2 **d** (statt 2 c) sind von den...

Änderungsantrag: M.2.

Antragsteller: Jens Matthis

**Änderungsanträge zum
Leitantrag des Parteivorstandes zur Ordnung
für Mitgliederentscheide
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag M.2.1.

§ 1 Abs. 2

die Buchstaben c und d werden getauscht.

Begründung:

1. In der vorgeschlagenen Form wurde es in der
Satzungskommission beschlossen, bevor es im
Parteivorstand, aus welchen Gründen auch immer,
verändert wurde.
2. In der vorgeschlagenen Form entspricht es auch der
Bundessatzung (§ 8).
3. In der vorgeschlagenen Form sind auch alle
nachfolgenden Bezüge in der Ordnung wieder sachlich
korrekt.

Änderungsantrag M.2.2.

§ 5

(Schlussbestimmungen) wird neu gefasst:

§ 5 Schlussbestimmungen

(1) Der Parteitag kann im Einzelfall von dieser Ordnung
abweichende Festlegungen treffen, soweit diese nicht im
Widerspruch zur Bundessatzung stehen.

(2) **Der Bundesausschuss kann Mitgliederentscheide
auch zur Vorbereitung wichtiger
Personalentscheidungen (insbesondere
Parteivorsitz, Spitzenkandidaturen bei Wahlen)
beschließen. Dabei sind neben dieser Ordnung auch
die Grundsätze der Wahlordnung bindend.
Abweichungen von dieser Ordnung sind zulässig,
soweit sie sich aus dem besonderen Charakter von
Personal- bzw. Wahlentscheidungen ergeben. Die
Einzelheiten bestimmt der Bundesausschuss. Das**

Ergebnis hat empfehlenden Charakter für den Parteitag bzw. die zuständige Aufstellungsversammlung.

(3) Auf Mitgliederentscheide und Anträge auf Mitgliederentscheid in Landes- und Kreisverbänden ist diese Ordnung sinngemäß anzuwenden, jedoch nur soweit, wie deren Satzungen oder Ordnungen nicht ausdrücklich etwas anderes vorsehen.

(4) Die Ordnung tritt nach Beschluss durch den Parteitag in Erfurt am 22. Oktober 2011 in Kraft.

Begründung: Die vielfache Ankündigung von möglichen Mitgliederentscheiden zum Parteivorsitz sollte eine hinreichende und korrekte Grundlage im Regelwerk der Partei finden.

Änderungsanträge zu Anträgen mit überwiegendem Bezug auf Gesellschaft an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt

Änderungsantrag: G.1.1.

Antragsteller/innen: Sabine Lösing (MdEP), Sabine Wils (MdEP), Dr. Diether Dehm (MdB), Harald Schindel (Mitglied im Parteivorstand), Ida Schillen (Mitglied im Parteivorstand), Fabio de Masi (Bundessprecher der Sozialistischen Linken), Nele Hirsch (Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand), Tobias Pflüger (Mitglied im Parteivorstand), Sevim Dagdelen (MdB), Heike Hänsel (MdB), Ruth Firmenich (Mitglied im SprecherInnenrat der BAG FIP), Martin Hantke (Delegierter zum Kongress der EL), Alexander Neu (Mitglied im SprecherInnenrat der BAG FIP), Harald Koch (MdB), , Ben Brusniak (Mitglied im Parteivorstand), Ali Al Dailami (Mitglied im Parteivorstand) und der KV Bochum.

**Änderungsanträge zum Antrag G.1.
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

„Europa erkämpfen. Nur gemeinsam geht es aus der Krise!“

Für ein besseres Europa Änderungsantrag G.1.1.1.

AH 2, S. 17, Zeile 1

Ändere die Überschrift des Antrags

in: „Ein anderes, ein besseres Europa erkämpfen!“

Begründung: Das Ziel der LINKEN ist ein anderes, ein besseres Europa. Das sollte bereits in der Überschrift des Antrags deutlich werden.

Friedenspolitischer Beitrag Änderungsantrag G.1.1.2.

AH 2, S. 17, Zeile 3 ff

Ändere den Satz: „Die Europäische Union hat als Integrationsraum europäischer Staaten seit ihrer Gründung die friedliche Entwicklung in Europa gefördert.“

In: „Die Europäische Union hat als Integrationsraum europäischer Staaten seit ihrer Gründung die nicht-militärische Lösung von Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten befördert.“

Begründung: Mit dieser Änderung wird der Beitrag der Europäischen Union realitätsgetreuer zum Ausdruck gebracht. Insbesondere der Krieg in Jugoslawien zeigte, dass die EU keinen Frieden in Europa gesichert bzw. eine friedliche Entwicklung in Europa befördert hat.

Wirtschaftliche Entwicklung Änderungsantrag G.1.1.3.

AH 2, S. 17, Zeile 15 ff

Streiche den Halbsatz: „und bis vor wenigen Jahren wirtschaftliche Prosperität unterstützt.“

Begründung: Die heutige Krise wurde durch die falsche Grundausrichtung der EU befördert. Außerdem verharmlost dieser Satz die Tatsache, dass Armut, Sozialabbau und die sich immer weiternde öffnende Schere zwischen Arm und Reich eine unmittelbare Folge der neoliberalen EU-Politik sind. Der Teilsatz sollte deshalb gestrichen werden.

Osterweiterung Änderungsantrag G.1.1.4.

AH 2, S. 17, Zeile 8 ff

Streiche den Satz:

„Mit der Osterweiterung wurde die jahrzehntelange Trennung zwischen Westeuropa und dem unmittelbar benachbarten osteuropäischen Teil des Kontinents überwunden.“

Begründung: Die Trennung zwischen Ost- und Westeuropa ist auch nach der Osterweiterung der EU bis heute nicht real überwunden worden, ökonomisch und sozial wirkt sie weiter.

Ausrichtung der EU Änderungsantrag G.1.1.5.

AH 2, S. 17, Zeile 19 ff

Ändere den Satz:

„Das zweite Problem stellt die fehlende Harmonisierung von Wirtschaftspolitiken und Steuersystemen dar, die faktisch zu einer Konkurrenzsituation und Abwärtsspirale bei Sozialstandards führt.“

In: „Das zweite Problem stellt die Ausrichtung der Europäischen Union auf Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung dar, was faktisch zu einer Konkurrenzsituation und Abwärtsspirale bei Sozialstandards führt.“

Begründung: Grundlegendes Problem der EU ist ihre Ausrichtung auf eine neoliberale Politik.

Kompetenzen des EP Änderungsantrag G.1.1.6.

AH 2, S. 17, Zeile 52 ff

Ändere den Satz: „Das Europäische Parlament als einzige demokratisch legitimierte Institution der EU hat mittlerweile zwar in fast allen Politikfeldern ein Mitentscheidungsrecht.“

In: „Das Europäische Parlament als einzige demokratisch legitimierte Institution der EU hat mittlerweile zwar in vielen Politikfeldern ein Mitentscheidungsrecht.“

Begründung: Diese Formulierung entspricht der Realität.

Kapitalismuskrise

Änderungsantrag G.1.1.7.

AH 2, S. 17, Zeile 66 ff

Ändere den Satz: „Die seit wenigen Jahren global auftretenden Krisen der Wirtschaften und der Finanzmärkte und die aktuelle Krise des Euro als gemeinsamer Währung von 17 EU Mitgliedstaaten offenbaren die Systemkrise, die politische Krise des Kapitalismus neoliberaler Prägung, aber auch den Mangel an Mut für wirkliche Alternativen.“

In: „Die seit wenigen Jahren global auftretenden Krisen der Wirtschaften und der Finanzmärkte und die aktuelle Krise des Euro als gemeinsamer Währung von 17 EU Mitgliedstaaten offenbaren die Systemkrise, aber auch den Mangel an Mut für wirkliche Alternativen zum kapitalistischen System.“

Begründung: Es geht nicht nur um eine Krise des Kapitalismus neoliberaler Prägung. DIE LINKE steht grundsätzlich für Alternativen zum kapitalistischen System.

Linke Forderungen in der Euro-Krise

Änderungsantrag G.1.1.8.

AH 2, S. 17, Zeile 76 ff

Ändere den Satz: „Ohne die Perspektive der Reregulierung, inklusive öffentlich.-rechtlicher europäischer Rating-Agentur, der massiven Einschränkung von Spekulation, des Verbots hochspekulativer Produkte, der strikten Regulierung internationaler Hedgefonds, der Zurückdrängung von Investmentbanken und der Austrocknung von Steueroasen wird keine Stabilität zu erreichen sein.“

In: „„Ohne die Perspektive der Reregulierung, inklusive öffentlich.-rechtlicher europäischer Rating-Agentur, der massiven Einschränkung von Spekulation, des Verbots hochspekulativer Produkte, der strikten Regulierung internationaler Hedgefonds, der Vergesellschaftung aller Banken, der Austrocknung von Steueroasen und eines Schuldenschnitts wird keine Stabilität zu erreichen sein.“

Begründung: Mit den Änderungen werden die Forderungen, die DIE LINKE in der Euro-Krise erhoben hat, besser zum Ausdruck gebracht.

Kampf für ein besseres Europa

Änderungsantrag G.1.1.9.

AH 2, S. 18, Zeile 13 ff

Ändere den Satz: „Sie ist darüber hinaus aber aufgefordert, sich das europäische Projekt gemeinsam

mit den Menschen in Europa anzueignen und den Kampf um die Europäische Union aufzunehmen.“

In: „Sie ist darüber hinaus aufgefordert, sich das europäische Projekt gemeinsam mit den Menschen in Europa anzueignen und den Kampf für eine andere, eine bessere Europäische Union aufzunehmen.“

Begründung: Es geht nicht darum, für ein wie auch immer geartetes Europa zu kämpfen. DIE LINKE will ein anderes, ein besseres Europa.

Neustart der EU

Änderungsantrag G.1.1.10.

AH 2, S. 18, Zeile 43 ff

Ändere den Satz: „Die Antworten auf die Krise sind in der Europäischen Union durch mehr und vor allem tiefere Integration zu finden.“

In: „Die Antwort auf die Krise ist ein Neustart der Europäischen Union. Wir brauchen nicht mehr oder weniger Europa, sondern eine Alternative zur neoliberalen Verfasstheit der jetzigen EU.“

Begründung: DIE LINKE setzt sich für ein anderes, ein besseres Europa ein. Dies erfordert einen wirklichen Neuanfang. Mit der Änderung wird der Antrag zudem dem Programmleitungsantrag angepasst.

Nationalstaatliche Parlamente

Änderungsantrag G.1.1.11.

AH 2, S. 18, Zeile 54 ff

„Notwendig ist die durchgreifende Demokratisierung und Stärkung vor allem des Europäischen Parlaments. Aber auch die klaren Mitspracherechte der nationalen Parlamente sind eine notwendige Ergänzung der Entscheidungsrechte des Rates, um die Legitimationskette zu schließen.“

In: „Notwendig ist die durchgreifende Demokratisierung und Stärkung der nationalstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments. „Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte, zurück.“

Begründung: Mit dieser Änderung wird auf aktuelle Erfahrungen in der Euro-Krise eingegangen. DIE LINKE muss dagegen streiten, dass nationalstaatliche Parlamente entmachtet werden. Das ist mit einer Voraussetzung für mehr Demokratie in Europa.

Zerstörung Europas

Änderungsantrag G.1.1.12.

AH 2, S. 18, Zeile 59 ff

Ändere den Satz: „Die derzeitige technokratische Auslagerung von Entscheidungen aus einem verantwortlichen durchgängigen demokratischen Prozess ist gefährlich und wird das Integrationsprojekt Europa langfristig eher zerstören als retten.“

In: „Die derzeitige technokratische Auslagerung von Entscheidungen aus einem verantwortlichen durchgängigen demokratischen Prozess ist gefährlich und wird das Integrationsprojekt Europa zerstören.“

Begründung: Hierbei handelt es sich um eine klarere Formulierung.

Schuldenschnitt

Änderungsantrag G.1.1.13.

AH 2, S. 18, Zeile 85 ff

Ändere den Satz: „Mit Eurobonds, einer europäischen Rating-Agentur, einer europäischen öffentlich-rechtlichen Bank für öffentliche Anleihen, der Finanztransaktionssteuer und einer europäischen Vermögensabgabe, mit dem Verbot spekulativer Finanzprodukte und einem konditionierten Teilschuldenerlass kann der Euro-Krise nachhaltig begegnet werden.“

In: „Mit einer europäischen Rating-Agentur, einer europäischen öffentlich-rechtlichen Bank für öffentliche Anleihen, der Finanztransaktionssteuer und einer europäischen Vermögensabgabe, mit dem Verbot spekulativer Finanzprodukte und einem Schuldenschnitt kann der Euro-Krise nachhaltig begegnet werden.“

Begründung: Unsere Forderungen zur Lösung der Eurokrise müssen klar formuliert sein und der aktuellen Situation entsprechen: Die Forderung nach einem Schuldenschnitt entspricht der üblicherweise von uns verwendeten Terminologie. Euro-Bonds sind aktuell in der zugespitzten Situation keine Lösung mehr.

Rekommunalisierung

Änderungsantrag G.1.1.14.

AH 2, S. 18, Zeile 97 ff

Ändere den Satz: „DIE LINKE steht für höchste demokratische, soziale und ökologische Standards, sie mobilisiert für die Auseinandersetzungen um armutsfeste Mindesteinkommen und Mindestlöhne, bezahlbares Wohnen und erschwinglichen Zugang zu Wasser und Energie für alle.“

In: „DIE LINKE steht für die Verteidigung und den Ausbau der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie fordert einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro, eine repressionsfreie soziale Grundsicherung in Höhe von mindestens 500 Euro und gute Löhne und Renten. Sie fordert die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Vergesellschaftung in der Energiewirtschaft, im Finanzsektor und in weiteren strukturbestimmenden Bereichen. DIE LINKE lehnt den Lissabon-Vertrag ab und setzt sich für einen neuen Verfassungsvertrag für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa ein.“

Begründung: Mit den Umformulierungen werden die Forderungen der LINKEN aufgenommen und präzisiert und der Antrag wird dem Programm-Leitantrag angepasst.

Soziales Europa

Änderungsantrag G.1.1.15.

AH 2, S. 18, Zeile 102 ff

Ändere den Satz: „Eine EU, in der die Menschen auf Solidarität statt auf Konkurrenz und Ausgrenzung setzen ist für uns der Kern eines linken europäischen Integrationsprojekts, der Beginn eines neuen, besseren Europas.“

In: „Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein. Wir kämpfen gemeinsam mit Erwerbstätigen, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern, Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden für ein anderes, ein besseres Europa.“

Begründung: Die Änderung präzisiert und konkretisiert unseren Ansatz und ist verständlicher.

Die Einreichung der folgenden Änderungsanträge wurde vom Kreisvorstand des KV Bochum am 6. Oktober beschlossen.

Änderungsantrag:

G.2.1.

Antragsteller: Landesverband Niedersachsen

Änderungsantrag zum Antrag G.2.

**an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

AH 2, S. 19 – 23

Der Landesparteitag fordert den Bundesparteitag dazu auf, den Antrag G.2. des Bundesfrauenplenums /Sept.2011 in Magdeburg an den Parteivorstand zu überweisen.

Verbunden mit der Überweisung ist die Aufforderung, dass der Parteivorstand für die kommende Tagung des Bundesparteitages einen Leitantrag zu feministischer Politik vorlegt und zur Vorbereitung eine Diskussion zur feministischen Positionierung der LINKEN organisiert, in der auch der Text in der Anlage „Kämpfe um Zeit“ sowie andere Positionierungen – etwa zur Frage der Vergesellschaftung der Hausarbeit – berücksichtigt werden sollen.

Begründung: „Die Politik der LINKE – Kämpfe um Zeit“ ist strömungsübergreifend von einer Gruppe von feministischen Genossinnen – aus Niedersachsen gehören Giesela Brandes-Steggewentz, Tinas Flauger u. Jutta Meyer-Siebert dazu – als Antwort auf den 1. Entwurf des Parteiprogramms geschrieben worden. Frauenpolitische Forderungen waren eher zufällig an

wenigen Stellen in den Entwurf eingestreut, und sie unterschieden sich auch nicht deutlich als LINKE Positionen von denen anderer Parteien (etwa der SPD und der Grünen). Die zufällige Aufnahme von frauenpolitischen Positionen entsprach insgesamt dem Charakter des 1. Programmentwurfs, der die zentralen Themenbereiche linker Politik aneinanderreichte, aber eher nicht im Sinne Rosa Luxemburgs „Zielbewusstsein und Zusammenhang in die verschiedenen örtlichen und zeitlichen Fragmente des Klassenkampfes“ zu bringen versuchte. Der Versuch, dem Programmentwurf durch Veränderungen an einzelnen Stellen mehr Zusammenhang zu geben und vor allem die Frage der Geschlechterverhältnisse als grundlegend für die kapitalistische Produktionsweise aufzuzeigen, misslang. Daraus haben die Frauen die Konsequenz gezogen und mit dem vorliegenden Text einen Vorschlag geschrieben, der sich an Rosa Luxemburgs Forderung orientiert. Er beginnt mit der Geschichte der 4 großen Arbeitsteilungen (Männer/Frauen, Kopf/Hand, Stadt/Land, Arbeitende/Nicht-Arbeitende), die ineinander verknötet den Kapitalismus bis heute immer wieder herstellen. Aus dieser historischen Analyse begründet er die Vier-in-einem-Perspektive als Projekt der LINKEN, das darauf zielt, diesen Herrschaftsknoten zu durchgeschlagen und die Bereiche dadurch neu zu verknüpfen, dass sich alle bei verkürzter Erwerbstätigkeit mit Zeitwohlstand im Tätigsein in allen 4 Lebensbereichen verändern – wobei soziale Sicherheit für alle garantiert sein muss, was ohne Umverteilung der Eigentumsverhältnisse nicht möglich ist.

Entsprechend der Komplexität seines Gegenstandes ist dies ein längerer Text geworden. Idee war, ihn dem Programm als „Feministische Eröffnung“ voranzustellen. Dieses Anliegen fand viele Unterstützer*innen im Kontext der Programmdiskussionen. Aber er wurde nicht in den 2. Programmentwurf aufgenommen. Stattdessen ist in Kap. II eine stark gekürzte Fassung des Abschnittes zur Arbeitsteilung der Geschlechter aus dem Präambeltext eingegangen. Aber trotz der umfassenden Überschrift „Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse“ werden nur Fragen der Lohnungleichheit und der ungleichen Arbeitsverteilung skandalisiert – der Zusammenhang, der die vier großen Arbeitsteilungen als „Herrschaftsknoten“ begründet ist gänzlich zerstört. Aus diesem Grund beantragen die Verfasserinnen, den umfassenden Text dem Programm anzuhängen.

Der Landesverband Niedersachsen tritt mit seinem auf dem Parteitag in Hameln beschlossenen Wortbeitrag zum Programm der Partei Die LINKE für die Vier-in-einem-Perspektive als Weg in eine sozialistische Gesellschaft ein, in der Arbeit und Reichtum gerecht verteilt sind. Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung vom 5.3.2011 beschlossen, dass der Präambeltext „in seinen Grundaussagen der auf unserem Hamelner Parteitag verabschiedeten `Kollektiven Wortmeldung` aus Niedersachsen“ entspricht. Er „empfiehlt der Redaktionskommission, ihn vor allem bei der Abfassung der Präambel seines Programmantrags ... politisch umfassend zu berücksichtigen.“

Angesichts dieser Beschlusslage ist es konsequent, wenn der Landesverband Niedersachsen den Änderungsantrag zum Leitantrag Programm stellt, den Präambel-Text dem Programm anzuhängen. Das entspricht der Ablehnung des Landesvorstands, den Text umfassend als Bestandteil der

Präambel aufzunehmen, weil dies die Form des Programms sprengen würde. Als angehängter Text wäre er aus dem Programm ausgegliedert, stellte aber ein Angebot für vertiefende Auseinandersetzungen mit der Perspektive LINKER Politik im Gesamtzusammenhang des Programms dar.

Änderungsantrag wurde beschlossen auf dem Landesparteitag Niedersachsen am 02.10.2011 in Braunschweig

Änderungsantrag: G.4.1.

**Antragsteller: DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand**

**Änderungsanträge zum Antrag G.4.
an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt**

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag G.4.1.1.

AH 2, S. 27, Zeile 51

Einfügen

Trotz zahlreicher Arbeiten und Ansätze ist noch umfangreiche wissenschaftliche Arbeit zur Erforschung der genannten Formen des Rassismus zu leisten. Wir als Linke sind gefordert, einen Beitrag dazu zu leisten.

Änderungsantrag G.4.1.2.

AH 2, S. 28, nach Zeile 17

Einfügen eines Pkt. 5:

Der Parteitag appelliert deshalb an die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschistische Politik, in geeigneter Weise eine wissenschaftliche Konferenz zu diesem Thema durchzuführen. Er regt weiterhin an, dass die Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen einen Erfahrungsaustausch zum Auftreten der verschiedenen Parteien dieses Spektrums durchführt, damit diesen je nach regionalen Besonderheiten möglichst effektiv begegnet werden kann. Weiterhin regen wir an, dass der Parteivorstand sich in geeigneter Form um eine verstärkte Kooperation mit Organisationen von Migrantinnen und Migranten, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentralrat der Sinti und Roma, dem Zentralrat der Muslimen sowie nicht zuletzt mit antirassistischen Verbänden bemüht.

Bemerkungen: In zahlreichen Ländern Europas findet seit einigen Jahren eine Zunahme des Anhangs und der Wahlergebnisse von Parteien der extremen Rechten statt, die Rassismus zu ihrem Hauptthema gemacht haben und in ihrer Agitation als Anwalt der „kleinen Leute“ auftreten. Der biologische Rassismus der neofaschistischen Organisationen ist bei ihnen durch einen kulturell, religiös und sozial begründeten Rassismus abgelöst worden, der sich hauptsächlich gegen Muslime und Muslime sowie gegen Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma richtet. Sie stehen für eine autoritäre Politik von oben und präsentieren sich gleichzeitig als Volksbewegung von unten.

Dieser Ansatz findet in weiten Teilen Europas günstige Rahmenbedingungen durch die ökonomische Gesamtlage, eine neoliberale Austeritätspolitik sowie durch rassistische staatliche Maßnahmen und einen zunehmenden Demokratieabbau. Gleichzeitig wird der Erfolg dieser häufig als „rechtspopulistisch“ charakterisierten Parteien von der herrschenden politischen Klasse genutzt, um die genannten Tendenzen weiter voran zu treiben. Eine Spirale wird in Gang gesetzt, die auf die Entsolidarisierung der Gesellschaft setzt und die Vereinzelung fördert. Das entstehende Gefühl der Ohnmacht wird wiederum von den rassistischen Parteien genutzt, um die herrschenden Parteien für deren als unzureichend gekennzeichneten Lösungen zu kritisieren und die Forderung nach mehr Ausgrenzung zu verstärken.

Als LINKE und als Linke sind wir entschiedene Gegner einer solchen Politik und betrachten sie als erhebliche Gefahr für die Demokratie. Wir wissen, dass die ausschließliche Bekämpfung der „rechtspopulistischen“ Parteien des Rassismus zu kurz greifen würde. Der tatsächliche Gegner sind Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus, Antiislamismus und Antiziganismus sowie alle anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir wissen, dass die soziale Frage nicht die Ursache solcher Ideologien ist, dass diese aber zur Erklärung von Sozialabbau und Krise genutzt werden. Für uns gehören deshalb Überwindung des Kapitalismus und Kampf gegen Rassismus und Autoritarismus untrennbar zusammen.

Die Änderungsanträge wurden einvernehmlich auf der Landesvorstandssitzung vom 23. September 2011 beschlossen.
